

# **Hat der Sozialismus Zukunft?**

Band 1

Wann und warum der  
Sozialismus in der  
Sowjetunion scheiterte

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorbemerkung</b> .....	7
<b>1. Einige Beobachtungen Eugen Vargas</b> .....	9
Klaffende Einkommensunterschiede .....	10
Die Produktion bestimmt die Konsumtion .....	11
Gossweiler und Holz vertuschen das Klasseninteresse .....	13
Der Marx'sche Sozialismus .....	14
Gossweiler und Holz: Kämpfer für das Überleben des Revisionismus .....	15
Stalin gegen die Trüffelschweine im Garten des Staates .....	17
Varga über die Abschaffung des Parteimaximums .....	18
Varga über die Zustände während des Krieges .....	19
Swetlana Allilujewa: Stalin war in vielem Gefangener der Verhältnisse .....	21
Varga über Stalin .....	22
<b>2. Von der Oktoberrevolution zur Kollektivierung</b> .....	25
Die Kette des imperialistischen Weltsystems reißt dort, wo sie am schwächsten ist .....	25
Was tun in einem rückständigen Land? .....	26
Die NÖP konnte nur eine begrenzte Zeit durchgeführt werden .....	30
<b>3. Schaffung der industriellen Basis des Sozialismus unter den Bedingungen der Sowjetunion</b> .....	32
Der Aufschwung der Industrie schuf eine neue, bäuerlich geprägte Arbeiterklasse .....	32
Ein langsames Tempo der Industrialisierung hätte zum Untergang geführt .....	36
Die Verhältnisse begrenzen die Erkenntnismöglichkeiten .....	38
Heute muß man die damalige Entwicklung nüchtern analysieren .....	42
Fehleinschätzungen in der Staatsfrage .....	45
<b>4. Die Arbeitermacht nutzt zwei der alten Gesellschaft entnommene Krücken zum Aufbau einer neuen</b> .....	49
Das Leitungssystem der 30er Jahre war überholt .....	49
Die wirtschaftliche Rechnungsführung der NÖP .....	51
Das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung nach Beendigung der NÖP .....	52
Warum Ware-Geld-Beziehungen? .....	55
Mängel der staatlichen Leitung .....	60
Zur Methode bei der Nutzung gegnerischer Literatur .....	63
Die Rolle der arbeitenden Massen wurde immer schwächer .....	64

<b>5. Revolutionärer oder konterrevolutionärer Abbau des Überzentralismus?</b> .....	72
Wie hätte ein revolutionärer Abbau starrer zentralistischer Leitungs- formen aussehen können? .....	73
Was stand einer sozialistischen Dezentralisierung entgegen? .....	76
Die Betriebsleiter verlangten liberale Wirtschaftsreformen .....	76
<b>6. Die Kräfte der „liberalen“ Konterrevolution regen sich</b> .....	80
Stalin gegen Jaroschenko .....	80
Jaroschenko stand für eine ganze Strömung .....	83
Die Probleme wurden nicht gelöst .....	85
<b>7. „Arbeiterselbstverwaltung“ in Jugoslawien und in der CSSR Dubceks</b> .....	89
„Selbstverwaltung“ in Jugoslawien .....	89
„Selbstverwaltung“ in der CSSR .....	93
<b>8. Die bürokratische Variante der Konterrevolution</b> .....	100
Unterschiedliche Klasseninteressen bei der Verteidigung der staatlichen Leitung der Produktion .....	101
Stalins Zwei-Fronten-Kampf .....	102
Die Interessen der Bürokraten .....	106
<b>9. Sieg der Konterrevolution nach Stalins Tod</b> .....	108
Stalins Tod. Intrigen in der Parteiführung .....	108
Große Konsumversprechungen der neuen Führung .....	113
Chruschtschows Programm: Ausweitung der Ware-Geld- Beziehungen, Stärkung der Position der Betriebsleiter .....	116
<b>10. Der 20. Parteitag: Die neue Klasse feiert ihren Sieg</b> .....	124
<b>11. Warum verlor die Arbeiterklasse den Kampf um die Macht?</b> .....	132
<b>12. Die Bündnispolitik der neuen herrschenden Klasse gegenüber den Bauern</b> .....	135
<b>13. Gegensätze innerhalb der neuen herrschenden Klasse</b> .....	144
Machtkampf im Juni 1957 .....	151
<b>14. „Führende Rolle der Partei“ à la Chruschtschow</b> .....	154
<b>15. Mafiose Strukturen unter Breshnew</b> .....	156
<b>16. Die Liberman-Legende</b> .....	162
<b>17. War die Sowjetunion kapitalistisch?</b> .....	167
<b>18. War die Sowjetunion imperialistisch?</b> .....	173

<b>Die Theorie der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus entsprechend den geschichtlichen Erfahrungen weiterentwickeln! .....</b>	<b>179</b>
<b>1. Ein Artikel aus dem Roten Morgen Nummer 24/95 und 1/96</b>	
Eine Kontroverse über Sozialismus und Revisionismus	
<i>oder</i>	
Mit welchen „Verteidigern“ Stalins wir nichts gemeinsam haben .....	181
Gossweilers Märchenstunde:	
Ulbricht als Vorkämpfer gegen den Revisionismus .....	183
17. Juni - reaktionärer Wendepunkt der DDR .....	184
<b>2. Leserbrief von Dr. Kurt Gossweiler, 10.6.96 .....</b>	<b>188</b>
<b>3. Antwort der Redaktion des Roten Morgen .....</b>	<b>191</b>
Zur Entwicklung der Sowjetunion nach Stalins Tod .....	191
Zur Frage der Schaffung einer einheitlichen	
Kommunistischen Partei in Deutschland .....	197
Andere Fragen .....	199
<b>Literatur .....</b>	<b>202</b>



# Vorbemerkung

„Der Sozialismus ist endgültig gescheitert“ - das ist die Schlußfolgerung, die die öffentliche Meinung aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der DDR und der mit ihnen verbundenen Länder gezogen hat. Wir sehen das anders.

Zunächst einmal sind wir der Meinung, daß der Sozialismus in diesen Ländern bereits in den 50er Jahren beseitigt wurde. Doch immerhin: Selbst wenn diese unsere Ansicht richtig ist, dann wurde der Sozialismus eben **damals** in diesen Ländern beseitigt und nicht erst Ende der 80er Jahre. Beseitigt wurde er auf jeden Fall. Und dieser Umstand hat auf die Arbeiterbewegung und auf alle demokratischen Bewegungen - nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt - eine ungeheuer demoralisierende Wirkung. Denn es stellen sich viele Fragen: Lohnt es sich, für den Sozialismus zu kämpfen? Was ist überhaupt Sozialismus? Kann es zu einem zweiten Anlauf kommen, und hätte ein solcher Anlauf eine Chance?

Es hat unmittelbare praktische Wirkung, ob derartige Fragen überzeugend beantwortet werden können oder nicht. Denn wäre die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung unüberwindlich, wäre mit ihr das „Ende der Geschichte“ erreicht, dann hätte es keinen Sinn, gegen die herrschende Kapitalistenklasse, gegen die Großbanken, Versicherungskonzerne und Industriemonopole wirklich **zu kämpfen**, dann müßte man sich wohl oder übel mit ihnen arrangieren, müßte die von ihnen beherrschte Gesellschaftsordnung als unvermeidlich akzeptieren. Letztlich denken die allermeisten Menschen heute so, unabhängig davon, wie bewußt sie sich die Fragestellung machen. Gerade deshalb kann das Großkapital so frech auftrumpfen, kann es die Lebensbedingungen von Millionen Menschen immer mehr drücken. Das würde sich in dem Maße ändern, in dem nach und nach immer mehr Menschen eine realistische Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung sähen. Denn dann träten sie den Herrschenden ganz anders entgegen. Die Frage des Sozialismus hat also **unmittelbare Auswirkungen auf das Hier und Heute**.

Doch bevor der Sozialismus wieder zur Perspektive für Millionen werden kann, ist es erforderlich, nüchtern Bilanz zu ziehen, die geschichtlichen Erfahrungen gründlich auszuwerten. Das vorliegende Buch über die Entwicklung der Sowjetunion soll **ein** Beitrag hierzu sein. Ihm werden weitere folgen.

Der Text dieses Buches ist in Fortsetzungen im Zentralorgan der KPD *Roter Morgen* erschienen. Dieser Form der Erstveröffentlichung entsprach die Notwendigkeit gewisser Wiederholungen, um den Leserinnen und Lesern den Überblick über den Zusammenhang zu erleichtern. Bei Veröffentlichung in Buchform mögen solche Wiederholungen störend erscheinen, wir haben aber

meistens dennoch darauf verzichtet, sie zu streichen. Hätte man mit einer Überarbeitung erst einmal angefangen, dann hätte sich die Frage gestellt, wo die Grenze ist. Diejenigen Leserinnen und Leser, die die Veröffentlichung in der Zeitung verfolgt haben, wollen mit Recht den ihnen bekannten Text in Buchform und nicht eine Überarbeitung.

Wir haben Veränderungen also auf das Notwendigste beschränkt. Verweise beziehen sich nun auf Seiten oder Kapitel dieses Buches und nicht auf die jeweilige Zeitungsausgabe. Kapitelüberschriften und Zitierweise sind übersichtlicher gestaltet, Zitatstellen sind überprüft (auch solche Zitatstellen, wo in der Urfassung ausnahmsweise in freier Rede aus dem Kopf zitiert wurde, aber das sind nur zwei oder drei Passagen). In seltenen Fällen wurde die Darstellung um einzelne Fakten ergänzt. Erkannte Druckfehler wurden selbstverständlich korrigiert.

Genosse Dr. Gossweiler sandte der Redaktion Roter Morgen während der Publikation der Fortsetzungen eine kritische Stellungnahme zu. Diese Stellungnahme bezieht sich vorwiegend auf einen Artikel, den der Rote Morgen bereits **vor** der Artikelserie zur Sowjetunion gebracht hatte, nämlich in den Ausgaben 24/95 und 1/96. Im Anhang dokumentieren wir diesen Artikel, die Stellungnahme des Genossen Gossweiler sowie die Antwort des Roten Morgen. In einzelnen Punkten gibt die Redaktion Genossen Gossweiler recht. In diesen Punkten ist der ursprüngliche Text des Roten Morgen trotzdem unverändert wiedergegeben, um auch die Auseinandersetzung zu dokumentieren.

**Verlag Roter Morgen**

# 1. Einige Beobachtungen Eugen Vargas

Eugen Varga war ungarischer Politökonom; er lebte in der Sowjetunion und war Mitglied der KPdSU. Lange Zeit gehörte er dem weiteren Kreis der sowjetischen Parteiführung an. Er verfaßte des öfteren ökonomische Analysen, die Stalin seinen Parteitagsberichten und anderen Dokumenten zugrundelegte.

Varga starb 1964 in Moskau. Kurz vor seinem Tod schrieb er Aufzeichnungen nieder, die sich u.a. mit den klassenmäßigen Verhältnissen in der Sowjetunion befaßten. Er verfaßte diese Aufzeichnungen nicht, um sie irgendjemandem zu geben, sondern in der Hoffnung, daß sie später aufgefunden und veröffentlicht werden würden. Sie wurden erstmals in Gerhard Dudas Buch *Jenö Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Moskau 1921-1970* publiziert. Ein Nachdruck erfolgte in der Zeitschrift *Streitbarer Materialismus* Nr. 19. Die nachfolgend angegebenen Varga-Zitate beziehen sich auf letztere Publikation.

Wir befassen uns mit dem Text Vargas nicht etwa deshalb, weil wir mit seinen politischen Einschätzungen übereinstimmen würden. Das Gegenteil ist der Fall. Diese politischen Einschätzungen sind unserer Meinung nach zum Teil außerordentlich wirr. Im Konflikt zwischen der Chruschtschowschen sowjetischen Führung und der chinesischen Führung um Mao Tse-tung nahm Varga zugunsten der Chinesen Stellung. Das taten damals wohl nahezu alle Marxisten-Leninisten auf der ganzen Welt, aufgrund einer Fehleinschätzung des Klassencharakters und der Ziele der chinesischen Führung. Vargas Begründungen sind aber teilweise in sich abstrus und unmarxistisch. So deutet er den Vorwurf an, es sei ein Mangel an Internationalismus, daß die Sowjetunion China zwar diplomatisch, „*aber niemals militärisch (...) in der Frage Taiwans, in der Frage der Zulassung Chinas in die UNO und den Sicherheitsrat*“ unterstützt habe. (Varga, *Der Konflikt zwischen der Sowjetunion und China*, a.a.O., S. 134) Hätte die Sowjetunion um diese Fragen Krieg führen sollen? Im selben Atemzug beklagt Varga „*das seit der Machtergreifung Stalins andauernde, sukzessive Schwinden des proletarischen Internationalismus in der Sowjetunion*“. (ebenda) Überhaupt war Stalin nach Auffassung Vargas schuld an den von ihm beklagten negativen Veränderungen in der Sowjetunion. (ebenda S. 162)

Dieser negative Personenkult Vargas, demzufolge ein einzelner Mann „schuld“ an der grundlegenden Entwicklung eines riesigen Landes sein

konnte, ist nur ein Beispiel dafür, daß Varga die Orientierung verloren hatte. Das kann man ihm freilich nicht persönlich zum Vorwurf machen. Die Entwicklung der kommunistischen Bewegung verlief damals derart kompliziert und widersprüchlich, daß man leicht die Orientierung verlieren konnte, zumal dann, wenn man - wie damals wohl Varga - politisch und persönlich weitgehend isoliert war.

Vor allem aus zwei Gründen sind die Aufzeichnungen Vargas dennoch wertvoll: Zum einen deshalb, weil er wie gesagt einige Fakten schildert, die ein bezeichnendes Licht auf die damaligen klassenmäßigen Verhältnisse in der Sowjetunion werfen. Zum andern, weil er Fakten schildert, die immerhin Anzeichen dafür sind, welche klassenmäßige Haltung Stalin einnahm, daß Stalin sich nämlich gegen diejenigen wandte, die auf dem Wege waren, die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur über das Proletariat zu verwandeln. Varga lehnte Stalin zum Zeitpunkt dieser Aufzeichnungen entschieden ab, doch durch die Schilderung der Fakten deckte er unfreiwillig auf, daß Stalin gegen Zustände kämpfte, die in der bürgerlichen Propaganda gemeinhin als „stalinistisch“ bezeichnet werden.

Natürlich kann man **allein** aus den von Varga mitgeteilten Einzelheiten weder auf die Entwicklung der Klassenkräfte in der Sowjetunion noch auf die klassenmäßige Haltung Stalins schließen; diese Einzelheiten können aber dazu beitragen, ein Bild abzurunden, das man sich aufgrund einer Vielzahl von Fakten und einer Gesamtheit von Analysen bildet.

## Klaffende Einkommensunterschiede

Varga beklagt eine „*weitgehende moralische Zersetzung der Sowjetgesellschaft*“. „*Die Leute bis hinauf zur Oberschicht der Bürokratie trachten nicht nur durch höhere Arbeitsleistung ihr Einkommen zu erhöhen, sondern durch alle möglichen Mittel: Bestehlung des Staates, Spekulation (N.I. Smirnow, der Sekretär des Krim-Gebietes), Verrat militärischer Geheimnisse (O.V. Penkovskij), Diebstahl von persönlichem Eigentum, beginnend in der Schule bis zur Aneignung von Manuskripten. Die Darstellung der raffinierten Betrugsmanöver, mit deren Hilfe Vermögen und Einkommen des sozialistischen Staates und anderer sozialistischer Organisationen in private Hände überführt werden, würde viele Bücher erfordern. (...)*“

Ein Arbeiter in einem Sowchos erhält einen Monatslohn von 30-50 Rubel, ein Akademiemitglied ungefähr 1000 Rubel, also das 20- bis dreißigfache.

Und wieviel ist das **reale** Einkommen der höchsten Spitzen der Bürokratie, der eigentlich regierenden Schicht? Besser gesagt, wie viel gibt der Staat für sie im Monat aus?

Niemand weiß es!

Nirgends wird darüber Rechnung gelegt! Aber jeder weiß, daß sie in der Nähe von Moskau Datschen haben - staatliche natürlich - wo eine Bewa-

chung von 10-20 Mann ständig stationiert ist: außerdem Gärtner, Küchenpersonal, Stubenmädchen, Privatarzt und Krankenschwester, Chauffeure usw. bis zu 40-50 Personen. Alles vom Staat bezahlt. Außerdem natürlich eine Stadtwohnung mit entsprechender Bedienung, und zumindest noch eine Datscha im Süden. Sie haben **persönliche** Extrazüge, **persönliche** Flugzeuge, beide mit Küchen und Küchenpersonal, **persönliche** Yachten und natürlich eine Vielzahl von Automobilen mit Chauffeuren für Tag- und Nachtdienst für sich und ihre Familie. Sie erhalten oder erhielten zumindest früher (jetzt weiß ich es nicht sicher) alle Lebensmittel und andere Gebrauchsgegenstände, die sie anforderten, umsonst.

Was kostet all dies den Staat? Ich weiß es nicht! Aber ich weiß, daß ein dem entsprechender Haushalt in Amerika das Vermögen eines mehrfachen Millionärs erfordern würde! Allein die Bezahlung von zumindest 100 Leuten ihrer persönlichen Bedienung würde im Monat ungefähr 30-40tausend Dollar ausmachen! **Mit anderen Ausgaben zusammen über eine halbe Million Dollar im Jahr!**

Wie soll von diesem Zustand der Einkommensverteilung und des allgemeinen Strebens zu einem immer höheren 'Standard of life' der Übergang zu Kommunismus, zur 'Verteilung nach Bedarf' erfolgen?

Man sagt, es werde ein Überfluß an allem vorhanden sein!

Aber werden die Spitzen von dem Leben mit einer persönlichen Bedientenschar von hundert Menschen entsagen und sich selbst bedienen? Es ist doch klar, daß niemand im Kommunismus ein Diener anderer sein kann (mit Ausnahme von Ärzten, Krankenschwestern u.ä.).

Ist ein Übergang von dem heutigen, moralisch verrotteten, in Schichten mit tausendfachen Einkommensunterschieden und zahllosen Privilegien zum Kommunismus überhaupt denkbar?

*Oder ist der heutige Zustand ein ewiger?*

*Ich werde traurig sterben!" (Varga, S. 122 ff., Hervorhebungen von Varga)*

## Die Produktion bestimmt die Konsumtion

Man kann die Emotionen Vargas angesichts dieser Fakten sehr gut nachvollziehen. Indessen verlor Varga, der die ökonomischen Schriften von Marx außerordentlich gut kannte, als Theoretiker vollständig die Orientierung, wenn er derartige **Konsumtionsverhältnisse** zum Dreh- und Angelpunkt der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung machte. Dies tat er, indem er noch Anfang der 60er Jahre davon ausging, daß *„die Produktionsmittel zwar vergesellschaftet sind (...), aber die Unterschiede in der realen Einkommensverteilung ähnlich groß sind wie in der kapitalistischen Gesellschaft“*. (S. 121) Für Varga stand also die Vergesellschaftung der Produktion nach wie vor nicht in Frage, das Übel lag für ihn allein in den Verteilungs-

verhältnissen. Das Auseinanderklaffen der Einkommensunterschiede begann in den 30er Jahren, und folglich macht Varga Stalin für die negative Entwicklung der Sowjetunion verantwortlich: *„Die niemals wieder gutzumachende Sünde Stalins ist die Verwandlung des ‚Arbeiterstaats mit bürokratischen Verzerrungen‘ (Varga nimmt hier auf ein Lenin-Zitat Bezug, RM) in einen Staat der Bürokratie, (...), durch Abschaffung des ‚Parteimaximums‘ (wonach die Parteimitglieder mit hohem Einkommen den größten Teil des eine bestimmte Obergrenze überschreitenden Betrags als Beitrag an die Partei abführen mußten; wurde in den 30er Jahren zuerst ausgehöhlt und dann anscheinend abgeschafft, RM), durch Zerlegung der Sowjetgesellschaft in Klassen und Schichten mit riesigen Einkommensunterschieden, mit der Verpönung jedes Gedankens an Egalität und Entsagung und der **dar- aus folgenden Verbürgerlichung der Lebensweise der Schichten mit höherem Einkommen**, vor allem der Bürokratie. Das Wort Marxens, daß das gesellschaftliche Sein des Menschen seine Ideologie bestimmt, gilt zweifellos auch für die heutige Bürokratie mit hohem Einkommen(...).“* (Varga, S. 162, Hervorhebung v. RM)

Selbstverständlich gilt auch im Sozialismus, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt - da hat Varga zweifellos recht. Doch bei Marx ist nicht allein und nicht in letzter Analyse die Höhe des Einkommens bestimmend für das gesellschaftliche Sein. *„Die Gliederung der Distribution (Verteilung, RM) ist vollständig bestimmt durch die Gliederung der Produktion. Die Distribution ist selbst ein Produkt der Produktion, nicht nur dem Gegenstand nach, daß nur die Resultate der Produktion distribuiert werden können, sondern auch der Form nach, daß die bestimmte Art der Teilnahme an der Produktion die besondern Formen der Distribution, die Form, worin an der Distribution teilgenommen wird, bestimmt.“* (Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 627)

Hätte Varga sich an diesem Hinweis von Marx orientiert, dann hätte er nicht bei der Feststellung stehenbleiben dürfen, daß die Angehörigen einer bestimmten Schicht (die er ohne nähere Analyse als „Bürokratie“ bezeichnet) in einer bestimmten Weise an der Verteilung teilnehmen, sondern er hätte ihre „Art der Teilnahme an der Produktion“ untersuchen müssen. Dann hätte sich - wie wir weiter unten zeigen werden - unter anderem auch ergeben, daß diese hohen Einkommensunterschiede Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre **anderen Produktionsverhältnissen** entsprangen als in den 30er Jahren. Daß also Chruschtschow und die Schicht bzw. Klasse, die er vertrat, nicht etwa das fortsetzten, was Stalin und seine Kampfgefährten begonnen hatten, sondern entgegengesetzte Klasseninteressen verfolgten. Doch dazu im einzelnen später.

## Gossweiler und Holz vertuschen das Klasseninteresse

Halten wir, um an unserer Auseinandersetzung mit Gossweiler anzuknüpfen (vgl. Anhang, S. 181 ff.), zunächst fest, daß Varga trotz seiner krassen Entfernung vom Marxismus in der Frage des Verhältnisses von Produktions- und Verteilungsverhältnissen dem Marxismus und der Wirklichkeit immer noch tausendmal näher steht als Gossweiler. Gossweiler macht den Revisionismus an der Entwicklung der Sowjetunion nach Stalins Tod an folgenden Punkten fest:

„Die erste Hauptlinie: Klassenversöhnung statt Klassenkampf“. (Gossweiler, Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus, a.a.O., S. 43) Gemeint ist der Klassenkampf nach außen, gegenüber dem Imperialismus. Vom Klassenkampf **innerhalb** der Sowjetunion spricht Gossweiler überhaupt nicht. „Die zweite Hauptlinie: Die Propagierung des Imperialismus als Vorbild für die Gestaltung des Sozialismus“. (ebenda, S. 48) Also eine bestimmte Propaganda in Bezug auf den äußeren Feind. „Die dritte Hauptlinie: Der Austausch von Freund- und Feindbild“. (ebenda, S. 50) Damit meint Gossweiler, daß die Chruschtschow-Leute über die angeblichen Verbrechen Stalins schwadronierten, anstatt die Verbrechen des Imperialismus anzuprangern. Hätten sie also nach außen in Wort und Tat den Imperialismus angegriffen, im Innern aber (jedenfalls im großen und ganzen) so gehandelt, wie sie es getan **haben**, dann wäre die Welt für Gossweiler in Ordnung, dann könnte jedenfalls von Revisionismus keine Rede sein. „Die vierte Hauptlinie: Die Zerstörung des kommunistischen Parteibewußtseins“. (ebenda S. 53) Man sieht, Gossweiler ist ein großer Freund des Bewußtseins, während ihn die materiellen Verhältnisse weit weniger interessieren. (Statt „kommunistisches Parteibewußtsein“ müßte er nur „proletarische Denkweise“ sagen, und er könnte der MLPD die Hand reichen.) Seine Punkte 2, 3 und 4 behandeln ausschließlich Bewußtseinsinhalte, nämlich eine „Propagierung“, ein Freund- bzw. Feind-*“bild“* (also ein Abbild von irgendetwas Objektivem im Bewußtsein, wobei das abgebildete Objektive, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die eben dieses Abbild hervorbringen, nicht näher untersucht werden) sowie ein Parteibewußtsein (bzw. dessen Zerstörung). Nur Punkt 1 behandelt den Klassenkampf bzw. dessen angebliche Einstellung, aber nur in Bezug auf den äußeren Feind. Wenn Gossweiler meint, dieser Kampf sei eingestellt worden, so wäre die Annahme naheliegend, daß dies auf inneren Klassenverhältnissen beruht bzw. auf den Klasseninteressen der Leute an der Spitze der Sowjetunion. Ein solcher Gedanke aber tritt nicht an ihn heran. Das „kommunistische Parteibewußtsein“, das Gossweiler beschwört bzw. dessen Zerstörung durch die Chruschtschow-Leute er beklagt, hat denn auch nichts mit irgendwelchen

Klassenverhältnissen, Klasseninteressen und Klassenkämpfen innerhalb der Sowjetunion zu tun. Es ist klassenlos, und dieses Bewußtsein beruht auf sich selbst, es ist Geist vom Geiste. Jedoch: „Die *’Idee’* blamierte sich immer, soweit sie von dem *’Interesse’* unterschieden war.“ (Marx, Die Heilige Familie, MEW 2, S. 85) Gossweilers vom Klasseninteresse unterschiedenes „kommunistisches Bewußtsein“ sowie seine vom Klasseninteresse unterschiedene Zerstörung dieses Bewußtseins blamieren sich beispielsweise reichlich, wenn man die von Varga eindringlich geschilderten Fakten entgeghält.

## Der Marx´sche Sozialismus

Halten wir zunächst noch fest, worin nach Auffassung von Marx der Inhalt der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, nämlich des Sozialismus, in letzter Analyse besteht: „Dieser Sozialismus ist die *Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.*“ (Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, MEW 7, S. 90) Es versteht sich von selbst: Solange dieser Sozialismus, diese Klassendiktatur des Proletariats erforderlich ist, solange nämlich der Kommunismus nicht erreicht ist, so lange gibt es Klassenkräfte, deren Interesse darauf gerichtet ist, diese Produktionsverhältnisse, diese Beziehungen und (bei Marx **zuletzt!**) diese Ideen zu **be-**  
**wahren**. Leugnet man dies, ersetzt man das Studium dieser Interessen bzw. der entgegengesetzten Interessen des Proletariats sowie des Kampfes zwischen diesen beiden Interessen durch einen „Klassenkampf“ à la Gossweiler, durch einen Kampf nämlich, der so gut wie ausschließlich in **äußeren** Beziehungen sowie in Ideen seine Triebkraft hat, so **revidiert** man in aller Gründlichkeit die Marx´sche Auffassung vom Sozialismus und der Diktatur des Proletariats. Diese Revision dient objektiv dazu, der Arbeiterklasse den Blick dafür zu verstellen, worum es bei diesem Kampf geht, und dies wiederum dient den klassenmäßigen Interessen derjenigen, die die Abschaffung sämtlicher auf Klassenunterschieden beruhenden Beziehungen verhindern wollen. Es braucht uns daher auch nicht zu verwundern, daß Gossweiler uns erzählt, wie der Revisionist Ulbricht „den Revisionismus bekämpfte“. Es braucht uns deshalb nicht zu verwundern, weil Gossweiler selbst Revisionist war und ist. Sein ganzes Geschwätz vom „Kampf gegen den Revisionismus“ soll nur vertuschen, daß er selbst in einem Kardinalpunkt den Marxismus revidiert, nämlich in der Frage des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats.

## Gossweiler und Holz: Kämpfer für das Überleben des Revisionismus

Die Leserinnen und Leser werden sich vielleicht wundern, warum wir uns die Mühe machen, uns derart ausführlich mit Gossweiler auseinanderzusetzen. Doch Gossweiler verkörpert hier eine ganze Richtung. Nehmen wir z.B. das Buch von Hans Heinz Holz *Niederlage und Zukunft des Sozialismus*; Essen 1991. Holz ist nicht irgendwer, und dieses Buch ist nicht irgendein Buch. Holz ist führender Ideologe der DKP, und dieses Buch wurde als ideologische Grundlage für das Weiterbestehen der DKP verfaßt, für ihr Weiterbestehen nicht als linkssozialdemokratische Partei, sondern auf Grundlage ihrer eigenen revisionistischen Traditionen. Holz beklagt in diesem Buch „*die Wende des XX. Parteitags*“ der KPdSU, und er führt diese Wende auf „*die Bewußtseinslage in der Sowjetunion*“ zurück, die diese Wende seiner Meinung nach nämlich „*erlaubte, ja vielleicht sogar erforderte*“. (Holz, a.a.O., S. 103) Für diese Bewußtseinsinhalte macht er im wesentlichen zwei materielle Faktoren verantwortlich: Zum einen den niedrigen Stand der Produktivkräfte, zum andern den Druck des Imperialismus. Diese Faktoren gab es natürlich, und sie hatten auch große Wirkung, doch Holz nennt sie nur, um von den klassenmäßigen Interessen im Innern abzulenken. Der Klassenkampf wird bei Holz durch den „*Kampf um das Bewußtsein der Menschen*“ (Holz, S. 107) ersetzt, und dieser Kampf muß seitens der Partei bzw. der Parteispitze geführt werden, also seitens derjenigen Leute, die so lebten, wie Varga das beschrieben hat. Holz beklagt, daß dieser Kampf „*nicht mehr geführt, sondern bürokratisch durch erziehungspolitische Dekrete ersetzt*“ wurde. (ebenda) Die Leute, die sich bedienen ließen, hätten also ihre Bediensteten auf unbürokratische Weise im kommunistischen Sinne erziehen sollen - eine schier unlösbare Aufgabe, die Holz den sowjetischen Apparatschiks da stellt.

Holz beklagt „*das Verarmen der Theorie*“ in der Periode nach Stalin. „*Die marxistischen Theoretiker*“ haben ihm zufolge „*die praktische Seite ihrer weltanschaulichen Analysen und Zielsetzungen aus dem Auge verloren*“. (ebenda) Die Frage, welche klassenmäßigen Interessen diese Theoretiker zu diesem Zeitpunkt vertreten haben, kommt Holz nicht in den Sinn. Der Gipfel der Ironie: Wenige Sätze später beklagt Holz, daß diese Theoretiker „*die Widersprüche der eigenen Gesellschaft*“, nämlich der Sowjetgesellschaft, nicht untersuchten (ebenda) - eine Aufgabe, der er selbst sich **noch heute** nicht zu stellen vermag!

Holz: „*Die Diktatur des Proletariats konnte über lange Zeit nur die Diktatur der Partei sein*“; die „*breiten Massen*“ sollten sich Holz zufolge mit einem derartigen „*Sozialismus*“ zufriedengeben, da ihnen das „*eine deutliche Verbesserung ihres Lebensstandards und ihrer sozialen Sicherheit*“ bringen konnte. (S. 100) Daß unter den gegebenen rückständigen Umständen große Zugeständnisse gemacht werden mußten, daß der Entwicklung der kommuni-

stischen Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder außerordentlich große Hemmnisse im Wege standen, das bestreiten wir keineswegs. (Wir werden später darauf eingehen.) Doch gerade **Stalin**, dem die Holz und Gossweiler neuerdings lobhudeln, hat hieraus nie die Schlußfolgerung gezogen, die Diktatur des Proletariats könne nur die Diktatur der Partei sein. Er hat eine solche Schlußfolgerung vielmehr in Theorie und Praxis bekämpft. **Ausdrücklich** wandte er sich gegen eine derartige Gleichsetzung in dem von uns auf S. 185 angeführten Zitat (SW 8, S. 42 f.) An anderer Stelle sagte Stalin:

*„Die Tatsache, daß sich bei uns eine Gruppe von Führern herausgebildet hat, die sehr hoch gestiegen sind und große Autorität genießen - diese Tatsache ist natürlich an sich eine große Errungenschaft unserer Partei. Es ist klar, daß ohne das Vorhandensein einer solchen autoritativen Gruppe von Führern die Leitung des großen Landes undenkbar wäre. Aber die Tatsache, daß die Führer sich bei ihrem Aufstieg von den Massen entfernen und die Massen beginnen, von unten zu ihnen aufzuschauen, ohne daß sie es wagen, sie zu kritisieren - diese Tatsache muß eine gewisse Gefahr der Loslösung der Führer von den Massen und der Entfernung der Massen von den Führern heraufbeschwören. Diese Gefahr kann dazu führen, daß die Führer überheblich werden und sich für unfehlbar halten. Aber was kann daran gut sein, wenn die führenden Spitzen überheblich werden und anfangen, von oben auf die Massen herabzuschauen? Es ist klar, daß das zu nichts anderem führen kann als zum Untergang der Partei.“* (SW 11, S. 28 f.) Tatsächlich hat es zum Untergang der KPdSU als einer kommunistischen Partei und zum Untergang der Sowjetunion als eines sozialistischen Landes geführt, und zwar bereits in den 50er Jahren unwiderruflich.

Und heute, vierzig Jahre später, erklärt uns Holz, die Diktatur des Proletariats hätte nun mal nichts anderes sein können als die Diktatur der Partei, und für die breiten Massen hätte sich dabei schließlich der Lebensstandard verbessert. Es muß klar gesagt werden: Die klassenmäßige Haltung der Holz und Gossweiler hat mit der Stalins nicht das geringste zu tun, sondern die eine ist der anderen direkt entgegengesetzt. Die klassenmäßige Haltung der Holz und Gossweiler entspricht der von sowjetischen Führern, die überheblich auf die Massen hinabschauten, wie Stalin das im zuletzt angeführten Zitat angeprangert hat. Führer, die die Massen für dumm und rückständig und sich selbst für unersetzlich hielten, Führer, die gar nicht daran dachten, auf die Abschaffung der Klassenunterschiede hinarbeiten, sondern die auf alle Zeiten „oben“ sitzenbleiben und folglich die Klassenunterschiede verewigen wollten, Führer, die darauf hinarbeiteten, alle Entscheidungskompetenzen in ihren Händen zu monopolisieren und das Proletariat auf Dauer von der Machtausübung zu entfernen. Die Emanzipation einer Schicht derartiger Führer zur neuen herrschenden Klasse, das war der Inhalt des sozialökonomischen Geschehens nach dem Tode Stalins. Aber diese Leute waren

natürlich schon lange vor Stalins Tod da und haben ihre Interessen verfolgt. Die Sympathien der Holz und Gossweiler liegen bei diesen Leuten. Wenn sie zugleich eine gewisse Stalin-Nostalgie betreiben, dann deshalb, weil aus heutiger Sicht unschwer zu sehen ist, daß mit der Machtergreifung der Chruschtschow-Leute der Verfall der Sowjetunion begann. Und die Nostalgiker Holz und Gossweiler hätten gern eine starke, mächtige Sowjetunion - mit derartigen Führern, die alle Macht monopolisieren und das Proletariat zur Staffage degradieren, an der Spitze. Das ist der Grund, warum sie, selbst Revisionisten, einerseits den Revisionismus Chruschtschows beklagen und andererseits peinlichst bedacht sind, die klassenmäßigen Wurzeln dieses Revisionismus konsequent unter den Teppich zu kehren.

### Stalin gegen die Trüffelschweine im Garten des Staates

Hat man es aber mit einer Schicht (und später dann mit einer Klasse) von Leuten zu tun, die danach streben, alle Schalthebel der Gesellschaft unwiderruflich in die Hand zu bekommen, anstatt die Klassenunterschiede abzubauen, dann ist es eine unvermeidliche **Folge**, daß diese Leute auch möglichst viel privaten Reichtum ergattern wollen. *„Eine machthabende Schicht ohne politische und ökonomische Ausnützung ihrer Vorrechte gibt es nicht.“* (Wittfogel, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, a.a.O., S. 86) Dies schrieb Wittfogel zwar nicht mit Bezug auf den Sozialismus, doch es gibt keinen Grund, warum es dort nicht gelten sollte. So war Stalin bereits 1926 zu folgenden Feststellungen gezwungen:

*„Bei uns feiert man jetzt Bacchanalien, man schwelgt in allen möglichen Feierlichkeiten, Festversammlungen, Jubiläen, Denkmalsenthüllungen usw. Zehntausende und Hunderttausende Rubel werden für derartige 'Beschäftigungen' vergeudet. Bei uns gibt es eine solche Unmenge aller möglichen Jubilare und Liebhaber von Feierlichkeiten und eine so erstaunliche Bereitwilligkeit, ein halbjähriges, einjähriges, zweijähriges usw. Jubiläum zu feiern, daß wahrhaft Dutzende von Millionen Rubel erforderlich sind, um die Nachfrage zu befriedigen. Genossen, mit diesen eines Kommunisten unwürdigen Maßlosigkeiten muß Schluß gemacht werden. (...)*

*Am bemerkenswertesten ist der Umstand, daß Parteilose, wie man beobachten kann, mit den Mitteln unseres Staates bisweilen sorgsamer umgehen als Parteimitglieder. Ein Kommunist handelt in solchen Fällen dreister und resoluter. Es kommt ihm nicht darauf an, einer Reihe von Angestellten eine Unterstützung zu geben, die er Tantieme nennt, obgleich hier von einer Tantieme keine Rede sein kann. Es kommt ihm nicht darauf an, sich über ein Gesetz hinwegzusetzen, es zu umgehen, es zu übertreten. Ein Parteiloser ist hier vorsichtiger und zurückhaltender. Das erklärt sich wohl daraus, daß der Kommunist die Gesetze, den Staat und dergleichen bisweilen als eine Familienangelegenheit betrachtet. Eben deshalb ko-*

*stet es manchen Kommunisten bisweilen keine große Mühe, einem Schweine gleich (entschuldigen Sie bitte den Ausdruck, Genossen) in den Garten des Staates einzudringen und dort zu stibitzen oder seine auf Kosten des Staates gehende Freigebigkeit zu zeigen.“ (SW 8, S. 119 f.)*

Wie der zweite Teil des Zitats zeigt, verstanden die Trüffelschweine es bereits zu diesem Zeitpunkt sehr gut, sich in Seilschaften zu organisieren; der Vordere erweist den Hinteren Wohltaten, und diese bedanken sich mit „Loyalität“ - freilich nicht mit Loyalität gegenüber der Arbeiterklasse, der Partei und dem Staat, sondern gegenüber ihrem Gönner. Wir werden auf dieses Problem noch zurückkommen. Vergewärtigen wir uns an dieser Stelle noch einmal, welcher Hohn in der Aussage Holz' steckt, es sei nun mal unumgänglich gewesen, daß die Diktatur des Proletariats sich angeblich als Diktatur der Partei dargestellt habe, schließlich hätten die breiten Massen davon ökonomische Vorteile gehabt.

## Varga über die Abschaffung des Parteimaximums

Freilich sind nach alledem erstmal mehr Fragen offengeblieben als geklärt wurden. Was war denn das nun für eine Staatsmacht? Woher kamen die Privilegien für die Leiter von Partei, Staat und Gesellschaft? Mußte das sein? War denn das, was unter Chruschtschow geschah, nicht nur die logische Folge des vorherigen Zustands? Und warum duldete Stalin das?

Wir werden auf diese Fragen zurückkommen. Kommen wir zunächst zum Ausgangspunkt zurück, zu den Aufzeichnungen Vargas. Diese Aufzeichnungen enthalten noch einige Fakten, deren Mitteilung sich lohnt. Von Interesse sind zunächst einmal die Ausführungen bezüglich der Abschaffung des Parteimaximums. Eine Diskussion oder Beschlußfassung über die Abschaffung dieses Parteimaximums ist der sowjetischen Literatur nicht zu entnehmen. Laut Holmberg hatte die Bestimmung bezüglich des Parteimaximums vorgesehen, daß von Einkommen über 210 Rubel 90 % an die Partei fielen. Laut Holmberg wurde die Bestimmung zunächst für Stachanowarbeiter abgeschafft. Danach, so Holmberg, *„verschwand sie auch für die Bürokraten, und ihre Löhne wurden ohne Ausnahme hochgeschraubt, vor allem die der Spitzenbürokraten. Zugleich erhielten die höheren Bürokraten und ebenso die Offiziere weitere Privilegien. Spezielle geschlossene Läden wurden eingerichtet, wo sie Waren verschiedener Art frei kaufen konnten, die nicht für die breiten Massen zugänglich waren oder die sie aufgrund der Rationierung nur in begrenzten Mengen erhalten konnten. Den Bürokraten wurden auch Sommervillen und andere Vorteile zugewiesen.“* (Holmberg, Friedliche Konterrevolution, a.a.O., Bd. I, S. 36)

Eine Andeutung über die Auseinandersetzung um das Parteimaximum bereits Mitte der 20er Jahre findet sich im Schlußwort Stalins auf dem 13.

Parteitag 1924. Stalin äußert sich dort abfällig über „eine gewisse Anzahl von Parteimitgliedern, die ein Monatsgehalt von 1000 und 2000 Rubel beziehen, als Mitglieder der Partei gelten und vergessen, daß die Partei existiert“ (SW 6, S. 204), die also nicht ordnungsgemäß Beitrag bezahlten.

Die Ausführungen Vargas, so unbestimmt sie sind, sind gerade deshalb von Interesse, weil die Informationen bezüglich dieser Frage so überaus spärlich sind:

„Wann das ‘Parteimaximum’ abgeschafft wurde, weiß ich nicht genau. Im Jahre 1930, als ich formell von der Komintern in die Kommunistische Akademie übergang, bestand das Parteimaximum noch; es war damals 150 Rubel, es wurde später auf 225 erhöht. Es ist interessant, daß keine der ‘Parteigeschichten’ über das Parteimaximum auch nur ein Wort spricht...!

*In den dreißiger Jahren begann die radikale Zerlegung der Sowjetgesellschaft in Schichten mit sehr verschiedenen Einkommen. Eine nach der anderen - je nach der Wichtigkeit für das Regime Stalins - wurden privilegierte Schichten geschaffen: erst die hohe und höhere Parteibürokratie, dann das Offizierskorps. Viel später, erst nach dem Kriege, die Gelehrten.“* (Varga, S. 137 f.) Vargas umgestülpter Personenkult, wonach das alles offenbar einem teuflischen Plan Stalins entsprang und sonst keine, insbesondere keine objektiv wirkenden Ursachen haben konnte, braucht uns hier nicht zu kümmern, wenngleich eine solche Sichtweise für einen marxistischen Politökonom schon mehr als armseilig ist. Auf die Fragen der wirklichen Ursachen dieser Entwicklung werden wir zurückkommen. Halten wir hier fest, daß Varga die Darstellung Holmbergs über die Abschaffung des Parteimaximums in den 30er Jahren im großen und ganzen bestätigt.

### Varga über die Zustände während des Krieges

Varga: „Am krassesten trat diese Schichtung während des Weltkrieges in Erscheinung. Im Herbst 1941 befand sich die Akademie in Kasan: die Akademiemitglieder erhielten zum Mittagmahl eine wässerige Suppe und einen Teller Linsen. Ich war damals ein sehr beliebter Vortragender über die internationale Lage: ich hielt Vorträge im Obkom (Gebietskomitee der Partei, RM) und in Fabriken. Der Obkom-Sekretär belohnte mich mit einem Eintrittsrecht in die Kantine der ‘G’. **Einmal** ging ich hin; es gab dort alles: Fleisch, Fisch, sogar Bier. Aber es kostete mich zuviel Zeit und war widerlich: ich ging nicht mehr hin...“

Im Dezember übersiedelte ich nach Kujbysev. Dort war das diplomatische Korps, das Außenministerium. Man war dort auf die Möglichkeit eingerichtet, daß die Regierung möglichenfalls dorthin übersiedelt. Daher funktionierte dort die ‘Kreml-Kantine’, die ich (von Moskau aus) das Recht hatte, zu benutzen. Niemals gab es in Moskau eine derart üppige Versorgung der hierzu ‘Berechtigten’ (Varga meint: wie es zu diesem Zeitpunkt in Kujbysew der Fall war, RM)

*mit allen Lebensmitteln, während die Bevölkerung der Stadt bittere Not litt...“*  
(Varga, a.a.O., S. 138)

Diese Schilderung entspricht der Darstellung von Stalins Tochter Swetlana Allilujewa. Deren Buch wurde im Westen als antikommunistische Literatur publiziert, zeigt aber entgegen den Absichten seiner Verbreiter in vieler Hinsicht, daß Stalins Klassenstandpunkt der der Arbeiterklasse war. Allilujewa war politisch naiv und zum Zeitpunkt der Niederschrift ihres Buches religiös; umso unbefangener ist in gewisser Hinsicht ihre Darstellung von Fakten. Tatsächlich wurden 1941 Teile der Regierung nach Kujbysev verlegt, und auch Stalins Tochter wurde dorthin evakuiert und besuchte dort die Schule. Sie berichtet von einem Besuch bei Stalin in Moskau. Stalin fragte sie, ob sie sich denn schon mit jemandem in Kujbysev angefreundet hätte. „*Nein, wir haben eine eigene Schule für evakuierte Kinder, es sind sehr viele dort*“, antwortete ich ahnungslos. Da blickte Vater mich plötzlich scharf an, wie er es immer tat, wenn ihn etwas ärgerte. *‘Was, eine eigene Schule?’ Ich sah, daß er allmählich in Wut geriet. ‘Ach, ihr...!’ Er suchte nach Worten, die nicht gar zu ordinär waren. ‘Ihr verfluchte Kaste! Da schau her, die Regierung, die Moskauer sind gekommen - da muß eine eigene Schule her! Wlassik, dieser Schurke (ein General, der offenbar für die Regelung solcher Dinge zuständig war, RM) -, das ist sein Werk!’ Er war richtig zornig, und nur unaufschiebbare Angelegenheiten und die Anwesenheit anderer Menschen lenkten ihn vom Thema ab. ‘Kaste’ - er hatte recht! Sie waren wirklich eine Kaste, die Spitzen der großstädtischen Gesellschaft, die da in einer Stadt erschienen, die zur Hälfte evakuiert worden war, um dort für alle diese Familien, die an ein komfortables Leben gewöhnt waren und sich hier in den bescheidenen Provinzwohnungen ‘beengt’ fühlten, Platz zu schaffen.(...)*

*In Kujbyschew, wo die Moskauer sozusagen im eigenen Saft schmorten, war dies besonders auffallend. Und in unserer Schule, der ‘Emigrantenschule’, boten tatsächlich die Kinder der Hautevolee Moskaus ein so entsetzliches Schauspiel, daß sich einige der einheimischen Lehrer weigerten, in diesen Klassen zu unterrichten.“* (Allilujewa, Zwanzig Briefe an einen Freund, a.a.O., S. 239)

Aus dieser Schilderung läßt sich bereits erahnen, daß Stalin viele Entwicklungen, deren Urheber er laut Varga war, nicht nur keineswegs initiiert hatte, sondern ihnen sogar mit ohnmächtigem Zorn gegenüberstand.

Varga: *„Noch schrecklicher (als in Kujbysew, RM) war meine Erfahrung in Leningrad. September 1942 fuhr ich (als erster aus Moskau) freiwillig nach Leningrad, um Vorträge zu halten. Ich wollte das Leben in der belagerten Stadt kennenlernen. Ich nahm einen halben Laib Brot mit. Aber in Leningrad, wo Hunderttausende buchstäblich Hungertod erlitten hatten, wo die Ernährung der Bevölkerung noch immer an den Hunger grenzte und viele an den Folgen des Hungers noch immer starben, führte man mich in eine Kantine an der ‘Mojka’(...) wo alles ‘normal’ war.*

*Es gab nur eine Beschränkung beim Mittagmahl: man durfte keine zwei Fleischspeisen essen! Jeder erhielt ein Paket Lebensmittel - genügend für Nachtmahl und Frühstück. Es waren zivile Parteifunktionäre - keine Offiziere -, die dort aßen. Als ich ins Hotel Astoria zurückkehrte, gab ich den von Moskau mitgebrachten halben Laib Brot dem Stubenmädchen: sie konnte sich vor Glück nicht fassen!*

*Ich gebe diese Details, damit der Leser (wenn überhaupt jemand diese Zeilen lesen wird) konkret sehen soll, was für eine Kluft die Privilegierten von dem arbeitenden Volk trennte. Diese Kluft wurde in der Nachkriegszeit noch größer. (...)*

*Chruschtschow ließ für sich in zehn Jahren 13 neue luxuriöse Wohnbauten durchführen. Auf der Krim wurde am Ufer des Meeres eine neue Residenz für ihn gebaut: allein die Befestigung des Meeresufers erforderte eine Summe von 8 Millionen (neuen) Rubeln! In dem Naturpark auf der Krim wurde an Stelle des alten Jägerhäuschens ein Marmorpalast erbaut usw.“ (Varga, a.a.O., S. 138 f.)*

## Swetlana Allilujewa: Stalin war in vielem Gefangener der Verhältnisse

Natürlich stellt sich die Frage, inwieweit auch Stalin in einem solchen Luxus lebte. Die Schilderung seiner Tochter, die stark um persönliche Dinge kreist, ist hier in vielem von Interesse. Aufgrund dieser Schilderung könnte man die kurze Antwort geben: Stalin selbst lebte bescheiden und hielt auch seine Familie hierzu an, hielt die Kinder z.B. finanziell knapp, doch er konnte sich den allgemein innerhalb der Führung herrschenden Verhältnissen nicht entziehen. So bezog er offenbar ein hohes Gehalt, das von irgendwelchen Leuten verwaltet wurde und in irgendwelchen Kanälen versickerte. Allilujewas Aufzeichnungen sind seit langem bekannt, doch konnte man bislang kaum einschätzen, ob bei bestimmten Mitteilungen nüchterne Beobachtung, subjektiv gefärbte Sicht der Dinge oder im Interesse der westlichen Herausgeber liegende Redigierung zugrundeliegt. Viele Schilderungen aber fallen verblüffend mit denen von Varga zusammen, so daß ein relativ hoher Wahrheitsgehalt zumindest wahrscheinlich ist.

*Allilujewa: „Von nun an (1937 oder 1938, RM) ging im Haushalt (Stalins, RM) alles auf Staatskosten. Sogleich wuchs der Stab des Bedienungspersonals oder ‘Betreuungspersonals’ (wie man es, zum Unterschied von den früheren ‘bourgeoisen’ Dienstboten, nannte) ins Unermeßliche. In jeder Datscha erschienen Kommandanten, ein ganzer Stab von Bewachungspersonal (mit ihren eigenen Befehlshabern), es gab zwei Köche, die sich täglich ablösten, doppelte Belegschaften von Serviererinnen und Putzfrauen, die sich ebenfalls abwechselten. Alle diese Menschen wurden eigens von einer Spezialabteilung ausgesucht, selbstverständlich nach den besonderen Bedingungen, die diese Behörde zu stellen pflegte, und so wurden die, die man als ‘Betreuungspersonal’ aufgenommen hatte, zu ‘Mitarbei-*

tern' des MGB (oder der GPU, wie es damals noch hieß (Geheimpolizei, RM).“ (Allilujewa, a.a.O., S. 186)

„Der amtliche 'Betreuungsstab' wuchs mit unglaublicher Geschwindigkeit, und zwar nicht allein in unserem Haushalt, sondern in allen Häusern der Regierungsmitglieder, besonders bei allen Angehörigen des Politbüros(...) vollkommene Abhängigkeit von Staatsgeldern und staatlichem Personal, das das ganze Haus und dessen Bewohner mit immer gleich wacher Aufmerksamkeit pausenlos beschattete.“ (ebenda S.187)

Für Stalins Gehalt gab es „eine besondere Verwaltung, irgendwo im Rahmen des Ministeriums für Staatssicherheit; dort gab es eine eigene Buchhaltung für ihn. Wer weiß, wieviel Geld durch diesen Apparat hindurchwanderte. Er selbst wußte es wohl auch nicht. Manchmal zog er plötzlich über seine Kommandanten und Generale der Wache her, über Wlassik, und schimpfte: 'Schmarotzer, ihr freßt euch hier an; ich weiß, wieviel Geld bei euch durch die Finger rinnt - wie durch ein Sieb.' Doch in Wirklichkeit wußte er es nicht. Er ahnte nur instinktiv, daß riesige Mittel verschleudert wurden... Er versuchte auch irgendwie eine Revision in seiner Wirtschaft durchzuführen, doch es kam nichts dabei heraus. Man legte ihm irgendwelche frei erfundenen Zahlen vor, er geriet in Wut, aber Genaueres zu erfahren war er doch nicht imstande. Trotz all seiner Allmächtigkeit war er doch machtlos, hilflos gegenüber diesem entsetzlichen System, das rings um ihn Zelle für Zelle aufgewachsen war wie eine gigantische Wabe.“ (ebenda S. 291 f.) „Die hohen Offiziere der Bewachungsmannschaft (...) hatten nur **ein** Ziel: soviel wie möglich für sich zu erraffen, solange sie auf diesem warmen Pöstchen saßen. Alle bauten sich ihre eigenen Datschen, alle legten sich auf Staatskosten Autos zu und lebten um kein Haar schlechter als die Minister oder die Mitglieder des Politbüros.“ (S. 188) „Mein Vater hatte keinen Sinn für Gegenstände, seine Wohnung war puritanisch, sein Wesen spiegelte sich nicht in Dingen wider (...)“ (S. 33)

Auch schildert Allilujewa, wie sehr Stalin den um ihn entfachten Personenkult haßte, aber offenbar nichts dagegen unternehmen konnte.

Auf die Frage, wie derartige Erscheinungen zu erklären sind, werden wir später eingehen. Zunächst wollen wir noch einige Bemerkungen Vargas wiedergeben, die sich auf Stalin selbst beziehen.

## Varga über Stalin

Varga: „Ich möchte hier einiges über Stalin persönlich einfügen. Ich hatte oft mit ihm zu tun: Er wandte sich regelmäßig an mich, um Daten und eine Analyse der Lage zu bekommen, wenn er sich mit weltwirtschaftlichen Fragen beschäftigen sollte.“ War ein Termin vereinbart, so brauchte Varga „niemals (...) zur angegebenen Zeit im Vorzimmer zu warten.“ (Varga, a.a.O., S. 168) Diese scheinbar unpolitische Passage, die sich auf eine an sich selbstverständliche Höflichkeit der Umgangsformen bezieht, ist so uninteressant

nicht, denn eine derartige Höflichkeit war für einen hohen sowjetischen Funktionär damals offenbar alles andere als selbstverständlich. Varga: *„Diese Pünktlichkeit hatte er mit Lenin gemein, im Gegensatz zu den Herren-Manieren Sinowjews, der für denselben Zeitpunkt 10-20 Leute aus der Komintern zu sich bestellte und stundenlang warten ließ. Einmal wurde mir dies zu bunt, und ich ging einfach weg. Den nächsten Tag sagte mir sein Sekretär, Sinowjew habe sich ‚gewundert‘, daß ich wegging, ohne von ihm empfangen zu werden...“* (ebenda)

Varga beschreibt, wie er 1934 vor dem 17. Parteitag ausführliches Material über die Wirtschaftslage des Kapitalismus zusammengestellt hatte, Material, das im Gegensatz zur damaligen Führung der Komintern zu dem Schluß kam, die große Wirtschaftskrise sei zu Ende. Man wollte Vargas Material nicht drucken. Stalin aber war von der Argumentation Vargas überzeugt. Er setzte durch, daß das Material gedruckt wurde, und er schieb anonym ein Vorwort, in dem gesagt wurde, daß das Material auf Rat Stalins gedruckt wurde. Varga tritt auch der Behauptung der Chruschtschow-Leute entgegen, Stalin hätte sich bezüglich seiner Analysen mit fremden Federn geschmückt: Stalin teilte es stets öffentlich mit, wenn er etwas von Varga übernahm.

Bezüglich seines für Stalins Bericht auf dem 17. Parteitag ausgearbeiteten Materials teilt Varga folgende Einzelheit über die Zusammenarbeit mit Stalin mit: *„Eine charakteristische Episode: Als ich ihn frug, wieviel ich schreiben soll und wieviel Zeit er hierfür habe, antwortete er: ‚Wieviel Sie für nötig halten.‘“* (S. 169 f.) Es spricht für die Verwirrung Vargas, daß dieser im unmittelbar nächsten Satz erklärt, Stalin sei *„zweifelloos ein orientalischer Despot“* gewesen, um wenige Sätze später auszuführen: *„Dabei ist es nicht wahr, daß Stalin keinerlei Einwände duldet. Man konnte ihm ruhig widersprechen. Das war meine Erfahrung(...)“* (ebenda S. 170)

Varga wird zwar nicht müde zu beklagen, den Tod wie vieler hervorragender Kommunisten Stalin persönlich auf dem Gewissen habe, erklärt aber andererseits, daß *„er mich zweimal rettete: im Jahre 1938, als die GPU mich auf Grund zahlloser falscher Anzeigen verhaften wollte, und im Jahre 1943 (...)“* (S. 170) Den zweiten Vorfall schildert Varga detailliert:

Während des 2. Weltkrieges verbreiteten verschiedene Leute die absurde These, der Faschismus liege im deutschen Nationalcharakter. Varga hielt einen Vortrag, in dem er diese These mit marxistischen Argumenten zurückwies. Daraufhin versuchten einige Apparatschiks, ihn *„an den Galgen zu bringen“*. Seiner Darstellung zufolge mußte er tatsächlich buchstäblich um seinen Kopf fürchten. Auf Rat Dimitroffs wandte Varga sich direkt an Stalin, d.h. er schickte Stalin seinen Vortrag mit einer kurzen Darstellung der Lage. Stalin rief Varga an und sagte: *„Das ist ein guter marxistischer Vortrag! Wer hat Sie beschuldigt?“* *„Er ließ sich über alle Leute, die mich verleumdeten, informieren. Was weiter geschah, weiß ich nur aus einer Bemerkung Dimitroffs,*

*daß er die Leute schrecklich herunterputzte.*“ (S. 170 ff.) Vargas Vortrag wurde gedruckt.

Weniger von Bedeutung ist, daß Varga die Frage aufwirft: *„Warum Stalin das tat, weiß ich nicht! Vielleicht dachte er, daß er mich noch brauchen werde...“* (S. 170) Daß der Grund einfach darin liegen könnte, daß Stalin gegen Verleumder vorgehen wollte, daß er an der Verbreitung marxistischer und nicht antimarxistischer Thesen interessiert war, kam Varga nicht in den Sinn. Aber das war sein Problem.

Damit endet unsere Schilderung der Fakten, die Varga mitteilt. Wir haben diese Fakten bislang nur spärlich bewertet. Vorerst bleiben noch mehr Fragen offen, als geklärt wurden. Wir werden nun versuchen, einige Rätsel zu entwirren.

## 2. Von der Oktoberrevolution zur Kollektivierung

Vargas Aufzeichnungen enthalten eine Reihe von sehr bemerkenswerten Fakten über die Verteilungsverhältnisse in der Sowjetunion. Ab den 30er Jahren entwickelten sich enorme Konsumunterschiede zwischen den Führern von Partei, Staat und Gesellschaft einerseits und der Arbeiterklasse und den Bauern andererseits. Wir haben allerdings gesagt, daß die von Varga daraus gezogenen Schlußfolgerungen falsch und mit dem Marxismus unvereinbar sind. Konsumtionsverhältnisse haben ihren Grund nicht in sich selbst, sondern sie beruhen letztlich auf der Produktionsweise. Die Produktionsweise ist die Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Die Produktivkräfte sind die menschlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten im Produktionsprozeß nebst den sachlichen Produktionsmitteln, die Produktionsverhältnisse sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Menschen im Prozeß der Produktion eingehen. Varga liefert also keine Erklärung der von ihm geschilderten Konsumtionsverhältnisse, da er sie nicht in Bezug auf die Produktionsweise betrachtet. Genau dies aber wollen wir nun tun.

### Die Kette des imperialistischen Weltsystems reißt dort, wo sie am schwächsten ist

Beginnen wir mit einem Zitat von Marx: *„Nur soweit der Kapitalist personifiziertes Kapital ist, hat er einen historischen Wert (...). Aber soweit sind auch nicht Gebrauchswert und Genuß, sondern Tauschwert und dessen Vermehrung sein treibendes Motiv. Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist.“* (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 618)

Das ist der fortschrittliche geschichtliche Inhalt des Kapitalismus: Er schafft die hochentwickelten Produktivkräfte, auf denen der Kommunismus erst möglich wird. Subjektiver Stachel dieser Entwicklung ist das kleinlichste Gewinnstreben des Kapitalisten, dessen Hauptgrund noch nicht mal sein privater Konsum ist, sondern die Vermehrung des Kapitals als Selbstzweck.

Was aber, wenn die Arbeiterklasse in einem Land zur Macht gelangt, in welchem der Kapitalismus dieses sein Werk noch nicht verrichtet hat? Wenn die Produktivkräfte für eine „Gesellschaftsform, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums“ ist, noch nicht entwickelt wurden? Dieses Problem kann sich stellen und hat sich gestellt, weil die Entwicklung der einzelnen imperialistischen Länder gesetzmäßig ungleichmäßig verläuft. Die Voraussetzungen für die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse entstehen daher in den unterschiedlichen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Und sie entstehen nicht zwangsläufig zuerst da, wo die Produktivkräfte und damit die materielle Vorbereitung des Sozialismus und Kommunismus am weitesten gediehen sind. Die Kette des imperialistischen Weltsystems reißt vielmehr zuerst da, wo sie am schwächsten ist, und es ist eine Vielzahl von zum Teil höchst zufälligen Faktoren, deren Zusammenwirken darüber entscheidet, wo sie jeweils am schwächsten ist. 1917 war sie in Rußland am schwächsten.

## Was tun in einem rückständigen Land?

Die Arbeiterklasse, geführt von der bolschewistischen Partei, ergriff die Macht in einem Land, dessen Bevölkerung zum größten Teil aus Bauern bestand, in einem Land, in dem der Kapitalismus noch relativ schwach entwickelt war und in dem sie selbst folglich relativ schwach entwickelt war, im Grunde genommen eine kleine Minderheit der Bevölkerung darstellte. Die Bourgeoisie hatte im Februar, als der Zarismus gestürzt wurde, ihre Chance gehabt, die Macht zu übernehmen, doch hatte sie sich als unfähig erwiesen, diese Chance dauerhaft zu nutzen. Der unmittelbare Grund lag darin, daß sie aufgrund ihrer Klasseninteressen die Forderung der breiten Massen nach Brot und Frieden nicht befriedigen konnte. Der tiefere Grund lag wohl darin, daß sie dauerhaft nicht in der Lage war, die Bauernschaft als Bündnispartner zu gewinnen, richtiger: vor ihren Karren zu spannen. Die diesbezüglichen Gründe wirkten nicht erst 1917, sondern schon lange vorher, aber es würde hier zu weit führen, näher darauf einzugehen.

Nun mußte sich zeigen, ob die Arbeiterklasse zustande bringen konnte, was die Bourgeoisie nicht geschafft hatte, nämlich dauerhaft an der Macht zu bleiben. Die allererste und dringendste Frage mußte dabei sein, wie die Arbeiterklasse ein Bündnis mit den Bauern zustandebringen konnte. Dies war alles andere als einfach, da die Klasseninteressen der Arbeiter und der Bauern keineswegs zusammenfielen. Die Menschewiki (entsprach der damaligen westlichen Sozialdemokratie, also der opportunistische Flügel der Arbeiterbewegung) waren der Meinung gewesen, in einem rückständigen Land wie Rußland könne die Arbeiterklasse nicht die Macht ergreifen. Entsprechend vertraten nun die Trotzlisten, wenn die Revolution in den westlichen Indu-



strieländern nicht siege, könne die Arbeiterklasse nicht an der Macht bleiben. Logischerweise lehnten sie es ab, gegenüber den Bauern ein Bündnis anzustreben. Es machte ihnen nichts aus, die Interessen der Bauern zu mißachten, und wenn die Sowjetmacht dabei untergegangen wäre, wäre es ihnen auch egal gewesen. Das war ihre schematische, mechanistische Verfälschung des Marxismus. Die Mehrheit der russischen Arbeiter und der Partei der Bolschewiki hatte da eine andere Vorstellung. Logischerweise aber stand die Frage der Politik gegenüber den Bauern über eine sehr lange Zeit im Mittelpunkt der innerparteilichen Auseinandersetzungen, denn diese Frage sollte auf lange Zeit das Hauptproblem der russischen Revolution sein.

In diesem Zusammenhang wollen wir auf eine bemerkenswerte Publikation des Jahres 1993 hinweisen, nämlich auf Karuscheits und Schröders Buch *Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus*. (VTK-Verlag, Postfach 202038, 80020 München, ISBN 3-88599-029-6, 396 Seiten, DM 28,-) Die Verfasser untersuchen die Entwicklung der Sowjetunion auf Grundlage der These, daß die Bauernfrage bzw. die Politik der Arbeiterpartei gegenüber den Bauern der entscheidende Dreh- und Angelpunkt dieser Entwicklung war. Da diese Frage tatsächlich die mit Abstand **wichtigste Besonderheit** der sowjetischen Entwicklung war, kommen sie daher in vielem zu richtigen Analysen und Ergebnissen. Einige Punkte, die wir in diesem Kapitel sowie zu Beginn des nächsten Kapitels nur kurz skizzieren, werden dort ausführlich dargelegt und entwickelt. Der entscheidende Mangel des Buches: Über die Analyse dieser Besonderheit fällt das Allgemeingültige weg, diejenigen Probleme und Gesetzmäßigkeiten, die sich im Sozialismus, also beim Übergang zum Kommunismus, **stets** stellen. Insbesondere untersuchen die Autoren die Entwicklung der klassenmäßigen Unterschiede zwischen der Arbeiterklasse und der führenden Schicht, nicht oder - soweit sie es tun - nur aus dem Blickwinkel der Bauernfrage. Der Arbeit liegt daher eine falsche Sozialismus-Theorie zugrunde. Entsprechend kommen die Autoren zu der falschen Ansicht, unter Stalins Führung sei zwar seitens der Arbeiterklasse erreicht worden, was erreicht werden konnte, zu keinem Zeitpunkt aber seien die Verhältnisse sozialistisch gewesen. Diese Ansicht beruht darauf, daß der Sozialismus **nicht** konsequent als Übergangsgesellschaft betrachtet wird, die ihrem Wesen nach neben Keimen des Kommunismus Elemente der alten Gesellschaft enthält. (Wenn auch die Elemente der alten Gesellschaft in einem rückständigen Land notwendigerweise viel schroffer in Erscheinung treten mußten, als dies bei einem Land sein wird, das zum Zeitpunkt der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse bereits hochindustrialisiert ist.) Die Mängel des Buches müssen allerdings aufgrund der Tatsache bewertet werden, daß die mittlerweile vorliegenden geschichtlichen Erfahrungen des Sozialismus noch nicht in befriedigender Weise zu einer Theorie der Übergangsgesellschaft verallgemeinert wurden, die der Höhe der Zeit entspricht. An dieser Aufgabe muß noch gearbeitet werden.

Zurück zur Entwicklung der Sowjetunion.

Zunächst einmal traten die mit der Bauernfrage verbundenen besonderen Probleme der sozialistischen Revolution allerdings nur begrenzt in Erscheinung. Mit dem Sieg der Arbeiterklasse wurden die Großgrundbesitzer enteignet, und das Land fiel faktisch den Bauern zu. Die Bauern zogen also unmittelbaren Vorteil aus dem Oktober. In den folgenden Jahren mußte sich die junge Sowjetmacht gegen die militärischen Aggressionen der Imperialisten behaupten. In dieser Zeit wurde der Überschuß der bäuerlichen Produktion unentgeltlich eingezogen und in den Städten an die Arbeiter verteilt („Kriegskommunismus“). Die Bolschewiki neigten in diesem Zusammenhang zu der Illusion, dies sei der Anfang kommunistischer Verhältnisse. In Wirklichkeit war es ein Notbehelf, mit dem die Masse der Bauern nur deswegen einverstanden war, weil sie sehr gut wußten, daß die Großgrundbesitzer wiederkommen würden, wenn die rote Armee geschlagen würde. Das änderte sich mit dem Sieg der roten Armee. Die Lösung der militärischen Probleme ließ die sozialökonomischen, die zunächst verdeckt waren, voll in Erscheinung treten. Die Unzufriedenheit der Bauern mit der Ablieferungspflicht hätte rasch zum Untergang der Sowjetmacht geführt, hätte die von Lenin geführte Partei nicht 1921 mit dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) eine radikale Kurskorrektur vorgenommen.

Die NÖP beinhaltete zum einen, daß die Ablieferungspflicht der Bauern durch eine Naturalsteuer ersetzt wurde. Der Staat begann also, mit den Bauern Handel zu treiben. (Allerdings stand der wohl größte Teil der bäuerlichen Produktion noch auf der niedrigen Stufe der Naturalwirtschaft, hier wurde also nicht für den Austausch, sondern für die Selbstversorgung produziert.) Ferner wurden (allerdings in beschränktem Umfang) kapitalistische Industriebetriebe zugelassen, zum Teil in ausländischer Konzession. Von den staatlichen Betrieben wurde ein Teil in den sogenannten Staatskapitalismus überführt, d.h. die Betriebe blieben staatlich, wurden aber nach kapitalistischen Grundsätzen geführt. Insbesondere wurden sie vom Staat nicht mehr mit Rohstoffen versorgt, sondern mußten diese selbst kaufen und konnten andererseits ihre Produkte frei verkaufen. Ein anderer Teil der staatlichen Betriebe bildete den sozialistischen Sektor der Industrie, wurde unmittelbar vom Staat geleitet. Dieser Sektor war allerdings viel zu klein, um eine effektive Gesamtplanung der Wirtschaft durch den proletarischen Staat zu ermöglichen.

Dies bedeutete: Auf dem Dorf wurde auf die Zuspitzung des Klassenkampfes verzichtet. Die Kulaken, reiche Bauern, die Landarbeiter ausbeuteten, wurden im großen und ganzen nicht angetastet. In der Stadt wurde kapitalistische Produktion wieder eingeführt, allerdings genau in dem Maße, in dem der proletarische Staat dies zuließ. Der proletarische Staat nahm weitgehende ökonomische Zugeständnisse vor, die der Rückständigkeit des Landes geschuldet waren, behielt die politischen Kommandohöhen aber in seiner Hand.

## Die NÖP konnte nur eine begrenzte Zeit durchgeführt werden

Die proletarische Macht konnte die NÖP nicht auf unbegrenzte Zeit durchführen, ohne ihren Charakter einer Arbeitermacht einzubüßen. Der Zweck der NÖP lag darin, daß eine begrenzte Zulassung kapitalistischen Wirtschaftens diejenigen Produktivkräfte schaffen sollte, die die Arbeiterklasse bei der Eroberung der Macht nicht vorgefunden hatte. Die Gefahr

der NÖP lag darin, daß die Kräfte des Kapitalismus in Stadt und Land auf dieser Basis immer stärker werden mußten. Insbesondere erstarkten auf dem Land die Kulaken, die über den Großteil des Getreides verfügten und die begannen, die Sowjetmacht mit Getreidezurückhaltung zu erpressen.

1928/29 wurde der kritische Punkt erreicht. Ein weiteres Festhalten an der NÖP hätte nun zum Untergang der Arbeitermacht geführt. 1929 beschloß die Partei unter Führung Stalins, auf die Vernichtung der Kulaken als Klasse und auf die Kollektivierung der Landwirtschaft Kurs zu nehmen. Das führte zu einem äußerst zugespitzten Klassenkampf, um nicht zu sagen Klassenkrieg. Immerhin betraf die Entkulakisierung ca. 900.000 Höfe mit 8,5 bis 9 Millionen Personen. (vgl. Karuscheit/Schröder, S. 193) Diese Klassenkräfte bekämpften die Kollektivierung mit allen Mitteln. Die

bürgerliche Behauptung allerdings, die Massen der kleinen und mittleren Bauern seien vom Staat gegen ihren Willen zum Eintritt in die Kollektivwirtschaften gezwungen worden, ist schlichtweg falsch. Es gab zwei Faktoren, die bewirkten, daß die Masse der Bauern nach und nach dazu bereit war. Zum einen waren die meisten russischen Bauern keine Bauern westlichen Typs mit eigener Scholle, sondern sie lebten in einer Dorfgemeinschaft, in der die Äcker in regelmäßigen Abständen neu aufgeteilt wurden. Übrigens hatte es sich die zaristische Macht letztlich deshalb mit den Bauern verdorben, weil sie (verkörpert durch den zaristischen Ministerpräsidenten Stolypin) zwangsweise versucht hatte, eine kapitalistische Reform auf dem Dorfe durchzuführen. Was die Sowjetmacht betraf, so hatte die Rückständigkeit des Dorfes natürlich sehr große Nachteile, doch nun verwandelten sich die Kollektiv-Traditionen der Bauern in einen Vorteil bei der sozialistischen Kollektivierung, deren konkrete Gestalt dem Entwicklungs- und Bewußtseinsstand der Bauernschaft weitgehend angepaßt wurde. Zum andern war die Lage der Industrie 1929/30 schon anders als 1921. Es gab Traktoren und andere landwirtschaftliche Maschinen, die der Staat den Kollektivwirtschaften in Form von staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen zur Verfügung stellte, so daß der ökonomische Vorteil der Kollektivierung für die Bauern faßbar werden konnte.

# 3. Schaffung der industriellen Basis des Sozialismus unter den Bedingungen der Sowjetunion

## Der Aufschwung der Industrie schuf eine neue, bäuerlich geprägte Arbeiterklasse

So wichtig die Kollektivierung war - die Entscheidung über die Zukunft der Arbeitermacht mußte letztlich in den Städten, in der Industrie fallen. Die begrenzte Zulassung des Kapitalismus hatte zu einem gewissen Aufschwung der Industrie geführt. Dies bewirkte, daß Massen von Bauern in die Städte strömten und Arbeiter wurden, weil sie so besser leben konnten. Die Arbeiterklasse wurde binnen kurzer Zeit von einer kleinen Minderheit der Bevölkerung zu einer zahlenmäßig großen Klasse. Zugleich wurden die Voraussetzungen geschaffen, die NÖP auch in der Industrie zu beenden, alle Industriebetriebe der Leitung durch den proletarischen Staat zu unterstellen. Damit waren die Voraussetzungen für eine einheitliche Planung der Wirtschaft durch den proletarischen Staat entstanden.

Doch die Tatsache, daß die Masse der Arbeiter nun ehemalige Bauern waren, mußte sich auf Arbeitsgewohnheiten und Arbeitsdisziplin auswirken. Das Problem, daß die im Oktober 1917 siegreiche Arbeiterklasse rückständige Verhältnisse ererbt hatte, verlagerte sich nun auf die Industrie bzw. auf die Arbeiterklasse selbst.

In gewissem Ausmaß war dieses Problem freilich von Anfang an auch bezüglich der Arbeiterklasse selbst vorhanden gewesen. 1918 gab es noch nicht die neue, bäuerlich geprägte Arbeiterklasse der 30er Jahre, sondern das war noch die Arbeiterklasse der Oktoberrevolution. Schon damals aber sah Lenin sich gezwungen, die „*Erteilung von diktatorischen Vollmachten (oder 'unbeschränkten' Vollmachten) an einzelne Leiter*“ zu verlangen, „*die unbedingte Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses*“. Lenin wies darauf hin, daß industrielle Produktion zwar stets Leitung und Unterordnung erfordert, jedoch: „*Diese Unterordnung kann bei idealer Bewußtheit und Diszipliniertheit der an der gemeinsamen Arbeit Beteilig-*



*ten mehr an die milde Leitung eines Dirigenten erinnern. Sie kann die scharfen Formen der Diktatorschaft annehmen, wenn keine ideale Diszipliniertheit vorhanden ist.“* (Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, LW 27, S. 258 ff.) Letzteres war der Fall, und das konnte nicht anders sein in einem rückständigen Land, bei einem kleinen Proletariat, das nicht in einer langen Periode die Schule des Kapitalismus durchlaufen hatte.

In den 30er Jahren aber, bei einem zahlenmäßig enorm gewachsenen Proletariat, das jedoch in hohem Maße bäuerliche Gewohnheiten hatte (und zwar die Gewohnheiten nicht von Bauern der Privatscholle, sondern von Bauern der russischen Dorfgemeinschaft), in den 30er Jahren mußte sich die Frage der Notwendigkeit von diktatorischen Leitungsformen sehr viel schärfer stellen. Die bäuerlichen Arbeiter waren die Disziplin industrieller Produktion nicht gewohnt und konnten sie nicht gewohnt sein. Die Betriebe litten in unglaublichem Maße an Fluktuation. Stalin klagte über einen Typus von Arbeiter, der *„sich daher im Betrieb als ‘Sommerfrischler’ fühlt, der nur zeitweilig arbeitet, um ‘etwas Geld zu verdienen’ und dann anderweitig ‘sein Glück zu versuchen’.“* (Stalin, Neue Verhältnisse - neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus, SW 13, S. 51) Mit Recht trat Stalin der Gleichmacherei auf dem Gebiet der Löhne entgegen, denn eine solche Gleichmacherei entsprach der Ideologie des Bauern der russischen Dorfgemeinschaft. Mit Recht verlangte Stalin ein differenziertes Lohnsystem.

Doch ein differenziertes Lohnsystem konnte nicht das einzige Mittel sein, den gewaltigen Problemen zu begegnen. Beträchtlicher Druck auf die Arbeiter mußte hinzukommen. So wurde Ende 1932 der Inlandspaß eingeführt; ein Ortswechsel mußte nun durch die Behörden genehmigt werden. Ab 1939 gab es ein Arbeitsbuch: Man konnte nur dann in einem neuen Betrieb eingestellt werden, wenn man im alten ordnungsgemäß abgemeldet war. Bei dreimaligem Zuspätkommen konnte man fristlos entlassen werden. Es gab strenge Strafgesetze gegen die Verletzung der Arbeitsdisziplin. Die Gewerkschaften büßten ihre 1920 von Lenin in einer anderen Situation gegen Trotzki verteidigte Selbständigkeit ein und wurden 1932 dem „Produktionsprinzip“ unterworfen. Ihre Aufgabe war nun nicht mehr die Verteidigung der ökonomischen Interessen der Arbeiter gegenüber den Betriebsleitungen, sondern allein die Durchsetzung der Planvorgaben. (Vgl. z.B. Karuscheit/Schröder, S. 215 mit weiteren Nachweisen)

Das waren zwar alles sehr milde Mittel zur Durchsetzung der Arbeitsdisziplin, wenn man sie mit den Mitteln vergleicht, die die Bourgeoisie in entsprechenden Phasen der Industrialisierung angewandt hatte. (vgl Marx, Kapital I, 24. Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals) Es waren andererseits für eine Arbeitermacht sehr drastische Maßnahmen. Noch drastischer als unmittelbar nach der Oktoberrevolution zeigte sich

nun, daß der Kapitalismus in Rußland **nicht** die „materiellen Produktionsbedingungen“ geschaffen hatte, „welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist“ (MEW 23, S. 618). Diese Produktivkräfte mußten von der Arbeitermacht selbst geschaffen werden, und dieser Umstand mußte dem Sozialismus in einem rückständigen Land ein ganz spezielles Gepräge geben, mußte besondere Schwierigkeiten und Gefahren hervorrufen.

Insbesondere wurde ein straff zentralisiertes Leitungssystem erforderlich, ein straff hierarchisches Gefüge. Man brauchte „Kader, die zupacken können“, die sich durchsetzen konnten, und zwar eben auch gegen die Arbeiter. Man hatte keine NÖP mehr, man hatte keinen Staatskapitalismus mehr, sondern zentralisierte staatliche Planwirtschaft, doch der unvermeidliche Preis war ein derartiges Leitungssystem. Es entstand ein gewaltiger pyramidenförmiger Apparat mit dem Politbüro der Partei an der Spitze, der nun die Wirtschaft des riesigen Landes leitete, während die Möglichkeiten unmittelbarer Einflußnahme von Arbeitern auf politische und ökonomische Entscheidungen recht gering waren. Derartige Verhältnisse mußten bei Führern Kommandoallüren hervorrufen und „unten“ die Mentalität fördern, auf Befehle von „oben“ zu warten. Natürlich war dies nicht absolut, sonst könnte von Sozialismus nicht die Rede sein. Gegenüber früher hatten die Arbeiter tausendmal mehr Möglichkeiten, ihre schöpferische Kraft zur Entfaltung zu bringen, und die politische Macht war trotz allem so beschaffen, daß der größte Teil der Arbeiterklasse durchaus das Gefühl hatte, die politisch führende Klasse zu sein. Dennoch konnte das zu diesem Zeit unvermeidliche Leitungssystem nur ein Provisorium sein. Die gegebenen Produktionsverhältnisse waren der materielle Grund für Erscheinungen, die Stalin angriff, als er beklagte, daß die Massen anfangen, zu den Führern hinaufzuschauen und sie nicht mehr zu kritisieren, während die Führer überheblich würden und auf die Massen hinabschauten. (SW 11, S. 29, zitiert auf S. 16 dieses Buches) Das Zunehmen einer solchen Klassendifferenzierung war bei einem derartigen hierarchischen Leitungssystem bei relativ geringer Teilnahme der Massen an Entscheidungen unvermeidlich. Und unvermeidlich war auch das Entstehen gewaltiger Einkommensunterschiede. Die Produktionsverhältnisse bestimmten die Konsumtionsverhältnisse. Diejenigen Kader, die „zupacken“ sollten und dies auch taten, die - je nach Stellung in dem hierarchisch gegliederten Leitungsapparat - teils über eine enorme Machtfülle verfügten, die in der Regel allerdings auch rund um die Uhr arbeiten mußten, diese Kader verlangten auch ein entsprechendes Einkommen. Kein Wunder, daß auch das Parteimaximum schließlich fallen mußte. Nachdem man entsprechende Leitungsstrukturen eingerichtet hatte, mußte man sich auch mit den entsprechenden Konsumtionsverhältnissen abfinden.

## Ein langsames Tempo der Industrialisierung hätte zum Untergang geführt

Aber war all das wirklich unvermeidbar? Hätte man nicht einen anderen Weg gehen können, indem man sich auf ein langsames Tempo der industriellen Entwicklung einließ? Hätte man insbesondere die Entwicklung der Schwerindustrie, die in einem im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern ungeheuren Tempo durchgepeitscht wurde, nicht langsamer vollziehen können? Die Antwort auf diese Frage gab Stalin 1931, und es war die bittere Wahrheit: *„Das Tempo verlangsamten, das bedeutet zurückbleiben. Und Rückständige werden geschlagen. Wir aber wollen nicht die Geschlagenen sein. Nein, das wollen wir nicht! (...) Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zuwege, oder wir werden zermalmt.“* (Stalin, Über die Aufgaben der Wirtschaftler, SW 13, S. 35 f.) Daß dies richtig war, zeigt sich im Nachhinein besonders klar. Und dieses Ziel **wurde** erreicht, und man kann ohne Übertreibung sagen, daß eine derartige Entwicklung der Produktivkräfte in einem derart kurzen Zeitraum weltgeschichtlich wohl einzigartig ist. Doch man konnte sich die Mittel zum Erreichen dieses Zieles nicht aussuchen.

Können aber die Produktionsverhältnisse, die sich in den 30er Jahren etablierten, als sozialistisch bezeichnet werden? War es nicht schon zu diesem Zeitpunkt eine neue herrschende Klasse, die die Arbeiter befahlte und sich selbst bereicherte? Nein, und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen nicht. Es war schon deshalb keine Klasse, sondern nur eine führende Schicht, weil diese Schicht sich fortwährend aus der Arbeiterklasse rekrutierte. *„Große Teile der alten Arbeiterklasse stiegen in Führungspositionen auf. Von 1930 bis 1933 wuchs das Leitungspersonal in der Schwerindustrie von 125.000 auf 362.000 Personen. Nahezu zwei Drittel der leitenden Kräfte von 1933 waren dementsprechend erst nach 1930 auf ihre Posten gekommen.“* (Karuscheit/Schröder, a.a.O., S. 217) Zum andern wurden die Produktionsentscheidungen - jedenfalls im großen und ganzen - **im Interesse der Arbeiterklasse** getroffen. Es sollten die Produktivkräfte geschaffen werden, die erforderlich waren, um die Arbeitermacht zu behaupten und zum Kommunismus voranschreiten zu können.

Auf einem andern Blatt steht allerdings, daß die in dieser Situation unvermeidlichen Mittel selbst zu einer Gefahr für die Arbeitermacht werden mußten. Auch wenn der größte Teil der Führer sich aus der Arbeiterklasse rekrutierte, bestand bei einem Leitungssystem, das einen für sozialistische Verhältnisse derart schroffen Gegensatz von Führern und Massen enthielt, die Gefahr, daß immer mehr Führer eine gegen das Proletariat und gegen den Kommunismus gerichtete Mentalität herausbildeten. Daß auf dieser



Grundlage ein **Klasseninteresse** der leitenden Schicht entstehen mußte. So nötig und unvermeidlich das in den 30er Jahren etablierte Leitungssystem also war, so nötig war auch seine Überwindung, um am Sozialismus festzuhalten.

So gesehen war der 2. Weltkrieg - wenngleich die Sowjetunion militärisch siegte - ein furchtbarer Schlag für den Sozialismus. Natürlich konnten die Leitungsformen während des Krieges nicht demokratisiert werden, sondern sie mußten im Gegenteil militarisiert werden. „Am 26. Juni 1940, vier Tage nach dem Sieg Hitlerdeutschlands über Frankreich und ein Jahr vor dem Überfall auf die Sowjetunion, wurde (in der Sowjetunion, RM) per Erlaß der Siebenstundentag aufgehoben und die Freiheit des Arbeitsverhältnisses endgültig beseitigt. Die Arbeit wurde unter Militärrecht gestellt, das Verlassen des Arbeitsplatzes wie Fahnenflucht geahndet.“ (Karuscheit/Schröder, S. 215) Was sonst hätte man tun sollen, doch die Stellung der leitenden Schicht mußte durch diese Notwendigkeiten weiter gefestigt werden, und zwar in einer **dem kommunistischen Ziel entgegengesetzten** Weise.

## Die Verhältnisse begrenzen die Erkenntnismöglichkeiten

Allerdings verschaffte sich die Partei über die Entwicklung der Klassenkräfte keine Klarheit. So heißt es z.B. in dem Bericht Shdanows zur Änderung am Parteistatut auf dem 18. Parteitag der KPdSU(B) 1939: „Die Klassenunterschiede zwischen den Werktätigen der Sowjetunion verwischen sich und verschwinden, es verwischen sich die ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen den Arbeitern, den Bauern und der Intelligenz. Gerade auf dieser Grundlage erwuchs die moralisch-politische Einheit der Sowjetgesellschaft.“ (Shdanow, a.a.O., S. 10)

Dies wurde zur herrschenden Auffassung der Partei, und damit verstellte sich die Partei selbst den Blick auf die Klassenwirklichkeit, verstellte sie sich den Blick auf die Hindernisse, die sich - mit den gewaltigen Siegen einhergehend, genauer: als Preis für diese Siege - in Bezug auf das kommunistische Ziel aufgetürmt hatten. Mit dieser Verklärung der realen Klassenverhältnisse verwandelte sich die Theorie teilweise - nämlich in den hiervon betroffenen Bereichen - in Ideologie im schlechten Sinne. (Übrigens ist die bezeichnende Tatsache, daß die Abschaffung des Parteimaximums offenbar unter der Hand geschah, daß kein Beschluß darüber geschweige denn eine Begründung und politische Einschätzung eines solchen Beschlusses bekannt wurde, ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen.)

Man könnte nun sagen: Eine solche Ideologiebildung entsprach den Interessen derer, die die führenden Positionen im bestehenden Leitungssystem eingenommen hatten, die diese Posten und die damit verbundenen Privilegien um jeden Preis behaupten wollten, die also in Wirklichkeit



- sei es schon bewußt oder noch unbewußt - ein entschiedenes Interesse hatten, eine Entwicklung in kommunistischer Richtung zu verhindern. Das ist sicherlich auch der Fall, doch es wäre zu kurz gegriffen, dies als einzigen Grund für eine solche Ideologiebildung zu sehen. Es gab auch Gründe dafür, daß die revolutionären Kommunisten der Wirklichkeit in dieser Beziehung nicht klar in die Augen sehen konnten. Es waren gewaltige Kämpfe und gewaltige Anstrengungen, die seit dem Oktober des Jahres 1917 erforderlich gewesen waren, um die Perspektive des Kommunismus aufrechtzuerhalten; der klare Blick darauf, welche große Umwege und Zugeständnisse mit den in den 30er Jahren errungenen Siegen verbunden waren, hätte wohl den Kampfesmut und den kommunistischen Enthusiasmus getrübt. Die Tatkraft, Energie und Standfestigkeit, die insbesondere Stalin aufbringen mußte, der an der Spitze dieses höchst widersprüchlichen gesellschaftlichen Gefüges stand, muß ungeheuer gewesen sein. In einer solchen Position stand man ständig im Schnittpunkt aller gesellschaftlichen Widersprüche, und das muß auch für eine außerordentlich starke Persönlichkeit eine immense Zerreißprobe gewesen sein. Es wäre daher bornierte Besserwisserie, wollte man im Nachhinein sagen: „Wie konnte man sich über die Entwicklung der Klassenverhältnisse nur so täuschen!“ Wenn das Sein das Bewußtsein bestimmt, dann ist auch das Denken sehr großer Persönlichkeiten gewissen Schranken unterworfen, die durch die objektiven Verhältnisse bestimmt werden. Stalin bekämpfte die entarteten Apparatschiks, die sich zunehmend herausbildeten, doch er war letztlich auch gezwungen, sich auf den bestehenden Apparat zu stützen. Diese Notwendigkeit begrenzte die Möglichkeiten der marxistischen Analyse.

Es war offenkundig Stalin, der in allen großen Fragen letztlich die Entscheidungen traf. Nicht etwa, weil er sich aufgrund subjektiver Machtgelüste nach einer solchen Rolle gedrängt hätte, sondern aufgrund der objektiven Entwicklungsbedingungen. Brachte die Notwendigkeit, in Rekordzeit einen ungeheuren Schub an Entwicklung der Produktivkräfte zustandezubringen, die Notwendigkeit eines hierarchischen, straff zentralistischen Leitungsapparates hervor, so brachte sie zugleich die Notwendigkeit einer solchen starken Spitze dieses Apparates hervor. Eine derartige Stellung des obersten Führers von Partei und Staat ist für eine Entwicklung in kommunistischer Richtung, in Richtung auf Aufhebung der Klassen, natürlich sehr ungünstig. Andererseits war die außerordentlich starke Stellung Stalins unter den gegebenen Umständen auch in anderer Hinsicht Voraussetzung für die Behauptung des Sozialismus. Mußte die bestehende Klassendifferenzierung bewirken, daß die Entartungserscheinungen umso mehr zunahmen, je weiter man nach oben blickte, so bedurfte es ganz an der Spitze dieses Apparats einer mächtigen Person mit proletari-

schem Standpunkt und eisernem Willen, die dem Wirken dieser Kräfte Schranken setzte. Dies ermöglichte es einfachen Kommunisten und Arbeitern, die die Zersetzungserscheinungen des Apparats spürten und ablehnten, sich trotzdem ihren revolutionären Enthusiasmus zu bewahren, da sie zugleich fühlten, daß an der Spitze ein Parteiführer mit kommunistischem Standpunkt stand. Diese proletarische, kommunistische Basis ermöglichte es wiederum Stalin, Entscheidungen durchzusetzen, die zunehmend im Widerspruch zu den Interessen der Führungsschicht standen. Freilich aber konnte das nur eine gewisse Zeit gut gehen. Je mehr die Apparatschiks an der Spitze ihre Stellung festigten, desto mehr wuchsen ihre Möglichkeiten, „unter der Hand“ ihre Sonderinteressen durchzusetzen, und desto anfälliger mußte eine derartige proletarische Macht werden.

## Heute muß man die damalige Entwicklung nüchtern analysieren

Geht man historisch-materialistisch an die Fragen heran, so muß man klar sehen, daß sowohl das Handeln als auch das Denken der damaligen Kommunisten objektiv bedingten Schranken unterlag. Doch andererseits darf man sich heute, im Nachhinein, nicht damit begnügen, die Irrtümer der damals handelnden Personen wiederzukäuen. Es gilt, aufgrund der historischen Erfahrungen die Theorie fortzuentwickeln und von ideologischen Verzerrungen zu säubern.

Ein grundlegender Irrtum nicht nur über die Klassenwirklichkeit in der damaligen Sowjetunion, sondern auch über den Inhalt des Sozialismus als der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus drückt sich in folgender Äußerung Stalins aus: *„(...) weil es in ihr (in der sozialistischen Gesellschaft, RM) keine überlebten Klassen gibt, die einen Widerstand organisieren könnten. Natürlich wird es auch im Sozialismus zurückbleibende träge Kräfte geben, die die Notwendigkeit von Veränderungen in den Produktionsverhältnissen nicht begreifen, aber man kann sie natürlich unschwer überwinden, ohne es zu einem Konflikt kommen zu lassen.“* (Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15, S. 342) Zwar war die Schicht der Leitenden noch keine Klasse, aber sie hatte bereits ihre eigenen klassenmäßigen Interessen, und es bestand die Möglichkeit, daß sie sich zu einer Klasse entwickelte. Mehr noch: So wie die Dinge in den 30er Jahren sich entwickelten (und sie **mußten** sich im Interesse des Proletariats so entwickeln, aufgrund der gegebenen Rückständigkeit der Produktivkräfte), so wie die Dinge sich entwickelten, gab es die spontane Tendenz, daß diese Schicht sich zu einer neuen herrschenden Klasse entwickelte. Dies hätte sich nur durch eine gezielte Tätigkeit des Proletariats unter Führung seiner Partei verhindern lassen. Es war und ist keineswegs so, daß *„die Zeit im allgemeinen für den Sozialismus arbeitet“* (so aber Nexhmije Hoxha, Einige grundlegende Fragen der revolutionären Politik der Partei der Arbeit Albaniens zur Entfaltung des Klassenkampfes, Tirana 1977, S. 9). „Die Zeit“ tut gar nichts, aber bestimmte Teile der leitenden Schicht tun alles, um ihre gegen das Proletariat gerichteten Klasseninteressen zu verfolgen, und unter bestimmten Umständen wächst dieser Teil dieser Schicht. Das mußte - so wie die Dinge lagen - in der Sowjetunion der Fall sein. Die Auffassung Stalins, es gebe in dieser Schicht lediglich *„träge Kräfte“*, die jedoch keine klassenmäßigen Interessen hätten, sondern *„Notwendigkeiten (...) nicht begreifen“* würden, diese Auffassung verstellte den Blick auf die real vor sich gehenden Verschiebungen der Klassenkräfte. Stalin hat dies andererseits ganz offensichtlich durchaus gefühlt, er ahnte die wachsende Gefahr durchaus. Diese Ahnung äußerte sich z.B. in der von Swetlana Allilujewa geschilderten im Zorn hingeworfenen Bemerkung Stalins: *„Ihr verfluchte*

Kaste!“ Doch die Selbsttäuschung der Kommunisten über den wirklichen Inhalt des Geschehens und die Verdichtung dieser Selbsttäuschung in der offiziellen und „unantastbaren“ Theorie war offenbar so stark, daß er diese realistischen dunklen Ahnungen nicht theoretisch verarbeiten konnte.

Zwar ging Stalin richtigerweise von der Verschärfung des Klassenkampfes aus. Die Wurzeln dieses Klassenkampfes sah er allerdings allein in den Überresten der zerschlagenen Klassen, im imperialistischen Ausland und im Zurückbleiben des Bewußtseins hinter dem Sein. Diejenigen Wurzeln, die in den von der Sowjetmacht selbst geschaffenen Produktionsverhältnissen lagen, analysierte er nicht. Diese Wurzeln aber waren die hauptsächlichen, die später zum Untergang der Sowjetmacht führten. Das lag **nicht nur** an den sowjetischen Besonderheiten. Stets ergeben sich aus Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft, die der Sozialismus noch nicht vollständig überwinden konnte (und sie werden eben erst im Kommunismus vollständig überwunden sein) Klassenunterschiede, die zum Untergang des Sozialismus führen können, wenn die Arbeiterklasse die revolutionäre Initiative verliert. Um die Initiative in der Hand zu behalten, braucht die Arbeiterklasse und ihre Partei aber unter anderem auch eine Theorie, die die in den sozialistischen Produktionsverhältnissen selbst wurzelnden klassenmäßigen Unterschiede wissenschaftlich analysiert. Eine solche Theorie fehlte der sowjetischen Arbeiterklasse und ihrer Partei.

Übrigens wurde dieser Mangel der Theorie auch später in Albanien nicht überwunden. So wurde z.B. in der wissenschaftlichen Konferenz in Tirana 1983 erklärt, die antagonistischen Widersprüche in der Gesellschaft seien „*nicht auf die sozialistischen Produktionsverhältnisse zurückzuführen, sondern sind ein Produkt der vorhandenen Muttermale aus der alten bürgerlichen Gesellschaft im Innern und des Drucks der kapitalistisch-revisionistischen Einkreisung von außen*“. (Wissenschaftliche Konferenz, a.a.O., S. 175, Hervorhebung v. RM) Dieses „sondern“ drückt die ganze Fehleinschätzung aus: Der Sozialismus **beinhaltet** eben als **Wesensbestandteil** Muttermale der alten Gesellschaft, insbesondere alte Arbeitsteilungen, und hier wieder besonders die Arbeitsteilung in leitende und ausführende Funktionen. Diese Muttermale sind keineswegs etwas dem Sozialismus Äußerliches, sondern sein Bestandteil. Werden sie nicht nach und nach zurückgedrängt, so weiten sie sich aus und bringen den kommunistischen Keim des Sozialismus und damit den Sozialismus selbst zu Fall. Übrigens war diese 1983 auf der wissenschaftlichen Konferenz in Tirana geäußerte Auffassung nicht neu. Enver Hoxha sagte 1978, daß „*Basis und Überbau (...) in unserer sozialistischen Gesellschaft ohne jeden Klassenantagonismus sind und diesbezüglich fortwährend vervollkommnet werden*“. (Enver Hoxha, Die proletarische Demokratie - wahre Demokratie, a.a.O., S. 3 f.) Schon der offenkundige logische Fehler deutet darauf hin, daß eine solche These ideologischer Natur ist: Wären Basis und Überbau wirklich „ohne jeden Klassenantagonismus“, so könnten sie „diesbezüglich“ kaum „vervollkommnet“ werden.

Zwar weist Enver Hoxha an anderer Stelle durchaus auf „sozialökonomische Bedingungen“ hin, die innerhalb der sozialistischen Gesellschaft entstehen und die Gefahr der Rückentwicklung zum Kapitalismus hervorrufen: *„Die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse, die auf ihnen beruhende Verteilungsweise sind noch weit davon entfernt, vollkommen kommunistisch zu sein. Die auf verschiedenen Gebieten bestehenden Unterschiede, wie zwischen Stadt und Land, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit, die nicht auf einmal beseitigt werden können, wirken sich ebenfalls in dieser Hinsicht aus. (...) Der Sozialismus kann das Entstehen von negativen, seiner Natur fremden Erscheinungen zwar sehr einschränken, sie jedoch nicht völlig ausschließen.“* (Enver Hoxha, Bericht an den 7. Parteitag der PAA 1976, a.a.O., S. 113 f.) Eine wirkliche Analyse dieser materiellen Bedingungen unterbleibt jedoch, und letztlich hebt Enver Hoxha auch hier hervor, derartige Erscheinungen seien dem Sozialismus „fremd“. Sie werden aber mit Notwendigkeit von ihm hervorgebracht. Lenin: *„Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozial-ökonomischen Formationen in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegtten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein.“* (Lenin, Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, LW 30, S. 91) Es ist daher ein Fehler, den Sozialismus ausschließlich als noch nicht fertigen Kommunismus zu betrachten und die ihm immanenten Merkmale oder Eigenschaften der alten Gesellschaft als ihm „fremde“ Erscheinungen theoretisch herunterzuspielen, anstatt sie nüchtern zu analysieren und schonungslos ihre Klassenwurzeln aufzudecken, und zwar nicht nur die äußeren, sondern auch die inneren.

Dieser theoretische Fehler der Kommunisten nutzte stets denjenigen Teilen der leitenden Schicht, die gegen das Proletariat gerichtete Interessen verfolgten; er begünstigte deren Bestrebungen, sich zu einer neuen herrschenden Klasse zu entwickeln. Charakteristisch ist hier die Behauptung des 1954 in Moskau erschienenen Lehrbuchs der politischen Ökonomie, in der Sowjetunion sei *„das gesamte Volk - Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz - (...) an der Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung zutiefst interessiert“*. (Politische Ökonomie, Lehrbuch, a.a.O., S. 427) Zu dem Zeitpunkt, als das Lehrbuch erschien, hatte die leitende Schicht gerade die entscheidende politische Aktion durchgeführt, die Voraussetzung ihrer Emanzipation zu einer neuen herrschenden Klasse war. Damit hatte sie die Abkehr vom kommunistischen Ziel einer klassenlosen Gesellschaft besiegelt.

## Fehleinschätzungen in der Staatsfrage

Die Fehleinschätzung der Klassenwirklichkeit führte in der Sowjetunion auch zu einer Fehleinschätzung des Charakters und der Funktionen der sozialistischen Staatsmacht. 1939 erklärte Stalin auf dem 18. Parteitag, da es keine Ausbeutung mehr gebe, habe der Staat seine Unterdrückungsfunktion verloren: Es gebe *„daher auch niemanden, der zu unterdrücken wäre“*, abgesehen von *„Dieben und Plünderern des Volksguts“* sowie von *„Spionen, Mördern und Schädlingen“*, die der Imperialismus ins Land geschickt hatte. (SW 14, S. 229) *„Die Funktion der wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Arbeit der Staatsorgane“* bleibe erhalten; der repressive Charakter der Staatsmacht aber richte sich nur noch *„nach außen, gegen die äußeren Feinde“*. (ebenda)

Das war ein krasses Verkennen der Wirklichkeit. Arbeitsbuch, Inlandspaß, Strafgesetze gegen Verletzungen der Arbeitsdisziplin - waren das keine unterdrückenden Funktionen des Staates, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Organisierung der Produktion standen? Die hier zugrundeliegenden Probleme bestanden offenkundig weder in kriminellen Neigungen noch in der Tätigkeit von Agenten des Auslands, sondern in den sowjetischen Produktionsverhältnissen selbst. Die betreffenden repressiven Funktionen des Sowjetstaates waren im Ganzen gesehen notwendig, ohne Frage, und sie waren letztlich im Interesse der Arbeiterklasse. Das ist eben die Dialektik dieser Sache, daß die Arbeiterklasse an der Macht bis zu einem gewissen Maße Zwangsmaßnahmen gegen Teile ihrer selbst durchsetzen muß, daß sie in dem Maße, wie dies erforderlich ist, eine leitende Schicht hervorbringen muß und daß dies wiederum bei einem bestimmten Entwicklungsgrad ihren eigenen strategischen Zielen zuwiderlaufen kann.

Doch es gab auch noch andere unterdrückende Funktionen der Staatsmacht **im Innern**. Man darf nicht vergessen, daß all die Windungen und Wendungen der Politik der Partei seit der Oktoberrevolution Klasseninteressen berührten. Diese Interessen drückten sich wiederum in heftigen Parteikämpfen aus. Es gab eine sehr starke linke Opposition, der die Bündnispolitik gegenüber den Bauern zu weit ging. Andererseits gab es eine rechte Opposition, die sich gegen die Unterdrückung der Kulaken wandte. An einem bestimmten Punkt kam es zu einem Bündnis dieser beiden Flügel gegen Stalin, der in diesen Fragen die einzig mögliche Politik, die nicht zum Untergang der Sowjetmacht führte, vertrat. Der Oppositionsblock führte den Kampf ab einem bestimmten Zeitpunkt mit allen Mitteln: Sabotage, Morde, Geheimverhandlungen mit dem imperialistischen Ausland usw. Dementsprechend wurden andererseits die Unterdrückungsorgane der Staatsmacht verstärkt. Und - nicht zu vergessen: Ca. 9 Millionen Menschen waren von der Entkulakisierung betroffen; die meisten von ihnen waren mit Sicherheit erbitterte Feinde der Sowjetmacht.

In wessen Händen war diese Staatsmacht? Wie schon gesagt war die unmittelbare Einflußnahme der Arbeiter und Bauern auf die Staatsmacht recht gering, und das konnte unter den gegebenen Umständen nicht anders sein. Es war dennoch eine proletarische Staatsmacht, denn sie diente zur Verwirklichung der strategischen Ziele des Proletariats. Aber gemessen daran, daß sie eine sozialistische Staatsmacht war, hatte sie überaus starke bürokratische Züge. In wachsendem Maße verselbständigten sich bestimmte Teile der Staatsmacht, bildeten sich also Sonderinteressen dieser Teile heraus. Diese Staatsmacht wurde unmittelbar von der leitenden Schicht geführt, und große Teile dieser Schicht hatten wie gesagt begonnen, gegen das Proletariat gebildete Klasseninteressen herauszubilden. Dies mußte sich auch auf die Staatsmacht selbst auswirken. Diese schwierige und widerspruchsvolle Situation wurde aber durch die These, es gebe im Innern keine Basis für Unterdrückung mehr, der marxistischen Analyse entzogen.

Die Tatsachen liefen dieser These zunehmend zuwider. Die Unterdrückungsfunktionen des Staates schwächten sich nicht ab, sondern sie nahmen zu, und sie richteten sich nicht nur gegen die Feinde des sozialistischen Aufbaus. Bezeichnend ist, daß zu Stalins Lebzeiten zweimal der Führer der Geheimpolizei wegen konterrevolutionärer Verbrechen hingerichtet werden mußte (Jagoda und Jeschow). In diesem Zusammenhang sind z.B. auch die Schilderungen über die diversen Intrigen im Hotel Lux zu sehen, wo während des Krieges deutsche Emigranten der KPD unterge-

bracht waren. Anscheinend intrigierten dort verschiedene Fraktionen des sowjetischen Geheimdienstes, und man konnte dabei leicht Kopf und Kragen verlieren. In diesem Zusammenhang ist auch die Schilderung Vargas zu sehen, daß bestimmte Kräfte ihm ans Leben wollten, weil er während des Krieges der These entgegentrat, der Faschismus liege im deutschen Nationalcharakter, und daß erst das Eingreifen Stalins ihn rettete. Trotz Stalins starker Stellung wuchs die Möglichkeit der immer mächtiger werdenden Apparatschiks, ihre gegen das Proletariat und den Kommunismus gerichteten klassenmäßigen Interessen durchzusetzen; wenn sie es im großen noch nicht konnten, dann immer mehr im kleinen, und seien es Rachezüge zur Begleichung persönlicher Rechnungen. Dabei gaben sie sich als besonders konsequente Stalinisten aus, und ihre Verbrechen stellten sie als Ausübung der proletarischen Diktatur hin. Neben Vargas Darstellung gibt es auch andere Schilderungen, wonach Stalin häufig Menschen verteidigte, die von solchen Kräften als Opportunisten und Feinde verleumdet wurden. (Die Stalin-Werke selbst liefern Beispiele dafür.) Doch trotz seiner Macht, die „großen Fragen“ zu entscheiden, hatte Stalin natürlich nicht die Möglichkeit, flächendeckend dem Treiben dieser Kräfte entgegenzutreten.

Offenbar stand Stalin den Intrigen verschiedener verselbständigter Teile der Staatsmacht zunehmend hilflos gegenüber. Als Beispiel sei die sogenannte Ärzteverschwörung angeführt. Ende 1952 wurden verschiedene Ärzte unter dem Vorwand verhaftet, sie hätten Parteiführer ermorden wollen. In der bürgerlichen Propaganda ist dies ein Standardbeispiel für Stalins angebliche Willkürherrschaft. Doch Stalins Tochter Swetlana Allilujewa, deren Buch ebenfalls in den Dienst antikommunistischer Propaganda gestellt wurde, schreibt, ihr Vater sei über diese Angelegenheit „sehr bekümmert“ gewesen. Bei einem Essen habe er gesagt, „er glaube nicht an die 'Unehrllichkeit' dieser Ärzte, das könne nicht wahr sein; als 'Beweis' dienen ja nur die Anzeigen der Ärztin Timaschuk“. (Allilujewa, a.a.O., S. 289) Diese Ärztin wurde nach Stalins Tod tatsächlich als Intrigantin entlarvt, und die beschuldigten Ärzte wurden rehabilitiert, wobei die Chruschtschow-Leute die Verhaftung dieser Ärzte Stalin in die Schuhe schoben. Doch Swetlana Allilujewa weist weiter darauf hin, daß Winogradow, der einzige Arzt, dem Stalin vertraut hatte, sich unter den Verhafteten befunden hatte. (vgl. ebenda S. 288) Fragt sich, wer hinter der Intrige der Timaschuk stand. Immerhin ist unserer Meinung nach die Vermutung ziemlich naheliegend, daß Stalin ermordet wurde, und dazu hätte es eine Vorbereitung sein können, den Arzt seines Vertrauens aus dem Verkehr zu ziehen. Wir wollen nicht spekulieren, und die Frage, ob Stalin ermordet wurde, ist letztlich nicht entscheidend für die Beurteilung der betreffenden Klassenkämpfe. Doch wenn - wie offenbar der Fall - Stalin zu diesem

Zeitpunkt das entscheidende Hindernis war, das den Apparatschiks an der Spitze von Staat und Partei entgegenstand (denn nach seinem Tod hatten sie es offenbar relativ leicht): Welchen Grund hätten sie haben sollen, um auf seinen natürlichen Tod zu warten? Mikojan plauderte einmal gegenüber Enver Hoxha aus: „*Einmal haben Chruschtschow und ich daran gedacht, ein pokusenje* (russisch: Attentat) *gegen ihn (Stalin, RM) zu organisieren, wir ließen es aber sein, weil wir fürchteten, das Volk und die Partei würden uns nicht verstehen.*“ (vgl. Enver Hoxha, *Die Chruschtschowianer*, a.a.O., S. 429) Wenn die Chruschtschow und Mikojan so dachten, dann lag aus ihrer Sicht ja wohl ein Attentat nahe, das als natürlicher Tod erschien.

Doch wie dem auch immer sei, Tatsache ist, daß der Staatsapparat immer mehr der Kontrolle der Arbeiterklasse entglitt. Dies wiederum war Ausdruck dessen, daß die führende Schicht immer deutlicher eigene Klasseninteressen entwickelte und daß sie danach strebte, sich zu einer neuen herrschenden Klasse zu entwickeln. Noch war Stalin, der nach wie vor die grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen entschied, dabei ein Hindernis. In gewisser Weise zwang er die Apparatschiks noch immer, der Arbeiterklasse zu dienen, doch das taten sie immer unwilliger, und sie fanden immer mehr Mittel und Wege, daneben und letztlich dagegen ihre Sonderinteressen durchzusetzen. Bezeichnend ist Chruschtschows Bemerkung in seiner Geheimrede auf dem 20. Parteitag, Bulganin habe einmal unter vier Augen zu ihm gesagt: „*So geschieht es, daß mancher zu Stalin fährt, zu dem er als Freund eingeladen wurde. Und wenn er bei Stalin sitzt, weiß er nicht, wohin sie ihn bringen: nach Hause oder ins Gefängnis.*“ (Die Geheimrede Chruschtschows, a.a.O., S. 79) So wird der größte Teil der leitenden Apparatschiks die Situation wohl zunehmend empfunden haben. Doch die Diktatur des Proletariats mußte umso schwächer werden, je gebieterischer die Entwicklung der Produktivkräfte andere Leitungsformen erforderte, Leitungsformen, bei denen die Arbeiter in stärkerer Weise an der unmittelbaren Leitung hätten teilnehmen können. Stattdessen stärkten die privilegierten Führer ihre Stellung, und so wurde die proletarische Diktatur immer mehr ausgehöhlt.

Bei alledem muß klar gesehen werden, daß Stalin während des Krieges und unmittelbar danach nicht die Möglichkeit hatte, den Kampf mit der zunehmend entartenden Führungsschicht aufzunehmen. Während des Krieges bestand die gebieterische Notwendigkeit, alle Kräfte gegen den äußeren Feind zu konzentrieren. Von daher ist z.B. zu verstehen, warum Stalins von Allilujewa geschilderte Empörung über das Treiben der Moskauer Regierung-Schickeria in Kujbyschew ein ohnmächtiger Zorn bleiben mußte.

Aber hätte nach Beendigung des Krieges und nach der Beseitigung der schlimmsten Kriegsschäden nicht Gelegenheit für die revolutionären Kräfte bestanden, wieder in die Initiative zu kommen? Nun, aus verschiedenen Gründen war die Situation sehr kompliziert. Wir werden im weiteren darauf eingehen.

## 4. Die Arbeitermacht nutzt zwei der alten Gesellschaft entnommene Krücken zum Aufbau einer neuen

Im letzten Kapitel haben wir uns mit der Frage befaßt, warum in den 30er Jahren und in noch verstärktem Maße während des Krieges gegen den Hitlerfaschismus innerhalb des sowjetischen Staatsapparats Kräfte erstarkten, die gegen das Proletariat gerichtete Klasseninteressen entwickelten. Wir haben gesehen, daß die Möglichkeiten der revolutionären Kräfte um Stalin, dem entgegenzuwirken, sehr begrenzt waren. Zuletzt haben wir die Frage aufgeworfen, ob nach der siegreichen Beendigung des Krieges nicht die Möglichkeit bestanden hätte, derartigen Kräften entschiedener entgegenzutreten.

Offenbar begann man nach dem Krieg durchaus, wenn auch in bescheidenem Maße, einige Privilegien der Leitenden einzuschränken. So spricht Swetlana Allilujewa von einer „*Reform von 1947, als die Angehörigen von Mitgliedern des Politbüros nicht mehr auf Staatskosten ernährt und gekleidet wurden*“. (Allilujewa, a.a.O., S. 290) Doch wie wir gesehen haben, folgen die Konsumtionsverhältnisse weitgehend den Produktionsverhältnissen. Zwar hat der Kampf um die Einschränkung von Konsumtionsunterschieden durchaus einen eigenen Stellenwert, doch der diesbezügliche Spielraum ist äußerst begrenzt, wenn nicht zugleich und vor allem die Produktionsverhältnisse revolutioniert werden. Hier hätte die Aufgabe angestanden, den pyramidenförmigen Leitungsapparat, der in den 30er Jahren entstanden war, nach und nach zu demokratisieren, durch ein Leitungssystem zu ersetzen, das eine stärkere unmittelbare Beteiligung der Arbeiter ermöglicht und erfordert hätte.

### Das Leitungssystem der 30er Jahre war überholt

Über die Leitung der staatlichen Betriebe sagt z.B. das Lehrbuch der politischen Ökonomie, das 1954 in Moskau erschien: „*Der sozialistische Staat leitet die ihm gehörenden Betriebe unmittelbar und verwaltet sie durch seine Bevollmächtigten, die Betriebsdirektoren, die durch entsprechende staatliche Organe eingesetzt und abberufen werden.*“ (Politische Ökonomie, Lehrbuch,

a.a.O., S. 452) Mehr gab es dazu nicht zu sagen. Ferner: *„Die Stärke des sowjetischen Staatsapparates besteht in seiner Verbundenheit mit den Volksmassen. Es liegt im Wesen der sozialistischen Ordnung, daß sich die zentralisierte staatliche Führung mit der Initiative von unten verbindet und die konkreten örtlichen Besonderheiten berücksichtigt.“* (ebenda S. 469) Das klingt fast so, als wollte man sagen, da es ja im „Wesen“ des sozialistischen Staates liege, mit den Massen verbunden zu sein, brauche man für eine solche Verbundenheit konkret nichts zu tun. Doch die Bewahrung und Entwicklung der kommunistischen Perspektive hätte etwas mehr erfordert als die „Berücksichtigung“ „konkreter örtlicher Besonderheiten“. Sie hätte erfordert, daß immer mehr Arbeiter in immer vielfältigerer Weise an der unmittelbaren Leitung teilnehmen. Gerade das aber wollte die privilegierte Schicht nicht.

Was Stalin betraf, so trat er direkt der Auffassung entgegen, der Übergang zum Kommunismus werde so erfolgen, daß der Staat nach und nach alle gesellschaftlichen Bereiche schlucke, wandte er sich gegen die offenkundig damals vorhandene Vorstellung eines Kasernenhof-„Kommunismus“, in dem alles verstaatlicht und zentral reglementiert ist. Ausdrücklich kritisierte er die Auffassung, *„daß die Überführung des Eigentums einzelner Personen und Gruppen in staatliches Eigentum die einzige, jedenfalls aber die beste Form der Nationalisierung sei. Das stimmt nicht. In Wirklichkeit ist die Überführung in staatliches Eigentum nicht die einzige und nicht einmal die beste Form der Nationalisierung, sondern die Anfangsform der Nationalisierung, wie Engels im ‘Anti-Dühring’ ganz richtig sagt. Solange der Staat besteht, ist die Überführung in staatliches Eigentum unbedingt die verständlichste, die Anfangsform der Nationalisierung. Der Staat wird jedoch nicht bis in alle Ewigkeit bestehen. Mit der Erweiterung des Wirkungsbereichs des Sozialismus auf die meisten Länder der Welt wird der Staat absterben, und im Zusammenhang damit wird natürlich die Frage der Überführung des Eigentums einzelner Personen und Gruppen in staatliches Eigentum entfallen.“* (Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15, S. 378) Doch ist diese Frage damit unserer Meinung nach nicht erschöpft. Das Absterben des Staates ist kein Mechanismus, der bei einem bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte oder mit der Ausweitung des Sozialismus auf die meisten Länder der Welt etwa im Selbstlauf wirken würde. Überhaupt ist die Stärkung und Entwicklung des kommunistischen Keims innerhalb der sozialistischen Gesellschaft kein Mechanismus - weder bei Vorhandensein des imperialistischen Auslands noch danach. Der Kommunismus kann nur durch eine gesellschaftliche Bewegung innerhalb des Sozialismus erkämpft werden. Doch auch Stalin befaßte sich nicht näher mit der Frage, welche Veränderungen der Produktionsverhältnisse innerhalb des staatlichen Sektors angestrebt werden mußten, um Schritte auf diesem Weg zu machen.

Derartige Schritte waren damals aber zwingend erforderlich, um überhaupt den Sozialismus halten zu können. Wir haben gesehen, daß das in

den 30er Jahren installierte Leitungssystem angesichts des relativ niedrigen Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte damals erforderlich war, daß die damit einhergehende Ausweitung der klassenmäßigen Unterschiede jedoch nur eine gewisse Zeit lang mit dem Sozialismus vereinbar war. Ein zu langes Beibehalten dieses Leitungssystems mußte gesetzmäßig dazu führen, daß die leitende Schicht sich zu einer neuen herrschenden Klasse entwickelte. Andererseits waren die Produktivkräfte in den 50er Jahren auf einem weit höheren Niveau als zu Beginn der 30er Jahre. Damit wuchsen die Möglichkeiten und zugleich die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der arbeitenden Massen an der Leitung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Und schließlich war das pyramidenartige Leitungssystem zwar äußerst effektiv, solange es darum ging, in einem gewaltigen Kraftakt die Schwerindustrie des Landes zu schaffen. Es wurde umso weniger effektiv, je mehr das Schwergewicht auf intensives Wirtschaften verlegt werden mußte.

Dieses Leitungssystem mußte so oder so fallen. Die Frage war nur: Zugunsten welcher Klassenkräfte? Zugunsten der Arbeiterklasse oder zugunsten der leitenden Schicht?

## Die wirtschaftliche Rechnungsführung der NÖP

Wir sagten allerdings, daß die Situation nach dem Krieg sehr kompliziert war und daß es Wirkungslinien gab, die es den revolutionären Kräften sehr erschwerten, den Einfluß des überaus stark ausgeprägten Staatsapparats teilweise zurückzudrängen. Auf diese Wirkungslinien kommen wir nun zurück.

Der Staat war nicht die einzige Krücke der alten Gesellschaft, die von der neuen sozialistischen Gesellschaft genutzt werden mußte. Der Sozialismus mußte als zweite Krücke Ware-Geld-Beziehungen nutzen. Es handelt sich um das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung.

Von „wirtschaftlicher Rechnungsführung“ war zum ersten Mal die Rede, als die Mehrheit der staatlichen Betriebe während der NÖP auf eigene Rechnung wirtschaften sollte, also im damaligen staatskapitalistischen Sektor. Lenin schrieb damals: *„Die Überführung der Staatsbetriebe auf die sogenannte wirtschaftliche Rechnungsführung ist unvermeidlich und untrennbar verbunden mit der Neuen Ökonomischen Politik, und in nächster Zukunft wird dieser Typus unausbleiblich zum vorherrschenden, wenn nicht zum ausschließlichen werden. Faktisch bedeutet das unter den Verhältnissen des zugelassenen und sich entwickelnden freien Handels, daß die Staatsbetriebe weitgehend auf kommerzielle Grundlage übergeführt werden. Dieser Umstand, in Verbindung mit der gebieterischen Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität zu steigern und zu erreichen, daß ein jeder Staatsbetrieb ohne Verlust, mit Gewinn arbeitet, sowie in Verbindung mit dem unvermeidlichen Ressortinteresse und der Übertreibung des Ressortefers, erzeugt,*

*was die Fragen der Arbeitsbedingungen im Betrieb betrifft, unausbleiblich einen gewissen Interessengegensatz zwischen den Arbeitermassen und den leitenden Direktoren der Staatsbetriebe oder deren übergeordneten Behörden.“ (Lenin, Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, LW 33, S. 170 f.)*

Das war 1922. Selbstverständlich gab es eine **solche** wirtschaftliche Rechnungsführung mit Beendigung der NÖP nicht mehr. Die Betriebe waren nun den staatlichen Zentralstellen unterstellt, die ihnen entsprechend dem Plan Direktiven gaben. Dennoch sprach man auch dann noch von wirtschaftlicher Rechnungsführung, und das war kein Zufall, denn von der wirtschaftlichen Rechnungsführung, wie sie im Zusammenhang mit der NÖP eingeführt worden war, war auch dann noch etwas vorhanden.

## Das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung nach Beendigung der NÖP

Das Lehrbuch der politischen Ökonomie von 1954 beschreibt den Mechanismus der wirtschaftlichen Rechnungsführung ziemlich genau. Es ist nicht bekannt geworden, daß an diesem Mechanismus zwischen den 30er Jahren und dem Zeitpunkt der Erarbeitung des Lehrbuchs - Anfang der 50er Jahre - Wesentliches geändert wurde. Man kann also davon ausgehen, daß die vom Lehrbuch beschriebenen ökonomischen Mechanismen im großen und ganzen Anfang der 30er Jahre eingerichtet wurden.

*„Der sozialistische Staat verteilt die Produktionsmittel auf seine Betriebe und weist jedem die zur Erfüllung der Pläne notwendigen materiellen und finanziellen Mittel zu. Der Betrieb als juristisch selbständige Wirtschaftseinheit geht wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Betrieben und Organisationen ein, ergänzt seine Kader (das Personal, RM) und organisiert seine Produktions-, Versorgungs- und Absatztätigkeit. Der Betrieb hat bei der Staatsbank ein Verrechnungskonto zur Aufbewahrung seiner Geldmittel, ist berechtigt, Bankkredit in Anspruch zu nehmen, und hat eine eigene Bilanz.“ (Politische Ökonomie, Lehrbuch, a.a.O., S. 530)*

*„Die wirtschaftliche Rechnungsführung setzt ferner voraus, daß der Betrieb gegenüber anderen Betrieben und Wirtschaftsorganisationen für die Erfüllung seiner Verpflichtungen die **materielle** Haftung trägt. Die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen den Betrieben werden mit Hilfe von **Wirtschaftsverträgen** geregelt. Die Betriebe erwerben im Einklang mit dem gesamtstaatlichen Plan die notwendigen Produktionsmittel und realisieren ihre Erzeugnisse auf Vertragsbasis. Der Vertrag enthält: die Lieferbedingungen, den Umfang, das Sortiment und die Qualität der Erzeugnisse, die Lieferfristen, den Preis, die Zahlungsfristen und den Zahlungsmodus sowie die Art und den Grad der Haftung*

*bei Verstößen gegen die Vertragsbedingungen. Der Vertrag legt die Art der Sanktionen fest: Konventionalstrafen bei Nichterfüllung des Vertrags, bei Nichteinhaltung der Lieferfristen und bei Verstößen gegen die vereinbarte Qualität der Erzeugnisse.“ (ebenda S. 530, Hervorhebungen vom Lehrbuch)*

Es gab also zwischen den staatlichen Betrieben, die juristisch selbständige Wirtschaftseinheiten waren, Lieferverträge mit ausgefeilten Vertragsklauseln bis hin zu Vertragsstrafen, und es floß reales Geld. Selbstverständlich hätte all das keinen Sinn gehabt, wenn Geld, das einem Betrieb zufließt, von diesem unmittelbar ohne Abzug in die zentrale Staatskasse weitergefließen wäre. Dann hätte es auch keine „materielle Haftung“ des einzelnen Betriebes geben können. Der Betrieb hatte also eigene Mittel, die er selbst verwaltete, genauer: die der Betriebsleiter verwaltete:

*„Das Reineinkommen des staatlichen Betriebs ist der Teil des Produkts für die Gesellschaft, der in dem betreffenden Betrieb verbleibt und in Geldform akkumuliert wird. Das zentralisierte Reineinkommen des Staates ist der Teil des Produkts für die Gesellschaft, der aus dem Betrieb entnommen und in Geldform in den Händen des Staates konzentriert wird, um für die Bedürfnisse des ganzen Volkes Verwendung zu finden. Die Notwendigkeit dieser beiden Formen des Reineinkommens ergibt sich einerseits aus der wirtschaftlichen Rechnungsführung und andererseits aus dem Bedürfnis der sozialistischen Wirtschaft, einen beträchtlichen Teil des Reineinkommens zu zentralisieren.“* (ebenda, S. 537, Hervorhebungen vom Lehrbuch)

Der letzte Satz ist eine Leerformel; er liefert in Wirklichkeit **keinerlei** politökonomische Begründung für die Existenz dieser beiden Formen, wie das Lehrbuch überhaupt **keine** politökonomische Analyse der von ihm detailliert geschilderten Praktiken der Wirtschaftsleitung gibt. Darauf werden wir sogleich zu sprechen kommen.

Natürlich konnte der Betriebsdirektor über das Reineinkommen des staatlichen Betriebs nicht nach Gutdünken verfügen, doch er hatte andererseits nicht unbeträchtlichen Spielraum. So wurde ein Teil dieses Reineinkommens *„dem Direktorfonds für die materielle Förderung der Belegschaft und andere Zwecke zugeführt“* (ebenda, S. 537 f.), und zwar 1 - 5 % des geplanten Reineinkommens des Betriebs sowie 15 - 45 % des überplanmäßigen Gewinns. Aus dem Direktorfonds konnte der Betriebsleiter Prämien ausschütten. In gewisser Weise noch bedeutender ist der Teil des Reineinkommens der Betriebe, der *„der Erweiterung der Produktion in dem betreffenden Betrieb oder Wirtschaftszweig (Investitionen oder Vergrößerung der eigenen Umlaufmittel)“* (S. 537) diente. Hier fallen **betriebliche** Investitionsentscheidungen, wenn auch vom Grundsatz her innerhalb des vom zentralen Plan gesteckten Rahmens.

Nur am Rande erwähnen wir, daß die Betriebe Bankkredite von der Staatsbank erhalten konnten, daß sie dafür Zinsen zahlten (auch die Bank war der wirtschaftlichen Rechnungsführung unterworfen), daß bei nicht ordnungsgemäßer Verwendung der Mittel und nicht termingerechter Rückzahlung der Darlehen Strafzinsen fällig wurden oder weitere Kredite verweigert werden konnten usw.

Es war also keineswegs eine Übertreibung, wenn wir oben sagten, daß von der wirtschaftlichen Rechnungsführung, wie Lenin sie bei Einführung der NÖP beschrieb, auch mit der Beendigung der NÖP und dem Übergang zur zentralen Planwirtschaft durchaus noch etwas übrigblieb. Folglich mußte aber auch von den negativen Folgewirkungen, die Lenin beschrieb, noch etwas übriggeblieben sein: *„unvermeidliches Ressortinteresse und Übertreibung des Ressortseifers“* und in Verbindung damit ein *„gewisser Interessengegensatz zwischen den Arbeitermassen und den leitenden Direktoren der Staatsbetriebe oder deren übergeordneten Behörden“*. Da dieses System der Wirtschaftsleitung auf lange Sicht angewandt wurde, mußten diese Interessengegensätze einen mehr

oder weniger systematischen Charakter annehmen. Die Betriebsleiter mußten eigene Interessen herausbilden, und zwar sowohl gegenüber den Arbeitern als auch gegenüber den staatlichen Zentralbehörden.

Das alles aber wurde nicht marxistisch analysiert. So genau z.B. das Lehrbuch den Mechanismus der wirtschaftlichen Rechnungsführung beschreibt, so konsequent meidet es jeden Versuch einer Analyse. Und das, obwohl das Lehrbuch selbst (S. 603) in Bezug auf flüssige Geldmittel der Betriebe, die dem Kreditsystem zufließen, den hochinteressanten Begriff des „*gesellschaftlichen Eigentums der Betriebe*“ prägte, einen Begriff, der sich auf das Reineinkommen der staatlichen Betriebe generell anwenden läßt. Die Widersprüchlichkeit dieses Begriffs springt sofort ins Auge: Handelt es sich nun um Eigentum der Betriebe oder der Gesellschaft? Nun, die Widersprüchlichkeit dieses Begriffs spiegelt die Widersprüchlichkeit des betreffenden gesellschaftlichen Zustands durchaus treffend wider: Die materiellen und finanziellen Mittel des Betriebs sind in gewissem Sinne „Eigentum“ des Betriebs, aber nicht im vollen Sinne des Eigentums eines Privateigentümers. Die Gesellschaft verteilt durch den Plan materielle und finanzielle Mittel an die Betriebe und kontrolliert deren Verwendung. Sie ist jedoch noch nicht in der Lage, das so umfassend und lückenlos zu tun, daß ihre Eigentümerstellung unumschränkt wäre. Sie ist daher gezwungen, ihre Eigentümerstellung dadurch selbst zu beschränken, daß sie den Betrieben eine gewisse Eigentümerstellung einräumt.

## Warum Ware-Geld-Beziehungen?

Die Ware-Geld-Beziehungen waren im Verhältnis zu einer kapitalistischen Warenproduktion (und auch im Verhältnis zur einfachen Warenproduktion kleiner Privateigentümer) stark eingeschränkt - andernfalls könnte von Sozialismus auch keine Rede sein. Bezüglich der im staatlichen Sektor produzierten Produktionsmittel zeigt sich das besonders deutlich daran, daß diese nur aufgrund einer Zuweisung von zentralen Behörden von einem Betrieb an einen anderen geliefert werden durften. Andererseits floß dabei reales Geld, von dem ein Teil sogar unmittelbare Quelle der Akkumulation des Lieferbetriebes war. Die Einschränkung des Warencharakters der Produkte zeigte sich ferner auch daran, daß die Preise wie auch das Produktsortiment der staatlichen Betriebe zentral festgelegt wurden. Andererseits gab es - wie wir noch sehen werden - legale und illegale Möglichkeiten der Betriebe, faktisch des Betriebsleiters, in gewissem Rahmen selbst über die betriebliche Produktion zu entscheiden. Eine eingehende ökonomische Analyse dieser Verhältnisse würde hier zu weit führen und muß an anderer Stelle geleistet werden. Wir können aber festhalten, daß der Warencharakter der Produkte stark eingeschränkt, jedoch nicht völlig beseitigt war. Es handelte sich um den Übergang von der Ware zur Nicht-Ware. Die sozialistische Gesellschaft

war auf dem Wege, die Wertform der Produkte zu überwinden, doch andererseits war sie in gewissem Ausmaß noch gezwungen, die Wertform zu nutzen, Ware-Geld-Beziehungen zu nutzen.

Daß dies so war, versteht sich keineswegs von selbst, denn für Marxisten ist unbestreitbar, daß „in der Wertform der Produkte (...) im Keim die ganze kapitalistische Produktionsform“ steckt. (Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 289) Geht man mit Lenin zutreffend davon aus, daß der Sozialismus eine Übergangsperiode ist, „die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozial-ökonomischen Formationen in sich vereinen muß“, nämlich „des besiegten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und des geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus“ (LW 30, S. 91), so braucht man sich dennoch nicht zu wundern, daß der Sozialismus bis zu einem bestimmten Grade noch gezwungen ist, die Wertform zur Regulierung der Produktion zu nutzen. Zwar hatten weder Marx noch Engels noch Lenin das vorausgesehen, doch das muß einen ebenfalls nicht wundern, denn sie alle neigten nicht zum Spekulieren, sondern orientierten sich an Fakten, und eine sozialistische Wirtschaft erlebten sie alle nicht. Als Lenin die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Rechnungsführung begründete, bezog er sich auf die Übergangsgesellschaft **zum** Sozialismus, also auf eine Übergangsgesellschaft zur Übergangsgesellschaft. Was den Sozialismus selbst betrifft, so sah Lenin ebenso wie Marx und Engels hier, nämlich bezüglich der Regulierung der **Produktion**, nur **eine** der alten Gesellschaft entstammende Krücke voraus, die der Sozialismus würde benutzen müssen, nämlich die Staatlichkeit. (In Bezug auf die **Verteilung**, auf die Regulierung der **Konsumtion**, zeigte freilich bereits Marx in der *Kritik des Gothaer Programms*, daß die Übergangsgesellschaft zum vollendeten Kommunismus Wertkategorien würde nutzen müssen.) Lenin stellte sich als Übergangsform vor, daß „die gesamte Gesellschaft (...) ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein“ wird. (Lenin, Staat und Revolution, LW 25, S. 488) Doch es ist anders gekommen, und die Gründe dafür bedürfen einer marxistischen Analyse. Sie hätten schon damals, bei Beibehaltung (wenn auch Veränderung) der wirtschaftlichen Rechnungsführung **trotz** Beendigung der NÖP, **trotz** Übergangs zur zentralen Planwirtschaft, einer Analyse bedurft, die allerdings nicht vorgenommen wurde. Von großer Bedeutung war zwar später Stalins Schrift *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR* (1951/52), worin er sich mit dem Problem der Warenproduktion in der Sowjetunion theoretisch auseinandersetzte. Es ist übrigens die letzte zusammenhängende marxistische Arbeit zu diesen Fragen, und sie ist noch heute von großer Bedeutung. Doch Stalin erklärte in dieser Schrift, die in den staatlichen Betrieben hergestellten Produktionsmittel würden „auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Umlaufs innerhalb des Landes die Eigenschaften von Waren verlieren, aufhören, Waren zu sein, und aus dem Wirkungsbereich des Wertgesetzes heraustreten, wobei sie nur die äußere Hülle von Waren (Kalkulation und dgl.) behalten“. (SW 15, S. 344) Daran war zwar richtig, daß der

Warencharakter stark eingeschränkt war, doch die Wertform war eben nicht völlig abgestreift, und eine Wertform, die keinerlei gesellschaftlichen Inhalt hat, die also keinen Rückschluß auf die gesellschaftlichen Zustände zuläßt, kann es nicht geben. Der gesellschaftliche Zustand, der der Wertform entsprach, bestand im relativ niedrigen Grad der Vergesellschaftung, bestand darin, daß - wie Stalin selbst ja hervorhob - die Verstaatlichung erst der Anfang der Vergesellschaftung war. Das Band zwischen den staatlichen Betrieben war noch nicht so eng, daß das Denken und Handeln in den Kategorien „mein Betrieb - dein Betrieb“ entfallen war, und folglich konnte man auf die Wertform auch bezüglich der Produktionsmittel nicht völlig verzichten.

Immerhin hatte Stalin bereits 1931 einen Hinweis gegeben, und zwar - sicher kein Zufall! - in der gleichen Rede, in der er sich gegen Gleichmacherei bezüglich der Löhne wandte, in der er entschieden darauf bestand, daß für qualifiziertere Arbeit höhere Löhne gezahlt werden mußten. Stalin hatte gesagt:

*„Es ist Tatsache, daß man in einer Reihe von Betrieben und Wirtschaftsorganisationen schon längst aufgehört hat, zu berechnen, zu kalkulieren, fundierte Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben aufzustellen. Es ist Tatsache, daß in einer Reihe von Betrieben und Wirtschaftsorganisationen die Begriffe 'Sparsamkeitsregime', 'Herabsetzung der unproduktiven Ausgaben', 'Rationalisierung der Produktion' schon längst aus der Mode gekommen sind. Offenbar rechnen sie darauf, daß die Staatsbank 'uns sowieso die nötigen Summen geben wird'. Es ist Tatsache, daß in letzter Zeit die Selbstkosten in einer ganzen Reihe von Betrieben zu steigen begonnen haben. Man hat es ihnen zur Aufgabe gemacht, die Selbstkosten um zehn und mehr Prozent zu senken, sie aber erhöhen sie. Was aber heißt das, die Selbstkosten senken? Sie wissen, daß jedes Prozent Senkung der Selbstkosten eine Akkumulation von 150 bis 200 Millionen Rubel innerhalb der Industrie bedeutet. Es ist klar, daß eine Erhöhung der Selbstkosten unter diesen Bedingungen gleichbedeutend ist mit dem Verlust von Hunderten Millionen Rubel für die Industrie und die ganze Volkswirtschaft.“* Und Stalin forderte entschieden: *„Beseitigung der Mißwirtschaft, Mobilisierung der inneren Hilfsquellen der Industrie, Einbürgerung und Festigung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in allen unseren Betrieben, systematische Senkung der Selbstkosten, Steigerung der Akkumulation innerhalb der Industrie, in allen Industriezweigen ohne Ausnahme.“* (Stalin, Neue Verhältnisse - neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus, SW 13, S. 67 f.; Hervorhebung v. RM)

Wozu also das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung? Warum mußte die Sowjetmacht Ware-Geld-Kategorien nutzen, und zwar - wie uns die Ausführungen des Lehrbuchs von 1954 zeigen - nicht nur als **Meßinstrument für Produktivität**, sondern als Steuerungsinstrument (wenn auch nur als **ein** Steuerungsinstrument) der Wirtschaft? Viele staatliche Wirtschaftsleiter hatten offenbar keine Achtung vor der Arbeit der Werktätigen. Man kann Material (also vergegenständlichte Arbeit) ruhig ver-

geuden, man braucht nicht sparsam damit umzugehen, denn „die Staatsbank wird uns schon die nötigen Mittel zuweisen, egal, welchen Raubbau wir treiben“. Warum also Warenkategorien? Weil einerseits das kommunistische Element, die Leitung der Wirtschaft durch gesellschaftlich bewußte Produzenten, noch relativ schwach war und weil andererseits die Fäulnis, die von der notwendigen Krücke Staatlichkeit ausging, ansonsten zu stark und unerträglich geworden wäre. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel ist unabdingbare Voraussetzung, um das System der kapitalistischen Warenproduktion von Grund auf zu zerschlagen und die Vergesellschaftung zu **beginnen**. Doch die Verstaatlichung ist eine **niedere Form der Vergesellschaftung**, und die Fäulnis, die von der Staatskrücke ausging, hätte alles verschlungen, wenn sie nicht von einer zweiten Krücke gemildert worden wäre, von der Warenkrücke. Das zeigt uns das obige Stalin-Zitat von 1931, wiewohl Stalin selbst nur die Fakten nennt und diese Fakten nicht analysiert. Er kann es nicht, weil er selbst die Widersprüchlichkeit des Sowjetstaates und der in ihm wirkenden Klassenkräfte nicht umfassend sieht, weil er dazu neigt, diesen Staat zu verklären, weil er konkrete Mängel dieses Staates zwar angreift, wo er sie wahrzunehmen vermag, die diesen Mängeln zugrundeliegenden Widersprüche aber nicht theoretisch verarbeitet.

Doch die Ware-Geld-Kategorien, diese zweite Krücke, die die Fäulnis ausbalancieren soll, die von der ersten, der Staatskrücke, ausgeht, sie ist ihrerseits Quelle von Fäulnis. Sollten Ware-Geld-Kategorien den Betriebsleiter zu sparsamem Wirtschaften zwingen, so mußte dies gleichzeitig dazu führen, daß er eigenständige Interessen herausarbeiten mußte, einerseits gegenüber den Arbeitern, andererseits gegenüber den staatlichen Behörden der Wirtschaftsleitung. Natürlich kann seine Stellung nicht ansatzweise mit der Stellung eines kapitalistischen Eigentümers verglichen werden. Die Preise der Produkte wurden damals ausschließlich von staatlichen Behörden festgesetzt, und diese Behörden schrieben auch in hohem Maße vor, was zu produzieren war und welcher staatlicher Betrieb welchen anderen mit welchen Produkten zu beliefern hatte. Dennoch gab die relative Selbständigkeit der Betriebsleiter diesen reichlich Möglichkeiten, den Plan zu unterlaufen.

Das beginnt bereits mit der Erstellung der Planvorgaben für den Produktionsausstoß eines Betriebs. Selbstverständlich sind die zentralen Planbehörden hier auf betriebliche Daten angewiesen, wenn die Planvorgaben nicht von Anfang an in der Luft schweben sollen. Derjenige Betriebsleiter, dessen Handeln sich ausschließlich oder vorwiegend an den von der wirtschaftlichen Rechnungsführung vorgesehenen ökonomischen Stimuli orientiert, ist aber daran interessiert, einen möglichst „weichen“ Plan zu erreichen, und dementsprechend wird er die Zentrale mit Informationen bzw. Desinformationen versorgen. Dann kann er den Plan leicht überfüllen und damit Sonderprämien erhalten, die in den Direktorfonds

wandern oder der betrieblichen Akkumulation dienen. Andererseits wird er in der Regel bestrebt sein, den Plan nicht zu stark überzuerfüllen, denn das könnte die Planbehörden - denen die gängigen Praktiken der Betriebsleiter ja nicht unbekannt sind - mißtrauisch machen, die dann beim nächsten Mal einen wesentlich „härteren“ Plan durchsetzen würden.

Weiter kann man den Plan formal, dem Buchstaben nach, erfüllen (bzw. übererfüllen) und sich damit die betreffenden Prämien sichern, während man das eigentliche Ziel des Plans, die Befriedigung eines bestimmten gesellschaftlichen Bedürfnisses, außer acht läßt. Drückt der Plan sich z.B. in Gewicht aus, so baut man möglichst schweres Material ein. Dafür wurde seinerzeit eigens der Begriff „Tonnen-Ideologie“ geprägt. So soll z.B. ein Metallwerk seine Wellblechproduktion in fünf Jahren dem Gewicht nach um 20 % gesteigert haben, aber nach Quadratmetern nur um 10 % - der Plan rechnete nach Tonnen. (vgl. Nove, Die sowjetische Wirtschaft, a.a.O., S. 176 f.; Nove bezieht sich hier auf Angaben aus sowjetischen Zeitungen) Die satirische sowjetische Zeitschrift *Krokodil* zeigte einmal in einer Karikatur eine Fabrik, die das Produktionsprogramm für Nägel eines ganzen Monats durch die Herstellung eines gigantischen Nagels erfüllte, der an einem hohen Kran hängend über das ganze Werk ragte (vgl. ebenda). Werden z.B. Tuche an linearen Metern gemessen, so kann man sie schmaler herstellen als wünschenswert und kann damit formal den Plan erfüllen. Orientiert sich der Plan aber am im Geld ausgedrückten Wert der hergestellten Produkte, so kann man durch Einbauen unnötig teurer Rohstoffe „Planerfüllung“ bewirken. Derartige Probleme waren in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern chronisch, ebenso wie der Mangel an Ersatzteilen, denn offenbar „rechnete sich“ die Produktion von Ersatzteilen nicht.

Für Marxisten sind derartige Resultate nicht verwunderlich: Wie sollten Ware-Geld-Kategorien, die es beim Übergang zum Kommunismus schließlich zu überwinden gilt, das Allheilmittel zur Lösung der Probleme des Sozialismus sein? Sie können nicht mehr als eine Krücke sein, die neben begrenzt positiven Wirkungen auch reichlich negative hervorruft. Im günstigsten Falle können die Waren-Krücke und die Staats-Krücke so gegeneinander ausbalanciert werden, daß die negativen Wirkungen beider in gewissen Grenzen gehalten werden. Strategisch entscheidend für das Erstarken des Sozialismus - und das heißt letztlich: für das Erstarken des kommunistischen Keimes in der sozialistischen Gesellschaft - strategisch entscheidend ist die wachsende Rolle der arbeitenden Massen. *„Die lebendige schöpferische Tätigkeit der Massen, das ist der Hauptfaktor des neuen öffentlichen Lebens. (...) Der Sozialismus wird nicht durch Erlasse von oben geschaffen. Seinem Geiste ist der fiskalisch-bürokratische Automatismus fremd. Der lebendige, schöpferische Sozialismus ist das Werk der Volksmassen selbst.“* (Lenin, LW 26, S. 283)

## Mängel der staatlichen Leitung

Weder durch die Mechanismen der wirtschaftlichen Rechnungsführung für sich noch durch staatlichen Zentralismus für sich noch durch die Kombination dieser beiden Elemente allein konnte sich der Sozialismus auf Dauer behaupten. Auf Dauer hätte nur die immer stärkere Beteiligung der arbeitenden Massen an der Leitung der Wirtschaft die Existenz des Sozialismus gewährleisten können. Die „wirtschaftliche Rechnungsführung“ für sich allein mußte dazu führen, daß die Betriebsleiter immer mehr wie Privateigentümer handelten und dachten. Die staatlichen Behörden wirkten dem zwar entgegen, doch aus zwei Gründen waren ihren Möglichkeiten, das Funktionieren einer sozialistischen Wirtschaft zu gewährleisten, Grenzen gesetzt.

Zum einen führt die starke Konzentration der Entscheidungen bei den oberen Organen des Leitungsapparats dazu, daß diese oberen Organe gezwungen sind, über Sachverhalte zu entscheiden, die sie gar nicht hinreichend überblicken können. Sie können gar nicht über die erforderlichen Informationen verfügen, müssen aber so tun, als könnten sie es. In dieser Hinsicht machte sich immer stärker bemerkbar, daß das System der Wirtschaftsleitung zwar in den 30er Jahren den Verhältnissen und den Aufgaben angemessen war, als es nämlich gegolten hatte, in einer Riesenanstrengung die Schwerindustrie aufzubauen, daß es während des Krieges schlichtweg unvermeidlich war, daß es danach aber den Verhältnissen immer weniger entsprach.

Das zeigte sich z.B. am System der Materialzuteilungen. Von Sozialismus könnte keine Rede sein, wenn z.B. Maschinen frei verkäuflich wären; es war absolut notwendig, daß Maschinen von einem staatlichen Betrieb an einen anderen nur aufgrund der **Zuteilung durch Zentralbehörden** geliefert werden konnten, auch wenn dabei reales Geld von einem Betrieb an den anderen floß. Doch das damalige System der Zuteilungsscheine war offenbar sehr starr, und es wurde dabei versucht, hinsichtlich der Zuteilung von Produktionsmitteln alles und jedes durch Zentralstellen zu regeln, so daß diese Zentralstellen leicht den Überblick verloren. Entsprechendes gilt bei den Preisen. Gäbe man den einzelnen Betrieben die Befugnis, die Preise ihrer Produkte festzulegen, so wäre das selbstverständlich das Ende des Sozialismus; die Betriebe - faktisch die Betriebsleiter - würden dann letztlich agieren wie kapitalistische Privateigentümer. Doch die Formen, in denen die Festsetzung der Preise durch staatliche Instanzen erfolgte, waren offenbar infolge des hierarchisch gegliederten Leitungsapparats mit vielen Instanzen schwerfällig und bürokratisch. *„Fabrikhandelsgroßpreise. Bis 1957 waren Entscheidungen über Preise äußerst zentralisiert. Im Grunde konnte kein Preis ohne Genehmigung der Zentralregierung geändert werden. Das Industrieministerium, der Gosplan (das zentrale Planungsorgan, RM) und das Finanzministerium waren diejenigen, die sich in Verbindung mit dem Ministerium für inneren Handel damit zu beschäftigen hatten, wenn der fragliche*

Artikel zu den Verbrauchsgütern gehörte. Preise für neue Erzeugnisse unterlagen also der Genehmigung durch die Zentrale, und oft gab es große Verzögerungen, da zu viele Verwaltungsstellen damit zu tun hatten.“ (Nove, S. 145) Noch 1959, als unter Chruschtschow bereits eine gewisse Dezentralisierung stattgefunden hatte - allerdings unter äußerst negativen Vorzeichen, wie wir noch sehen werden - beklagte die Prawda, wie Nove schildert, folgenden Vorfall: „Wie alle Besucher der UdSSR beobachten konnten, hatten alle sowjetischen Wohnungen altmodische, dunkelrote oder dunkelorangefarbene Lampenschirme mit Troddeln. Warum? Weil, so berichtet ein Pravda-Artikel, keine anderen Arten für den Verkauf im Einzelhandel hergestellt wurden; moderne Lampenschirme wurden für Hotels und öffentliche Gebäude fabriziert, aber da kein Einzelhandelspreis dafür festgesetzt worden war, konnten sie nicht ans Publikum verkauft werden, und die Produktion wurde eingestellt, nachdem alle Hotels damit versorgt worden waren.“ (Nove, S. 201)

Wir sprachen von zwei Gründen, aus denen der Effektivität der Leitung der Wirtschaft durch einen hierarchischen Apparat Grenzen gesetzt sind. Der erste Grund besteht also im **Informationsproblem**: Die Zentralstellen können gar nicht alles wissen, was sie wissen müßten, um sachkundig zu entscheiden. Der zweite Grund ist das **Interessenproblem**. Je hierarchischer der Leitungsapparat, desto unterschiedlicher ist die Stellung der verschiedenen Personen, die am Produktionsprozeß und seiner Leitung beteiligt sind, und desto mehr unterschiedliche, divergierende klassenmäßige Interessen entstehen. Ein hierarchischer Apparat bringt das Bestreben der leitenden Funktionäre verschiedener Ebenen hervor, ihre eigene Wichtigkeit (bzw. die Wichtigkeit ihrer jeweiligen Funktionsebene) zu betonen. Da wird dann eben beispielsweise so lange hin und her diskutiert, bis die Produktion moderner Lampenschirme eingestellt werden muß, da die Bürokraten sich nicht auf einen Preis einigen können.

Wie sich herausstellt, ist der sozialistische Staat kein interessenfreier Raum; ebensowenig ist er ein monolithisches Gebilde, welches total und ohne Einschränkungen das Interesse des Proletariats wahrnimmt. Das Proletariat braucht und nutzt den sozialistischen Staat, doch zugleich entstehen **Interessengegensätze** sowohl innerhalb des staatlichen Apparats als auch zwischen staatlichen Organen und der Gesellschaft bzw. der herrschenden Arbeiterklasse. Das ist freilich für Marxisten-Leninisten nicht verwunderlich. Lenin hatte darauf hingewiesen, daß der sozialistische Staat in gewisser Hinsicht „bürgerlicher Staat“ ist. (LW 25, S. 485) Marx und Engels hatten erklärt, daß „das illusorische 'Allgemein' - Interesse als Staat“ in Erscheinung tritt (MEW 3, S. 34.) Der Staat ist Eingeständnis der Existenz unterschiedlicher klassenmäßiger Interessen in der Gesellschaft. Die unterschiedlichen Interessen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft wirken in **maskierter** Form (illusorisches Allgemeininteresse!) auch innerhalb des sozialistischen Staates selbst.

Wie schon gesagt: Die staatliche Leitung der Produktion ist unabdingbare Voraussetzung des Sozialismus, doch sie ist eben nur eine niedere Form der

Vergesellschaftung, deren Wirkungsbereich beim Voranschreiten zum Kommunismus nach und nach eingeschränkt werden muß. Eingeschränkt nicht etwa durch ständige Ausweitung der Ware-Geld-Kategorien, denn das wäre ein Zurückgehen zum Kapitalismus. Eingeschränkt vielmehr durch die unmittelbare Teilnahme der arbeitenden Massen an der Leitung. Zum einen müssen die Kommunisten anstreben, daß **innerhalb des Staates selbst** immer mehr arbeitende Menschen immer stärker an der Leitung teilnehmen. Das genügt aber nicht. Zum andern muß angestrebt werden, daß in dem Maße, wie das jeweils möglich ist, gesellschaftliche Entscheidungen von den Betroffenen selbst gefällt werden, durch nicht-staatliche Formen und Mechanismen. Beiden Entwicklungslinien waren in der Sowjetunion aufgrund der Bedingungen und Entwicklungen, die wir geschildert haben, relativ enge Grenzen gesetzt.

Übrigens ist auch die wirtschaftliche Rechnungsführung Eingeständnis entgegengesetzter Interessen innerhalb des Staates selbst. Hätten die staatlichen Betriebe bzw. die Betriebsleiter alle dasselbe Interesse, welches mit dem Interesse der Gesamtgesellschaft bzw. des revolutionären Proletariats zusammenfällt, dann müßte man sie nicht mit finanziellen Mitteln dazu stimulieren, mit den von der Arbeiterklasse geschaffenen Gütern sparsam zu wirtschaften. Sie würden das dann aufgrund dieses einheitlichen Interesses tun. Doch das war nicht der Fall. Die wirtschaftliche Rechnungsführung war der Versuch, individuellen Interessen ein Terrain zu gewähren, in dem sie sich legal bewegen konnten. Damit sollte verhindert werden, daß sie sich illegal und unkontrolliert bewegten.

Letzteres gelang immer weniger. So beklagte das ZK im Rechenschaftsbericht auf dem 19. Parteitag im Jahre 1952, daß „viele Betriebe ruckweise“ arbeiteten und „fast die Hälfte der im Monatsprogramm vorgesehenen Erzeugnisse im letzten Monatsdrittel“ lieferten. „Das führt zu einer unvollständigen Auswertung der Produktionskapazitäten, zu Überstunden, zur Zunahme des Ausschusses und zur Störung der Arbeit in den Abnehmerbetrieben. Um den Gesamtproduktionsplan zu erfüllen, greifen manche Betriebe zu der **staatschädigenden Praxis der Produktion nebensächlicher Erzeugnisse über den Plan hinaus, bei Nichterfüllung des Produktionssolls für die im staatlichen Plan vorgesehenen wichtigsten Erzeugnisse.**“ (Malenkow, a.a.O., S. 59, Hervorhebung vom RM) Offenbar produzierten viele Betriebe zu Monatsbeginn für private Abnehmer und versuchten dann, den Plan durch Überstunden am Monatsende irgendwie noch zu „erfüllen“. Doch warum produzierten sie überhaupt „nebensächliche Erzeugnisse“ und nahmen dabei in Kauf, daß ihnen Prämien für die Planerfüllung entgingen? Offenbar, weil mit diesen „nebensächlichen Erzeugnissen“ mehr zu verdienen war. Also Schwarzmarkt.

Schon damals war in der Sowjetunion der Tolkach („der Organisator“) eine typische Figur. Es war „ein mehr oder weniger illegaler Mittelsmann, der formal einem Betrieb angehört und im ganzen Land herumreist, um illegale ‘Ge-

*schäfte' anzubahnen. Die satirische Zeitschrift Krokodil vom 30. März 1952 widmete ihm eine herrliche kleine Karikatur und ein kleines Gedicht, in dem gesagt wird, daß er einfach alles erhalten kann: Eisen, Backsteine, Holz, Nägel... Die Technik, deren man sich dabei bedient, ist fast immer der blat, d.h. die Korruption der oberen Instanzen. Es überrascht nicht, daß zu Stalins Zeit in der UdSSR die Redensart ging: 'Der blat ist stärker als Stalin'... Das Problem des Tolkach wurde in der vorbereitenden Diskussion zum XX. Parteitag der KPdSU ausführlich behandelt (siehe die Prawda-Ausgabe vom Februar 1956). Chruschtschows Reformen haben dieses Problem nicht gelöst. Ein Artikel, der am 15. Mai 1960 in einer sowjetischen Zeitschrift erschien, schätzt, daß die Fabriken der Sownarchosen vom Dnjeppropetrowsk im Jahre 1959 von 7000 Tolkachi besucht worden sind." (Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, a.a.O., S. 630)*

## Zur Methode bei der Nutzung gegnerischer Literatur

Bei dieser Gelegenheit wollen wir einen kurzen methodischen Hinweis einschieben. Manche Leserinnen und Leser mögen sich wundern, daß wir auch antikommunistische Literatur heranziehen: Das Buch von Stalins Tochter Allilujewa, aus dem wir zitiert haben, war im Westen antikommunistisches Paradeferd. Nove, der zwar sehr sachlich schreibt, verfolgt letztlich den Zweck, die „Überlegenheit des Westens“ zu dokumentieren. Der Trotzkiist Mandel malt die Fäulnis, die vom sowjetischen Staatsapparat ausging, in allen Farben aus, um die liberale Illusion eines „socialismo light“, der weitgehend frei von „störenden Zutaten“ wie Partei und Staat sein soll, unter die Leute zu bringen. Warum also beziehen wir uns auf derartige Gegner des revolutionären Marxismus?

Nun, wir übernehmen nicht ihre Theorien, sondern von ihnen zusammengetragene Fakten. Gerade die geschicktesten Gegner des Kommunismus (und dazu zählen wir Mandel) verstehen es, solche Fakten zusammenzustellen, die von den Marxisten-Leninisten noch nicht zureichend theoretisch verarbeitet sind. Ist keine revolutionäre Theorie vorhanden, die diese Fakten hinreichend erklärt, so finden solche Leute hier einen noch sicheren Schlupfwinkel für ihre konterrevolutionären Theorien. Es kann folglich nicht darum gehen, die Arbeiten dieser Gegner des Kommunismus totzuschweigen. Sind die Marxisten auf der Höhe der Zeit, so nutzen sie den Umstand, daß die Gegner die Mängel und Lücken in der Analyse der Marxisten aufdecken, um die Mängel zu beheben und die Lücken zu schließen. Die nachweisbaren Fakten müssen theoretisch verarbeitet werden, und auch das, was die Gegner an stellenweise richtiger Analyse bieten, muß in die eigenen Analysen aufgenommen und verarbeitet werden. Auf dieser Grundlage kann dann der ideologische Inhalt der Schlüsse der Gegner wirklich überzeugend zurückgewiesen und der Klasseninhalt

gegnerischer Analysen kann überzeugend als Rechtfertigungsideologie des Kapitalismus oder Revisionismus aufgedeckt werden. Aus eben diesem Grunde scheuen wir uns keineswegs vor der Verarbeitung gegnerischer Literatur.

## Die Rolle der arbeitenden Massen wurde immer schwächer

Zurück zu den „Tolkachi“ und zum „blat“. Der Tolkach ist Schacherer, er verkörpert Ware-Geld-Beziehungen, freilich nicht in einer legalen, aber immerhin doch in einer vom Staat mehr oder weniger geduldeten Form. Die Staatsbürokraten gehen nicht konsequent gegen das Tolkach-Wesen vor, weil sie instinktiv fühlen, daß hier ein Ventil ist, welches verhindert, daß der Unmut über die Mängel der Staatswirtschaft den Kessel zum Platzen bringt. Umgekehrt brauchen die Tolkachi den Staat, brauchen sie Beziehungen zu staatlichen Organen, und zwar nach Möglichkeit zu höheren staatlichen Organen. Wir sagten oben: Im günstigsten Fall kann die Taktik der proletarischen Partei bewirken, daß die Mängel der Ware-Geld-Beziehungen und die Mängel der Staatlichkeit, daß Warenkrücke und Staatskrücke gegeneinander ausbalanciert werden. Im günstigsten Fall. Doch im ungünstigsten Fall multiplizieren sich die Mängel, die von diesen beiden Krücken ausgehen, und bringen letztendlich den kommunistischen Keim, die Initiative der arbeitenden Massen, ihre unmittelbare Teilnahme an der Leitung, Verwaltung und Regierung, zum Versiegen. **Dann**, nach einem solchen Übergang, sind Staatlichkeit und Warenwirtschaft keine Krücken mehr, nämlich keine Krücken einer kommunistischen Wirtschaft, die allein aus eigener Kraft noch nicht laufen kann. Dann ist die Orientierung auf den Kommunismus vernichtet; Staatlichkeit und Warenwirtschaft sind dann die eigentliche Daseinsweise von Wirtschaft und Gesellschaft, wie auch immer die ideologischen Verkleidungen der Revisionisten dann beschaffen sein mögen.

In welchem Maße die Staatlichkeit und die Warenkategorien ihre jeweiligen Mängel gegeneinander balancieren und in welchem Maße sie diese Mängel multiplizieren, das hängt nicht in erster Linie von ihrem Mischungsverhältnis ab, sondern von der Stärke des kommunistischen Faktors.

Nach alledem stellt sich die Frage, warum die kommunistische Initiative der arbeitenden Massen nicht stärker entfaltet wurde, als dies tatsächlich geschehen ist. Die Schwächung dieser kommunistischen Initiative und letztlich ihre Beseitigung ist die entscheidende Entwicklungslinie, die Mitte der 50er Jahre zur Zerschlagung des Sozialismus in der Sowjetunion führte. Doch die Entwicklung dieser Initiative hängt selbst von einer ganzen Reihe objektiver und subjektiver Faktoren ab.

Stalin führte den Kampf um die Entfaltung dieser Initiative. Seine von uns oben (S. 145 ff.) benannten Mängel in der theoretischen Analyse des

sowjetischen Staates hinderten ihn nicht daran, einen scharfen Kampf gegen den Bürokratismus im Staatsapparat zu führen, was mit dem Kampf für die Entfaltung der Initiative der arbeitenden Massen in hohem Maße zusammenfällt. In gewisser Weise war es eine zugleich weitblickende und düstere Voraussicht, daß Stalin bereits 1928 sagte:

*„Die Tatsache, daß sich bei uns eine Gruppe von Führern herausgebildet hat, die sehr hoch gestiegen sind und große Autorität genießen - diese Tatsache ist natürlich an sich eine große Errungenschaft unserer Partei. Es ist klar, daß ohne das Vorhandensein einer solchen autoritativen Gruppe von Führern die Leitung des großen Landes undenkbar wäre. Aber die Tatsache, daß die Führer sich bei ihrem Aufstieg von den Massen entfernen und die Massen beginnen, von unten zu ihnen aufzuschauen, ohne daß sie es wagen, sie zu kritisieren - diese Tatsache muß eine gewisse Gefahr der Loslösung der Führer von den Massen und der Entfernung der Massen von den Führern heraufbeschwören. Diese Gefahr kann dazu führen, daß die Führer überheblich werden und sich für unfehlbar halten. Aber was kann daran gut sein, wenn die führenden Spitzen überheblich werden und anfangen, von oben auf die Massen herabzuschauen? Es ist klar, daß das zu nichts anderem führen kann als zum Untergang der Partei.“* (SW 11, S. 28 f.)

1927 hatte Stalin auf dem 15. Parteitag erklärt:

*„Worin besteht die Schwäche unseres Staatsapparats? Im Vorhandensein bürokratischer Elemente, die seine Arbeit verderben und entstellen. Um den Bürokratismus aus dem Staatsapparat zu vertreiben - und man kann ihn nicht in ein, zwei Jahren vertreiben -, muß man den Staatsapparat systematisch verbessern, ihn den Massen näherbringen, ihn durch neue, der Sache der Arbeiterklasse ergebene Leute auffrischen, ihn im Geiste des Kommunismus umgestalten, nicht aber ihn zerbrechen, nicht aber ihn diskreditieren.(...)“*

*Da haben wir einen Arbeiter, einen Werkzeugschlosser, der auf einen bestimmten Posten im Betrieb befördert wurde, weil er ein fähiger und unbestechlicher Mensch ist. Er arbeitet ein, zwei Jahre, arbeitet ehrlich, schafft Ordnung, beseitigt Mißwirtschaft und Verschwendung. Aber dieses sein Wirken berührt die **Interessen** einer bestimmten trauten Kumpanei von 'Kommunisten', es stört ihre Ruhe. Und was geschieht? Die traute Kumpanei von 'Kommunisten' wirft ihm Knüppel zwischen die Beine und zwingt ihn auf diese Weise zur 'Rückbeförderung'. 'Du wolltest klüger sein als wir, wolltest nicht, daß wir in Ruhe leben und unser Schäfchen ins trockne bringen - zurück mit dir, mein Lieber!'*

*Da haben wir einen anderen Arbeiter, ebenfalls Werkzeugschlosser, Einrichter von Bolzenschneidemaschinen, der auf einen bestimmten Posten im Betrieb befördert worden ist. Er arbeitet eifrig und ehrlich. Aber durch diese Arbeit stört er manchen in seiner Ruhe. Und was geschah? Man fand einen Anlaß, den 'unruhigen' Genossen loszuwerden. Wie ist nun diesem, auf verantwortliche Arbeit beförderten Genossen beim Abgang zumute, welches Gefühl erfüllt ihn? Das folgende: 'Überall, wo man mich hingestellt hat, war ich bemüht, das mir erwiesene Vertrauen zu rechtfertigen. Aber diese Beförderung hier, die mir so übel mitge-*

*spielt hat, die werde ich nie vergessen. Man hat mich mit Schmutz beworfen. Mein Wunsch, alles ans Tageslicht zu bringen, ist ein frommer Wunsch geblieben. Weder das Betriebskomitee noch die Werkverwaltung, noch die Zelle (der Partei, RM) wollten mich auch nur anhören. Für eine Beförderung bin ich nicht mehr zu haben, und wenn man mich mit Gold überschüttete - ich gehe nirgends mehr hin' (...).*

*Aber das ist doch eine Schmach für uns, Genossen! Wie kann man solche Schändlichkeiten dulden?*

*Die Aufgabe der Partei besteht darin, im Kampf gegen den Bürokratismus und für die Verbesserung des Staatsapparats solche Schändlichkeiten, von denen ich eben gesprochen habe, mit glühendem Eisen aus unserer Partei auszubrennen.“* (SW 10, S. 278 ff., Hervorhebung vom RM)

Stalin hatte einen klaren Klassenstandpunkt, stand auf der Seite der Arbeiterklasse, kämpfte gegen diejenigen, die die vom Kapitalismus ererbten Reste des Kommandos über fremde Arbeit als sozialökonomische Kategorie aufrechterhalten wollten. Das in diesem Zitat von uns hervorgehobene Wort, „**Interessen**“, deutet darauf hin, was derartigen Erscheinungen zugrundelag. Interessen, das sind klassenmäßige Interessen. Zwar gab es die Bourgeoisie nicht mehr, zwar gab es keine zwei Klassen von Leitenden und Ausführenden, doch klassenmäßige Unterschiede, die auf noch nicht überwundenen Arbeitsteilungen und Strukturen der alten Gesellschaft beruhten, die gab es noch, und diesen Unterschieden entsprachen klassenmäßige Interessen.

Die Interessen, die aus dem Unterschied von oben und unten, aus noch bestehenden hierarchischen Strukturen entspringen, diese Interessen bringen auch den Bürokratismus im Staatsapparat auf der einen Seite und den Kampf gegen den Bürokratismus auf der anderen Seite hervor. Aus eben diesem Grunde aber kann dieser Bürokratismus nicht restlos beseitigt werden, solange von diesen klassenmäßigen Unterschieden noch etwas vorhanden ist. Und andererseits: Wenn davon nichts mehr vorhanden ist, dann wird es auch keinen Staat mehr geben, sondern die klassen- und staatslose kommunistische Gesellschaft. Daher ist es eine Illusion, anzunehmen, man könne den Bürokratismus im sozialistischen Staatsapparat **restlos** beseitigen. Eine solche Illusion dient letztlich auch nicht dem Kampf gegen den Bürokratismus. Sie mag zunächst einmal beflügelnd wirken, doch je deutlicher man sieht, daß man das gesteckte Ziel nicht erreichen kann, desto mehr kann dann nach und nach Resignation eintreten. Man muß sich realistische Ziele stellen.

Auch im sozialistischen Albanien wurde die Losung der „Ausrottung des Bürokratismus“ ausgegeben, eine Losung, die innerhalb des Sozialismus, der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, illusorisch ist. Vgl. hierzu z.B. Agim Popa in *Albanien Heute* 5/78. Dieser Artikel führt auch ein Zitat Enver Hoxhas an, in dem es heißt, man müsse dafür kämpfen, „(...) daß die Diktatur des Proletariats, nachdem sie errichtet worden ist, in allen Kettengliedern und in jeder Hinsicht stets rein, unangetastet und unerschütter-

lich erhalten bleibt (...).“ Die Vorstellung von einer solchen „Reinheit“ ist ebenfalls illusorisch. Lenin sagte in einem anderen Zusammenhang sehr deutlich: „*Reine Erscheinungen gibt es weder in der Natur noch in der Gesellschaft und kann es auch nicht geben - das lehrt gerade die Marxsche Dialektik, die uns zeigt, daß der Begriff der Reinheit selbst eine gewisse Beschränktheit und Einseitigkeit der menschlichen Erkenntnis ist, die einen Gegenstand nicht restlos in seiner ganzen Kompliziertheit erfaßt.*“ (LW 21, S. 231) Schon gar gilt dies in Bezug auf den Sozialismus, der sowohl Erscheinungen der noch nicht vollständig vernichteten alten Gesellschaft als auch des sich entwickelnden Kommunismus enthält. Die Vorstellung einer „reinen“ proletarischen Macht verstellt geradezu den Blick auf die teilweise gegensätzlichen Klassenkräfte und Interessen, die sich innerhalb des Apparats dieser Macht gegenüberstehen. Und so kommt zu dem Fehler, den wir oben nannten, dem Aufstellen unrealistischer Ziele, ein zweiter hinzu: Man macht sich einen falschen bzw. unvollständigen Begriff von den Klassenkräften, die man zu bekämpfen hat, und von den sozialökonomischen Wurzeln dieser Klassenkräfte. Auch hier geht es uns nicht darum, besserwisserisch die Geschichte und die damals unter sehr schwierigen Umständen agierenden Personen zu bekritteln, sondern darum, aus der Vergangenheit für die Zukunft Lehren zu ziehen.

1927 hatte Stalin also gesagt, man könne das Ziel der Vertreibung des Bürokratismus aus dem Staatsapparat nicht in ein oder zwei Jahren erreichen. Doch **zehn** Jahre später, 1937, mußte er Beispiele folgender Art anführen, in diesem Falle nicht den Staats-, sondern den Parteiapparat betreffend:

*„Ein anderes Beispiel. Ich meine das Beispiel mit Genossin Nikolajenko. Wer ist Genossin Nikolajenko? Genossin Nikolajenko ist ein einfaches Parteimitglied. Sie gehört zu den gewöhnlichen 'kleinen Leuten'. Ein ganzes Jahr lang gab sie Signale über die schlimme Lage in der Parteiorganisation von Kiew, enthüllte die Sippenwirtschaft, das kleinbürgerlich-spießerhafte Herangehen an die Funktionäre, die Unterdrückung der Selbstkritik, das Überhandnehmen der trotzkistischen Schädlinge. Man suchte sie sich vom Leibe zu halten wie eine zudringliche Fliege. Und um sie schließlich loszuwerden, schloß man sie kurzerhand aus der Partei aus. Weder die Kiewer Organisation noch das ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine (Bolschewiki) halfen ihr, die Wahrheit an den Tag zu bringen. Erst das Eingreifen des Zentralkomitees der Partei half, diesen verworrenen Knäuel zu entwirren. Und was stellte sich nach der Untersuchung der Sache heraus? Es stellte sich heraus, daß Genossin Nikolajenko recht hatte, die Kiewer Organisation aber unrecht. Nicht mehr und nicht weniger. Aber wer ist Genossin Nikolajenko? Sie ist natürlich nicht Mitglied des ZK, sie ist nicht Volkskommissar, sie ist nicht Sekretär der Kiewer Gebietsorganisation, sie ist nicht einmal Sekretär irgendeiner Zelle, sie ist nur ein schlichtes, einfaches Parteimitglied. Wie Sie sehen, stehen einfache Menschen der Wahrheit mitunter bedeutend näher als manche hohe Institutionen. Man könnte noch Dutzende und Hunderte solcher Beispiele anführen.“* (SW 14, S. 155)

In der gleichen Rede deckte Stalin auf, wie führende Funktionäre „meistens“ (!!!) ihre Mitarbeiter auswählen:

„**Meistens** erfolgt die Auswahl der Mitarbeiter nicht nach objektiven Gesichtspunkten, sondern nach zufälligen, subjektiven, spießhaft-kleinbürgerlichen Gesichtspunkten. **Meistens** sucht man sich sogenannte Bekannte, Freunde, Landsleute, persönlich ergebene Leute, Meister in der Lobpreisung ihrer Vorgesetzten aus - ohne Rücksicht auf ihre politische und fachliche Eignung.

Es ist klar, daß auf diese Weise statt einer führenden Gruppe verantwortlicher Funktionäre eine Sippschaft einander nahestehender Leute, eine Innung herauskommt, deren Mitglieder darauf bedacht sind, in Frieden zu leben, einander nicht weh zu tun, nichts aus der Schule zu plaudern, einander zu lobpreisen und der Zentrale von Zeit zu Zeit völlig nichtssagende und Übelkeit erregende Berichte über Erfolge einzusenden.

Es ist nicht schwer, zu begreifen, daß es bei einer solchen Sippenwirtschaft weder für Kritik an den Mängeln der Arbeit noch für Selbstkritik der Leiter der Arbeit Platz geben kann.

*Es ist klar, daß eine solche Sippenwirtschaft einen günstigen Boden abgibt für die Züchtung von Speichelleckern, von Leuten, die jeglichen Gefühls eigener Würde bar sind und deshalb mit dem Bolschewismus nichts gemein haben.*

*Nehmen wir zum Beispiel die Genossen Mirsojan und Wainow. Der eine ist Sekretär der Regionsparteiorganisation von Kasachstan, der andere ist Sekretär der Jaroslawler Gebietsparteiorganisation. Diese Genossen sind nicht unsere schlechtesten Funktionäre. Wie aber wählen sie ihre Mitarbeiter aus? Der eine hat aus Aserbaidschan und vom Ural, wo er früher arbeitete, 30 - 40 'seiner' Leute nach Kasachstan mitgeschleppt und sie auf verantwortliche Posten in Kasachstan gestellt. Der andere hat aus dem Donezbecken, wo er früher arbeitete, ebenfalls mehr als ein Dutzend 'seiner' Leute nach Jaroslawl mitgeschleppt und sie ebenfalls auf verantwortliche Posten gestellt. Genosse Mirsojan hat also seine eigene Innung. Eine eigene Innung hat auch Genosse Wainow. Hätte man nicht, geleitet von dem bekannten bolschewistischen Grundsatz von der Auswahl und Verteilung der Kader, an Ort und Stelle Mitarbeiter auswählen können? Natürlich hätte man das gekonnt. **Warum aber haben sie das nicht getan? Weil sie den bolschewistischen Grundsatz von der Auswahl der Mitarbeiter verletzen, der die Möglichkeit einer spießhaft-kleinbürgerlichen Methode der Auswahl, die Möglichkeit einer Auswahl der Mitarbeiter vom Standpunkt der Sippen- und Vetternwirtschaft ausschließt. Außerdem wollten sich diese Genossen, als sie sich persönlich ergebene Leute als Mitarbeiter heranzogen, offenbar ein Milieu schaffen, das ihnen eine gewisse Unabhängigkeit sowohl gegenüber den örtlichen Funktionären als auch gegenüber dem ZK der Partei sichern sollte.**“ (SW 14, S. 147 f., Hervorhebungen vom RM)*

Auch in der revisionistischen DDR waren derartige Gesellschaften bekanntlich eine durchgängige Erscheinung, freilich mit dem Unterschied zur zu



Zeiten Stalins noch sozialistischen Sowjetunion, daß dagegen kein Kampf mehr möglich war, daß das Proletariat endgültig von der Macht verdrängt war. In der sozialistischen Sowjetunion gab es nicht nur solche Erscheinungen, sondern auch den Kampf dagegen. Stalin deckte solche Erscheinungen schonungslos auf, er scheute nicht vor der Feststellung zurück, daß die führenden Funktionäre „meistens“ ihre Mitarbeiter so auswählten, und er kämpfte mit klarem Klassen- und Parteistandpunkt dagegen. Doch aus heutiger Sicht muß man sagen, daß seine Analyse derartiger Zustände unzureichend war. Die „Verletzung“ bestimmter „Prinzipien“ konnte nicht der letzte Grund für solche Verhaltensweisen von Funktionären sein, denn die Menschen handeln letztlich nicht so oder anders, weil sie Prinzipien befolgen oder verletzen, sondern ihr Handeln ist von ihren Interessen bestimmt. Das schimmert im letzten Satz des Stalin-Zitats auch durch, wo nach dem Wort „außerdem“ Interessen angedeutet werden. Doch eine klare Analyse der sozialökonomischen Verhältnisse, aus denen aufgrund ihrer relativen Rückständigkeit gesetzmäßig gegen das Proletariat gerichtete Interessen entstehen müssen, ist das nicht. Das kann man den damals handelnden Revolutionären nicht vorwerfen. Aus heutiger Sicht, im Rückblick, ist es tausendmal leichter, diese Fragen zu analysieren. Diese Aufgabe muß dann aber auch geleistet werden; man darf bei früheren Antworten auf diese Probleme nicht stehenbleiben, wenn und soweit sie sich als unzureichend erwiesen haben.

Tatsache ist, daß die Rolle der arbeitenden Massen immer mehr herabgemindert wurde, und je mehr dies geschah, desto hilfloser wurden die Apelle der Kommunisten, die sich dagegen wandten. So hob der Bericht des ZK der KPdSU(B) auf dem 19. Parteitag 1952 hervor: *„Gegenwärtig ist es besonders wichtig, für die Entfaltung der Selbstkritik und Kritik von unten zu sorgen und diejenigen, die die Entwicklung der Kritik unserer Mängel hindern, die Kritik knebeln und sie mit Verfolgungen und Schikanen vergelten, als schlimmste Feinde der Partei schonungslos zu bekämpfen.“* (Malenkow, a.a.O., S. 118) *„Die Kritik von unten kann nur unter der Bedingung wachsen und sich ausbreiten, wenn jeder, der gesunde Kritik übt, überzeugt ist, daß er bei unseren Organisationsunterstützung finden und daß man die von ihm bloßgelegten Mängel tatsächlich abstellen wird.“* (S. 120) Aber schon 1927 hatte Stalin den Bürokratismus „mit glühendem Eisen ausbrennen“ wollen, doch es hatte sich herausgestellt, daß dies nicht allein vom Willen der Revolutionäre abhing.

Die Aktivität und das Denken der Menschen hängen entscheidend von den Produktionsverhältnissen ab. Wie wir gesehen haben, hatte man es mit einem hierarchischen, pyramidenförmigen und zugleich schwerfälligen Leitungsapparat zu tun, dessen höhere Organe weit mehr Fragen regeln mußten, als sie sachkundig beurteilen konnten. Zum Ausgleich dafür

hatten die Betriebsleiter eine relative Eigenständigkeit gegenüber den Zentralbehörden. Gegenüber ihren Belegschaften aber hatten sie eine ziemlich weitgehende Unabhängigkeit. Laut Lehrbuch der politischen Ökonomie von 1954 verwaltete der Staat „die ihm gehörenden Betriebe (...) durch seine Bevollmächtigten, die Betriebsdirektoren“. Weder Appelle an die Massen, „Kritik von unten“ zu üben, noch Appelle an die Apparatschiks, doch die Direktiven und Normen der Partei zu befolgen, konnten der Dreh- und Angelpunkt für eine erfolgreiche kommunistische Politik sein. Der Dreh- und Angelpunkt für eine solche Politik hätte die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse sein müssen. Wie genau, das vermögen wir nicht zu sagen, dazu kennen wir die Gegebenheiten nicht gut genug, doch scheint uns wie gesagt auf der Hand zu liegen, daß die in den 30er Jahren entstandenen Produktionsverhältnisse, insbesondere das damals eingerichtete Leitungssystem, den Gegebenheiten nicht mehr entsprachen. Insbesondere mußte die Überzentralisierung zurückgenommen werden, und zwar so oder so: Entweder im Interesse der Arbeiterklasse oder im Interesse der privilegierten Schicht. Entweder so, daß die Arbeiter stärker an der Leitung und Verwaltung der Wirtschaft teilnahmen, oder so, daß die Betriebsleiter größeren Entscheidungsspielraum erhielten, daß also die Ware-Geld-Kategorien ausgeweitet wurden. Die Aufgabe der Kommunisten bestand darin, auf ersteres hinzuwirken und damit letzteres zu vermeiden.

Insoweit aber gab es keine für uns erkennbare Initiative der handelnden Revolutionäre. Auch Stalin schien lediglich das bestehende Leitungssystem verteidigen zu wollen. Allerdings läßt sich durchaus nachvollziehen, aus welchen Gründen er vermutlich vor einer Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen und einer damit verbundenen Rücknahme des ökonomischen Wirkungsbereichs der staatlichen Behörden zurückschreckte: Die Betriebsleiter strebten damals massiv nach mehr Selbständigkeit, und es war auch ein Klima entstanden, das für derartige Bestrebungen günstig war. In Jugoslawien hatten sich derartige Bestrebungen bereits durchgesetzt, und dieses Land entwickelte sich relativ rasch zum Kapitalismus zurück. Stalin befürchtete vermutlich, daß eine Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen nicht die erhofften revolutionären, sondern konterrevolutionäre Wirkungen haben würde, und für derartige Befürchtungen gab es handfeste Gründe. Darauf werden wir noch näher eingehen.

## 5. Revolutionärer oder konterrevolutionärer Abbau des Überzentrismus?

Wir haben gesehen, daß das in den 30er Jahren eingeführte straff zentralistische Leitungssystem damals notwendig war, um in einer gewaltigen Kraftanstrengung die Industrialisierung durchzuführen, daß dieses Leitungssystem aber um so weniger taugte, je mehr es darum ging, zu breitangelegtem, intensivem Wirtschaften überzugehen. Auch vom Standpunkt der Stärkung des kommunistischen Elements innerhalb der sozialistischen Gesellschaft war es notwendig, dieses Leitungssystem zu verändern, da es in hohem Maße auf staatlichen Kommandostrukturen beruhte und da auf Grundlage dieser Produktionsverhältnisse die klassenmäßigen Unterschiede von oben und unten, von leitenden und ausführenden Funktionen nicht abgebaut werden konnten. Solange die schwach entwickelten Produktivkräfte dieses Leitungssystem erforderlich machten, stand es einer aktiven Rolle der Arbeiterklasse nicht entgegen, denn die klassenbewußten Arbeiter konnten sehr wohl erkennen, daß es keinen anderen Weg gab, um im Interesse der Klasse die Produktivkräfte rasch zu entwickeln. Je mehr sich dieses Leitungssystem aber objektiv überlebte, desto stärker mußte es in Widerspruch zum strategischen Ziel der Arbeiterklasse geraten, auf dem Wege zum Kommunismus alle klassenmäßigen Unterschiede zu beseitigen. Die Funktionäre, die von der Arbeiterbewegung in ihre leitenden Positionen gebracht worden waren, mußten in immer stärkerem Maße eigene, gegen die Arbeiterklasse gerichtete Klasseninteressen entwickeln, während auf Seiten der Arbeiter immer mehr das Bewußtsein entstehen mußte, daß sie in der Gesellschaft eigentlich nichts zu sagen hatten.

Welche Umgestaltungen der Produktionsverhältnisse innerhalb des staatlichen Sektors wären aber erforderlich gewesen, um eine derartige Entwicklung zu beenden, um zu bewirken, daß die revolutionäre Arbeiterklasse wieder die Offensive ergriff? Das ist im einzelnen schwer zu sagen, da wir die konkreten Verhältnisse nicht genau genug kennen. Wie wir jedoch schon sagten, mußte es zu einem Abbau von Überzentrismus so oder so kommen, die Frage war nur, mit welcher klassenmäßigen Zielsetzung dies vonstatten gehen würde.

Wir werden zunächst zu skizzieren versuchen, was ein Abbau des Überzentrismus **auf revolutionärem Wege** beinhaltet hätte. Wir wissen allerdings nicht, wie die Bedingungen für die Verwirklichung einer solchen

Konzeption Anfang der 50er Jahre waren, ob eine solche Konzeption aufgrund des gegebenen Kräfteverhältnisses zwischen vorwärtstreibenden und rückschrittlichen Elementen hätte verwirklicht werden können.

## Wie hätte ein revolutionärer Abbau starrer zentralistischer Leitungsformen aussehen können?

Stellen wir uns zunächst die Frage, in welchem Verhältnis zentrale und dezentrale Aktivitäten **in der entwickelten kommunistischen Gesellschaft** stehen werden. Dies ist deshalb für unsere Fragestellung von Bedeutung, weil der Sozialismus ja die Übergangsgesellschaft **zum Kommunismus** ist, die Strategie der revolutionären Arbeiterklasse sich folglich am kommunistischen Ziel orientieren muß.

Im Kommunismus wird die Produktion durch die vereinten Produzenten geleitet, zwischen denen es keinerlei klassenmäßige Unterschiede mehr gibt. Jede andere Form der Regulierung der Produktion ist entfallen; sowohl die Warenkrücke als auch die Staatskrücke sind ohne Überreste beseitigt. Allerdings ist die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auch im Kommunismus eine höchst komplexe Angelegenheit, die eine genaue Kenntnis der inneren Logik des arbeitsteiligen Zusammenhangs der gesellschaftlichen Produktion und eine möglichst genaue empirische Erfassung der Produktionskapazitäten und -bedingungen der unterschiedlichen Zweige der Produktion und sogar der einzelnen Betriebe erfordert. Die gesellschaftliche Produktion kann nicht organisiert werden, wenn jeder tut, was ihm gerade einfällt. Vielmehr muß auch im Kommunismus eine Zentralstelle verbindliche Entscheidungen treffen und durchsetzen. Wir reden hier von der unmittelbaren praktischen Leitung der Produktion. Selbstverständlich wird im entwickelten Kommunismus die ganze Gesellschaft grundlegende Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung diskutieren und entscheiden, aber die Einzelheiten der praktischen Durchführung können selbstverständlich auch dann nicht von allen diskutiert werden.

Eine vollständige Vergesellschaftung setzt in gewisser Weise einen **höheren Grad an Zentralismus** voraus, als er in der sozialistischen Gesellschaft möglich und erforderlich ist, in anderer Hinsicht aber wiederum einen **Abbau von Zentralismus**:

Auch im Kommunismus können nicht alle Entscheidungen auf Vorgaben der Zentrale beruhen. Aufgrund der Natur der Sache haben die zentralen Entscheidungen **allgemeinen** Charakter, können sie die örtlichen Besonderheiten nicht vollständig erfassen und widerspiegeln. Vor Ort stellt sich somit ständig die Aufgabe, die **ins Allgemeine gehenden** zentralen Entscheidungen **im besonderen Fall** mit Leben zu erfüllen, sie zu verwirklichen, zu er-

gänzen, zu präzisieren. Das ist keineswegs ein mechanisches Ausführen zentraler Entscheidungen, sondern eine schöpferische Angelegenheit. Die lokalen Stellen müssen **bewußt und mit hohem Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft handeln**, um die zentralen Entscheidungen zu konkretisieren und durchzuführen. Dies ist nur möglich, wenn die Basis, wenn die lokalen Stellen und die Individuen begreifen, daß die zentralen Vorgaben die objektiven Wirtschaftsgesetze widerspiegeln und daher Ausdruck der Notwendigkeit sind, also im gesellschaftlichen Interesse, zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse umgesetzt werden müssen. Dies können sie aber im entwickelten Kommunismus gerade deshalb begreifen, weil die zentralen Vorgaben Produkt kollektiver Entscheidungsfindung sind, in die letztlich alle einzelnen Produzenten einbezogen sind. Ohne solche kollektiven Prozesse an der Basis wären keine zentralen Entscheidungen möglich, die die Realität hinreichend genau widerspiegeln.

Nun wird es zwar auch im Kommunismus unvermeidlich Widersprüche zwischen verschiedenen Funktionsebenen geben; unter anderem deshalb, weil nicht jeder in gleichem Maße an der Erörterung und Entscheidung gesellschaftlicher Angelegenheiten teilnehmen wird, auch wenn jedem seitens der Gesellschaft grundsätzlich die gleichen Möglichkeiten hierzu eröffnet werden. Jedoch werden die **klassenmäßig bedingten** Widersprüche vollständig beseitigt sein. Im entwickelten Kommunismus wird ein Verhältnis von zentralen und dezentralen Entscheidungen, das auf **allen** Ebenen die schöpferische Kraft der Produzenten fördert, durch keinerlei **klassenmäßige** Hindernisse mehr gehemmt. Insbesondere gibt es trotz des Fortbestehens unterschiedlicher Funktionsebenen keine gesellschaftliche Arbeitsteilung mehr, die einem Teil der Gesellschaft stets nur leitende, einem anderen Teil stets nur ausführende Tätigkeiten zuweist. Engels verspottete Dühring, der eine derartige Arbeitsteilung für ewig hielt: „*Der dem Herrn Dühring überkommenen Denkweise der gelehrten Klassen muß es allerdings als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen, daß es einmal keine Karrenschieber und keine Architekten von Profession mehr geben soll und daß der Mann, der eine halbe Stunde lang als Architekt Anweisungen gegeben hat, auch eine Zeitlang die Karre schiebt, bis seine Tätigkeit als Architekt wieder in Anspruch genommen wird. Ein schöner Sozialismus, der die Karrenschieber von Profession verwirgt!*“ (Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 186)

Der Sozialismus als Übergangsgesellschaft zum Kommunismus ist der Prozeß der Aufhebung einer solchen Arbeitsteilung. Im dem Maße, wie dieser Prozeß noch nicht beendet ist, werden die zentralen Vorgaben **nicht nicht** hinreichend durch verantwortliches gesellschaftliches Verhalten an der Basis hervorgebracht, ergänzt und realisiert, und das bedeutet: Der Zentralismus wird bis zu einem gewissen Grade formal. Da die kommunistische, gesellschaftliche Initiative der Basis noch nicht ausreicht, sind die Zentralstellen gezwungen, auch Dinge zu regeln, die sie gar nicht sinnvoll

regeln können. Und andererseits: Solange es „Spezialisten für zentrale Aufgaben“ gibt, entwickeln diese gesetzmäßig das Bestreben, durch ein Übermaß zentraler Regelungen die Initiative von unten abzutöten. Der Bürokratismus entsteht gesetzmäßig in dem Maße, wie die Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft noch nicht überwunden sind.

Orientierung auf den Kommunismus beinhaltet unter anderem, daß der formale Zentralismus zunehmend abgebaut wird, während der kommunistische Zentralismus erstarkt: *„Als gesellschaftlich entwickelte und bewußte Individuen werden die Menschen (im Kommunismus, RM) alle Teilfunktionen mit Blick auf das Ganze ausüben, und sie werden die Möglichkeit haben, abwechselnd verschiedene Teilfunktionen zu verrichten. Damit wird auch der Unterschied von nur leitenden und nur ausführenden Funktionen verschwunden sein. Die meisten Entscheidungen werden von den jeweils Betroffenen gefällt werden. Die vergleichsweise wenigen, aber wichtigen zentralen Entscheidungen, die verbleiben, werden von Gremien getroffen, die sich nicht aus Menschen zusammensetzen, welche bis an ihr Lebensende nur diese Funktionen innehaben. Es wird keine besondere gesellschaftliche Schicht sein, aus der sich diese Gremien rekrutieren. Jeder kann realen Einfluß auf die zentralen Entscheidungen und auf die jeweilige und wechselnde Zusammensetzung der zentralen Gremien nehmen.“* (Programm der KPD, S. 21 f.)

Bis dahin ist es freilich ein weiter Weg. Ein formaler Zentralismus ist zwar alles andere als wünschenswert, aber bis zu einem gewissen Grade als **Rohentwurf des Neuen** unvermeidlich. Die alten Beziehungen des Warenaustauschs müssen zerschlagen werden, doch das Neue kann nicht mit einem Schläge fix und fertig vorhanden sein. Das Neue zu etablieren ist vielmehr eine strategische Aufgabe, zu der Bucharin (dessen spätere Politik im krassen Gegensatz zu diesem Zitat stand) bemerkt hatte: *„Die Eroberung der Macht im Betrieb durch proletarische Zellen ist im Kern hier eine Aufgabe des ökonomischen Kampfes: die Arbeiterklasse als herrschende Klasse in allen Poren des Wirtschaftslebens zu befestigen.“* Hierzu hatte Lenin angemerkt: *„das ist der Kern. Der Autor hätte mehr beim Begriff der 'herrschenden Klasse' verweilen müssen.“* (Lenin, Bemerkungen zu Bucharins 'Ökonomik der Übergangsperiode', a.a.O., S. 58) In dem Maße, in dem das klassenbewußte Proletariat seine Stellung „in allen Poren des Wirtschaftslebens befestigt“, wird der formale Zentralismus nach und nach beseitigt. Durch Hebung der dezentralen Aktivitäten wird dann der sozialistische bzw. kommunistische Zentralismus nicht schwächer, sondern stärker: Entscheidungen zentraler Stellen reduzieren sich dann auf diejenigen Bereiche, in denen **von der Sache her** zentral entschieden werden kann bzw. muß. Der Bereich, in dem Zentralstellen entscheiden, wird also kleiner, doch die Entscheidungen der Zentralstellen nehmen höhere Qualität an. Zugleich wächst das „zentrale“, d.h. von gesamtgesellschaftlicher Verantwortung geprägte Verhalten dezentraler Ebenen sowie der Individuen.

## Was stand einer sozialistischen Dezentralisierung entgegen?

Warum also wurde nach dem Krieg oder zumindest Anfang der 50er Jahre nicht einfach eine derartige sozialistische Dezentralisierung eingeleitet? Nun, stellt man die Frage so vereinfachend, so ist nur die genauso einfache Antwort möglich: Weil man überhaupt nicht tun kann, was man will, sondern nur das, was die Verhältnisse einem erlauben. Damit soll nicht gesagt werden, daß es gar keine Möglichkeiten für die revolutionären Kräfte um Stalin gegeben hätte, in einem solchen Sinne die Initiative zu ergreifen. Aber es ist für uns heute kaum möglich, den Stand der Klassenkräfte zu diesem Zeitpunkt so genau einzuschätzen, daß wir sagen könnten, wie man mittels einer realistischen revolutionären Politik auf den Abbau der Unterschiede von oben und unten hätte Kurs nehmen können.

Eines allerdings können wir sagen: Zu diesem Zeitpunkt war eine Kraft erstarkt, die **den Zentralismus von einer anderen Seite her abbauen wollte**. Eine Kraft die **die staatliche Leitung der Wirtschaft zurücknehmen** wollte, aber nicht etwa, um zu **höheren Formen der Vergesellschaftung** überzugehen, sondern um **mit der Vergesellschaftung Schluß zu machen**. Eine Kraft, die zwar die Mängel des formalen Zentralismus anprangerte, aber nicht etwa, um vom „Rohentwurf des Neuen“ zu entwickelteren Formen voranzuschreiten, sondern um den kommunistischen Bau abzubrechen und die alte Ordnung der Warenproduktion und damit letztlich den Kapitalismus wiederherzustellen. Diese Bewegung ging zunächst einmal von den Betriebsleitern aus, doch wir werden noch sehen, daß auch andere Teile der privilegierten Schicht bis zu einem gewissen Grade ein Interesse daran hatten, diese Bewegung zu unterstützen. In dieser Situation wäre jeder Versuch der revolutionären Kräfte, die staatliche Leitung der Produktion abzuschwächen und den Zentralismus abzubauen, ein Drahtseilakt gewesen. Es hätte die große Gefahr bestanden, daß ein derartiger Versuch nicht die Kräfte des Kommunismus gestärkt hätte, sondern die Kräfte der Konterrevolution bürgerlich-liberaler Prägung.

## Die Betriebsleiter verlangten liberale Wirtschaftsreformen

Wir haben gesehen, daß die Sowjetmacht in den 30er Jahren das sogenannte System der wirtschaftlichen Rechnungsführung einführte (bzw. aus den Zeiten der NÖP mit verändertem Inhalt übernahm), um der Fäulnis, die vom formalen Zentralismus ausging, entgegenzuwirken. Die Mängel, die von der Krücke der Staatlichkeit ausgingen, sollten in gewisser Weise gemildert werden, indem man eine zweite Triebkraft der alten Gesellschaft als Krücke des

Sozialismus nutzte: Ware-Geld-Beziehungen. Nove führt ein recht treffendes Beispiel an: „Zuteilungsscheine spezifizieren oft nicht den genauen Typ oder die Qualität, die geliefert werden soll, und das wird dann Gegenstand von Verhandlungen.“ (Nove S. 225) Der formale Zentralismus wird gemildert, indem die Zentralbehörden bestimmte Dinge nicht regeln. Dadurch entsteht ein legaler Spielraum für das Vertragssystem der wirtschaftlichen Rechnungsführung: Der Lieferbetrieb und der Empfängerbetrieb können in dem von Nove angeführten Beispiel den Typus und die Qualität der zu liefernden Produkte frei aushandeln. Derartige gewollte Lücken zentraler Regelungen, die legalen Raum für freie vertragliche Gestaltungen zwischen den staatlichen Betrieben ließen, dürfte es mehrere gegeben haben.

Nove fährt dann übrigens im unmittelbar folgenden Satz fort: „Die sovnarchozy wie die Unternehmen urteilen dann mehr nach ihren Erfolgsindikatoren als nach den Bedürfnissen des Kunden.“ (ebenda; sovnarchozy sind regionale Wirtschaftsräte) Nove will hier zeigen, daß „das sozialistische System nichts taugt“. Er zeigt etwas ganz anderes. Er zeigt, daß die Staatskrücke und die Warenkrücke ihre jeweiligen Mängel nur dann gegenseitig abmildern, wenn ein drittes Element führend eingreift, ein sozialökonomisches Element, welches nicht der alten Gesellschaft entlehnt ist, sondern den kommenden Kommunismus verkörpert: die gesellschaftliche Leitung und Kontrolle seitens der Werktätigen, die „Befestigung der Arbeiterklasse als herrschende Klasse in allen Poren des Wirtschaftslebens“. Diese Klasse, geführt von ihrer Partei, muß gewährleisten, daß die Produktion an den gesellschaftlichen Interessen orientiert wird. Ist diese kommunistische Triebkraft zu schwach, so **multiplizieren sich**, wie wir schon sagten, die Fäulniserscheinungen, die von der Staatskrücke einerseits und von der Warenkrücke andererseits ausgehen.

Wie sollte es auch anders sein, da beides Triebkräfte der alten Gesellschaft sind, die lediglich als **Krücken** des noch schwachen Kommunismus von Nutzen sein können. Krücken **alleine** können nicht laufen. Im von Nove angeführten Beispiel heißt das: Läßt die von Zentralbehörden vorgenommene Materialzuteilung Spielräume, so können diese nur dann im kommunistischen Sinne genutzt werden, wenn das klassenbewußte Proletariat die Möglichkeit hat und wahrnimmt, hier im unmittelbaren Sinne kommunistisch zu leiten, in welchen Formen dies auch immer geschehen mag. **Beschränkt sich** die Ausfüllung dieser Lücken darauf, daß die Betriebsdirektoren Entscheidungen fällen, die einzig und allein vom Standpunkt des einzelbetrieblichen Gewinns geleitet sind, so kann die Orientierung der Produktion am gesellschaftlichen Interesse nicht gewährleistet werden. Mehr noch: Entfällt das kommunistische Element ganz (wie es in der Sowjetunion nach Chruschtschows Machtergreifung 1953-1954, in der DDR wahrscheinlich nach den Ereignissen um den 17. Juni 1953 der Fall war), so

funktioniert die Regulierung der Wirtschaft durch die Kombination von zentralen Kommandos und Ware-Geld-Beziehungen **schlechter** als bei der Regulation durch das Wertgesetz, bei der die Preise entsprechend dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage um den Wert herum schwanken. In der sogenannten Marktwirtschaft nämlich bewirkt dieses Schwanken der Preise eine **gewisse** Orientierung an Bedürfnissen. Jedenfalls kommt es hier in der Regel nicht vor, daß zahlungsfähige Nachfrage nach einem bestimmten Produkt besteht, dieses Produkt aber nicht oder dauerhaft in zu geringer Menge hergestellt wird. Anders bei der schlechten Kombination staatlicher Kommandowirtschaft mit Ware-Geld-Steuerung: Hier legen Zentralbehörden im großen und ganzen die Preise fest, und der Gewinn des Einzelbetriebs hängt kaum von der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse ab, sondern sehr viel mehr von Beziehungen des Betriebsleiters zu den Staatsbürokraten einerseits und zu anderen Betriebsleitern andererseits. Eine Hand wäscht die andere, und der Konsument bleibt auf der Strecke.

Die weitgehende Loslösung von den Bedürfnissen der Kunden zeigt Nove übrigens recht instruktiv; seine Schilderung bezieht sich auf das Jahr 1960:

*„Die Einzelhändler können durch die Länge der Käuferschlangen, durch die Meinungen unbefriedigter Kunden und durch die Quantität von unverkauften Lagerbeständen beurteilen, ob bestimmte Sorten in größerer Menge bestellt werden sollten, und daß andere vom Publikum nicht gefragt sind. Aber das Einzelhandelsgeschäft oder der örtliche torg (Einzelhandel, RM), der die Geschäfte einer Stadt organisiert, hat nur sehr begrenzte Aktionsmöglichkeiten. Er kann zwar direkt Aufträge an örtliche und genossenschaftliche Industrien erteilen, aber die große Mehrheit der Lieferungen muß durch Großhändler abgewickelt werden, die auf Republik- und Unionsebene operieren (...). Ein sowjetischer Kritiker drückt das so aus: 'Zwischen dem Hersteller und dem Verbraucher steht die Verkaufsorganisation (sbyt), die das Produkt sozusagen entpersönlicht.' Die Großhandelsorgane sind mit ihren Gewinnen an feste Verdienstspannen gebunden, ihre Pläne sind in Bruttoumsatz ausgedrückt, sie stehen den Kunden fern und haben keinerlei wichtigen Anlaß, deren Bedürfnissen zu entsprechen. Sie werden nicht angemessen dafür bestraft, daß sie unverkäufliche Lagerbestände halten, denn die Lagerhaltung wird automatisch durch Kredite der Staatsbank gedeckt.“* (S. 197 f., Hervorhebung v. RM) Dieses Zitat und besonders der hervorgehobene Satz zeigt sehr gut, wie die Einrichtungen der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“, ursprünglich darauf berechnet, die Mängel, die von der Staatskrücke ausgehen, zu mildern, diese Mängel im Gegenteil drastisch verschärfen, sobald das kommunistische Element entfällt.

Dieses Zitat bezieht sich wie gesagt auf den Zustand der Sowjetunion nach Chruschtschows „großartigen Reformen“. Doch schon Anfang der

50er Jahre waren die Fäulniserscheinungen sehr stark bzw. war das kommunistische Element sehr schwach geworden, wie z.B. der von Malenkov gehaltene Bericht des ZK auf dem 19. Parteitag zeigt.

Wir sagten oben: Entfällt das kommunistische Element, so ist die Kombination von staatlicher Kommandowirtschaft und Ware-Geld-Beziehungen noch schlechter als eine Marktwirtschaft in der Lage, eine gewisse Orientierung der Produktion an Bedürfnissen zu gewährleisten. Genau damit spekulierte die Schicht, die sich um die Betriebsleiter gruppierte. Sie zogen aus den Mißständen natürlich nicht die Konsequenz, eine Stärkung der Rolle der Arbeiterklasse zu fordern. Nein, aufgrund ihres Klasseninteresses zogen sie die gegenteilige Konsequenz. Sie nutzten die Mängel der Wirtschaft zur Schaffung eines Klimas, in welchem der Ruf nach stärkerer Nutzung „ökonomischer Stimuli“ zur Mode wurde, d.h.: Die Ware-Geld-Beziehungen sollten ausgeweitet, die staatliche „Einmischung“ in die Produktion sollte eingeschränkt werden. Letztlich lief dies auf die Zielsetzung hinaus, dem Betriebsleiter weitgehende Freiheit über das Wirtschaften „seines“ Betriebes zu gewähren. Er sollte insbesondere über die Produktion und die Preise der Produkte entscheiden. Natürlich wurde das in der Regel damals nicht so offen gesagt, aber die Sache lief letztlich darauf hinaus. Die Betriebsleiter wollten agieren wie Privateigentümer im Kapitalismus.

## 6. Die Kräfte der „liberalen“ Konterrevolution regen sich

### Stalin gegen Jaroschenko

1951/52 wurde in der Sowjetunion eine ökonomische Diskussion geführt. Innerhalb dieser Diskussion kritisierte der Ökonom Jaroschenko eine Formulierung Stalins, in der dieser die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft als das Ziel der Produktion bezeichnet hatte. Jaroschenko wandte ein: *„Die Produktion wird hier als Mittel zur Erreichung dieses Hauptziels, der Befriedigung der Bedürfnisse, dargestellt. Eine solche Definition gibt Grund zu der Annahme, daß das von Ihnen (also von Stalin, RM) formulierte ökonomische Grundgesetz des Sozialismus nicht vom Primat der Produktion, sondern vom Primat der Konsumtion ausgeht.“* (Jaroschenko, zitiert bei Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15, S. 366 f.) Und das fand Jaroschenko falsch. Stalin antwortete u.a.: *„Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist (...), Profit zu erzielen. Was die Konsumtion anbelangt, so braucht sie der Kapitalismus nur insofern, als sie der Aufgabe dient, Profit zu erzielen. Außerhalb dieser Aufgabe verliert die Frage der Konsumtion für den Kapitalismus jeden Sinn. Der Mensch mit seinen Bedürfnissen verschwindet aus dem Gesichtsfeld. (...) Das Ziel der sozialistischen Produktion ist nicht der Profit, sondern der Mensch mit seinen Bedürfnissen, das heißt die Befriedigung seiner materiellen und kulturellen Bedürfnisse.“* (Stalin, ebenda, S. 368 f.)

Jaroschenkos Einwand richtete sich direkt und ausdrücklich dagegen, die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse als Ziel der Produktion zu betrachten. Wie war es möglich, daß 1952, dreieinhalb Jahrzehnte nach der Oktoberrevolution, von einem anerkannten Ökonomen die Auffassung geäußert wurde, auch im Sozialismus müsse - ebenso wie im Kapitalismus - die Produktion um der Produktion willen, die Akkumulation um der Akkumulation willen erfolgen, die Produktion dürfe also nicht an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert werden?

Wir haben gesehen, daß die gesellschaftliche Leitung der Produktion noch nicht absolut war, daß die Sowjetmacht gezwungen war, vermittels des Systems der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ Warenkategorien zu nutzen. Solange dies der Fall ist, ist die Verwertung des Werts, ist die Akkumulation um ihrer selbst willen **eine** Triebkraft der Produktion. Das gesellschaftliche Ansehen der Betriebsleiter hing im großen und ganzen davon ab, ob ihnen Erfüllung bzw. Übererfüllung der Pläne bescheinigt wurde, und es gab - wie wir gesehen haben - Möglichkeiten, Bescheinigung

der Erfüllung bzw. Übererfüllung zu erreichen, **ohne** sich dabei an den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren.

Wenn der Betrieb eigenständige Wirtschaftseinheit ist, wenn er im großen und ganzen gehalten ist, einen einzelbetrieblichen Gewinn zu erwirtschaften, wenn dieser Gewinn zumindest **eine**, zwar nicht die einzige, aber doch eine nicht unwesentliche Akkumulationsquelle dieses Betriebes ist, dann **ist** die Befriedigung der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse noch nicht der einzige Zweck der Produktion. Dann tritt die Erzielung von einzelbetrieblichem Gewinn als Zweck der Produktion noch **neben** dieses Ziel. Dies ist einerseits nötig als **Ergänzung** der bewußten gesellschaftlichen Leitung der Produktion, die alleine noch zu schwach ist, um die erforderliche Produktivität zu gewährleisten. Dies führt andererseits zur **Schwächung** der bewußten gesellschaftlichen Leitung der Produktion, da die Sonderinteressen den gesellschaftlichen Interessen entgegenwirken, sie bis zu einem gewissen Grade durchkreuzen. Dies zeigt sich in solchen Erscheinungen wie weichen Plänen, formaler Planerfüllung, Abweichung von Planaufgaben, um höhere Gewinne zu erzielen, usw. Hier wirkt das Interesse des Betriebes bzw. des Betriebsleiters, möglichst hohe Gewinne zu erzielen, dem gesellschaftlichen Interesse **entgegen**. Hier wirkt die enge, einzelbetriebliche, kurzfristige Rentabilität der gesamtgesellschaftlichen, langfristigen Rentabilität entgegen.

Damit wird deutlich, wie Jaroschenko auf die scheinbar absurde Idee kommen konnte, die Produktion, die Akkumulation solle Selbstzweck sein, solle sich nicht an der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse orientieren. Diese Idee war keineswegs absurd: Sie drückte das Bestreben des Privatinteresses aus, sich wieder als alleiniges Interesse durchzusetzen, die Fesseln abzustreifen, die der Sozialismus ihm angelegt hatte. Die Herstellung des unbeschränkten Privatinteresses bedeutet aber die Beseitigung der Orientierung am Kommunismus, bedeutet die Beseitigung des Keims der gesellschaftlichen Herrschaft über die Produktion, bedeutet, daß die Produktion, die Akkumulation, die Verwertung von Wert wieder zum Selbstzweck wird. Stalins Kampf gegen Jaroschenko und Konsorten war daher ein Kampf für die Verteidigung des Sozialismus.

Dabei unterschätzte Stalin die Kraft des noch bestehenden und dem gesellschaftlichen Interesse entgegenwirkenden Privatinteresses. Stalins Bestreben, diese der Orientierung am Kommunismus entgegenwirkende sozialökonomische Kraft zu bekämpfen, verleitete ihn dazu, den (wenn auch stark eingeschränkten) regulierenden Einfluß des Wertgesetzes auf die staatliche Produktion theoretisch zu bestreiten. Doch Überreste dieser regulierenden Wirkung des Wertgesetzes gab es auch im staatlichen Sektor, nämlich vermittels des Systems der „wirtschaftlichen Rechnungsfüh-

nung“: Man ließ „den Betrieben“ (bzw. den Betriebsleitern) einen gewissen Spielraum für Entscheidungen und stimulierte sie durch „ökonomische Hebel“ (also durch Wertkategorien; sie erhielten bei „richtigem“ Wirtschaften mehr Geld) zu einem bestimmten ökonomischen Verhalten. Der Umstand, daß die Sowjetmacht derartige Wertkategorien nutzen mußte, war eben Ausdruck des (gemessen am kommunistischen Ziel) noch relativ niedrigen Grades der Vergesellschaftung, und so war auch Stalins These falsch, der Wertform der Produkte entspreche keinerlei gesellschaftlicher Inhalt mehr. (vgl. SW 15, S. 344 f) Stalins Kampf gegen die **Ausweitung** der Wertkategorien im Sinne der Jaroschenko und Co. freilich war absolut notwendig, um den Sozialismus zu verteidigen; die volle oder weitgehend unbeschränkte Wiederherstellung des Wertgesetzes als Regulator der Produktion wäre gleichbedeutend mit der Restauration des Kapitalismus gewesen.

Der Klassencharakter von Jaroschenkos Ideen zeigt sich auch in folgender Äußerung: *„Das Hauptproblem der politischen Ökonomie des Sozialismus besteht deshalb nicht darin, die Produktionsverhältnisse der Menschen der sozialistischen Gesellschaft zu erforschen, sondern darin, eine wissenschaftliche Theorie der Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion, eine Theorie der Planung der Entwicklung der Volkswirtschaft auszuarbeiten und zu entwickeln.“* (Jaroschenkow, zitiert bei Stalin, ebenda, S. 350 f.) Jaroschenko meinte also, man brauche sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen der Menschen im Produktionsprozeß nicht zu befassen, sondern solle sich lieber auf die Organisierung der Produktivkräfte im technischen Sinne konzentrieren. Kein Wunder: Orientierung am Kommunismus bedeutete im Bereich der politischen Ökonomie insbesondere zu untersuchen, wie die Produktionsverhältnisse im Sinne eines Abbaus der Klassenunterschiede verändert werden konnten. Offensichtlich war die Masse der Betriebsleiter zu diesem Zeitpunkt daran interessiert, gerade das zu verhindern und im Gegenteil ihre Privilegien auszubauen. Jaroschenkos Standpunkt war lediglich theoretischer Ausdruck dieses Klasseninteresses. Seine „politische Ökonomie“ wäre wohl in etwa auf die Borniertheiten der heutigen Betriebswirtschaftslehre hinausgelaufen.

Stalin antwortete unter anderem: *„Genosse Jaroschenko begreift nicht, daß man, bevor man zur Formel 'Jedem nach seinen Bedürfnissen' übergehen kann (Stalin unterstellt Jaroschenko also noch positiv, daß er - wie diffus auch immer - an irgendeinen Kommunismus denkt, RM), eine Reihe von Etappen der ökonomischen und kulturellen Umerziehung der Gesellschaft durchlaufen muß, während deren die Arbeit aus einem lediglich dem Lebensunterhalt dienenden Mittel in den Augen der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis und das gesellschaftliche Eigentum zur unerschütterlichen und unantastbaren Grundlage der Existenz der Gesellschaft werden muß.“* (Stalin, ebenda, S. 357) Stalin kritisierte damit bereits im voraus Chruschtschows späteren „Gulaschkommunismus“.

Jaroschenko war nicht irgendjemand. Immerhin hatte er offenbar ein Ansehen, das ihm den Vorschlag erlaubte, man solle ihn mit der Ausarbeitung des Lehrbuchs der politischen Ökonomie beauftragen und ihm „zwei Mitarbeiter zur Verfügung stellen“. (Er wollte also über diese „verfügen“ - sicher nicht nur eine sprachliche Entgleisung.) Stalin lehnte Jaroschenkos Vorschlag mit der Begründung ab, man könne das „Gehabe“ Jaroschenkos nicht ernst nehmen und seinen „*unmarxistischen Standpunkt*“ nicht berücksichtigen. (ebenda S. 374) Allerdings traten auch andere Ökonomen in der Diskussion mit Vorschlägen auf, die auf die **Schwächung der gesellschaftlichen Leitung der Produktion** hinausgelaufen wären und daher von Stalin zurückgewiesen wurden. So erklärte Notkin, die im staatlichen Sektor hergestellten Produktionsmittel seien Waren. So schlugen Sanina und Wensher vor, die staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen aufzulösen und die in ihnen konzentrierten Produktionsmittel an die Kollektivwirtschaften zu verkaufen, ein Vorschlag, der später von Chruschtschow realisiert wurde.

## Jaroschenko stand für eine ganze Strömung

Offenbar gab es sogar Leute, die die Auffassung vertraten, da es noch Warenproduktion gebe, müßten *„angeblich alle dem Kapitalismus eigenen ökonomischen Kategorien wiederhergestellt werden: die Arbeitskraft als Ware, der Mehrwert, das Kapital, der Kapitalprofit, die Durchschnittsprofirate usw.“* (ebenda, S. 308) Stalin betonte, in der sozialistischen Ordnung *„klingen die Worte von der Arbeitskraft als Ware, vom ‘Dingen’ der Arbeiter recht absurd“*. (ebenda, S. 309) In der Tat, derartige Leute betrachteten die Arbeitskraft nur als dingliche Voraussetzung der Produktion, als Kostenfaktor, als Sache, die man „dingen“ mußte, um sodann darüber verfügen zu können (wie Jaroschenko „über Mitarbeiter verfügen“ wollte). Aus heutiger Sicht aber ist klar, daß die sozialistische Ordnung offenbar schon sehr labil war und daß einige Leute sich anschickten, ihr den Todesstoß zu geben, auch wenn Stalins Stellungnahmen in der ökonomischen Diskussion denjenigen, die sich wie Jaroschenko zu weit hervorgewagt hatten, erst einmal Schläge versetzten. Doch ein großer Teil der sowjetischen Wissenschaftler soll bereits damals die Auffassungen Jaroschenkos geteilt haben. (so *Revolutionary Democracy* 1, April 95, S. 2 unter Berufung auf den sowjetischen Philosophen Judin, der **gegen** die Ansichten Jaroschenkos war) Uns erscheint diese Einschätzung plausibel.

Auch scheint uns, daß es bereits zu Stalins Lebzeiten Versuche gab, diese Auffassungen in praktische Politik umzusetzen. Wosnessenski, der Leiter des Gosplan, der obersten staatlichen Planbehörde, wurde im März 1949 abgesetzt und etwas später hingerichtet; unter Chruschtschow wurde er rehabilitiert. Zwar ist bis heute nicht aufgeklärt, was diesen Vorgängen

zugrunde lag, wir vermuten aber, daß Wosnessenski versucht hatte, seine Position zu nutzen, um entsprechende ökonomische „Reformen“ durchzuführen. So soll er versucht haben, ein System einzuführen, bei dem ausnahmslos alle staatlichen Betriebe gezwungen gewesen wären, mindesten 3 bis 5 % Gewinn zu erwirtschaften. (so *Revolutionary Democracy* 1, S. 4, unter Berufung auf eine sowjetische Quelle aus dem Jahr 1972) Dies wäre ein bedeutender Schritt auf dem Wege der vollen Herstellung des Wertgesetzes als alleiniger Regulator der Produktion, also ein bedeutender Schritt bei der Restauration des Kapitalismus gewesen. Dann hätte man volkswirtschaftlich wichtige, aber unrentable Betriebe schließen müssen, und in einem dann logischen nächsten Schritt hätte man freien Kapitalfluß in die profitabelsten Zweige zulassen müssen. Stalin schrieb in den *Ökonomischen Problemen*, wenn das Wertgesetz Regulator der Produktion wäre, dann wäre es „*unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie, in denen die Arbeit der Arbeiter nicht den 'nötigen Effekt' zeitigt, nicht geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos rentablen Leichtindustrie eröffnet werden, in denen die Arbeit der Arbeiter einen 'größeren Effekt' zeitigen könnte. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns die Arbeiter aus den wenig rentablen, aber für die Volkswirtschaft sehr notwendigen Betrieben nicht in rentablere Betriebe übergeführt werden im Einklang mit dem Wertgesetz, das angeblich die 'Proportion' der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszeigen reguliert.*“ (SW 15, S. 314) Stalin argumentiert hier gegen eine „Behauptung“, deren Urheber er nicht nennt. Es sieht so aus, als würde er sich mit dem Geist des toten Wosnessenski herumschlagen, der anscheinend immer noch höchst lebendig war. Mit vollem Recht weist Stalin darauf hin, daß es eine höhere Rentabilität gibt als die des kurzfristig berechneten einzelbetrieblichen Gewinns: „*Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 10 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten, indem sie uns vor den periodischen Wirtschaftskrisen, die die Volkswirtschaft zerrütten und der Gesellschaft gewaltigen materiellen Schaden zufügen, bewahren und uns das ununterbrochene außerordentlich schnelle Wachstum der Volkswirtschaft sichern.*“ (ebenda, S. 315)

All dies ist für Marxisten **selbstverständlich**. Im Grunde erklärt Stalin hier händeringend, warum man am Sozialismus festhalten und nicht zum Kapitalismus zurückkehren solle. Es erscheint fast gespenstisch, eine derartige Argumentation nachzulesen, zu der Stalin bei einer Diskussion unter „marxistischen“ Ökonomen gezwungen war. Wenn unsere Vermutung zutrifft, daß Wosnessenski seinerzeit begonnen hatte, im Geiste der

Jaroschenko und Konsorten **zu handeln**, dann wäre vollauf erklärt, warum er erschossen wurde. Seine Hinrichtung wäre Ausdruck der Tatsache, daß Stalin bereit war, die proletarische Diktatur auszuüben, um den Sozialismus zu verteidigen. Zugleich aber wäre diese Hinrichtung Ausdruck der Tatsache, daß diese Diktatur zu diesem Zeitpunkt bereits am seidenen Faden hing, daß die bloße **Absetzung** des hohen Funktionärs Wosnessenski nicht genügte, sondern daß seine **Hinrichtung** erforderlich war, um die feindlichen Klassenkräfte einzuschüchtern, die sich in den höchsten Rängen der sowjetischen Staatsmacht tummelten. Dem entspricht die bissige Schärfe, mit der Stalin in den *Ökonomischen Problemen* Jaroschenko entgegentrat und die ohne Zweifel darauf gerichtet war, ihn gesellschaftlich unmöglich zu machen. Das ist auch gelungen, auch Chruschtschow wagte es später nicht, Jaroschenko aus der Versenkung zu holen. Sanina und Wensher hingegen wurden von Stalin **solidarisch** kritisiert, ihre Vorschläge wurden ohne jede Polemik zurückgewiesen. Dennoch war die Autorität Stalins so groß, daß Chruschtschow, als er später die MTS wirklich auflöste, zu der Erklärung gezwungen war, der Vorschlag Saninas und Wenshers wäre seinerzeit falsch gewesen, nun aber hätten sich die Bedingungen geändert.

## Die Probleme wurden nicht gelöst

Stalins Schläge gegen die feindlichen Kräfte trafen also durchaus, doch letztlich trugen diese feindlichen Kräfte den Sieg davon. Um diese Kräfte entscheidend zurückzudrängen, wäre es erforderlich gewesen, den Unterschied von oben und unten zu reduzieren, die Machtbefugnisse sowohl der staatlichen Stellen als auch der Betriebsleiter zugunsten der Arbeiterklasse zu reduzieren. Wie? Das können wir mangels umfassender Kenntnisse der Verhältnisse nicht sagen, ohne ins Spekulieren zu geraten. Die möglichen Maßnahmen und das mögliche Tempo einer solchen Entwicklung hingen vom Verhältnis der Klassenkräfte ab, und dieses Kräfteverhältnis war offenkundig nicht gerade günstig. Die Produktionsverhältnisse, die in den 30er Jahren etabliert worden waren (und, wie wir gesehen haben, damals im großen und ganzen so etabliert werden **mußten**), diese Produktionsverhältnisse hatten nun fast zwei Jahrzehnte existiert, und sie hatten in dieser Zeit das Bewußtsein der Menschen unvermeidlich in hohem Maße geprägt, und zwar sowohl das Bewußtsein der leitenden Schicht als auch das der Arbeiter. Das bestehende Leitungssystem hatte die Leitenden in hohem Maße so geprägt, daß sie „alle Entscheidungen treffen mußten“ und die Arbeiter so, daß sie „die Entscheidungen durchführen mußten“. Dies mußte geändert werden, doch der Wille der Revolutionäre allein konnte diese Änderungen nicht bewirken.

Stalin wies zutreffend auf die Notwendigkeit hin, *„ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft zu erreichen, das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allsei-*

tige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten gewährleistet, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ausreichende Bildung zu erwerben, um aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung mitzuwirken, damit sie die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen und nicht infolge der bestehenden Arbeitsteilung Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind.“ Er wies zutreffend darauf hin, daß dies nicht möglich war „ohne ernste Veränderungen in der gegenwärtigen Lage der Arbeit (...). Dazu ist es vor allem notwendig, den Arbeitstag mindestens bis auf sechs und später bis auf fünf Stunden zu verkürzen. Das ist notwendig, damit die Mitglieder der Gesellschaft genügend freie Zeit erhalten, um eine allseitige Bildung zu erwerben. Dazu ist es ferner notwendig, den allgemeinen obligatorischen polytechnischen Unterricht einzuführen, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen, und nicht Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind. Dazu ist weiter notwendig, die Wohnungsverhältnisse grundlegend zu verbessern und den Reallohn der Arbeiter und Angestellten mindestens um das Doppelte, wenn nicht mehr, zu erhöhen, sowohl durch direkte Erhöhung des Geldlohnes als auch besonders durch eine weitere systematische Senkung der Preise für Massenbedarfsgüter.“ (Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15, S. 359 f.) Stalin war sich also voll und ganz darüber im klaren, daß man die Klassenunterschiede nicht allein aufgrund schöner Wünsche abbauen konnte, sondern daß es hierzu materieller Voraussetzungen bedurfte, die die Arbeitermacht schaffen mußte.

Doch einen entscheidenden Punkt erkannte Stalin nicht, daß nämlich die leitende Schicht **klassenmäßige Interessen** herausgebildet hatte, aufgrund derer sie sich einer kommunistischen Entwicklung entschieden in den Weg stellte. Noch 1952 vertrat er, daß es in der sozialistischen Gesellschaft „keine überlebten Klassen gibt, die einen Widerstand organisieren könnten. Natürlich wird es auch im Sozialismus zurückbleibende träge Kräfte geben, die die Notwendigkeit von Veränderungen in den Produktionsverhältnissen nicht begreifen, aber man kann sie natürlich unschwer überwinden, ohne es zu einem Konflikt kommen zu lassen.“ (ebenda, S. 342) Das war eine krasse Verkennung der Wirklichkeit, denn die leitende Schicht war drauf und dran, sich zu einer neuen herrschenden Klasse zu formieren, der Arbeiterklasse die Macht vollends zu entreißen. Schon die Formulierung, es gebe keine „überlebten Klassen“, war geeignet, den Blick auf die Klassenwirklichkeit der Übergangsgesellschaft zu verstellen, denn diese Formulierung ging davon aus, nur Kräfte der alten **überlebten Klassen** könnten der Entwicklung zum Kommunismus in den Weg treten. Diese Vorstellung verstellte den Blick auf diejenigen gegnerischen Klassenkräfte, die sich auf Grundlage der sozialökonomischen Triebkräfte der alten Gesellschaft herausbilden konnten, welche **die Sowjetmacht selbst** als Krücken zu nutzen gezwungen war, nämlich der Staatlichkeit und der Warenkategorien („wirtschaftliche Rechnungsführung“). Es waren also zwar **alte**

sozialökonomische Triebkräfte, die jedoch in Gestalt **neuer** gesellschaftlicher Schichten erschienen. Idealistisch war die Vorstellung, man müsse nur solche Kräfte „überwinden“, die die erforderlichen Veränderungen „nicht begreifen“, denn diese Vorstellung abstrahierte völlig von den klassenmäßigen **Interessen** der leitenden Schicht, der hohen Partei- und Staatsfunktionäre sowie der Betriebsleiter. Zu diesem Zeitpunkt wollte der größte Teil dieser Leiter in erster Linie seine Privilegien behaupten bzw. ausbauen, seine Entscheidungskompetenzen sowie seine Privilegien im Konsum.

Der Mangel in der Entwicklung der Theorie der Übergangsgesellschaft war ein subjektiver Faktor, der die Entwicklung einer realistischen revolutionären Politik, die den Karren noch hätte herumreißen können, wohl entscheidend behinderte. Doch dieser subjektive Faktor hat seinerseits in letzter Analyse objektive Gründe. Die Sowjetunion war das **erste** sozialistische Land der Welt. Aus diesem Grunde verfügten die handelnden Revolutionäre über keine entwickelte Theorie der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, die sich auf die Erfahrungen früherer sozialistischer Gesellschaften hätte stützen können. Inmitten des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft die Erfahrungen sogleich zu einer geschlossenen Theorie zu verallgemeinern, das ist unermesslich schwer. Insbesondere dann, wenn zu den für den Sozialismus typischen Problemen die besonderen Schwierigkeiten eines Landes mit zunächst schwach entwickelten Produktivkräften hinzukommen. All diese Probleme sind bis heute nicht zufriedenstellend analysiert. (Die KPD arbeitet weiter daran.) Wer Stalin vorwirft, daß er inmitten der damaligen Riesenkämpfe nicht alles theoretisch zutreffend verallgemeinern konnte, der verfällt in einen umgestülpten Personenkult, der verlangt von einer einzelnen Person, was nur die internationale Arbeiterbewegung im Laufe einer langen Entwicklung bewältigen kann. Überdies darf nicht übersehen werden, daß Stalin an der Spitze von Partei, Staat und Gesellschaft all die Riesenkämpfe leiten mußte, die damals geführt werden mußten, und er mußte sich wohl oder übel auf den bestehenden Apparat stützen, mußte die Maschinerie am Laufen halten. Vermutlich wäre er dazu ab einem gewissen Zeitpunkt psychisch kaum mehr in der Lage gewesen, hätte er sich in aller Nüchternheit Klarheit über die ihn unmittelbar umgebenden Personen verschafft. Es ist bekanntgeworden, daß Stalin durchaus sehr mißtrauisch gegenüber seiner unmittelbaren Umgebung war. Leute wie Chruschtschow stellten das aus ihrem Interesse heraus als „paranoide Neigungen“ dar, doch es war ein gesundes, klassenmäßig wohl begründetes Mißtrauen. Begriffliche, theoretische Klarheit über die Entwicklung der Klassenkräfte aber war es nicht.

Das bedeutet freilich nicht, daß Stalin die tödliche Gefahr nicht erkannt hätte, in der sich der Sozialismus befand, er hatte nur keine volle Klarheit über die sozialökonomischen Triebkräfte dieser Gefahr. Er sah, worauf die Ideen der Jaroschenko und Konsorten hinauslaufen würden. Wenn unsere

Vermutung in Bezug auf Wosnessenski richtig ist, dann hatten diese Kräfte auch schon **gehandelt**, und Stalin hatte auf dieses Handeln reagiert. Stalin wußte auch sehr gut, daß auf Dauer die Stellung der Arbeiterklasse gestärkt werden mußte, doch seine aktuelle Politik lief darauf hinaus, zunächst vor allem den Staatsapparat zur Abwehr der liberalen Bestrebungen der Wirtschaftsleiter zu nutzen. Es ist wohlfeil, dies im Nachhinein zu kritisieren - bei rückschauender Betrachtung ist für Marxisten natürlich **offensichtlich**, daß dies nicht gereicht hat, um den Sozialismus zu verteidigen. Doch Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre stellte sich die Sache tatsächlich so dar, daß die **unmittelbare** Gefahr von den Bestrebungen der Betriebsleiter ausging, das Leitungssystem zu dezentralisieren.

Mit Sicherheit hätte eine Politik der „linken“ Phrase, Entscheidungskompetenzen schlagartig auf „Arbeiterkollektive“ zu übertragen, die Konterrevolution liberaler Prägung, den raschen Übergang zum Kapitalismus gefördert. Wie schon gesagt, war nicht **jegliche** Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen ein Fortschritt. Eine **solche** Dezentralisierung, die staatliche Kompetenzen **zugunsten der Betriebsleiter** zurückgenommen hätte, wäre ein entscheidender Schritt zur Wiederherstellung der Warenwirtschaft und damit des Kapitalismus gewesen, wie auch immer ein solcher Schritt ideologisch eingekleidet worden wäre. Dies zeigte das Beispiel Jugoslawien in aller Deutlichkeit. Dort operierten die Titoisten mit Phrasen von „Arbeiterselbstverwaltung“, doch faktisch hatten die Betriebsleiter weitgehende Kompetenzen, über die Produktion ihres Betriebes zu bestimmen.

## 7. „Arbeiter selbstverwaltung“ in Jugoslawien und in der CSSR Dubceks

Fassen wir zusammen: Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre strebten die sowjetischen Betriebsleiter massiv an, sich weitgehend von der „Einmischung“ staatlicher Organe zu befreien. Sie wollten mehr oder weniger agieren wie Privateigentümer. Sie nutzten dabei geschickt die Mängel der staatlichen Leitung, die wachsende Fäulnis, die von bürokratischen Strukturen ausging. Diese bürokratischen Strukturen mußten so oder so eingeschränkt werden, eine **revolutionäre** Lösung des Problems konnte aber nur in einer **solchen** Rücknahme eines formalen Zentralismus stehen, die die Rolle des klassenbewußten Proletariats bei der Planung, Leitung und Kontrolle der Produktion gestärkt hätte. **Das** wollten die Betriebsleiter, die in sehr starkem Maße eigenständige klassenmäßige Interessen herausgebildet hatten, auf keinen Fall. Sie wollten die Mängel der bestehenden Strukturen nutzen, um ihre eigenen Machtbefugnisse und Privilegien zu vergrößern. Dieses Bestreben lief auf die Wiederherstellung der Warenproduktion und damit letztlich des Kapitalismus hinaus.

Wir werden nun einen kleinen Exkurs machen und die Sowjetunion vorübergehend verlassen, um uns der Entwicklung in Jugoslawien Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre sowie dem sogenannten Prager Frühling 1968 zuzuwenden. Diese Entwicklungen zeigen nämlich sehr drastisch, worauf die Bestrebungen der Jaroschenko und Co. hinausgelaufen wären, wären sie nicht auf Widerstand gestoßen.

### „Selbstverwaltung“ in Jugoslawien

Nove, der die „Überlegenheit des westlichen Systems beweisen“ will, fand in seinem 1961 in deutscher Übersetzung erschienen Buch über die sowjetische Wirtschaft die „*Experimente*“, die „*besonders seit 1951*“ in Jugoslawien durchgeführt wurden und die er als „*sozialistische Marktwirtschaft*“ bezeichnet, „*faszinierend*“. (Eine ähnliche Faszination ergreift heute manche ehemaligen Verteidiger einer staatlichen Kommandowirtschaft à la Breshnew und Honecker, die sich an neue Verhältnisse anpassen, indem sie Freiheit mit Warenproduktion gleichsetzen und fleißig nach Modellen einer „sozialistischen“ Marktwirtschaft suchen.) Nüchtern und sachlich teilt Nove mit:

„Erstens sind die jugoslawischen Staatsbetriebe viel unabhängiger (als die sowjetischen, RM). Mit wenigen Ausnahmen haben sie keinen Produktionsplan außer dem, den sie selbst aufstellen. Dieser beruht auf kommerziellen Überlegungen, d.h. den Wünschen der Abnehmer. **Die Betriebe stehen miteinander in Wettbewerb** in einem Ausmaß, das in der Tschechoslowakei unmöglich wäre, von der UdSSR ganz zu schweigen. Dies trifft sowohl auf die Großhandels- als auch auf die Einzelhandels- und Herstellerbetriebe zu. **Die bestimmende Triebkraft ist der Gewinn.**

**Zweitens sind die Preise viel freier.** Theoretisch sollen sie ganz frei sein, so daß ein echter Markt wirken könnte. In der Praxis führt die Furcht vor einer Inflation und der Wunsch, die Lebenshaltungskosten stabil zu halten, dazu, für viele Produkte Höchstpreise festzusetzen. Aber das läßt noch genug Raum für einen ziemlichen Preiswettbewerb.

Drittens wird das Gros der Investitionsgelder der Unternehmen bei der Bank geliehen. Diese beurteilt die verschiedenen Vorhaben teils nach der Wirtschaftlichkeit und teils nach den langfristigen Plänen des Staates. Eine Zeitlang wurde es für möglich gehalten, das Investitionskapital an den höchstbietenden Betrieb zu 'versteigern', aber davon ist man abgekommen. Der Staat beeinflußt das Tempo der Entwicklung, indem er einen großen Teil seiner Einkünfte der Akkumulation zuführt. Er steuert die Entwicklungsrichtung durch den Erlaß von Anweisungen an die Bank, wem von den Antragstellern auf Investitionsgelder der Vorzug zu geben ist. Eine Kapitalbelastung wird erhoben und die Investitionskredite sind verzinsbar.

Viertens sind die Betriebe finanziell und organisationstechnisch mit den lokalen Behörden ('Kommunen') und in geringerem Maße auch mit der Republik (Serbien, Kroatien usw.), in der sie liegen, verbunden. Die örtliche 'Kommune' nominiert die Direktoren der Betriebe (obwohl auch in Jugoslawien, wie in der UdSSR die Partei eine wichtige Rolle bei diesen und vielen anderen Vorgängen spielt).

Fünftens übt der Direktor eine Macht zusammen mit den gewählten Arbeiterräten aus, die, wenigstens formal, innerhalb des Betriebes viel mächtiger sind als ähnliche Einrichtungen in Polen und der UdSSR.

Der Staatsbetrieb soll von seinen Arbeitern verwaltet werden, und in gewissen Grenzen hängt die Lohnhöhe von der Einträglichkeit des Betriebes ab. Um aber Auswüchse (z.B., daß der Betrieb seine Monopolstellung ausnutzt, oder übertrieben ungleiche Bedingungen für Arbeiter in verschiedenen Betrieben bestehen) zu vermeiden, kontrolliert der Staat genau, wie über die Betriebsgewinne verfügt werden kann. Er selbst hat den größten Anteil am Nettoprodukt und schreckt durch verschiedene fiskalische Methoden von der 'Überbezahlung' der Löhne ab. Dies hatte die unglückliche Folge, daß die Arbeiter das Interesse am finanziellen Erfolg 'ihres' Betriebes weitgehend verloren.

*Schließlich ist das Gros der jugoslawischen Bauern Eigentümer ihres Landes. Die Kollektive, die man in der 'stalinistischen' Zeit erprobte, sind fast völlig auf-*

*gelöst worden. Die Bauern können anbauen, was sie wollen, und es gibt keinerlei Ablieferungssoll. Sie können alles auf dem freien Markt verkaufen. Aber alle Staatsbetriebe (einschließlich der Läden) müssen über Bauerngenossenschaften kaufen, zu Preisen, die vom Staat diktiert werden. Das bedeutet, daß alle Bauern, die ihre Erzeugnisse nicht in eine große Stadt bringen können, oder deren Erzeugnisse derart sind, daß ihre einzigen Großabnehmer Staatsbetriebe sind (z.B. bei Trauben, Weizen usw.), im Grunde gezwungen sind, über die Genossenschaften zu verkaufen. Da die Bauern jedoch frei entscheiden können, was sie anbauen wollen, ist die Macht des Staates, die Preise zu bestimmen, begrenzt.“*

(Nove, a.a.O., S. 285 f., Hervorhebungen vom RM)

Wir sehen: In sehr hohem Maße konnten die Betriebsleiter frei verfügen, es gab jedoch gewisse Einwirkungsmöglichkeiten staatlicher Stellen. (Den realen Einfluß **ausländischer** Investoren erwähnt der „faszinierte“ Brite Nove nicht: Kein Wunder, waren doch die meisten davon britische und US-amerikanische Kapitalisten, und Nove wollte den imperialistischen Einfluß auf das „faszinierende sozialistische Experiment“ Jugoslawien wohl nicht sonderlich hervorheben.) Staatliche Einmischung aber macht eine Warenwirtschaft nicht zu einer sozialistischen, wie Nove meint. Einschränkung der freien Konkurrenz durch staatliche Einwirkung auf die Produktion gibt es auch im monopolistischen Kapitalismus. Freilich besteht hier ein gewisser Unterschied: In letzterem Fall hat die freie Konkurrenz Monopole hervorgebracht, die ihren Staat zur Einmischung in die gesamte Wirtschaft nutzen. Bei entarteten ehemaligen Arbeiterstaaten besteht ein großer Teil der herrschenden Ausbeuterklasse aus staatlichen Kommandoträgern, die deshalb nicht an einer **unbeschränkten** Verfügungsgewalt der Betriebsleiter interessiert sein können, weil sie selbst dann überflüssig würden. Doch die Einschränkung der Verfügungsgewalt der Betriebsleiter durch staatliche Behörden war in Jugoslawien damals schon sehr zurückgenommen.

Es ist nicht verwunderlich, daß dieser Liberalisierungsprozeß in Jugoslawien damals rasch voranschritt, denn der durch die Titoisten ursprünglich hergestellte Zentralismus war von Anfang an überaus formal gewesen, war von Anfang an nicht Bestandteil einer realen führenden Rolle der Arbeiterklasse gewesen. Der jugoslawische Staat war in Wirklichkeit nie eine Arbeitermacht gewesen. Enver Hoxha: *„Der Zentralismus hatte in Jugoslawien nicht die wahre leninistische Bedeutung, daß das gesamte ökonomische und politische Leben der Gesellschaft sich entwickelt, indem die zentralisierte Leitung mit der schöpferischen Initiative der örtlichen Organe und der werktätigen Massen verknüpft wird. (...) diese Spielart des Zentralismus war ein bürokratischer Zentralismus, die Wirtschaftspläne wurden von oben festgelegt, ohne an der Basis diskutiert zu werden, sie waren nicht durchdacht und zielten nicht auf eine harmonische Entwicklung der verschiedenen Zweige der Wirtschaft der Republiken und Gebiete der Föderation ab, die Befehle waren willkürlich und wurden blindlings durchgeführt, die Produkte wurden gewalt-*

sam erfaßt. Aus diesem Chaos, in dem von der Initiative der lokalen Partei- und Staatsorgane und von der Initiative der werktätigen Massen nichts zu sehen war, mußten unweigerlich Mißstimmigkeiten hervorgehen - was auch eintrat -, die mit Blut und Terror unterdrückt wurden.“ (Enver Hoxha, Die jugoslawische „Selbstverwaltung“ - kapitalistische Theorie und Praxis, a.a.O.) Nachdem die Fäulnis, die von diesem bürokratischen Zentralismus ausging, offen zutage getreten war, wurde der Ruf nach Dezentralisierung laut, und dies lag auch im Interesse des ausländischen, vorwiegend des englischen und US-amerikanischen Kapitals, zu dem Tito bereits während des Krieges Sonderbeziehungen unterhalten hatte: „Für die ausländischen Kapitalisten, die die titoistische Renegatengruppe unterstützten, war klar, daß diese Gruppe ihnen dienen würde, sie spürten aber auch, daß es notwendig war, in Jugoslawien, nachdem die chaotische und turbulente Situation überwunden war, eine stabilere Lage zu schaffen. Andernfalls wären die großen Investitionen, die sie vornahmen und in Zukunft noch erhöhen würden, nicht sicher angelegt gewesen. Um die erwünschte für den Kapitalismus vorteilhafte Situation zu schaffen, mußte die Dezentralisierung der Leitung in der Wirtschaft verwirklicht, mußten die Rechte der Kapitalisten, die in der Wirtschaft dieses Staates große Summen investierten, gesetzlich anerkannt und geschützt werden.“ (Enver Hoxha, ebenda)

Was nun die „Arbeiterräte“ betrifft, so verweist Nove lediglich darauf, daß diese „wenigstens formal“ Einfluß auf betriebliche Entscheidungen hatten. Die Frage, inwieweit dieser Einfluß auch real war, untersuchte er nicht, weil er an dieser Frage kein klassenmäßiges Interesse hatte. Tatsächlich bedingte das jugoslawische System der Wirtschaftsführung, daß die Belegschaft eines Betriebes, soweit sie überhaupt Einfluß nehmen konnte, diesen Einfluß nur so ausüben konnte, wie ein privater Unternehmer das tun würde. Die staatlichen Betriebe konkurrierten miteinander wie private Betriebe, Ziel jedes Betriebs war ein möglichst hoher betrieblicher Gewinn, und die Löhne der Arbeiter hingen in erster Linie vom betrieblichen Gewinn ab. Ein solches System erzieht die Arbeiter zu betriebsborniertem Handeln und Denken, zum Verhalten von Privateigentümern, von Warenproduzenten. Ein solches System macht es unmöglich, daß die Arbeiterklasse als herrschende Klasse agiert, die die Leitung der Volkswirtschaft als eines Ganzen in die Hand nimmt, es zersplittert die Klasse und stellt die Belegschaften der einzelnen Betriebe als Konkurrenten einander gegenüber. Dieses System war darauf berechnet, daß die Belegschaften „ihren“ Betriebsdirektor bei seinen Bemühungen unterstützten, ohne Orientierung an gesamtgesellschaftlichen Interessen den größtmöglichen Gewinn aus seinem Betrieb herauszuschlagen. Die von Nove erwähnten „fiskalischen Methoden“ staatlicher Stellen, mit denen „zu hohen Löhnen“ entgegengewirkt wurden, verkörpern dabei lediglich das Interesse dieser staatlichen Stellen, zu verhindern, daß die Kumpanei zwischen Betriebsleitern und Belegschaften zu weit getrieben wird und damit die restliche Macht der Zentralbehörden infrage gestellt wird.

Mit einem Wort: Ein **solcher** Abbau der Staatlichkeit und des Zentralismus beinhaltet, daß die Arbeiterklasse als Klasse für sich (um einen Ausdruck von Marx zu benutzen) beseitigt wird, also als Klasse, die ihr Ziel der Beseitigung aller Klassenunterschiede bewußt verfolgt, daß sie atomisiert wird in eine Vielzahl einzelner Belegschaften, die betriebsbornierte Zwecke verfolgen, daß die Arbeiterklasse sich somit der herrschenden Klasse von Betriebsleitern und staatlichen Kommandoinhabern unterwirft. Man braucht sich daher nicht zu wundern, daß Nove, der die Überlegenheit des Kapitalismus beweisen wollte, eine derartige „sozialistische Marktwirtschaft“ „faszinierend“ fand. Man braucht sich ebensowenig zu wundern, daß ehemalige Apologeten der Sowjetunion Breshnews und der DDR Honeckers heute Sympathien für „Modelle“ einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ empfinden: Nachdem die herrschende Ausbeuterklasse im Osten, der sie seinerzeit gedient oder angehört haben, ihre Macht eingebüßt hat, müssen sie ihre Predigten von Sozialismus dem Interesse des Monopolkapitals anpassen.

Übrigens teilt Varga mit: *„Hingegen scheint Tito selbst Chruschtschow an persönlichem Aufwand zu übertreffen. Auf seiner Reise nach Südamerika im Jahre 1963 hatte er (laut Zürcher Zeitung) eine Suite von 104 Leuten, darunter sechs Ärzte!“* (Varga, a.a.O., S. 152) Natürlich können Fakten über den persönlichen Aufwand und das Konsumniveau leitender Personen das Studium der Produktionsverhältnisse nicht **ersetzen**, sie lassen aber gewisse Rückschlüsse zu. Im gegebenen Fall stützen derartige Fakten zusätzlich unsere oben entwickelte Feststellung, daß die jugoslawische Arbeiterklasse, allen Phrasen von „Arbeiterselbstverwaltung“ zum Trotz, von der Macht verdrängt war, daß sie eine ausgebeutete und unterdrückte Klasse war. Enver Hoxha vermittelt in seinem Buch *Die Titoisten* (S. 311 - 332) einen Eindruck, mit welchem ungeheurem Pomp Tito und sein Hofstaat sich umgaben.

## „Selbstverwaltung“ in der CSSR

1968 trat in der CSSR unter Dubcek („Prager Frühling“) die Tendenz der Betriebsleiter, sich gegenüber dem staatlichen Apparat zu verselbständigen, noch klarer in Erscheinung. Noch rascher und unverhohlener als seinerzeit in Jugoslawien lief die Sache auf Kapitalismus hinaus, wenn auch zur Wahrung des Scheins von „Reformen des Sozialismus“ gesprochen wurde. Ein wesentlicher Grund für dieses rasche Tempo dürfte darin liegen, daß die Macht der Arbeiterklasse in der CSSR (wie auch in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern) bereits Mitte der 50er Jahre gebrochen worden war; mehr als zehn Jahre lang war der zentralistische Staatsapparat also in keinerlei Hinsicht mehr ein Instrument der Arbeiterklasse, sondern Instrument einer neuen Ausbeuterklasse. Die angebliche Partei der Arbeiterklasse bemühte sich in Wirklichkeit, die klassenmäßigen Interessen der Staats-

bürokratie und der Betriebsleiter gegeneinander auszubalancieren. Den Betriebsleitern aber reichte der *statu quo* nicht mehr aus. Der Umstand, daß die Tschechoslowakei vor der Machtergreifung der Arbeiterklasse ein entwickeltes kapitalistisches Land gewesen war, kam den Bestrebungen der Betriebsleiter nach „Liberalisierung“ entgegen: die Fäulnis, die von der Leitung der Wirtschaft durch einen bürokratischen Staatsapparat ausging, mußte in einem Land mit derart entwickelten Produktivkräften besonders krasse Züge annehmen, und entsprechend stark waren die Triebkräfte, die auf Restauration der warenproduzierenden Ordnung, des Privateigentums, gerichtet waren. Das war in einer Situation, in der die Arbeiterklasse politisch passiv war, weil sie über keine revolutionäre politische Partei verfügte, unvermeidlich.

Geschickt verstanden es die Betriebsleiter, die bürokratische Natur der staatlichen Leitung zu nutzen und die politisch orientierungslose Arbeiterklasse vor ihren Karren zu spannen, indem sie mit „linken“ Losungen von Basisdemokratie und Arbeiter selbstverwaltung jonglierten. Dubcek war ein politischer Vertreter der Betriebsleiter und wurde damit zugleich (bewußt oder unbewußt) ein Vertreter der westlichen Monopole.

Aufgrund des bürokratischen Charakters der Staatsmacht und ihrer Loslösung von der Arbeiterklasse hatten in der CSSR solche Erscheinungen wie formale Planerfüllung, Tonnenideologie usw. in unerträglichem Maße zugenommen. (Empirisches Material dazu findet sich z.B. bei Borin/Ploggen, Management und Selbstverwaltung in der CSSR, a.a.O., insbesondere S. 21 ff., unabhängig davon, daß die zum Trotzkismus neigenden AutorInnen ihrerseits die Darstellung dieser Entwicklung zum Anpreisen von „Selbstverwaltungs“-Modellen nutzen.) Die Ideologen der Selbstverwaltung nutzten die Fäulniserscheinungen, die von der staatlichen Leitung ausgingen, um einen Abbau staatlicher Kommandostrukturen zu fordern. *„Die Selbstverwaltung stellt eine grundlegende Korrektur und ein Gegengewicht zu den bisherigen einseitigen Beziehungen der Über- und Unterordnung dar.“* (Dragoslav Slejksa, damals Soziologe an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, zitiert bei Borin/Ploggen, S. 68) Was bedeutet diese „Selbstverwaltung“?

*„Selbstverwaltung hat nur Sinn und realen Gehalt in einem Betrieb, der eine autonome Einheit darstellt und selbständig wirtschaften kann, also im Rahmen eines Systems von Marktbeziehungen.“* (Slejksa, zitiert bei Borin/Ploggen, S. 65) Der Betrieb soll autonom sein, die Betriebe sollen sich also als selbständige Warenproduzenten gegenüber treten. Damit keinerlei Zweifel an dieser Zielsetzung aufkommt, fügt Slejksa hinzu: *„Die Marktwirtschaft und auch das Selbstverwaltungssystem haben ein gemeinsames Interesse an der Demokratisierung der Politik, der ‚Entstaatlichung‘ der Ökonomie, die die Betriebseinheiten aus der lenkenden Integration der zentralen Staatsorgane befreit und das bisherige bürokratische System der überbetrieblichen Lenkung überflüssig macht.“* Verräterisch die sprachliche Wendung, wonach *„die Marktwirtschaft und auch das Selbstverwaltungssystem*



system“ angeblich ein gemeinsames Interesse haben: „Die Marktwirtschaft“, das waren einerseits die Betriebsleiter und andererseits die westlichen Monopole, die an der Aufhebung des staatlichen Außenwirtschaftsmonopols interessiert waren, um die Tschechoslowakei als Wirtschaftsgebiet zu erobern. „Und auch das Selbstverwaltungssystem“ - diese Wendung bezeichnet den Versuch, die Arbeiterklasse vor den Karren dieser Interessen zu spannen, indem man ihr erklärte, sie würde dadurch die Staatsbürokraten los. Letzteres war freilich richtig, doch man sagte ihr wohlweislich nicht, was sie sich dafür einhandeln würde. *„Die direktiv-bürokratische Leitung, die sich durch Eingriffe höherer Parteiorgane in die Betriebsverhältnisse kennzeichnet, war der Nährboden für die Bildung von Machtcliquen (...)“* *„Die Selbstverwaltung ist der Anfang einer Negation der Macht des Menschen über den Menschen.“* (Borin/Ploggen, S. 67) Warenproduktion ist Freiheit! Freiheit ist Warenproduktion!

In einer Erklärung einer Initiativgruppe der Gewerkschaften im Maschinenbaubetrieb W. Pieck in Prag hieß es: *„Die Praxis zeigte in voller Klarheit, daß der Staat nicht fähig ist, die Tätigkeit einer großen Zahl von Betrieben qualifiziert zu lenken und zu kontrollieren, und daß er deshalb dazu tendiert, die Leitung zu zentralisieren und zu bürokratisieren. Das Maximum der Zahlungen in die Staatskasse wird für den Staat zum Kriterium der Arbeitseffektivität und, ähnlich wie in der Vergangenheit, ist für ihn das Wachstum des Einkommens der Werktätigen eine im Grunde unerwünschte Erscheinung, da es die Quellen der Akkumulation des Staates beschränkt. Dagegen hat die Werktätigen-Selbstverwaltung ihr Hauptinteresse an der Maximierung des Einkommens der Werktätigen, unter den Bedingungen der Marktwirtschaft (...)“* (ebenda, S. 91) In den ersten beiden Sätzen kennzeichnen die Verfasser zutreffend, daß der entartete ehemals sozialistische Staatsapparat nicht mehr die Interessen der Arbeiter vertritt. Daraus ziehen sie im letzten Satz den Schluß, das Ziel der Arbeiter sei die Warenwirtschaft und auf ihrer Grundlage das Streben der Belegschaft eines jeden Betriebes nach maximalem betrieblichem Gewinn.

Während die Arbeiter seitens interessierter Kräfte mit Phrasen von Selbstverwaltung desorientiert wurden, formierten sich die Betriebsleiter, um selbstbewußt ihre klassenmäßigen Interessen zu vertreten. Dies zeigt z.B. eine Meinungsumfrage der Zeitung *Moderni rizeni* unter leitenden Managern. Es kam u.a. zu folgenden Stellungnahmen: *„Ingenieur Frantisek Augustin, Generaldirektor der Unternehmen der Holzindustrie, fachliche Direktion, in Zilina, Slowakei: (...)Wir schlagen vor und unterstützen die Bildung einer Interessenorganisation der leitenden Angestellten (...). Ingenieur Josef Behuncik, Generaldirektor der Betriebe Industriebauwesen in Kosice, Ostslowakei: (...) In welchem Maß bilden die leitenden Angestellten bei uns eine gewisse soziale oder Berufsgruppe mit eigenen, sich herauskristallisierenden Interessen? (...) Was die führenden Leiter verbindet, ist vor allem die Tatsache, daß es um Angestellte geht, die zeitlich sehr eingeschränkt sind, wenig Freizeit haben und unter einem Arbeitsregime stehen, das den Menschen schnell verbraucht (...)“* (und

die sich zum Ausgleich folglich entsprechende Privilegien sichern müssen, RM). *Der Gedanke einer eigenen Interessenorganisation ist dann sympathisch, wenn sie das Leben der Angehörigen dieser sich bildenden Berufsgruppe erleichtern soll (...) Miroslav Gregr, Betriebsdirektor der Maschinenfabrik Decin, Nordwestböhmen: Nach meiner Ansicht brauchen die führenden Leiter eine eigene Interessenorganisation (...) In den kapitalistischen Ländern entstand eine neue gesellschaftliche Schicht, die Manager. Es sind führende Leiter, die aufgrund breiter Kenntnisse, Erfahrungen, persönlicher Eigenschaften in führende Positionen gestellt werden, um die ihnen anvertrauten Unternehmen zu leiten und zu einer vielseitigen Entwicklung zu führen, um so die Interessen der Unternehmer durchzusetzen. Sie kommen im Interesse des Unternehmers sehr oft in Konfliktsituationen, wobei die Person des Unternehmers nicht als direkter Repräsentant auftritt und sehr oft anonym oder im Hintergrund bleibt. (Soll heißen: Der kapitalistische Manager setzt die Interessen „des Unternehmens“ gegen die Arbeiter durch, und genau das tun wir hier auch. RM) Der Manager hat (...) gewisse existentielle wie auch gesellschaftliche oder andere Garantien. (Soll heißen: Und die brauchen wir „sozialistischen“ Manager auch. RM)“ (zitiert bei Borin/Ploger, S. 96 ff.)*

Wir hoffen, die Leserinnen und Leser mit diesen ausführlichen Zitaten aus der CSSR des Jahres 1968 nicht zu langweilen, aber wir glauben, damit bis zu einem gewissen Grade auch illustrieren zu können, was Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre in der UdSSR in den Köpfen der vielen großen und kleinen Jaroschenkos (und evtl. auch Wosnessenskis) vorging und **welchen Kampf** Stalin damals kämpfte.

Wir schließen unseren Ausflug in den „Prager Frühling“ mit Zitaten aus einer Stellungnahme des Ingenieurs Pavol Mazanik, Generaldirektor der Vereinigten Bekleidungsunternehmen Trencin (Slowakei), der 1968 im Rahmen einer Meinungsumfrage darstellte, wie er sich *„den tschechoslowakischen Betrieb 1980“* vorstellte: *„Ich setze voraus, daß die Betriebe über ökonomische Selbständigkeit verfügen werden, wozu die Änderung der bisherigen Leitung der Nationalwirtschaft durch Plan beitragen wird, die Abschaffung verbindlicher Aufgaben, Limiten usw.“* Also vollständige Autonomie des Betriebes bzw. des Betriebsleiters. *„Das sozialistische System wird nicht vereinfacht verstanden werden, sondern im breiteren Zusammenhang als Entscheidungskomplex über die gegenwärtige und vor allem zukünftige Wirtschaftspolitik des Betriebes mit dem Ziel, die existierenden Absatzmärkte zu erhalten und neue Absatzmöglichkeiten für seine Produktion zu gewinnen.“* In diesem „Sozialismus“ ist das Ziel der Produktion also nicht die Befriedigung von gesellschaftlichen Bedürfnissen, die Produktion hat sich also nicht an diesen Bedürfnissen auszurichten, (das wäre dem Herrn Generaldirektor zufolge denn doch arg „vereinfacht“,) vielmehr geht es wesentlich darum, in Konkurrenz mit anderen Betrieben **Absatzmärkte zu erobern**. Und das ist auch nur logisch, da das **Ziel der Produktion der betriebliche Gewinn** ist. *„Ich meine, daß die Monopolstellung der Handelsorgane*

durchbrochen wird, womit den Betrieben eine größere Absatzmöglichkeit auf dem inländischen sowie auf dem ausländischen Markt eingeräumt wird.“ Da der Betrieb autonomer Privateigentümer ist, muß er selbstverständlich auch seinen Absatz auf eigene Rechnung organisieren. Da die CSSR ein entwickeltes Industrieland ist, reicht der inländische Absatz nicht aus; man muß auch im Ausland Absatzmärkte erobern. „In den Auslands-Handelsbeziehungen setze ich voraus, daß den Betrieben die Möglichkeit gegeben wird, einen eigenen Verkaufsapparat aufzubauen, der einen direkten Verkauf der Produkte ins Ausland sichern würde und zwar auch außerhalb des Unternehmens für Auslands-Handelsbeziehungen. Ich nehme an, daß die Effektivität der ausländischen Handelsbeziehungen dadurch bedingt sein wird, daß unsere Währung frei konvertibel sein wird.“ Also vollständige Beseitigung des staatlichen Außenwirtschaftsmonopols und vollständige Eingliederung in den kapitalistischen Weltmarkt. „Die Entwicklung führt dazu, daß es je nach den ökonomischen Bedürfnissen zu einem freiwilligen Zusammenschluß von Betrieben kommen wird (...).“ Also Monopolbildung. Wenn schon Kapitalismus, dann monopolistischer. (Zitate in Borin/Ploger, S. 102 f.)

Entgegen den damaligen Hoffnungen wohl nicht nur des Generaldirektors der Vereinigten Bekleidungsunternehmen in Trencin, sondern der meisten Betriebsleiter, waren diese Zielsetzungen zwar 1980 nicht verwirklicht, da der „Prager Frühling“ durch das Eingreifen sowjetischer Panzer jäh beendet worden war, heute aber sind sie verwirklicht. - Auf die klassenmäßigen Interessen, die diese sowjetischen Panzer zum Rollen brachten, gehen wir später ein. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei an dieser Stelle nur gesagt, daß dieser Gewaltakt keineswegs den Interessen der Arbeiterklasse der CSSR oder der Sowjetunion entsprach. Kein Staat hat das Recht, einem andern Staat mit Gewalt eine bestimmte innere Entwicklung aufzudrängen. Stalin beispielsweise hatte bei aller scharfen Kritik an der Politik der Titoisten **niemals** mit militärischer Gewalt gegen Jugoslawien auch nur gedroht: Ein wirklich sozialistisches Land akzeptiert das Selbstbestimmungsrecht einer jeden Nation. Anders Breshnew und Konsorten 1968 in Prag. Der Widerstand des tschechoslowakischen Volkes war gerecht, doch leider profitierten dabei diejenigen Kräfte, die eine rasche Restauration des Kapitalismus anstrebten. So trug die militärische Gewaltaktion der Sowjetunion Breshnews entscheidend dazu bei, die tschechoslowakische Arbeiterklasse weiter ideologisch zu desorientieren und vor den Karren offen bürgerlicher Kräfte zu spannen.

Abschließend zum Thema „Arbeiter selbstverwaltung“ sei noch folgendes gesagt:

Es ist ein ganz alter Hut, daß sich die Arbeiterklasse **auf Grundlage der warenproduzierenden Ordnung nicht von kapitalistischer Ausbeutung befreien kann**. Dies hat z.B. Engels in seiner Polemik gegen Dühring theoretisch bewiesen, und unter anderem das Scheitern von Owens sozialistischen Kolonien hat es praktisch bewiesen. Selbst dann, wenn die Arbeiter

ihren Betrieb auf solcher Grundlage wirklich führen, können sie grundsätzlich nicht anders handeln als zuvor der Kapitalist, da sie auf Grundlage der Warenproduktion gleichen ökonomischen Gesetzen unterliegen; diese Gesetze richten sich auch dann gegen die Arbeiter, wenn diese als Eigentümer figurieren. Auch in neuerer Zeit gab es verschiedene Versuche der Übernahme einzelner Betriebe durch die Belegschaften, die allesamt scheiterten, z.B. Lip in Frankreich, Glashütte Süssmuth in Deutschland. Die großbürgerliche FAZ (27.4.76) spottete: *„Als die Süssmuth-Hütte 1974 in den roten Zahlen steckte, überwiesen die Arbeiter ihre Weihnachtsgratifikation dem Betrieb, Überstunden wurden ohne Bezahlung geleistet.“*

Nach diesem Ausflug nach Jugoslawien und in die CSSR werden wir im folgenden wieder in die Sowjetunion der frühen 50er Jahre zurückkehren. Wir werden uns dann weiter mit der Frage befassen, welche Ziele Stalin verfolgte, warum sich letztlich eine gegen diese Ziele gerichtete Kraft durchsetzen konnte und worin der Klassencharakter dieser Kraft bestand.

## 8. Die bürokratische Variante der Konterrevolution

Wir haben gesehen, daß die sozialistische Sowjetunion zwei Krücken der alten Gesellschaft zur Leitung der Produktion nutzen mußte, nämlich den Staatsapparat und Ware-Geld-Beziehungen, und zwar deshalb, weil das kommunistische Element, die unmittelbare Leitung und Kontrolle durch die Produzenten, noch zu schwach war, um für sich allein ein adäquates Funktionieren der Volkswirtschaft zu gewährleisten. Wir haben weiter gesehen, daß von **beiden** Krücken, so notwendig sie waren, eine gewisse Fäulnis ausgehen mußte, die bei Überschreitung eines gewissen Maßes den Sozialismus zu Fall bringen konnte. In Kapitel 6 haben wir gesehen, daß die Betriebsleiter Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre in starkem Maße danach strebten, die Ware-Geld-Beziehungen zu nutzen, um ihre Kompetenzen auszuweiten und faktisch zu agieren wie Privateigentümer im Kapitalismus. In Kapitel 7 haben wir an den Beispielen des titoistischen Jugoslawien sowie der Dubcek'schen Reformen der CSSR des Jahres 1968 gesehen, wozu dieses Bestreben führt, wenn es sich durchsetzen kann: zum Kapitalismus, wobei es keine entscheidende Rolle spielt, ob das dann ein Kapitalismus mit einem sich noch relativ stark in die Wirtschaft einmischenden Staat ist (auch im monopolistischen Kapitalismus, der aus der freien Konkurrenz hervorgegangen ist, mischt sich der Staat im Interesse der Monopole in alle Bereiche der Wirtschaft ein).

Wir haben in Kapitel 6 weiter gesehen, daß Stalin Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre diesen Bestrebungen der sowjetischen Betriebsleiter entschlossen entgegentrat. Er tat dies allerdings nicht mittels einer politischen Konzeption, die auf eine bedeutend stärkere Beteiligung der Arbeiter an der unmittelbaren Leitung abzielte, sondern er tat dies vor allem dadurch, daß er die Notwendigkeit der staatlichen Leitung der Produktion verteidigte. Dies war defensiv, da die Staatlichkeit ihrerseits nur eine Krücke ist, die mit dem Übergang zum Kommunismus entfällt, doch diese defensive Haltung hatte in dem ungünstigen Verhältnis der Klassenkräfte Gründe. Ob es trotzdem möglich gewesen wäre, durch eine revolutionäre, auf die Hebung der Aktivität der Arbeiter zielende Veränderung des in den 30er Jahren entstandenen Leitungssystems in die Offensive zu gehen, ist heute schwer zu beurteilen und soll uns an dieser Stelle nicht interessieren; wir konstatieren hier nur das Faktum.

## Unterschiedliche Klasseninteressen bei der Verteidigung der staatlichen Leitung der Produktion

So begrenzt diese Art des Kampfes gegen die liberalen Bestrebungen der Betriebsleiter war, es war auf jeden Fall dem sozialökonomischen Inhalt nach ein Kampf um die Behauptung des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats:

Marx und Engels hatten im *Manifest der Kommunistischen Partei* mit großer Voraussicht erklärt: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehn vermitteltst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die **ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.**“ (MEW 4, S. 481, Hervorhebung vom RM) Die Verstaatlichung und die staatliche Leitung der Produktion sind **unvermeidlich**, um die Verhältnisse der Warenwirtschaft grundlegend zu zerschlagen und durch den Keim der gesellschaftlichen Leitung zu ersetzen, so **unzureichend und unhaltbar** diese staatliche Form gesellschaftlicher Leitung auf Dauer auch ist. **Auf Dauer** kann sie nicht bestehenbleiben, sondern muß sie entweder der entwickelteren kommunistischen Form der Vergesellschaftung weichen, oder sie geht in Fäulnis über und wird letztlich wieder durch kapitalistische Warenwirtschaft abgelöst. In der Sowjetunion waren die Bedingungen dafür, daß diese beschränkten Mittel „über sich selbst hinaustreiben“, verhältnismäßig schlecht, da die Arbeiterklasse in einem rückständigen Land gesiegt hatte und die hieraus resultierende Hypothek trotz aller Siege jahrzehntelang mit sich herumschleppen mußte, wie wir gesehen haben. Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre war es sehr schwer oder unmöglich, unmittelbar auf einen **revolutionären** Abbau der staatlichen Leitung Kurs zu nehmen, da der Schuß aufgrund der starken Stellung der Betriebsleiter sehr leicht nach hinten hätte losgehen können: Es hätte die große Gefahr bestanden, daß die Betriebsleiter eine solche Politik für ihre Zwecke hätten nutzen können, nämlich für liberale Reformen à la Jugoslawien oder Prager Frühling. Stalins Verteidigung des bestehenden Leitungssystems war in dieser Situation, wenngleich defensiv, dem Wesen nach eine Verteidigung des Rohentwurfs der neuen Gesellschaft, eine Verteidigung der niederen, nämlich staatlichen Form der Vergesellschaftung gegen die bereits wieder hereinbrechende Warenwirtschaft. Eine strategische Lösung der bestehenden Probleme aber konnte das nicht sein, denn die Warenwirtschaft konnte

sich ja gerade deshalb anschicken, die Vergesellschaftung wieder zurückzunehmen, weil sie aufgrund der Fäulnis, die von der Staatlichkeit ausging, als Krücke genutzt werden mußte und weil diese Fäulnis nach und nach immer mehr zunahm.

Stalin ließ sich bei der Verteidigung der staatlichen Leitung der Produktion vom Klasseninteresse des Proletariats leiten, doch innerhalb des Staatsapparates gab es Klassenkräfte, die aus ganz anderen Gründen ebenfalls an der Aufrechterhaltung der staatlichen Leitung interessiert waren. In den Kapiteln 3 und 4 haben wir gesehen: Die Arbeiterklasse an der Macht hatte sich ihren Staat geschaffen, um ihre Interessen wahrzunehmen, doch andererseits war der Staat ein Eingeständnis dessen, daß es noch beträchtliche Gegensätze zwischen dem Privatinteresse und dem gesellschaftlichen Interesse gab, und so drückten sich auch im Staatsapparat selbst Privatinteressen aus, wenn auch in maskierter Form. Verfolgte der größte Teil der von der Arbeitermacht eingesetzten Staatsfunktionäre zunächst tatsächlich im großen und ganzen das Interesse des klassenbewußten Proletariats, so änderte sich dies nach und nach, so wurde das Denken und Handeln immer mehr dieser Staatsfunktionäre hauptsächlich davon geprägt, die Privilegien zu verteidigen, die sich aus ihrer eigenen klassenmäßigen Stellung ergaben, nämlich ihre Entscheidungskompetenzen und ihre Konsumprivilegien. Das gesellschaftliche Sein bestimmt nun einmal das Bewußtsein, und das ist im Sozialismus nicht anders als in jeder anderen Gesellschaft auch. Ob sie dies mit klarem Bewußtsein taten oder mit dem ideologisch verzerrten Bewußtsein, sie müßten ihre eigenen Privilegien „im Interesse der Arbeiterklasse“ verteidigen, tut dabei letztlich nichts zur Sache, ebensowenig wie es eine Rolle spielt, ob ein Kapitalist glaubt, sein segensreiches Wirken sei im Interesse der „ganzen Volkswirtschaft“. Jedenfalls war letztlich der allergrößte Teil dieser Leute entschieden dagegen, irgendwelche Privilegien einzubüßen und den Arbeitern eine stärkere Rolle bei der Leitung der Produktion zuzubilligen. Zugleich aber mußten sie auch das Bestreben der Betriebsleiter, ihre Kompetenzen auszuweiten, mit Mißtrauen betrachten. Es war ein gigantischer staatlicher Planungs- und Leitungsapparat, der die Produktion des riesigen Landes leitete, und wären die Betriebsleiter mit ihren liberalen Reformen durchgekommen, so wäre der allergrößte Teil dieses Apparats überflüssig geworden.

## Stalins Zwei-Fronten-Kampf

Stalin griff nicht nur die liberalen Bestrebungen der Betriebsleiter an, sondern auch den Bürokratismus der Wirtschaftsleiter des staatlichen Apparats, er führte durchaus einen Zwei-Fronten-Kampf.

So wandte er sich in den *Ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR* gegen „manche Genossen“, die der Meinung waren, „in Anbetracht

*der besonderen Rolle, die die Geschichte dem Sowjetstaat zugewiesen hat, könnten der Sowjetstaat, seine Führer die bestehenden Gesetze der politischen Ökonomie aufheben, könnten sie neue Gesetze 'aufstellen', neue Gesetze 'schaffen'. Diese Genossen irren sich gründlich.*" (SW 15, S. 293 f.) Stalin wandte sich also gegen den Voluntarismus, gegen die Auffassung, die Sowjetmacht könne unabhängig von objektiv wirkenden Gesetzen alles erreichen, was sie wolle.

Was aber war die klassenmäßige Wurzel eines solchen Voluntarismus? Das dürfte die Arroganz der Spitzen des hierarchischen Leitungsapparats gewesen sein, die sich im Glanze ihrer eigenen vermeintlichen Allmacht sonnten, wobei diese Arroganz auch auf untere Glieder dieses Apparats ausgestrahlt haben dürfte, die sich darin sonnten, Teil dieses mächtigen Apparats zu sein und ihrerseits mit einer - wenn auch im Vergleich zu den Spitzen bescheidenen - Entscheidungskompetenz ausgestattet zu sein. Auch diese klassenmäßigen Kräfte wirkten - ebenso wie die Betriebsleiter, aber von einer anderen Warte aus und auf andere Weise - der Orientierung der Produktion an den gesellschaftlichen Interessen entgegen, auch sie erhoben die Fahne der „Akkumulation um der Akkumulation willen“. Aus ihrer Sicht war der Zweck der Produktion zwar nicht der einzelbetriebliche Gewinn, wohl aber die „Erfüllung des Plans“ an sich in ihrem Bereich, und sei diese „Erfüllung“ auch noch so formal oder gar durch Beschönigung der Fakten „erreicht“. Denn zum einen hing an ihr persönliches Ansehen, ihre Privilegien und ihre Karriere weitgehend davon ab, ob dem Bereich, für den sie zuständig waren, „Planerfüllung“ bescheinigt wurde, zum anderen berauschten sie sich gerne am „Ruhm“ und „Glanz“ der „allmächtigen“ Sowjetmacht, worunter diese Leute aber nicht die Macht der Arbeiterklasse, sondern den Apparat verstanden. Auch sie verkörperten das Privatinteresse, das sich dem gesellschaftlichen Interesse entgegenstellte, im Gegensatz zu den Betriebsleitern aber in maskierter Form, da die Existenz dieser Schicht die Illusion erforderte, diese Schicht diene dem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse bzw. der Arbeiterklasse (was sie zunächst im großen und ganzen auch getan hatte, aber das hatte sich nach und nach geändert, und irgendwann mußten die quantitativen Veränderungen in eine neue, konterrevolutionäre Qualität umschlagen, wenn das nicht durch revolutionäre Umwälzungen der Produktionsweise verhindert wurde).

Auf S. 57 haben wir ein Zitat aus dem Jahr 1931 angeführt (SW 13, S. 67 f.), in dem Stalin die Notwendigkeit der Einführung der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ begründete. *„Es ist Tatsache, daß man in einer Reihe von Betrieben und Wirtschaftsorganisationen schon längst aufgehört hat, zu berechnen, zu kalkulieren, fundierte Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben aufzustellen. Es ist Tatsache, daß in einer Reihe von Betrieben und Wirtschaftsorganisationen die Begriffe 'Sparsamkeitsregime', 'Herabsetzung der unproduktiven Ausgaben', 'Rationalisierung der Produktion' schon längst aus der Mode gekommen sind. Offenbar rechnen sie darauf, daß die Staatsbank 'uns sowieso die nötigen Summen*

geben wird'.“ Wir hatten dazu unter anderem gesagt: „Viele staatliche Wirtschaftsleiter hatten offenbar keine Achtung vor der Arbeit der Werktätigen. Man kann Material (also vergegenständlichte Arbeit) ruhig vergeuden, man braucht nicht sparsam damit umzugehen, denn 'die Staatsbank wird uns schon die nötigen Mittel zuweisen, egal, welchen Raubbau wir treiben'.“ Das System der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ sollte gegen solche Erscheinungen wirken, doch es konnte kein Allheilmittel sein. Es konnte und durfte ja keine vollständige Orientierung der Produktion an Wert und Gewinn sein, denn damit wäre der Keim der Vergesellschaftung, der gesellschaftlichen Leitung der Produktion, zunichte gemacht worden. So mußten z.B. auch Betriebe weitergeführt werden, die Verluste machten, und es mußten bewußte Entscheidungen gefällt werden, ob Verluste in einem bestimmten Bereich vermeidbar oder unvermeidbar waren. Beim Treffen dieser Entscheidungen kamen aber wiederum Interessen ins Spiel, es gab Seilschaften, oftmals wusch eine Hand die andere usw., und so wurde dem gesellschaftlichen Interesse entgegengewirkt, wurden gesellschaftliche Ressourcen verschleudert.

Stalin kämpfte daher nicht nur gegen Bestrebungen, Warenproduktion und Wirkungsbereich des Wertgesetzes auszuweiten, sondern auch gegen Auffassungen, man brauche das Wertgesetz nicht mehr zu berücksichtigen, Auffassungen, die wohl weniger dem Wunsch entsprungen waren, rasch zum Kommunismus voranzuschreiten, sondern die wohl eher der Selbstbespiegelung und Selbstbeweihräucherung „allmächtiger“ Planbürokraten geschuldet waren. (Übrigens soll unter sowjetischen Ökonomen bis 1941 das Dogma geherrscht haben, „daß unsere Ware keine Ware und unser Geld kein Geld sei und daß das Wertgesetz im Sozialismus überhaupt nicht wirke“, so Paschkow, *Ökonomische Probleme des Sozialismus*, a.a.O., S. 195. Auch bezüglich der Analyse der Wirkung des Wertgesetzes dürften also Stalins *Ökonomische Probleme*, bei allen aus heutiger Sicht feststellbaren Mängeln, seinerzeit eine wahre Revolution in der politischen Ökonomie des Sozialismus gewesen sein.)

Stalin erklärte: „Schlimm ist nicht, daß das Wertgesetz bei uns auf die Produktion einwirkt. Schlimm ist, daß unsere Wirtschaftler und Planer, mit wenigen Ausnahmen, die Wirkungen des Wertgesetzes schlecht kennen, sie nicht studieren, und es nicht verstehen, sie in ihren Berechnungen zu berücksichtigen. Daraus erklärt sich denn auch das Durcheinander, das bei uns immer noch in der Frage der Preispolitik herrscht.“ (SW 15, S. 311) Allerdings erkannte Stalin nicht, daß diese Mängel und Mißstände zum einen mit klassenmäßigen Interessen zusammenhingen, zum anderen damit, daß aufgrund des überbordenden formalen Zentralismus Zentralstellen viele Entscheidungen ohne die dafür erforderlichen Informationen treffen mußten.

Auch in der Frage der Veränderung der Produktionsverhältnisse führte Stalin einen Zwei-Fronten-Kampf, einerseits gegen die liberalen Reformer

und andererseits gegen die Staatsbürokraten. Er trat nicht nur dem Vorschlag entgegen, die Maschinen- und Traktorenstationen zu verstaatlichen und damit die Vergesellschaftung auf dem Lande zurückzunehmen, sondern er trat andererseits auch dem Vorschlag „mancher Genossen“ entgegen, die „glauben, man müsse das kollektivwirtschaftliche Eigentum einfach nationalisieren, es zum allgemeinen Volkseigentum erklären, ähnlich, wie es seinerzeit mit dem kapitalistischen Eigentum gemacht wurde.“ (SW 15, S. 377 f.) Stalin führte dagegen nicht nur an, daß dies von den Bauern als Enteignung aufgefaßt würde, sondern auch, daß die Verstaatlichung eben nur eine niedere Form der Vergesellschaftung ist, die beim Übergang zum Kommunismus entfallen wird: „Diese Genossen nehmen an, daß die Überführung des Eigentums einzelner Personen und Gruppen in staatliches Eigentum die einzige, jedenfalls aber die beste Form der Nationalisierung sei. Das stimmt nicht. In Wirklichkeit ist die Überführung in staatliches Eigentum nicht die einzige und nicht einmal die beste Form der Nationalisierung, sondern die Anfangsform der Nationalisierung, wie Engels im 'Anti-Dühring' ganz richtig sagt.“ (SW 15, S. 378)

Dies ist, nebenbei bemerkt, auch Karuscheit entgegenzuhalten, der Stalins *Ökonomischen Problemen* hinsichtlich der landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften folgende Zielsetzung unterstellt und sich zu eigen macht: „Es müsse eine Politik der allmählichen Umwandlung betrieben werden, um aus den Kolchosen Staatsbetriebe (...) zu machen.“ (Karuscheit, *Über die Klassenkämpfe zwischen Proletariat und Bauernschaft...*, in: Aufsätze zur Diskussion 62, April 1996, S. 51) In Wirklichkeit trat Stalin genau dieser Zielsetzung **entgegen**, wie soeben gezeigt. Karuscheit unterstellt Stalin hier nicht nur das Gegenteil von dem, was er wirklich sagte, Karuscheit teilt auch die falsche Auffassung der von Stalin kritisierten Leute, die annahmen, „daß die Überführung des Eigentums einzelner Personen und Gruppen in staatliches Eigentum die einzige, jedenfalls aber die beste Form der Nationalisierung sei.“ Karuscheits offenkundiger Fehler resultiert aus seiner und Schröders Monomanie, jegliches Hindernis, das dem Sozialismus bzw. Kommunismus in der Sowjetunion entgegenstand, in der Bauernschaft zu sehen.

Wenn Stalin auch einen Zwei-Fronten-Kampf gegen liberale Betriebsleiter und Staatsbürokraten führte, so lag der Schwerpunkt eindeutig im Kampf gegen die liberalen Bestrebungen der Betriebsleiter. Diese Schwerpunktsetzung drückte sich z.B. darin aus, daß Stalin konkrete Vorschläge zur weiteren Einschränkung von Ware-Geld-Beziehungen machte, aber keine konkreten Vorschläge zum Abbau der Staatlichkeit bezüglich der Wirtschaftsleitung, sondern davon nur im allgemein theoretischen Sinne sprach. Diese Schwerpunktsetzung beruhte darauf, daß von den liberalen Bestrebungen der Betriebsleiter damals die Hauptgefahr oder jedenfalls die offensichtlichere Gefahr für den Sozialismus ausging.

## Die Interessen der Bürokraten

Warum aber war das so? War nicht - abgesehen von der revolutionären Arbeiterklasse - auch das Eigeninteresse der Staatsbürokraten ein Bollwerk gegen liberale Wirtschaftsreformen? Immerhin sagten wir oben, daß die Staatsbürokraten befürchten mußten, durch derartige Reformen überflüssig zu werden, ihre Macht und ihre Privilegien einzubüßen.

Das trifft auch zu, jedoch war zu diesem Zeitpunkt die **gesamte** leitende Schicht (von einzelnen wirklichen Kommunisten abgesehen) - so inhomogen diese Schicht auch war - daran interessiert, die Diktatur des Proletariats endgültig zu zerschlagen und sich selbst als neue herrschende Klasse zu konstituieren. Und aus verschiedenen Gründen fiel dabei der liberalen Strömung, die sich um die Betriebsleiter grupperte, die Rolle der Speerspitze zu, wenn auch nur vorübergehend.

Innerhalb des staatlichen Planungs- und Leitungsapparats hatte das (maschierte) Privatinteresse noch nicht absolut werden können, hatte es das Interesse der Arbeiterklasse noch nicht vollends abstreifen können. Noch existierte die Diktatur des Proletariats, wenn sie auch enorm geschwächt war. Stalin, der nach wie vor in den großen Fragen letztlich die Entscheidungen traf, übte Druck auf den staatlichen Leitungsapparat aus und zwang die Bürokraten in vieler Hinsicht, im Interesse der Arbeiterklasse zu agieren, und sei es auch noch so widerwillig. Man muß zwar davon ausgehen, daß letztere immer mehr Möglichkeiten fanden, sich den betreffenden Direktiven und Zielsetzungen zu widersetzen, aber eben nicht immer und nicht durchgängig. Es wird ein eigenartiger Schwebezustand gewesen sein, und diesen Schwebezustand wollte die leitende Schicht in ihrem Sinne beenden, und zwar nicht nur die Strömung um die liberalen Betriebsleiter, sondern auch die Bürokraten in Staat und Partei. Gerade diejenigen an der Spitze der Partei mußten Stalin als Bedrohung empfinden, wie Chruschtschows schon angeführte Bemerkung zeigt, Bulganin habe einmal zu ihm gesagt, wenn man zu Stalin gerufen worden sei, habe man nie gewußt, ob es danach wieder nach Hause oder ins Gefängnis gehe. Wenn unsere Vermutungen in Bezug auf Wosnessenski zutreffen, dann mußten diese Leute, wenn sie in zentraler Stellung grundlegend gegen die Arbeitermacht agierten, durchaus auch Schlimmeres als das Gefängnis befürchten. Von diesem Druck, der auf ihnen lastete, konnten sie sich nur dadurch befreien, daß sie - und sei es vorübergehend - die liberalen Bestrebungen der Betriebsleiter zu ihrer eigenen Sache machten. So wäre z.B. auch zu erklären, warum ausgerechnet Wosnessenski, der Chef des staatlichen Planungsapparats, offenbar Reformen vorschlug, die in letzter Konsequenz seine eigene Behörde überflüssig gemacht hätten.

Natürlich war es nicht Stalin allein, der die Diktatur des Proletariats noch am Leben erhielt. Wenn „oben“ ständig die Losung ausgegeben wurde, man müsse auch die Kontrolle von „unten“ verstärken (z.B. 19. Parteitag), dann war das zwar zu wenig, um die negative Entwicklung dauerhaft umzukehren, denn es fehlte an einer realen **Politik**, die auf die Entfaltung der Initiative von unten berechnet

war. Andererseits hatte das ständige Ausgeben derartiger Losungen mit Sicherheit durchaus gewisse Wirkungen, und zwar Wirkungen, die weder den Betriebsleitern noch den Staatsbürokraten in den Kram passen konnten. Sicherlich konnten sie vieles niederbügeln und paralisieren, aber eben nicht alles.

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum die Bürokraten des staatlichen Planungs- und Leitungsapparats gezwungen waren, sich vorübergehend an die liberalen Bestrebungen der Betriebsleiter anzuhängen. Je schwächer die Rolle der Arbeiterklasse wurde, desto formaler wurde der Zentralismus und desto krasser wurden die Mängel, die von der staatlichen Leitung ausgingen. Die revolutionäre Lösung, die Aktivität der Arbeiterklasse bei der Planung, Leitung und Kontrolle der Produktion zu heben, widersprach den Interessen dieser **beiden** Teile der leitenden Schicht. Und so drängte sich die liberale, konterrevolutionäre Lösung, den Zentralismus zugunsten größerer Kompetenzen der Betriebsleiter zurückzunehmen, auch dem bürokratischen Teil der leitenden Schicht auf.

Wir werden noch sehen, daß dies zunächst einmal der hauptsächlichliche Inhalt von Chruschtschows konterrevolutionärem Programm war, und auf Grundlage dieses Programms emanzipierte sich die leitende Schicht zur neuen herrschenden Klasse. Doch diese neue Klasse war ebenso inhomogen wie zuvor die Schicht, aus der sie entstanden war, und Chruschtschow stand vor der schwierigen Aufgabe, die Interessen der unterschiedlichen Bestandteile dieser Klasse gegeneinander auszubalancieren. Dieses objektive Problem dürfte der Schlüssel zur Erklärung vieler Schwankungen seiner Innen- und vermutlich auch seiner Außenpolitik sein, beispielsweise seiner Politik gegenüber dem titoistischen Jugoslawien. Nachdem der konterrevolutionäre Umsturz einmal vollzogen war, war die Partei- und Staatsbürokratie in der Lage, ihre spezifischen Interessen selbstbewußt gegenüber den liberalen Bestrebungen der Betriebsleiter zu verfechten und letztlich auch durchzusetzen, eine Entwicklung, die vermutlich bestimmend für den Sturz Chruschtschows und seine Ersetzung durch Breshnew war. Nun setzte man wieder viel mehr auf staatliche Leitung und weniger auf Eigenständigkeit der Betriebe. Bei oberflächlicher Betrachtung konnte so die Illusion entstehen, Breshnew habe in mancher Hinsicht an Stalin angesetzt, und diese Illusion wurde von interessierten Kräften millionenfach in die Welt posaunt, so daß es üblich wurde, alle Verbrechen der Breshnewschen Führung als „stalinistisch“ zu bezeichnen. Doch wir haben oben gesehen, **warum** Stalin die staatliche Leitung der Produktion verteidigt hatte: weil sie der Rohentwurf des Neuen war, der Keim des Kommunismus, der Anfang der Vergesellschaftung; er verteidigte sie als Brückenkopf, von dem aus die Arbeiterklasse - bei einer günstigeren Entwicklung - ihre führende Rolle hätte ausbauen können. Doch mit Chruschtschows Machtergreifung war die Herrschaft der Arbeiterklasse und die Orientierung am kommunistischen Ziel, nämlich der Abschaffung aller Klassenunterschiede, beseitigt, und nun hatte die staatliche Leitung keinerlei fortschrittlichen Inhalt mehr. Wir werden dies in der Folge sehen.

# 9. Sieg der Konterrevolution nach Stalins Tod

## Stalins Tod. Intrigen in der Parteiführung

Am 5. März 1953 starb Stalin. Einen Tag nach seinem Tod „wurde eilig eine gemeinsame Sitzung des Zentralkomitees der Partei, des Ministerrats und des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR einberufen. (...) die zahlreichen und einschneidenden Veränderungen, die tags darauf in der Presse bekanntgegeben wurden, zeigten, daß diese Dringlichkeitssitzung zu nichts anderem geführt hatte als ... zur Verteilung der Posten!“ (Enver Hoxha, Die Chruschtschowianer, a.a.O., S. 14) „Die Listen für diese Veränderungen waren schon beizeiten still und heimlich ausgearbeitet worden, und man wartete nur auf den Augenblick, bis man sie bekanntgeben konnte, um sowohl den einen als auch den anderen, sowohl diesen als auch jenen zufriedenzustellen... Innerhalb weniger Stunden können selbst an einem ganz normalen Arbeitstag unmöglich dermaßen einschneidende Beschlüsse gefaßt werden.“ (ebenda, S. 15)

Die „unanständige Eile“, mit der die sowjetische Führung „das Kapitel Stalin abschließen“ wollte, fiel nicht nur dem Kommunisten Enver Hoxha, sondern beispielsweise auch dem Anti-Kommunisten Leonhard auf: „Die offiziellen sowjetischen Rundfunksendungen standen ganz im Zeichen der Trauer um Stalin(...). Westlichen Korrespondenten, darunter Harrison Salisbury und Henry Shapiro, bot sich jedoch ein anderes Bild: Es hatte fast so ausgesehen, als ob die Führer des Kreml wünschten, daß Stalin so rasch wie möglich in Vergessenheit geriet. (...) Manche (aus der Bevölkerung, RM) empörten sich über die fast unanständige Eile, mit der die neue Führung sich schon in den ersten Tagen von Stalin zu distanzieren trachtete. Es fiel allgemein auf, daß Stalin nur drei Tage aufgebahrt lag und nicht sieben Tage wie seinerzeit Lenin.“ (Leonhard, Kreml ohne Stalin, a.a.O., S. 34)

Wir wollen am Rande noch eine andere Mitteilung Leonhards wiedergeben. Die letzten ausländischen Besucher, die Stalin empfangen habe, seien der Botschafter Argentiniens, Dr. Leopold Bravo, und der Botschafter Indiens, K.P.S. Menon, gewesen. „Wie Harrison Salisbury in seinem Buch 'Stalin's Russia and After' mitteilt, erklärten beide Botschafter später übereinstimmend, sie hätten keinerlei Anzeichen für eine drohende Erkrankung an Stalin bemerkt. Stalin sei in guter Stimmung gewesen und habe verschiedene Male gelacht und ge-



scherzt. Menon berichtet aber auch von einer eigentümlichen Beobachtung. Während des Gesprächs zeichnete Stalin ununterbrochen auf einem Blatt Papier. Das war eine alte Gewohnheit von ihm. Es fiel Menon jedoch auf, daß Stalin diesmal mit einem Rotstift ständig dasselbe zeichnete: Wölfe. Dann begann er auch über Wölfe zu sprechen. Russische Bauern, sagte er, wissen, wie man mit Wölfen umzugehen hat. Man hat sie zu vernichten. Aber die Wölfe, sagte Stalin, wissen das und benehmen sich entsprechend.“ (Leonhard, S. 32 f.) Derartige Berichte deuten darauf hin, daß ein heftiger Kampf in der sowjetischen Führung tobte und daß Stalin durchaus wußte, daß er gegen Feinde des Kommunismus zu kämpfen hatte. Der Hinweis beider Botschafter auf Stalins ausgezeichnete Gesundheit deutet zudem darauf hin, daß beide Zweifel an einem natürlichen Tod Stalins hatten, Zweifel, die im übrigen auch Enver Hoxha äußerte. (vgl. Enver Hoxha, Die Chruschtschowianer, S. 164) Und Georg von Rauch erklärt, es sei „nicht erwiesen“, daß Stalin mittels der Intrigue mit der angeblichen Ärzteverschwörung „durch die Beseitigung der führenden Kremlärzte seiner gewohnten medizinischen Betreuer beraubt werden sollte, um selbst zum Opfer neuer Komplotte zu werden“. (von Rauch, Geschichte der Sowjetunion, a.a.O., S. 494) von Rauch hält es folglich zumindest für nicht unwahrscheinlich. Erwiesen ist es sicher nicht, doch die schon angeführten Äußerungen von Stalins Tochter Swetlana Allilujewa legen es ebenfalls nahe. von Rauch hält es im übrigen für höchst wahrscheinlich, daß die Verhaftung der Ärzte von einem der kurz vorher ernannten Minister für Staatssicherheit, Ignatiew, ausgegangen war, einem Gegner Berijas, des Innenministers und Leiters der Staatssicherheit, der bald nach Stalins Tod ohne öffentliches Gerichtsverfahren erschossen wurde; der genaue Zeitpunkt ist nicht bekannt.

Berijas Sohn, Sergej Gegetschkori, behauptete in einem Spiegel-Interview, Berija sei zum Zeitpunkt des „Prozesses“ gegen ihn schon tot gewesen und von einem Doppelgänger gespielt worden, den man unmittelbar nach dem „Prozeß“ hingerichtet habe. (*Spiegel* 8/1996) Gegetschkori behauptete ferner, der damalige georgische Parteichef, Mirzschulawa, habe seinerzeit erzählt, vor dem ZK-Plenum im Juli 1953 habe Malenkow ihn zu sich bestellt und ihm eröffnet, „Berija sei tot, wenn ihm sein Leben lieb sei, solle er einen vorbereiteten Text im Plenum vortragen“ (*Spiegel*, ebenda). Dies mag abenteuerlich klingen, doch das Protokoll dieses ZK-Plenums wurde 1993 in deutscher Übersetzung veröffentlicht (Der Fall Berija, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1993, ISBN 3-7466-0207-6), und Tatsache ist, daß Mirzschulawa an einer Stelle ins Stocken geriet, sich an den Namen einer Person, mit der er angeblich telefoniert hatte, nicht mehr erinnern konnte; sofort wurde ihm dieser Name (Ordynzew) aus dem Präsidium des ZK-Plenums zugerufen. (vgl. Der Fall Berija, a.a.O., S. 247) Eine nicht uninteressante „Hilfestellung“...

Wie sich aus dem Protokoll des ZK-Plenums ergibt, waren sich alle übrigen Mitglieder der obersten Führung über die Beseitigung Berijas einig.

Welche politischen Widersprüche der Abrechnung mit Berija zugrundelagen, läßt sich nicht lückenlos aufklären. Jedenfalls war das ZK-Plenum, auf dem die Führungsspitze dem ZK die „Notwendigkeit“ der Beseitigung Berijas „erklärte“, eine einzige Farce. Um was es wirklich ging, kam auf dem Plenum nicht zur Sprache, doch lobten sich die Führer, insbesondere Malenkow, Chruschtschow, Molotow und Bulganin, gegenseitig, wie ein jeder zur „Entlarvung“ Berijas beigetragen habe. (vgl. z.B. ebenda S. 105 f.)

Liest man zwischen den Zeilen, so kommt bei aller zur Schau getragenen „Einigkeit“ durchaus auch schon zum

Ausdruck, daß weitere Machtkämpfe anstanden. So ließ sich Malenkow von Andrejew als „Nachfolger des Genossen Stalin“ feiern (ebenda S. 292), wurde aber offenbar genötigt, einen Sitzungstag später feierlich zu erklären: *„Niemand kann sich anmaßen, die Rolle eines Nachfolgers für sich in Anspruch zu nehmen, niemand kann, darf und möchte dies tun. Nachfolger des großen Stalin ist ein fest zusammengefügt, in sich geschlossenes Kollektiv von Parteiführern, die sich in den schwierigen Jahren des Kampfes um das Schicksal unserer Heimat, für das Glück der Völker der Sowjetunion bewährt haben, die im Kampf gegen die Feinde der Partei gestählt worden sind; erfahrene Kämpfer für die Sache des Kommunismus, befähigt, konsequent und entschlossen die von unserer Partei erarbeitete, auf den erfolgreichen Aufbau des Kommunismus gerichtete Politik zu verwirklichen.“* (ebenda S. 320) Und so weiter, und so weiter. In ihrer eigenen Lobpreisung, im Selbstlob der „ruhmreichen Parteiführung“ waren sie alle „groß“. Diese Führung verstand sich darauf, sich zu spreizen wie ein Pfau und sich selbst zu feiern, aber die Widersprüche innerhalb dieser „ruhmreichen Führung“ konnten auf dem Juli-Plenum offenbar nur noch mühsam unter dem Deckel gehalten werden.

Welche Rolle Berija auch immer gespielt haben mag, die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen waren absurd. Das ZK-Plenum, das so gut wie ausschließlich „die parteifeindliche Tätigkeit Berijas“ behandelte, war

eine einzige Schmierenkommödie, inszeniert von einigen „großen Führern“. So warf man Berija beispielsweise vor, er habe sich „mit Rancovic und Tito (...) *verschwören*“ wollen (ebenda S. 83); das warfen ihm eben diejenigen vor, die genau das später taten.

Damit soll nicht gesagt werden, daß Berija die Sache der Arbeiterklasse und des Kommunismus vertrat. Wir wissen es nicht, da die Hintergründe nicht nur dieses Vorgangs, sondern auch der nachfolgenden Machtkämpfe von der sowjetischen Führung unter dem Teppich gehalten wurden, so gut es ging. Will man ausgehend vom damaligen Tagesgeschehen den Faden der Entwicklung verfolgen, so kann man folglich nicht ganz ohne Spekulationen auskommen, sondern muß bis zu einem bestimmten Grad versuchen, wahrscheinlichere und weniger wahrscheinliche Spekulationen voneinander zu scheiden. Wir wollen hier aber mit möglichst wenig Spekulationen auskommen und uns lieber auf die grundlegenden klassenmäßigen Triebkräfte der Entwicklung konzentrieren.

Von Bedeutung ist, daß Malenkow auf diesem ZK-Plenum bereits begann, die Linie Stalins zu attackieren. Zunächst sprach er sich gegen den Personenkult aus. Das wäre an sich richtig gewesen; Stalin selbst war der Kult um seine Person aus guten Gründen zuwider. Doch Malenkows „Kampf gegen den Personenkult“ diente dem Ziel, Stalin (den er wie alle anderen zugleich noch als „großen Führer“ feierte) letztlich als Despoten darzustellen, dem niemand zu widersprechen gewagt habe. Malenkow: *„Nach dem (19., RM) Parteitag ist Genosse Stalin auf dem Plenum des ZK (...) erschienen und brachte die Genossen Molotow und Mikojan ohne jeglichen ersichtlichen Grund in politischen Mißkredit. War denn das Plenum des ZK, waren denn wir damit einverstanden? Nein. Aber wir haben alle geschwiegen. Warum? Weil wir den Personenkult bis zur Absurdität getrieben haben und völlige Kontrolllosigkeit eingetreten ist.“* (ebenda S. 317) Auch habe Stalin Vorschläge zur Besteuerung der Bauern gemacht, die die Kollektivwirtschaften ökonomisch ruiniert hätten. (ebenda) Und auch da haben *„wir alle (...) die himmelschreiende Ungerechtigkeit, ja die Gefährlichkeit dieser Maßnahme erkannt.“* Und haben auch da geschwiegen. Also „wir alle“, Malenkow, Chruschtschow, Molotow, Bulganin, Mikojan usw., „wir alle haben geschwiegen, obwohl wir wußten, daß Stalin unrecht hatte“. Und warum? *„Weil wir den Personenkult bis zur Absurdität getrieben haben.“* Eine famose Begründung.

Von entscheidender programmatischer Bedeutung aber waren Malenkows Angriffe auf Stalins Schrift *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, und zwar insbesondere auf Stalins Vorschläge, die Warenzirkulation nach und nach weiter einzuschränken. So hatte Stalin z.B. gesagt: *„Um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, muß man die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion aus dem System der Warenzirkulation herausziehen und in das System des Produktaustauschs (nämlich ohne Ware-Geld-Beziehungen, RM) zwischen der staatlichen Industrie und*

den Kollektivwirtschaften einbeziehen.“ (SW 15, S. 384) Malenkow erklärte dazu: „Oder nehmen wir den bekannten Vorschlag des Genossen Stalin zum Warenaustausch (...). Schon jetzt ist erkennbar, daß dieser Vorschlag ohne hinreichende Analyse und ökonomische Begründung gemacht wurde. Dieser Vorschlag kann, so er nicht korrigiert wird, zu einem Hindernis bei der Lösung der noch für viele Jahre **bedeutendsten Aufgabe der allseitigen Entfaltung des Warenaustausches** werden. Die Frage des Warenaustausches, der Fristen und Formen des **Übergangs zum Warenaustausch** ist ein komplexes und kompliziertes Problem, das die Interessen von Millionen Menschen, die Interessen unserer gesamten wirtschaftlichen Entwicklung tangiert, und es wäre erforderlich gewesen, dieses Problem gründlich abzuwägen und umfassend zu untersuchen, bevor man der Partei einen programmatischen Vorschlag unterbreitet.“ (Der Fall Berija, a.a.O., S. 318, Hervorhebung v. RM) Der zuletzt zitierte Satz erweckt den Eindruck, als unterscheide sich Malenkow von Stalin nur dadurch, daß er im Gegensatz zu Stalin die „Fristen und Formen des Übergangs zum Warenaustausch“ „gründlich abwägen und allseitig untersuchen“ wolle. Der Versuch, einen solchen Eindruck zu erwecken, war mehr als dreist, denn während Stalin die Warenproduktion nach und nach **abbauen** wollte, ging es Malenkow darum, sie **auszubauen**. Die „allseitige Entfaltung des Warenaustausches“ war laut Malenkow sogar die „**bedeutendste Aufgabe**“. Wie wir noch sehen werden, ging es dabei durchaus nicht nur um die Warenzirkulation zwischen Stadt und Land, sondern auch um den Ausbau von Ware-Geld-Beziehungen innerhalb des staatlichen Sektors.

Das war wie gesagt im Juli 1953, doch über einen derartigen ökonomischen Kurs muß sich die Führung bereits unmittelbar nach Stalins Tod einig gewesen sein. Laut Leonhard erschien bereits im Mai 1953 ein richtungsweisender Artikel der *Pravda*, der Stalins Schrift *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR* übergang. Kurz danach erschien ein Artikel, der die „*Unterschätzung des Handels*“ rügte. (Leonhard, S. 69) Damit kam bereits zum Ausdruck, daß die neue Führung in Abkehrung von Stalins Linie eine Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen anstrebte.

## Große Konsumversprechungen der neuen Führung

Mitte September 1953 wurde das sowjetische Handelsministerium in ein Ministerium für Innen- und eines für Außenhandel aufgeteilt, um zum Ausdruck zu bringen, daß der Warenzirkulation künftig größere Bedeutung innerhalb der Volkswirtschaft zukommen würde. Mikojan wurde Minister für Innenhandel. Wie gesagt: Laut Malenkow war Mikojan zusammen mit Molotow von Stalin „in politischen Mißkredit gebracht“ worden. Später, in seiner Geheimrede auf dem 20. Parteitag, fügte Chruschtschow dieser Darstellung Malenkows hinzu: „*Wenn Stalin noch einige Monate länger am Steuer*



*der Macht geblieben wäre, so wäre es nicht ausgeschlossen, daß die Genossen Molotow und Mikojan auf unserem Parteitag nicht mehr hätten reden können.“* (Die Geheimrede Chruschtschows, a.a.O., S. 81) Eben dieser Mikojan sollte nun als Innenhandels-Minister für die Ausweitung des Handels sorgen, der von Stalin angeblich so gröblich vernachlässigt worden war.

Im Oktober 1953 verkündete die Führung auf Vorschlag Mikojans Beschlüsse, die eine völlige Veränderung des zu Lebzeiten Stalins beschlossenen 5-Jahres-Planes (1950 - 1955) beinhalteten. Der Fünf-Jahres-Plan hatte bei Konfektionswaren eine Steigerung um 80 % (gegenüber 1950) vorgesehen, jetzt sollte die Steigerung innerhalb der 5 Planjahre 240 % betragen. Bei Fleisch wurde die geplante Steigerung von 90 % auf 230 % hochgesetzt, bei Butter von 70 % auf 190 %, bei Textilien von 70 % auf 180 %. Die Produktion von Industriewaren für den Bedarf der Bevölkerung sollte in den nächsten drei Jahren, also bis 1956, um fast 50 % steigen. (Leonhard, S. 74 f.)

Die Führung versprach also der Bevölkerung bezüglich der Steigerung des Konsums Wunderdinge; vermutlich fürchtete sie den Widerstand der Kommunisten gegen die Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen und wollte diesem Widerstand so entgegenwirken. Und noch eine andere Kröte sollten die revolutionären Kommunisten schlucken: Mikojan schlug den Import von Nahrungsmitteln und Konsumgütern aus dem Ausland vor. Dies bedeutete eine Schwächung der Wirtschaftsplanung, da die Sowjetmacht damit in weitaus höherem Grade von den Kräften des kapitalistischen Weltmarktes abhängig wurde. Auch hier schwenkten die Revisionisten demagogisch die Fahne, man müsse „die Bedürfnisse der Menschen befriedigen“.

Leonhard neigt dazu, Stalin zum Schuldigen auch für alles Schlechte zu erklären, was nach Stalins Tod geschah, doch nicht selten schimmert bei Leonhard unfreiwillig die Wahrheit durch. So erklärt er das Fiasko des „Neuen Kurses“, der der Bevölkerung eine gigantische Steigerung des Konsums versprochen hatte, unter anderem wie folgt: *„Schließlich konnte die Konsumgüterproduktion, vor allem die Nahrungsmittelproduktion, nur erhöht werden, wenn gleichzeitig die landwirtschaftliche Produktion stieg. Dazu brauchte die Landwirtschaft aber zusätzlich Maschinen, die nur von den Werken der Schwerindustrie hergestellt werden konnten.“* (Leonhard, S. 76) Sieh mal einer an! Doch wer hatte auf diesen Zusammenhang hingewiesen? Stalin. Eben jener Stalin, der nach Darstellung Malenkows ökonomische Vorschläge gemacht hatte, ohne sie gründlich abzuwägen.

Leonhard zufolge befand sich die Landwirtschaft bald *„in einer Situation, die nicht anders als katastrophal genannt werden kann“*. (S. 77) Das war vor allem Folge des „neuen Kurses“ der Führung. Von dem im Oktober 1953 mit großem Pomp verkündeten Konsumgüterprogramm war immer weniger zu hören. Im September 1954 erklärte Chruschtschow, daß der Schwerindustrie auch künftig der Vorrang in der Sowjetwirtschaft gebühre. Geschickt vestand es Chruschtschow, Malenkow zum alleinigen Sündenbock

für das wirtschaftliche Schlamassel zu machen, das die Führung angerichtet hatte. Die Rivalität zwischen den beiden hatte schon vorher bestanden: „Chruschtschow versetzte Malenkow einen Fußtritt, indem er ihm nur noch den Ministerpräsidentenposten beließ, und wurde im September 1953 selbst Erster Sekretär des Zentralkomitees.“ (Enver Hoxha, Die Chruschtschowianer, S. 32) Im Februar 1955 mußte Malenkow auch als Ministerpräsident zurücktreten. Besonders demagogisch war, daß Chruschtschow sich dabei in die Pose eines „Verteidigers der führenden Rolle der Partei“ warf. Das traf insoweit sogar zu, als Chruschtschow sich in besonderer Weise auf den Parteiapparat stützte, doch die Partei verwandelte sich in raschem Tempo von einer Partei der revolutionären Arbeiterklasse, die die Abschaffung sämtlicher Klassenunterschiede anstrebte, zur Partei einer neuen Klasse, die über die Arbeiterklasse herrschte.

Politische Meinungsverschiedenheiten zwischen Malenkow und Chruschtschow vermögen wir dabei zu diesem Zeitpunkt nicht zu erkennen. Wie wir sogleich sehen werden, verfolgte Chruschtschows Politik nach dem erzwungenen Rücktritt Malenkows die gleichen Ziele, die auch Malenkow vorher postuliert hatte: Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen. Aber indem Chruschtschow Malenkow als Sündenbock für das wirtschaftliche Fiasko schlachtete, förderte er zugleich seine eigene Karriere, und so schlug er zwei Fliegen mit einer Klappe.

## Chruschtschows Programm: Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen, Stärkung der Position der Betriebsleiter

Wie in Kapitel 8 gezeigt, mußte die leitende Schicht das bestehende Planungs- und Leitungssystem grundlegend verändern, um sich endgültig zur neuen herrschenden Klasse zu emanzipieren. Aus diesem Grunde waren auch die Bürokraten des entartenden Partei- und Staatsapparats gezwungen, sich bis zu einem gewisse Grade die Zielsetzungen der Betriebsleiter zu eigen zu machen, die eine Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen und eine entscheidende Schwächung der staatlichen Planung und Leitung anstrebten. Chruschtschow ging er mit aller Kraft an die Umsetzung dieses Programms.

Bereits im Frühjahr 1954 sprach er vor dem Obersten Sowjet ausgiebig über bürokratische Leitungsstrukturen in der Wirtschaft. So führte er das Beispiel einer Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen in Rjasan an, die von einem übergeordneten Wirtschaftsministerium pro Jahr ca. 2.500 detaillierte Anweisungen erhielt und deren Direktion allein im Jahr 1953 10.250 Schriftstücke an Organe der staatlichen Wirtschaftsleitung senden mußte. (Leonhard, S. 90) Chruschtschow kritisierte die Erscheinung, daß parallel wirkende Behörden eine unübersichtliche Fülle detaillierter Kennziffern festsetzten. Am 23. Oktober 1954 veröffentlichte das Regierungsorgan

*Iswestija* einen längeren Artikel mit dem Titel „Über den Formalismus und die Schädlichkeit der übermäßigen Zentralisierung“. Eine Woche später kündigte die *Pravda* Maßnahmen zur Verringerung des Zentralismus und zur Verkleinerung des staatlichen Planungs- und Leitungsapparats an. Im November 1954 berichtete Finanzminister Swerjew in der Parteizeitung *Kommunist*, die Zahl der im zentralen Apparat zur Leitung der Wirtschaft tätigen Personen sei gegenüber 1952 um 20,6 % zurückgegangen; allein aus dem Apparat des Finanzministeriums seien 34.000 Personen ausgeschieden, und im Zuge der Auflösung parallel wirkender Ämter und Behörden seien 200 Hauptverwaltungen und Verwaltungen sowie 4.500 verschiedene Ämter abgeschafft worden. Mehrere tausend Betriebe, die bis dahin den zentralen Behörden in Moskau unterstanden, sollten den einzelnen Unionsrepubliken übergeben werden. Unter der Devise „Rückkehr zur unmittelbaren Produktion“ wurden Fachleute aus Verwaltungen in Produktionsbetriebe versetzt.

Uns braucht hier nicht zu interessieren, ob Chruschtschow die bürokratischen Mängel des formalen Zentralismus demagogisch überzeichnete. Er hätte Übertreibungen jedenfalls nicht nötig gehabt, denn dieser Mangel gab es genug. Wie wir schon mehrfach sagten, war der Abbau des überbordenden Zentralismus früher oder später unumgänglich, die Frage war nur, unter welchen Vorzeichen er reduziert werden sollte: So, daß die von ihrer Partei geführten revolutionären Arbeiter stärkeren Anteil an der gesellschaftlichen Planung und Leitung der Produktion nahmen, oder durch Ausbau der Ware-Geld-Beziehungen und durch Stärkung der Befugnisse der Betriebsleiter? Eine Vorentscheidung war bereits zwei Monate nach Stalins Tod, im Mai 1953, gefallen, als die *Pravda* die Ausweitung des Handels ankündigte und als Stalins *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR* in einem Grundsatzartikel totgeschwiegen wurden. Im April 1955 berief die Partei- und Staatsführung eine Konferenz der Konstrukteure, Technologen, Fabrikdirektoren und leitenden Ingenieure ein. Die höchsten Führer von Partei und Staat nahmen an dieser Tagung teil. Die Konferenz betonte unter anderem die Notwendigkeit, die Rechte der Betriebsdirektoren zu erweitern. Der Direktor der Ural-Maschinenfabrik, Glebowski, klagte auf der Tagung, die sowjetischen Betriebsleiter seien einer „kleinlichen Bevormundung“ ausgesetzt. Unter dem Beifall der Versammlung forderte Glebowski: „Es ist notwendig, kurzfristig ein Musterstatut für die Rechte der Betriebsdirektoren zu schaffen.“ (*Pravda* 20.5.1955, laut Leonhard S. 93). Leonhard findet es „bezeichnend für die Atmosphäre dieser Zeit, daß die literarische Zeitung *Nowy Mir*‘, Nr. 7/1955, ihren Bericht über die Tagung der Industriefunktionäre unter dem Titel *Die Herren unseres Landes* veröffentlichte.“ (Leonhard ebenda) Das war in der Tat bezeichnend. Die Zeitung meinte das ja nicht etwa als Kritik, sondern das sollte heißen: Die Betriebsleiter müssen jetzt endlich die Rolle einnehmen, die ihnen zusteht, nämlich die Rolle der Herren des Landes! Wenn eine sowjetische Zeitung so über eine Konferenz der

Betriebsleiter schreiben konnte, an der die obersten Führer von Partei und Staat teilgenommen hatten, dann ist dies ein Beweis, daß die Diktatur des Proletariats zu diesem Zeitpunkt beseitigt war, daß Partei und Staat ihren proletarischen Klassencharakter eingebüßt hatten. In der Tat war das der Geist, der 1968 in Prag herrschte. Während dieser Geist bzw. die ihn tragenden Verhältnisse in der CSSR aber durch sowjetische Panzer, also durch eine von außen wirkende Kraft, unterdrückt wurden, waren es in der Sowjetunion selbst innere Faktoren, die bewirkten, daß sich die Betriebsleiter nur vorübergehend als „die Herren des Landes“ feiern konnten. Darauf werden wir zurückkommen.

Mitte 1955 aber wehte dieser „Geist“ in der UdSSR sehr stark. Dies kam einen Monat nach der April-Konferenz auch in Chruschtschows Belgrad-Reise zum Ausdruck. Der Kampf gegen den Titoismus war bereits unmittelbar nach Stalins Tod stark eingeschränkt worden, obwohl Jugoslawien offenkundig ins imperialistische Lager übergegangen war. Da Chruschtschow und Konsorten aber eine massive Stärkung der Rolle der Betriebsleiter anstrebten, konnten sie kaum an der prinzipiellen marxistischen Kritik festhalten, die Stalin und das Kominform-Büro an der jugoslawischen Theorie und Praxis der „Selbstverwaltung“ geübt hatten, einer Theorie und Praxis, die zum Kapitalismus führte. Nun, bei seiner Belgrad-Reise im Mai 1955, erklärte Chruschtschow, das Material, das zur Verurteilung des Titoismus geführt habe, sei „von Feinden des Volkes, den verachtungswürdigen Agenten des Imperialismus, die sich durch Betrug in die Reihen unserer Partei eingeschlichen haben, fabriziert worden“. (Leonhard, S. 99) Er nannte unter anderem Berija. Eben denjenigen Berija, dem man noch auf dem ZK-Plenum im Juli 1953 vorgeworfen hatte, er hätte sich mit Tito verschworen. Jetzt war er am Bruch mit Tito „schuld“. Die Zeit war noch nicht reif, Stalin vor der Weltöffentlichkeit anzugreifen. Doch auf einer internen Konferenz am 3. Juni 1955 in Sofia, wohin er direkt von Belgrad aus gereist war, nahm Chruschtschow laut Leonhard vor 300 Angehörigen des bulgarischen Partei- und Staatsapparats einen großen Teil der Angriffe gegen Stalin vorweg, die er später auf dem 20. Parteitag der KPdSU vorbringen sollte. (Leonhard, S. 100) Als „besonders grauenvolles Beispiel der Stalin-Praxis“ soll Chruschtschow die Erschießung Wosnessenskis angeführt haben. (vgl. ebenda) Später, auf seinem Geheimbericht auf dem 20. Parteitag, wiederholte Chruschtschow sein Lamento über das „traurige Schicksal“ Wosnessenskis, „der den Repressalien Stalins zum Opfer fiel“. (Die Geheimrede Chruschtschows, a.a.O., S. 80) Dies stützt zusätzlich unsere Vermutung, daß Wosnessenksi eine bedeutende Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen und eine bedeutende Stärkung der Stellung der Betriebsleiter angestrebt hatte, eine Wirtschaftspolitik, die Chruschtschow nun selbst verfolgte und mit der er seinem neuen Freund Tito nacheiferte.

An dieser Stelle soll nicht verschwiegen werden, daß die Kämpfe, die zur Absetzung und Hinrichtung Wosnessenskis geführt hatten, von man-



chen Beobachtern auch anders gedeutet wurden. Laut Georg von Rauch war Wosnessenksi 1949 Voluntarismus und Subjektivismus vorgeworfen worden; das ZK der KPdSU habe ihm entgegengehalten, der Staat könne die objektiv wirkenden ökonomischen Gesetze nicht willkürlich umgestalten. (von Rauch, a.a.O., S. 489) Träfe dies zu, so hätte Wosnessenksi nicht die Sache der Betriebsleiter, sondern vielmehr die Sache der sich im Glanze ihrer vermeintlichen Allmacht sonnenden staatlichen Planungsbürokraten vertreten. Dann ließe sich aber kaum erklären, warum Chruschtschow Mitte 1955 die Hinrichtung Wosnessenksis als „besonders grauenvolles Beispiel für Stalins Verbrechen“ anführte. Möglich wäre zwar, daß Wosnessenksi abwechselnd mal die bürokratische und mal die liberale Fahne geschwenkt hatte. Wahrscheinlicher erscheint uns aber, daß von Rauch hier irrt. Chruschtschow brauchte zu diesem Zeitpunkt „Stalin-Opfer“, die in wirtschaftlicher Hinsicht eindeutig eine liberale, in Richtung Selbstverwaltung weisende Zielrichtung verfolgt hatten.

Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht noch eine andere, von Leonhard wiedergegebene Äußerung, die Chruschtschow über die Hinrichtung Wosnessenksis gemacht haben soll, und zwar im Juni 1955 in Sofia: *„Laut Chruschtschow kam Wosnessenksi damals (nämlich 1949, RM) zu Chruschtschow, Malenkow und Molotow und erklärte, er habe eine lange Besprechung mit Stalin gehabt und dabei seinen Entwurf für den neuen Fünfjahrplan dargelegt. Darin hatte er gewisse Lockerungen der überzentralisierten Planung und bestimmte Maßnahmen im NÖP-Stil vorgeschlagen, um die Wirtschaft wiederaufzubauen. Stalin hatte dazu gesagt: 'Sie versuchen, den Kapitalismus in Rußland wiederherzustellen.' 'Das', sagte Chruschtschow, 'war genug, um beim Genossen Wosnessenksi ernste Besorgnis zu erwecken. Er kam zu uns mit der Bitte, bei Stalin zu vermitteln. Wir drei baten Stalin um eine Unterredung und wurden mittags bei ihm empfangen. Wir erklärten, daß wir die von Wosnessenksi vorgeschlagenen Maßnahmen gesehen hätten und sie befürworteten.' Stalin hörte uns an und sagte: 'Bevor Sie weiterreden, sollten Sie wissen, daß Wosnessenksi heute früh erschossen wurde.' So war die Situation. Was konnte man da machen? Ein Mann ist bereit, ein Märtyrer zu sein, aber welchen Sinn hatte es, wie ein Hund im Straßengraben zu krepieren? Es gab nichts, was wir tun konnten, solange Stalin noch lebte.“* (Chruschtschow laut Leonhard, S. 192)

Die Behauptung Chruschtschows, Wosnessenksi sei unmittelbar nach seiner Absetzung erschossen worden, ist aller Wahrscheinlichkeit nach eine Lüge. (Sie widerspricht z.B. auch Chruschtschows Darstellung in seinen Memoiren: Chruschtschow erinnert sich, a.a.O., S. 231) Bemerkenswert aber ist etwas anderes an dieser Darstellung: Wosnessenksi soll zum einen „gewisse Lockerungen der überzentralisierten Planung“ vorgeschlagen haben. Das wäre für sich nicht unvernünftig gewesen. Er soll aber zum andern hierzu „Maßnahmen im NÖP-Stil“ vorgeschlagen haben. Die Entwicklung sollte demnach in die Richtung gehen, daß die staatlichen Betriebe mehr oder weniger auf eigene Rech-

nung wirtschafteten. Wenn Stalin hierzu sagte, Wosnessenki wolle den Kapitalismus wiederherstellen, dann hatte er damit zweifellos recht. Und wenn das alles stimmt, dann ist es mehr als bezeichnend, daß Chruschtschow, Malenkov und Molotow die Vorschläge Wosnessenskis befürworteten. Bezeichnend ist auch das Eingeständnis, daß man einen solchen Kurs nicht durchsetzen konnte, „solange Stalin noch lebte“. Man brauchte also seinen Tod, um das gewünschte „Reform-Programm“ durchführen zu können.

Unserer Meinung nach spricht auch alles dafür, daß der spätere Kampf zwischen Chruschtschow einerseits und Malenkov und Molotow andererseits keine **prinzipiellen** politischen Meinungsverschiedenheiten zum Gegenstand hatte, sondern nur solche, die Widersprüche **innerhalb** der neuen herrschenden Klasse widerspiegelten. Dies trifft z.B. auch in Bezug auf Molotows Kritik an Chruschtschows „weicher Haltung“ gegenüber Jugoslawien zu. Chruschtschow selbst hatte kein Problem, nahtlos zu einer „harten Haltung“ überzugehen, sobald es ihm opportun erschien: So erklärte Chruschtschow 1958, die Kominform-Resolution von 1948 gegen den Titoismus habe „eine gerechte Kritik der Tätigkeit der KPJ“ enthalten. (Leonhard, S. 331) Es handelt sich um eben diejenige Verurteilung des Titoismus, von der Chruschtschow 1955 behauptete, sie sei aufgrund von „Material“ zustande gekommen, das „eingeschlichene Agenten des Imperialismus“ zusammengefälscht hätten. Wir werden noch sehen, daß es wiederum vorwiegend innenpolitische Gründe - letztlich eine erneute Kräfteverschiebung zwischen den Staatsbürokraten und den Betriebsleitern - waren, die Chruschtschow auch zu dieser Wendung veranlaßten. Wie wir schon sagten, stand Chruschtschow vor der schwierigen Aufgabe, die Interessen der verschiedenen Teile der höchst inhomogenen neuen herrschenden Klasse gegeneinander auszubalancieren; die Schwankungen seiner Politik waren im wesentlichen von deren wechselndem Kräfteverhältnis bestimmt.

Völlig frei waren er und seine „Genossen“ allerdings von jeglichem Versuch, sich in irgendeiner Weise an marxistisch-leninistischen Grundsätzen zu orientieren. Bezeichnend ist diesbezüglich z.B. eine kleine Episode, die Karl Schirdewan, damaliges Mitglied des Politbüros der SED und heutiges PDS-Mitglied, kürzlich ausplauderte, um seine eigene sozialdemokratische Haltung ins rechte Licht zu rücken. Schirdewan berichtet von einem Gespräch, das er 1954 mit Mikojan, einem der treuesten Gefolgsleute Chruschtschows, hatte. Schirdewan zufolge fragte Mikojan ihn damals, warum in der DDR nicht mehr Schriften von Kautsky gedruckt würden. „Mikojan meinte daraufhin, daß über die Debatte zwischen Lenin und Kautsky neu nachgedacht werden müsse. Lenin ging davon aus, daß das schwächste Glied in der Kette des Kapitalismus zerbrochen werden müsse und in dieser historischen Situation der Aufstand zu wagen ist, die revolutionäre Phase der Umwälzung der Gesellschaft begonnen werden kann. Kautsky nimmt demgegenüber die Position ein,

daß nur in einem hochindustrialisierten Lande eine erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus möglich ist, wenn vorher eine Mehrheit der Bevölkerung für einen Übergang zum Sozialismus sei. Wem gibt die Geschichte nun recht? (...) Ich verstand Mikojan sehr wohl, denn meine Überlegungen gingen ja (...) in die gleiche Richtung.“ (Schirdewan, *Aufstand gegen Ulbricht*, a.a.O., S. 68 f.) Das war deutlich: Mikojan zufolge gibt die Geschichte Kautsky gegen Lenin recht! Nachdem Chruschtschow und Konsorten also den Sozialismus erfolgreich zu Grabe getragen hatten, erfreuten sie sich offenbar in insider-Gesprächen an der „Theorie“, der Sozialismus sei in einem rückständigen Land wie Rußland nicht möglich gewesen, die Sozialdemokratie sei „historisch“ gegenüber Lenin „im Recht“ gewesen. Wen wundert es, daß Chruschtschow zu diesem Zeitpunkt Tito nacheiferte!

Mitte 1955 gingen die Dinge Schlag auf Schlag. Im Juli fand ein ZK-Plenum statt, auf dem Bulganin forderte: *„Im Interesse der Verantwortung für den Betrieb und der raschen und operativen Lösung dringender wirtschaftlicher Probleme darf die Initiative der Betriebsdirektoren nicht mehr länger gelähmt werden. Der Betriebsleiter als unmittelbarer Kommandeur der Produktion muß über große Rechte verfügen, um die Arbeit auf Grund einer strengen wirtschaftlichen Rechnungsführung leiten und für die rationelle Ausnutzung aller ihm unterstellten Ressourcen die volle Verantwortung tragen zu können.“* (Leonhard, S. 104 f.) Am 9. August fand diese Forderung ihren Niederschlag in einem „Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Erweiterung der Rechte der Betriebsdirektoren“. Die Betriebsdirektoren erhielten mit gewissen Einschränkungen das Recht, die Quartalspläne entsprechend den eigenen Bedingungen zu verändern, außerplanmäßige Aufträge anzunehmen und, sofern keine Festpreise festgesetzt wurden, auch Preise und Tarife für bestimmte Aufträge festzusetzen. Die Betriebsdirektoren durften über die Betriebsmittel für Wiederherstellungs- und Erweiterungsbauten nach eigenem Ermessen entscheiden, selbständig Baumaterial von der örtlichen Industrie beschaffen, Projekte bestätigen und, falls notwendig, verändern. Im Rahmen der bestehenden Anordnungen wurde ihnen gestattet, die Löhne für einzelne Kategorien selbst festzulegen und in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften das Lohnsystem den Bedürfnissen des Betriebes anzupassen. Damit waren die Weichen erst einmal in Richtung „Selbstverwaltung“ à la Jugoslawien oder Prag 1968 und damit unmittelbar in Richtung Kapitalismus gestellt.

Zugleich erklärte Bulganin, die Gewerkschaften müßten sich stärker *„mit den Nöten und Ansprüchen der Belegschaften auseinandersetzen ... Funktionäre, die die Sorgen und Nöte der Arbeiter mißachten und nicht mit den Stimmungen der einfachen Arbeiter rechnen, muß man als Bürokraten zur Verantwortung ziehen.“* (Leonhard, S. 105). Entsprechende Diskussionen wurden offenbar auf dem Juli-Plenum des ZK geführt. Es sei ein schwerer Fehler, wurde dort

argumentiert, wenn die Gewerkschaften *„sich mit jeder Handlung der Wirtschaftsführung einverstanden erklären, weil es sich bei den Betrieben um Staatsbetriebe handelt. Eine solche Vorstellung wäre nur den Bürokraten nützlich“*. (ebenda) Das klingt zwar gut, aber nur bei oberflächlicher Betrachtung. In Wirklichkeit waren derartige Töne Bestandteil des damaligen Bestrebens der Chruschtschow-Gruppe, das Schiff in Richtung „Selbstverwaltung“ zu steuern. Schanzte man nämlich den Betriebsleitern das Recht zu, über „ihre“ Betriebe letztlich wie Privateigentümer im Kapitalismus zu verfügen, so kann man den kümmerlichen Anschein des Sozialismus nur dann aufrechterhalten, wenn man in irgendeiner Form „Arbeiterkollektiven Rechte zubilligt“. Das ist auch unschädlich, denn das spontan wirkende Wertgesetz, dessen Einschränkungen mit derartigen Veränderungen weitgehend entfallen, wird schon dafür sorgen, daß die zersplitterten Belegschaften der einzelnen Betriebe sich vor den Karren der jeweiligen Betriebsleiter spannen lassen. (siehe Kapitel 7 ) Die Arbeiter werden auf diese Weise zu einer Reserve der Betriebsleiter im Kampf gegen die Bürokraten des staatlichen Planungs- und Leitungsapparats.

Wie schon gesagt, sollte sich der Wind aber später drehen. Geänderte Kräfteverhältnisse innerhalb der neuen herrschenden Klasse veranlaßten Chruschtschow später zu einer Kurskorrektur, bei der etliche seiner damaligen Parteigänger geopfert wurden. Diesen Entwicklungen werden wir uns in Kapitel 13 zuwenden.

## 10. Der 20. Parteitag: Die neue Klasse feiert ihren Sieg

Im Februar 1956 fand der 20. Parteitag der KPdSU statt. Enver Hoxha, der im Auftrag der Partei der Arbeit Albanien als Gast an diesem Parteitag teilnahm, schildert die dort herrschende Atmosphäre wie folgt:

*„Der opportunistische ‘neue Geist’, den Chruschtschow im Begriff war zu wecken und zu schüren, zeigte sich schon daran, wie dieser Parteitag organisiert war und ablief. Dieser liberale Geist drückte wie eine schwarze Wolke auf die ganze Atmosphäre, durchzog die sowjetische Presse und Propaganda in jenen Tagen, herrschte in den Sälen und Gängen des Parteitags, spiegelte sich auf den Gesichtern, in den Gesten und in den Worten der Menschen wider.*

Es fehlte die frühere Ernsthaftigkeit, wie sie eigentlich für ein so außerordentlich wichtiges Ereignis im Leben einer Partei und eines Landes kennzeichnend sein sollte. Auf dem Parteitag sprachen auch Parteilose. In den Pausen zwischen den Sitzungen spazierte Chruschtschow und Genossen lachend in den Sälen und Gängen umher, wobei sie um die Wette Anekdoten erzählten, Geistreicheleien austauschten, sich volkstümlich gaben und an den übervollen Tischen, die überall aufgestellt waren, Getränke in sich hineinstürzten.

*Mit all dem wollte Chruschtschow dem Eindruck nachhelfen, die ‘drückende Zeit’, die ‘Diktatur’, die ‘düstere Analyse’ der Dinge sei nun ein für allemal vorüber, und nun sei offiziell die ‘neue Zeit’ der ‘Demokratie’, der ‘Freiheit’, des ‘schöpferischen Herangehens’ an die Ereignisse und Phänomene angebrochen, innerhalb wie außerhalb der Sowjetunion.“*

(Enver Hoxha, Die Chruschtschowianer, S. 199 f.)

Das einschneidendste Ereignis auf dem Parteitag war die Geheimrede Chruschtschows gegen Stalin unter dem Titel „Über den Personenkult und seine Folgen“. Zwar hatte der Personenkult um Stalin tatsächlich groteske Züge angenommen, doch Urheber dieses Kultes war keineswegs Stalin gewesen, wie Chruschtschow nun behauptete. Noch im Juli 1953 hatte Kaganowitsch auf dem ZK-Plenum gesagt: „Es stimmt, der Personenkult war eine Überspitzung, und Genosse Stalin selbst hat uns Vorwürfe deswegen gemacht (...).“ (Der Fall Berija, a.a.O., S. 152)

Wer also war der Urheber des Personenkults? Zum einen war der Personenkult Produkt der sozialökonomischen Verhältnisse, war er insbesondere folgenden Umständen geschuldet: Der Besonderheit, daß die Diktatur des Proletariats in einem bäuerlichen Land errichtet worden war und daß die neue Arbeiterklasse sich hauptsächlich aus der Bauernschaft rekrutiert

hatte sowie dem Umstand, daß die Diktatur des Proletariats nach und nach immer schwächer geworden war, daß die leitende Schicht immer stärker eigene Klasseninteressen herausgebildet hatte, daß zuletzt ein eigenartiger Schwebezustand zwischen dieser Schicht und der Arbeiterklasse bestanden hatte und die starke Stellung Stalins zuletzt entscheidend für das Schicksal der proletarischen Diktatur geworden war, sozusagen der seidene Faden war, an dem diese geschwächte Diktatur noch hing. Während die revisionistischen Führer aber untereinander bereits über die Erfolgsaussichten eines Attentats auf Stalin diskutierten (vgl. S. 48), schürten die gleichen Führer bewußt den Kult um Stalin, um damit ihre eigenen, dem Proletariat entgegengesetzten Klasseninteressen zu verbergen. Einer dieser Leute war Chruschtschow, und dieser konnte in puncto Schüren des Personenkults langjährige Erfahrungen aufweisen. So hatte er bereits in der Prawda vom 30. Januar 1937 in einem namentlich gezeichneten Artikel geschrieben, Stalin sei *„das Allerbeste, was die Menschheit besitzt. Denn Stalin ist die Hoffnung. Er ist die Erwartung. Er ist die Leuchtbake, die die ganze fortschrittliche Menschheit leitet. Stalin ist unsere Fahne. Stalin ist unser Wille. Stalin ist unser Sieg.“* (zitiert nach Holmberg, Friedliche Konterrevolution, a.a.O., Teil I, S. 34). Und zu Stalins 70. Geburtstag schrieb Chruschtschow in der Prawda in einem ebenfalls namentlich gezeichneten Artikel: *„Ehre unserem lieben Vater und weisen Führer, dem Genie und Führer... Genossen Stalin.“* (zitiert ebenda) Eben dieser Chruschtschow war es, der sich in der Geheimrede zum Richter über den angeblich von Stalin selbst organisierten Personenkult aufschwang.

Im Mittelpunkt von Chruschtschows Rede standen die angeblich von Stalin begangenen Verbrechen. Nun hatten viele der Beispiele, die Chruschtschow diesbezüglich anführte, wohl tatsächlich Verbrechen zum Gegenstand, doch wer war der Urheber dieser Verbrechen?

Bezeichnend ist, daß Chruschtschow die sogenannte Ärzteverschwörung als ein Beispiel anführte. Wir haben gesehen, daß Stalin keineswegs der Urheber dieser Intrige war, daß diese Intrige vermutlich ganz im Gegenteil **hauptsächlich gegen Stalin** gerichtet war. Laut Chruschtschow aber soll Stalin Ignatiev, dem Minister für Staatssicherheit, gedroht haben: *„Wenn Sie kein Geständnis der Ärzte erreichen, machen wir Sie um einen Kopf kürzer.“* Und dem Untersuchungsrichter soll er Anweisungen über die Untersuchungsmethoden gegeben haben; die Methoden bestanden angeblich gemäß der Anweisung Stalins *„nur in dem einen: schlagen, schlagen und noch einmal schlagen.“* (Die Geheimrede Chruschtschows, a.a.O., S. 63)

Kronzeuge für all dies war eben besagter Ignatiev, ein Günstling Chruschtschows. Und das Interessante hieran ist: Berija hatte am 7. April 1953 die Verhaftung Ignatievs sowie Riumins, des Stellvertreters Ignatievs, verlangt, und zwar mit der Begründung, daß diese die falschen Beschuldigungen gegen die Ärzte konstruiert hätten. (Holmberg, ebenda, S. 60)

Ignatiev, den Chruschtschow am 14. März 1953, also neun Tage nach Stalins Tod, als einen von fünf ZK-Sekretären in den innersten Führungszirkel gehievt hatte (vgl. Leonhard, S. 46), mußte daraufhin nach nur drei Wochen wieder gehen, und am 28. April wurde er aus dem ZK ausgeschlossen. Sein Stellvertreter Riumin wurde im Juni 1954 wegen dieser Sache hingerichtet (Leonhard S. 52; Holmberg, I. S. 60), doch Ignatiev kam dank Chruschtschows Protektion nicht nur mit dem Leben davon: Bereits das ZK-Plenum im Juli 1953, das der Abrechnung mit Berija diente, hob den Beschluß vom 28. April, der laut Chruschtschow „aufgrund einer Verleumdung zustande gekommen“ wäre, ohne Diskussion auf und holte Ignatiev ins ZK zurück. (Der Fall Berija, a.a.O., S. 311) Im März 1954 wurde Ignatiev Parteisekretär in Baschkirien (Leonhard S. 52), und nun, im Februar 1956, war er Delegierter des 20. Parteitags und diente Chruschtschow als Kronzeuge dafür, in welcher verbrecherischer Weise Stalin die Intrige gegen die Ärzte in Gang gesetzt haben soll. Ignatiev wurde erneut ins ZK gewählt. (Leonhard S. 174) All dies spricht bereits Bände über die Vorgehensweise Chruschtschows.

Wir haben in Kapitel 4 gesehen, daß bereits in den 30er Jahren die Fäulniserscheinungen innerhalb des Staatsapparats zugenommen hatten, daß Staatsorgane mißbraucht wurden, um in Verfolgung privater Interessen Verbrechen zu begehen. So nutzten feindliche Kräfte Säuberungen, um unter dem Vorwand, Feinde der Sowjetmacht zu bekämpfen, unschuldige Menschen und gute Revolutionäre hinzurichten. Einer dieser „hervorragenden Säuberer“ der 30er Jahre war Chruschtschow gewesen. So griff er im Juni 1935 „in der *Prawda* den alten georgischen Bolschewiken Abel Jenukidze an, weil er Stalins Einsatz für die Revolution nicht genug gepriesen habe. Einige Tage später beschloß das Plenum des Zentralkomitees nach dem Bericht eines persönlichen Freundes von Chruschtschow, Jeschow, der Chef der Geheimpolizei war, Jenukidze auszuschließen. Kurz darauf wurde er von einem geheimen Militärgericht wegen Hochverrat und Spionage zum Tode verurteilt. Die Rolle, die Chruschtschow in diesem Zusammenhang spielte, ist deutlich und klar. Nicht ganz so klar ist, welche Rolle er bei der Heraussäuberung der ZK-Mitglieder Pavel Postyschew und Kossior spielte. Aber eines ist gewiß: es war Chruschtschow, der, als Postyschew den Säuberungen zum Opfer fiel, dessen Position als Erster Sekretär der Partei in der Ukraine übernahm. Klar ist ebenfalls, daß es Chruschtschow war, der danach die Säuberungen in der Ukraine beschleunigte, die Postyschew zurückzuhalten versucht hatte.“ (Holmberg, I. S. 34)

Nun, auf dem 20. Parteitag, mußten Postyschew und Kossior, für deren Tod vermutlich Chruschtschow verantwortlich war, als weitere Beispiele der „Willkürherrschaft Stalins“ herhalten. Holmberg zufolge hatte übrigens Berija im April 1953 angefangen, Verbrechen aufzudecken, die während der von Chruschtschow geleiteten Säuberung in der Ukraine im Jahre 1938 begangen worden waren. Berija soll im Frühjahr 1953 auch damit begonnen haben, in mehreren Unionsrepubliken die Leiter der Geheim-



polizei abzusetzen, die Ignatiev dort eingesetzt hatte. (Holmberg, I. S. 60) Chruschtschow scheint also im Zugzwang gewesen zu sein: Schon um seine eigenen Verbrechen zu verdecken, mußte er nun Krokodilstränen über die Opfer weinen und Stalin sowie Berija und Abakumov beschuldigen, die sich alle nicht mehr zur Wehr setzen konnten, da sie tot waren. (Abakumov, jahrelanger Mitarbeiter Berijas und ehemaliger Minister für Staatssicherheit, war im Dezember 1954 mit der Begründung hingerichtet worden, er habe mit verbrecherischen Vernehmungsmethoden falsche Aussagen und Geständnisse erpreßt. Was immer es damit auf sich haben mag: Nachfolger Abakumovs als Minister für Staatssicherheit war einige Zeit vorher ausgerechnet ..... Ignatiev geworden!)

Der allergrößte Teil der damaligen Intrigen kann heute nicht mehr entwirrt und aufgedeckt werden, doch die Rolle Chruschtschows und die Funktion seiner Angriffe auf Stalin sind mehr als deutlich. Der 20. Parteitag war kein Machtwechsel; der Machtwechsel war bereits unmittelbar nach dem Tode Stalins erfolgt. Der 20. Parteitag war lediglich die Deklaration der Sieger, der neuen Klasse, die die Macht ergriffen hatte. Und da Stalin die entscheidende Hemmschwelle gewesen war, die die Machtergreifung dieser Klasse noch verhindert hatte, war die feierliche Verurteilung Stalins wesentlicher Bestandteil dieser Deklaration. Gewiß, neben den „Verbrechen“ Stalins wies Chruschtschow in einigen Nebensätzen auch auf dessen „Verdienste“ hin. Dies ließ sich kaum umgehen, konnte doch niemand leugnen, daß die Sowjetunion unter Führung Stalins stark und mächtig geworden war. Doch der **Klasseninhalt** von Stalins Tätigkeit mußte ohne Wenn und Aber verurteilt werden.

Bezeichnend für das Klima auf diesem Parteitag sind auch folgende von Leonhard mitgeteilte Einzelheiten:

*„Gelächter“ war die Reaktion (...), als Chruschtschow den langjährigen Chef der Privatkanzlei Stalins, General Poskrebyschew, als Stalins ‘getreuen Schildknappen’ charakterisierte; es war das befreiende Gelächter der führenden Männer des Sowjetstaates, die endlich die Privatkanzlei Stalins nicht mehr zu fürchten hatten.“* (Leonhard, S. 200)

*Als Chruschtschow am Ende seiner Geheimrede erklärte, man dürfe „diese Angelegenheit“ (die Verurteilung Stalins) nicht vor den Feinden breittreten, und er „denke, die Kongreßdelegierten werden alle diese Vorschläge verstehen und richtig beurteilen“, da „verzeichnete das Protokoll ‘tosenden Beifall’. Dieser Beifall war der Dank der Delegierten an Chruschtschow dafür, daß er ihnen so viel Vertrauen bewies, und er war zugleich Ausdruck für das stolze Zugehörigkeitsgefühl zur Elite des Sowjetstaates, die sich durch Chruschtschows Vertrauen über die gewöhnlichen Parteimitglieder erhoben fühlte. Diese Reaktion war ähnlich bezeichnend wie das Gelächter über den General Poskrebyschew, den sie früher alle fürchteten, der aber nun als ‘treuer Schildknappe Stalins’ eine lächerliche Figur geworden war.“*

(Leonhard, S. 201)

Leonhard versteht es hier sehr gut, psychische Erscheinungen politisch bzw. sozialökonomisch zu werten. Sein Klassenstandpunkt ist dem unse-

ren direkt entgegengesetzt: Er will den Sozialismus als unmenschlich abtun, doch was er hier beschreibt, ist nicht „der Sozialismus“, sondern sind die Intrigen der Revisionisten, die den Sozialismus zu Fall brachten. Diese Schilderung Leonhards bestätigt vollauf unsere Schlußfolgerungen, nämlich: Die leitende Schicht hatte bereits unter Stalin in hohem Maße eigene Klasseninteressen entwickelt, war jedoch von Stalin daran gehindert worden, sich zu einer neuen herrschenden Klasse zu emanzipieren. Diesen Schritt konnte sie nun, nach dem Tode Stalins, vollziehen.

Wir wollen an dieser Stelle eine Passage aus den Aufzeichnungen der politisch höchst naiven Swetlana Allilujewa, der Tochter Stalins, wiedergeben, die eine unserer Meinung nach psychologisch aufschlußreiche Schilderung der Reaktion der einfachen Menschen aus Stalins unmittelbarer Umgebung auf seinen Tod enthält:

„Die Dienerschaft, die Wache erschien zum letzten Gruß. Da zeigte sich, wo echtes Gefühl, aufrichtiger Schmerz vorhanden waren. Die Köche, die Chauffeure, die Telefonisten und Ordonnanzen der Wache, Aufwärter, Gärtner - sie alle traten leise ein, gingen schweigend an das Bett, und alle weinten.

Sie wischten sich wie Kinder ihre Tränen mit den Händen, den Ärmeln und den Taschentüchern ab. Viele bekamen Weinkrämpfe, und die Schwester, die selbst weinte, verabreichte ihnen Baldriantropfen. (...)

Alle diese Menschen, die beim Vater gedient hatten, liebten ihn. Er war im Umgang nicht launenhaft, im Gegenteil, er war im Verkehr mit der Dienerschaft anspruchslos, schlicht und freundlich gewesen, und wenn er jemanden ausschalt, dann nur die 'Oberen', die Generäle und die Kommandanten der Wache.

*Die Dienerschaft dagegen hatte sich nicht zu beklagen, weder über Sturheit noch über Grausamkeit. Oft baten ihn die Leute in irgendeiner Angelegenheit um Hilfe, und sie wurde ihnen nie versagt.“*

(Allilujewa, a.a.O., S. 27)

In gewisser Weise dürfte diese Schilderung die Stimmung im Lande nach Stalins Tod widerspiegeln. Gemessen daran, daß es sich um ein sozialistisches Land handelte, war die aktive Rolle der arbeitenden Menschen durch die leitende Schicht stark eingeschränkt. Dennoch wußten die arbeitenden Menschen, daß es an der Spitze der Partei und des Staates eine Macht gab, die die ihre war. Und viele Menschen fühlten wohl, daß es damit nach dem Tode Stalins zu Ende sein würde. Dieses traurige Gefühl war der direkte Gegenpol der ausgelassenen Fröhlichkeit, die sich auf dem 20. Parteitag breitmachte, als die Anwesenden sich als die Herren des Landes feierten.

Nebenbei: Varga führt ein bezeichnendes Beispiel an, was man sich fortan leisten konnte, wenn man zur Führungsgruppe dieser herrschenden Klasse gehörte. „G.F. Aleksandrov, Mitglied der Akademie des ZK, ehemaliger Leiter der Propagandaabteilung des ZK, Minister für Kultur, benutzte seine Amts-

gewalt dazu, um junge Mädchen, die in der ihm unterstellten Schule zu professionellen Tänzerinnen ausgebildet wurden, zu zwingen, vor ihm und seinen Spießgesellen auf einer Datscha, die einem 'Künstler' gehörte, **nackt zu tanzen!** Was noch, weiß ich nicht! An diesen Veranstaltungen nahmen teil: N.N. Satalin, ein Sekretär des ZK (!), zwei korrespondierende Mitglieder der Akademie. Wer noch, weiß ich nicht. Chruschtschow erfuhr die Sache, ließ die Vorgänge insgeheim fotografieren und stellte die Teilnehmer zur Rede. Was weiter? Der 'Künstler', Besitzer der Datscha, wurde zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt! Satalin verschwand sang- und klanglos: sein Name wurde niemals mehr in der Öffentlichkeit genannt: wo er ist, was er treibt, ist mir unbekannt. (In einer offenbar später angefügten Fußnote sagte Varga: „Ich erfuhr zufällig, daß er in einer Informationsabteilung des Gosplan in Moskau in aller Ruhe tätig ist.“) Aleksandrov mußte als Minister gehen, wurde aus dem ZK ausgeschlossen und nach Minsk versetzt - als **Direktor des Instituts der Philosophie** der Belorussischen Akademie der Wissenschaften! (ein schöner „Philosoph“! RM) Er blieb Mitglied der Akademie. Die zwei korrespondierenden Mitglieder ebenfalls! Das Prinzip in allen solchen Fällen war, daß man Kommunisten (schöne „Kommunisten“! RM) vor der Öffentlichkeit nicht bloßstellen dürfe ...“ (Varga, a.a.O., S. 140, Hervorhebungen von Varga)

Zurück zur Schilderung Leonhards. Chruschtschows Geheimnistuerei bezüglich seiner Rede auf dem Parteitag diente - wie Leonhard richtig hervorhebt - tatsächlich nur dem Zweck, den Delegierten zu schmeicheln, indem er ihnen das Gefühl vermittelte, daß sie einer Elite angehörten, der er „Geheiminformationen“ gab. An Geheimhaltung war Chruschtschow in Wirklichkeit keinen Deut interessiert. „Man hatte ihn (den sogenannten Geheimbericht, RM) allerdings schon vorher den jugoslawischen Führern zugesandt, und schon wenige Tage später geriet er als ein neues 'Geschenk' Chruschtschows und der Chruschtschowianer auch in die Hände der Bourgeoisie und der Reaktion.“ (Enver Hoxha, Die Chruschtschowianer, a.a.O., S. 201)

Aus deutscher Sicht ist noch interessant, wie Ulbricht sich verhielt, und zwar gerade auch deshalb, weil Gossweiler und manche andere heute bestrebt sind, Ulbricht als „Vorkämpfer gegen den Revisionismus“ zu verklären. In seiner ersten Rede nach dem 20. Parteitag sprach Ulbricht von einem „heilsamen Schock“. (Leonhard, S. 203) Im Neuen Deutschland vom 4.3.1956 bezeichnete Ulbricht den 20. Parteitag als „den bedeutendsten nach Lenins Tod“ (vgl. Medwedew und andere, Entstalinisierung, a.a.O., S. 9) Und Enver Hoxha berichtet über Ulbrichts Verhalten auf der Konferenz von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 in Moskau: „Als wir in Moskau die Chruschtschowianer angriffen, war er auf der Beratung und auch nachher einer von denen, die am blindwütigsten über uns herfielen. Er war der erste, der unsere Partei nach der Moskauer Beratung öffentlich angriff.“ (Enver Hoxha, Die Chruschtschowianer, S. 191 f.)

Die bittere Ironie der Geschichte sorgte dafür, daß ausgerechnet Chruschtschow, der Totengräber der Arbeitermacht, auf dem 20. Parteitag einige Maßnahmen verkünden konnte, die den unmittelbaren Druck auf die Arbeiter milderten. So wurde der Beschluß vom 26. Juni 1940 aufgehoben, daß die Arbeiter ihren Arbeitsplatz nicht verlassen durften und daß sie für eine Verspätung von mehr als 20 Minuten mit einer Erziehungsarbeit am Arbeitsplatz bis zu 6 Monaten bestraft wurden. (Leonhard, S. 152) Es war nicht das Verdienst Chruschtschows, daß man diese aus dem Kriegsnotstand geborene Maßnahme nun, nach dem Wiederaufbau der Wirtschaft, beenden konnte, doch es gab ihm die Möglichkeit, sich als arbeiterfreundlich aufzuspielen.

Weiter wurde die Arbeitszeit verkürzt, und die Unkündbarkeit des Arbeitsverhältnisses seitens der Arbeiter wurde aufgehoben. Es wurde eine zweiwöchige Kündigungsfrist eingeführt, und die Strafen gegen Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz ohne behördliche Genehmigung verlassen hatten, wurden aufgehoben. Die betreffenden Zwangsmaßnahmen waren, wie wir auf S. 34 gesehen haben, in den 30er Jahren eingeführt worden. Der Grund hatte in der gebieterischen Notwendigkeit bestanden, in Rekordzeit einen gewaltigen Schub der Industrialisierung zu erreichen und zu diesem Zweck auf die Masse der bäuerlich geprägten Arbeiter beträchtlichen Druck auszuüben. Der Erfolg war nicht ausgeblieben: Die Produktivkräfte waren in enormem Maße entwickelt worden, und nicht zuletzt war die Zahl der Arbeiter und Angestellten von 10,8 Millionen im Jahre 1928 auf 47,9 Millionen im Jahre 1955 gestiegen, die Zahl der technischen Spezialisten mit Hochschulbildung von 233.000 auf 2,2 Millionen innerhalb der gleichen Zeitspanne. (Leonhard, S. 14) Nun, nach der Beendigung des Krieges und dem Wiederaufbau der Wirtschaft, hätte die Arbeitermacht die Früchte ernten können, hätte sie auf der Basis der entwickelten Produktivkräfte die sozialistische Ordnung stärken und Schritte zum Kommunismus machen können, hätte sie insbesondere die Arbeiter in weitaus stärkerem Maße zur unmittelbaren Leitung der Produktion heranziehen können. Doch die Arbeitermacht war nun zerschlagen, und die neue herrschende Klasse konnte die Früchte all dieser Bemühungen nutzen, um den Arbeitern vorzuspiegeln, wie „gut die Führer es doch mit den Arbeitern meinten“. Aber die Orientierung auf eine klassenlose Gesellschaft, in der die vereinten Produzenten kollektiv die Produktion und alle gesellschaftlichen Angelegenheiten leiten, war beseitigt und durch die Diktatur einer neuen Ausbeuterklasse ersetzt, die allein über die Produktion und die Verteilung der Produkte bestimmte und sich das von der Arbeiterklasse geschaffene Mehrprodukt aneignete.

# 11. Warum verlor die Arbeiterklasse den Kampf um die Macht?

Diese konterrevolutionäre Entwicklung kann nicht begriffen werden, indem man sie zum Werk von Verrätern erklärt. Gewiß, vom Standpunkt der revolutionären Arbeiterklasse aus **waren** Chruschtschow und Konsorten Verräter, doch damit ist nicht erklärt, warum sie sich durchsetzen konnten. Ohne Zweifel wandte Chruschtschow verbrecherische Methoden an, doch diese Tatsache für sich allein genommen erklärt gar nichts. In seiner Schrift *Revolution und Konterrevolution in Deutschland* hatte Friedrich Engels geschrieben: „(...) wenn man aber nach den Ursachen der Erfolge der Konterrevolution forscht, so erhält man von allen Seiten die bequeme Antwort, Herr X oder Bürger Y habe das Volk 'verraten'. Diese Antwort mag zu treffen oder auch nicht, je nach den Umständen, aber unter keinen Umständen erklärt sie auch nur das Geringste, ja sie macht nicht einmal verständlich, wie es kam, daß das 'Volk' sich derart verraten ließ. Und wie jämmerlich sind die Aussichten einer politischen Partei, deren ganzes politisches Inventar in der Kenntnis der einen Tatsache besteht, daß dem Bürger Soundso nicht zu trauen ist.“ (MEW 8, S. 6) In der Tat: Erklärt man den Untergang des Sozialismus mit dem Verrat der Chruschtschow und Konsorten, so bleibt als Lehre für die Zukunft allein der trostreiche Ratschlag, man dürfe Verrätern eben nicht trauen, man müsse sie entlarven, unschädlich machen usw.

Warum also, so stellt sich die Frage, hat die sowjetische Arbeiterklasse die Macht verloren?

Die neue Ausbeuterklasse, die sich aus der leitenden Schicht herausentwickelt hatte, folgte ihren **Interessen**, und die Chruschtschow und Konsorten brachten als politische Führer dieser Schicht bzw. Klasse diese Interessen politisch zur Geltung, d.h. sie **kämpften um die Staatsmacht**, und sie gewannen diesen Kampf letztlich. (Daß sie dabei verbrecherische und intrigantenhafte Methoden anwandten, liegt wiederum nicht an einem ihnen angeborenen Charakter, sondern daran, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen den Kampf nur mit solchen Methoden gewinnen konnten - so leicht war es eben nicht, die Diktatur des Proletariats „friedlich“ aus den Angeln zu heben, und das wiederum war in hohem Maße auf das Wirken und auf die starke Stellung Stalins zurückzuführen.) Wir haben gesehen, daß die revolutionäre Arbeiterklasse in den 30er Jahren aufgrund der Rückständigkeit des Landes zu beträchtlichen Zugeständnissen gezwungen war,

daß sie der leitenden Schicht - die damals im großen und ganzen aus der Arbeiterklasse hervorging - beträchtliche Privilegien einräumen mußte. Das war ein Sozialismus unter besonderen, und zwar unter besonders ungünstigen Bedingungen. Allgemein gilt für den Sozialismus: Wenn es über kurz oder lang nicht gelingt, „die Arbeiterklasse als herrschende Klasse in allen Poren des Wirtschaftslebens zu befestigen“, so werden die Betriebsleiter und die Angestellten des staatlichen Planungs- und Leitungsapparats nach und nach eigene klassenmäßige Interessen herausentwickeln, die sich früher oder später gegen die Arbeiterklasse richten und dem Ziel der Beseitigung der Klassen zuwiderlaufen. Genau dies geschah, und diese Schicht wurde immer mächtiger. (Wie stark sie zum Zeitpunkt von Stalins Tod bereits war, zeigt die Tatsache, daß der innerste Führungskern sich zu diesem Zeitpunkt fast ausnahmslos über die konterrevolutionäre Ausrichtung einig war.) Stalin bekämpfte die klassenmäßigen Zielsetzungen dieser Schicht, doch diese Schicht und deren Klasseninteresse war letztlich stärker. Um das Kräfteverhältnis grundlegend zu ändern, hätten die Produktionsverhältnisse dergestalt geändert werden müssen, daß die Arbeiterklasse in stärkerem Maße unmittelbar kontrolliert und leitet, doch das bestehende Planungs- und Leitungssystem, das in den 30er Jahren eingerichtet worden war und damals im großen und ganzen so eingerichtet werden **mußte**, erschwerte gerade das ungeheuerlich, und die subjektiven Bestrebungen der leitenden Schicht waren vor allem darauf gerichtet, gerade das zu verhindern.

Bedeutet dies, daß der Sozialismus unter den materiellen Bedingungen der Sowjetunion gar nicht behauptet werden konnte, daß die Machtergreifung der Arbeiterklasse im Oktober 1917 also von vornherein ein totgeborenes Kind war? Nein. Es war ein kompliziertes Geflecht objektiver und subjektiver sowie innerer und äußerer Faktoren, deren Zusammenwirken letztlich das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution bestimmte und damit den Ausgang des Kampfes entschied. Nur Spießherren und Pedanten können glauben, derartiges lasse sich im voraus lückenlos berechnen und man solle einen Kampf nur dann beginnen, wenn der Sieg von vornherein mit Brief und Siegel verbürgt sei. (Dann könnte man niemals kämpfen!) Beispielsweise wären die Kampfbedingungen anders gewesen, wenn die Atempause bis zum Krieg etwas größer gewesen wäre. Selbst im Nachhinein lassen sich die Wirkungen dieser und jener Faktoren nicht mit absoluter Genauigkeit bestimmen, doch der sozialökonomische bzw. klassenmäßige Inhalt des Geschehens läßt sich im Nachhinein sehr viel leichter bestimmen als inmitten des Kampfes.

Wir wenden uns gegen eine subjektivistische Betrachtung, die mit dem Aussprechen des Wortes „Verrat“ alles für geklärt hält, zugleich aber wenden wir uns gegen eine objektivistische Betrachtung, die erklärt, alles habe eben so kommen **müssen**, wie es gekommen ist, und zwar eben deshalb, weil es so gekommen **ist**. Eine solche Auffassung leugnet die Bedeutung

der subjektiven Anstrengungen der beteiligten Klassenkräfte und Individuen. Wenn das so wäre, dann wären alle Anstrengungen, aus der Geschichte zu lernen, gegenstandslos, weil demzufolge ohnehin alles so kommen muß, wie es eben kommt. Doch so ist es nicht, bei einem zweiten Anlauf kann man aus den Fehlern und Unzulänglichkeiten des ersten lernen. Eine solche objektivistische Haltung beschönigt insbesondere auch die revisionistischen, konterrevolutionären, nach rückwärts gerichteten Kräfte.

Letzteres tut z.B. Karuscheit, wenn er Chruschtschow bescheinigt, dieser habe sich subjektiv „als Marxist-Leninist“ gefühlt, „der das Land dem Kommunismus entgegenführte“. (Karuscheit/Schröder, Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus, a.a.O., S. 268) Es ist zwar gut vorstellbar, daß Chruschtschow in einem solchen Sinne an einen „Kommunismus“ glaubte, daß er meinte, es gebe irgendeine Weltschematik, die bewirke, daß die Sowjetunion so oder so dem Westen überlegen sei. Das Wirken einer solchen Weltschematik hätte ihm sicher gefallen. Auch mag er geglaubt haben, eine solche Weltschematik werde bald bewirken, daß genug Gulasch für alle da sei. Ein solcher Glaube wäre ebenfalls durchaus angenehm für ihn und seinesgleichen gewesen, denn dann wäre „dem gemeinen Volk erst einmal des Maul gestopft“ gewesen, und „das Volk“ hätte die „weisen Führer“ bei ihrem Schalten und Walten nicht gestört. Doch die Frage, welche ideologischen Vorstellungen diese Leute hatten, ist nicht wichtig. Sicher ist, daß sie gezielt, bewußt und mit aller Kraft **jegliche** Entwicklung zur Beseitigung der Klassenunterschiede abgebrochen hatten, daß sie die Macht ihrer Klasse über die Arbeiterklasse befestigt hatten. Das war ihr Klasseninteresse, und so handelten sie. Deshalb waren sie Antikommunisten, handelten und dachten sie als Antikommunisten.

*Zur Zeit Stalins entwickelte sich die sowjetische Landwirtschaft schwunghaft*

## 12. Die Bündnispolitik der neuen herrschenden Klasse gegenüber den Bauern

Nach wie vor stellten die Bauern einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dar und war die Politik gegenüber den Bauern folglich von entscheidender Bedeutung für **jede** Klasse, die an der Macht bleiben wollte. Das hatte vorher für die Arbeiterklasse gegolten (nicht umsonst war ein bedeutender Teil der innerparteilichen Kämpfe in der bolschewistischen Partei um die Frage der Politik gegenüber den Bauern geführt worden), und es galt jetzt auch für die neue herrschende Klasse, die die Diktatur des Proletariats gestürzt hatte. Chruschtschows besonderes Augenmerk galt daher der Frage, wie diese Klasse die Bauern als soziale Stütze nutzen konnte.

Auch bezüglich der Bauern waren die Zielsetzungen der neuen Klasse denen des Proletariats entgegengesetzt. Solange das Proletariat die herrschende Klasse war, strebte die Sowjetmacht auf lange Sicht die Beseitigung **aller** Klassenunterschiede an und folglich auch die Beseitigung der unterschiedlichen Eigentumsformen zwischen der verstaatlichten Industrie und der demgegenüber niederen Form des gesellschaftlichen Eigentums, dem Gruppeneigentum, dem kollektivwirtschaftlichen Eigentum in der Landwirtschaft. Dieses Ziel mußte beharrlich verfolgt werden, aber auch mit aller Behutsamkeit, um das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern und damit die proletarische Macht nicht zu gefährden. Gerade Stalin bekämpfte unerbittlich alle Bestrebungen, insoweit den Bogen zu überspannen, doch an der strategischen Zielsetzung der Schaffung eines einheitlichen Volkseigentums ließ er keinen Zweifel aufkommen, denn die Aufgabe dieser Zielsetzung wäre gleichbedeutend mit der Aufgabe des kommunistischen Zieles gewesen. Daher erklärte Stalin es für *„notwendig, das kollektivwirtschaftliche Eigentum vermittels allmählicher, den Kollektivwirtschaften und folglich der gesamten Gesellschaft zum Vorteil gereichender Übergänge auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben und die Warenzirkulation ebenfalls vermittels allmählicher Übergänge durch ein System des Produktaustauschs (also ohne Ware-Geld-Beziehungen, RM) zu ersetzen, damit die Zentralgewalt oder irgendein anderes gesellschaftlich-ökonomisches Zentrum die Gesamterzeugung der gesellschaftlichen Produktion im Interesse der Gesellschaft zu erfassen vermag.“* (Stalin, Ökonomische Probleme, SW 15, S. 358) Mehr noch. In seiner Polemik gegen Jaroschenko betonte Stalin, daß die bestehenden Produktionsverhältnisse hinsichtlich des sozialökonomischen Unterschiedes zwischen Stadt und Land bereits begon-

nen hatten, in Widerspruch zum Charakter der entwickelten Produktivkräfte zu treten: *„Es wäre aber unverzeihliche Blindheit, wollte man nicht sehen, daß diese Erscheinungen gleichzeitig auch schon beginnen, die gewaltige Entwicklung unserer Produktivkräfte zu hemmen, da sie Hindernisse für die vollständige Erfassung der gesamten Volkswirtschaft, besonders der Landwirtschaft, durch die staatliche Planung schaffen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Erscheinungen je länger, je mehr das weitere Wachstum der Produktivkräfte unseres Landes hemmen werden. Folglich besteht die Aufgabe darin, diese Widersprüche zu beseitigen durch allmähliche Umwandlung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums in allgemeines Volkseigentum und durch - gleichfalls allmähliche - Einführung des Produktaustauschs an Stelle der Warenzirkulation.“* (ebenda, S. 359) Es war also nicht nur die subjektive Zielsetzung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut, die auf die allmähliche Beseitigung des Warenaustausches zwischen Industrie und Landwirtschaft abzielte, sondern diese subjektive Zielsetzung entsprach auch dem objektiven Entwicklungsstand der Produktivkräfte.

Die Betriebsleiter, deren liberale Bestrebungen von Chruschtschow verkörpert wurden, vertraten jedoch ein dem gerade entgegengesetztes Klasseninteresse. Sie wollten zunehmend agieren wie Privateigentümer im Kapitalismus, und folglich konnten sie den Bauern auch auf völlig andere, auf gerade entgegengesetzte Art ein Bündnis anbieten als zuvor die Arbeiterklasse. Sie konnten an rückständigen Einstellungen von Bauern anknüpfen, an Privateigentümer-Mentalität, konnten den Bauern diesbezügliche Reformen anbieten, die den erreichten Grad an Vergesellschaftung zurückdrehen würden.

Genau in diesem Sinne wurde Chruschtschow aktiv. Bereits im September 1953 wurden die staatlichen Ankaufpreise für Getreide und andere Agrarprodukte erhöht, für Getreide um etwa das Doppelte, für Milch und Kartoffeln um das 2 1/2-fache, für Fleisch um das 5fache. Die Pflichtablieferungsquoten bezüglich der privaten Hoflandproduktion wurden gesenkt. Die bisher übliche individuelle Festsetzung der Ablieferungsnormen der Kolchosen, die der Berücksichtigung der Bedingungen kleinerer Kollektivwirtschaften gedient hatte, wurde durch „ständige Hektarnormen“ ersetzt: Hauptsächlich die größeren Kollektive sollten sich durch diese Reform bereichern. (vgl. Raupach, Geschichte der Sowjetwirtschaft, a.a.O., S. 109 f.; Karuscheit/Schröder, Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus, a.a.O., S. 263) Diese Geschenke an die Bauern bezahlte Chruschtschow großzügig zu dem Preis einer Verminderung der industriellen Akkumulation, und es waren nicht die einzigen Geschenke:

*„Auf Initiative Chruschtschows wurde ab 1953 begonnen, riesige Flächen im asiatischen Teil der Sowjetunion mit Getreide zu bebauen. 40 Mio. ha, die vorher nur für Weidewirtschaft genutzt wurden - eine Fläche von der Größe Japans - wurden unter den Pflug genommen, obwohl Fachleute wegen der dünnen Humusschicht und des*

halbtrockenen Charakters der Gebiete vor der baldigen Auslaugung der Böden gewarnt hatten. Anstatt die Energien des Proletariats für einen erneuten Industrialisierungssprung oder die Umwandlung der Kolchosen zu nutzen, gingen hunderttausende von Freiwilligen, meist Angehörige des Komsomol (der kommunistischen Jugendorganisation, RM), voller Begeisterung für den Aufbau des Sozialismus in die Steppen, um sie zu kultivieren. Die Opfer der Arbeiterjugend kamen den neuen Arbeiter-Bauern zugute: in den auf Neuland gegründeten Riesetrieben erhielten die Sowchosarbeiter dasselbe Anrecht auf ein Stück Privatland wie die Kolchosbauern, darin eingeschlossen Weiderechte für das eigene Vieh auf den staatlichen Ländereien.“ (Karuscheit/Schröder, S. 262 f.) Die Sowchos waren - im Gegensatz zu den Kolchosen - **staatliche** landwirtschaftliche Güter; durch die Errichtung von Sowchos in den neu erschlossenen Gebieten konnte Chruschtschow den Anschein voranschreitender Vergesellschaftung wahren, in Wirklichkeit war der gesellschaftliche Charakter durch Gewährung weitgehender privater Nutzungsrechte ausgehöhlt. Daß dies im Widerspruch zum Entwicklungsstand der Produktivkräfte stand, mußte Chruschtschow 1958, fünf Jahre später, selbst zugeben: „Das Vorhandensein großer Parzellen und Vieh im persönlichen Eigentum ist zu einem ernststen Hindernis auf dem Weg der weiteren Entwicklung der Sowchosproduktion geworden.“ (Chruschtschow, zitiert nach Karuscheit/Schröder, ebenda)

1958 wurde eine strategisch bedeutende Landwirtschaftsreform durchgeführt, eine Reform, die vordergründig den Bauern entgegenkam und die darauf berechnet war, die Macht der neuen herrschenden Klasse zu befestigen: Die staatlichen Maschinen- und Traktoren-Stationen (MTS) wurden aufgelöst, die Geräte wurden zu Billigpreisen an die Kollektivwirtschaften verkauft. Die staatlichen MTS waren eine wesentliche materielle Grundlage für die führende Rolle der Arbeiterklasse bzw. des proletarischen Staates gegenüber den Kollektivwirtschaften gewesen. Durch das Schleifen dieser Bastion wurde die Vergesellschaftung entscheidend zurückgenommen. Eben um das zu verhindern, hatte Stalin 1952 dem Vorschlag der Ökonomen Sanina und Wensher, die MTS aufzulösen und die landwirtschaftlichen Produktionsinstrumente an die Kolchosen zu übereignen, entschieden widersprochen:

„Daraus würde sich ergeben, daß erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, das heißt, sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unserem Lande einnimmt, denn bekanntlich sind nicht einmal unsere nationalisierten Betriebe Eigentümer von Produktionsinstrumenten. (...) Kann man etwa sagen, daß eine solche Stellung dazu beitragen würde, das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, daß sie den Übergang unserer Gesellschaft vom Sozialismus zum Kommunismus beschleunigen würde? Wäre es nicht richtiger zu sagen, daß eine solche Stellung den Abstand zwischen kollektivwirtschaftlichem Eigentum und allgemeinem Volkseigentum nur vergrößern und

*nicht zur Annäherung an den Kommunismus, sondern im Gegenteil dazu führen würde, daß man sich von ihm entfernt?*

*Daraus würde sich zweitens eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ergeben, denn ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft würden in die Bahn der Warenzirkulation geraten. Was denken die Genossen Sanina und Wensher: Kann die Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation unsere Entwicklung zum Kommunismus fördern? Wäre es nicht richtiger zu sagen, daß sie unsere Entwicklung zum Kommunismus nur hemmen kann?“*

(Stalin, Ökonomische Probleme, SW 15, S. 382 f.)

Nachdem Stalin diese Frage auf solche prinzipielle, marxistische Weise gestellt hatte, war es für Chruschtschow schwer, die Auflösung der MTS zu betreiben, ohne den antikommunistischen Inhalt seiner Politik allzu deutlich zu bekunden. Er ging aber geschickt vor:

Im Herbst 1957 schickte er einen gewissen Winnitschenko vor, der in der literarischen Zeitschrift *Oktjabr* (Nr. 11/1957) von einem Gespräch mit Sanina und Wensher über die Auflösung der MTS berichtete. „*Wäre es daher nicht zweckmäßiger, auch die Produktionsmittel, die sich jetzt im Besitz der MTS befinden, in den Händen des Kolchos zu konzentrieren? Wird eine solche Lösung nicht vom Leben selbst diktiert?*“ fragte Winnitschenko und schilderte anschließend weitere Gespräche mit landwirtschaftlichen Funktionären, die sich mit großer Selbstverständlichkeit plötzlich alle für die Auflösung der bisher sakrosankten MTS einsetzten. Das letzte Gespräch endete mit den Worten: *‘Nun, da sehen Sie es ... Demnach bin ich nicht der einzige, der so denkt, und dies ist ein gutes Zeichen.’* Offenbar war Winnitschenko dazu ausersehen, die neue Maßnahme psychologisch vorzubereiten; tatsächlich wurden sowohl in der nächsten Nummer der Zeitschrift *‘Oktjabr’* als auch in der Landwirtschaftszeitung *‘Selskoje Chosjaistwo’* vom 9. Januar 1958 dieselben Gedanken den Lesern nahegebracht.“ (Leonhard, a.a.O., S. 313)

Am 22. Januar 1958 schlug Chruschtschow in einer Rede vor landwirtschaftlichen Funktionären die Auflösung der MTS vor, und einen Monat später, auf dem Februar-Plenum des ZK, stand die Frage auf der Tagesordnung. 1952 sei der Vorschlag von Sanina und Wensher falsch gewesen, sagte Chruschtschow, doch nun hätten die Verhältnisse sich geändert. Die Kolchosen seien jetzt gefestigt genug, um die Maschinen zu übernehmen. Anschließend wurde eine Kampagne organisiert, in deren Verlauf sich viele Kolchosmitglieder und -funktionäre für den Verkauf der MTS aussprachen. Am 31. März 1958 trat auf Forderung Chruschtschows hin ein entsprechendes Gesetz in Kraft. In vielen Dörfern kam es zu Freudenfeuern und Trinkgelagen. Die *Prawda* veröffentlichte fast täglich Siegesmeldungen folgenden Stils: *„Der Verkauf der MTS-Technik ist bei uns beendet. Alle 305 Kolchosen übernehmen die für sie notwendigen Maschinen.“* (So der Gebietsparteisekretär der Ukraine am 8. April 1958 in der *Prawda*.) *„Die Schätzungskommissionen, denen der Direktor*

*und der Hauptingenieur der MTS, der Kolchosvorsitzende und Vertreter der örtlichen Landwirtschaftsbank angehörten, setzten unter dem Druck der Kolchosbauern die Preise für die Maschinen weit unter dem Wert an. Bei schwer verkäuflichen Maschinen wurden sogar Schrottpreise angesetzt. MTS-Direktoren und ihre Mitarbeiter, früher die mächtigen Herrscher auf dem Dorf, sahen sich ihrer Machtpositionen beraubt und begannen, um die Sympathien ihrer zukünftigen Arbeitgeber - der Kolchosbauern - (d.h. wohl faktisch: der wohlhabendsten und einflußreichsten Männer innerhalb des Kolchos, RM) zu werben. Auch die wirtschaftlich schwachen Kolchosen, die noch viele Jahre von den MTS betreut werden sollten, beteiligten sich an dem Ausverkauf. War nicht genügend Geld vorhanden, wurden in größter Eile wirtschaftlich schwache Kolchosen zusammengelegt und die Mittel für die landwirtschaftlichen Maschinen gemeinsam aufgebracht.“ (Leonhard, S. 315 f.) Am 20. April lamentierte die Partei- und Staatsführung in einem gemeinsamen Beschluß, bei der Festlegung der Preise dürfe „dem Staat kein Schaden zugefügt werden“, aber nun war es zu spät. (ebenda)*

Wir wollen hier nicht im einzelnen untersuchen, welche Folgen diese Maßnahmen für die sowjetische Landwirtschaft hatten, doch es ist allgemein bekannt, daß sie letztendlich in einen erbärmlichen Zustand geriet. Die Sowjetunion, zur Zeit Stalins Getreideexporteur, mußte schließlich ihrerseits Getreide importieren.

1952 hatte Stalin in seiner Antwort an Sanina und Wensher gesagt:

„Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes, über das Wachstum der Getreideproduktion, der Produktion von Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben usw. Wo ist die Quelle dieses Wachstums? Die Quelle dieses Wachstums ist die moderne Technik, sind die zahlreichen modernen Maschinen, die für alle diese Produktionszweige arbeiten. Es handelt sich hier nicht nur um die Technik schlechthin, sondern darum, daß die Technik nicht auf der Stelle treten darf - sie muß sich ständig vervollkommen -, daß die veraltete Technik ausrangiert und durch eine moderne und die moderne wiederum durch die modernste ersetzt werden muß. Anders ist das Vorwärtsschreiten unserer sozialistischen Landwirtschaft undenkbar, sind weder die hohen Erträge noch der Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten denkbar. Aber was bedeutet es, Hunderttausende von Rädertraktoren auszuringieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, Zehntausende von veralteten Mähdreschern durch neue zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Können etwa unsere Kollektivwirtschaften diese Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind? Nein, das können sie nicht, weil sie nicht in der Lage sind, Milliarden auszugeben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Diese Ausga-

ben kann nur der Staat übernehmen, denn er - und nur er - ist in der Lage, die Verluste auf sich zu nehmen, die entstehen, wenn man die alten Maschinen ausrangiert und durch neue ersetzt, denn er - und nur er - ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre lang zu ertragen, um erst nach Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden.

*Was bedeutet es nach alledem, wenn man fordert, daß die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf übereignet werden? Das bedeutet den Kollektivwirtschaften große Verluste zufügen und sie ruinieren, die Mechanisierung der Landwirtschaft gefährden und das Tempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion herabsetzen.*

*Daraus folgt: Mit ihrem Vorschlag, die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf zu übereignen, machen die Genossen Sanina und Wensher einen Schritt zurück zur Rückständigkeit und versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“*  
(Stalin, Ökonomische Probleme, SW 15, S. 381 f.)

Genau so war es. Sanina und Wensher bzw. die hinter ihnen stehenden Kräfte wurden 1952 an einem solchen Schritt gehindert, doch Chruschtschow setzte ihn 1958 durch.

1958 folgten weitere Reformen der Landwirtschaft. Bis dahin waren die Kolchosen erstens verpflichtet, dem Staat eine bestimmte Menge ihrer Produkte zu einem relativ niedrigen „Erfassungspreis“ abzuliefern. Zweitens mußten sie den MTS eine „Naturalvergütung“ für die Inanspruchnahme der staatlichen Produktionsinstrumente liefern; diese Produkte flossen also ohne Ware-Geld-Beziehungen an den Staat. Drittens lieferten die Kollektive über die Pflichtablieferung hinaus Produkte zu höheren Preisen. Viertens gab es Lieferverträge zwischen den Kolchosen und dem Staat; der Staat zahlte vertraglich vereinbarte Preise für Lieferungen gemäß Plan sowie Prämien für überplanmäßige Lieferungen. Am 17./18. Juni 1958 beschloß das ZK, die Ablieferungspflicht aufzuheben. Die Naturalleistungen an die MTS waren ohnehin durch Auflösung der MTS entfallen. Es verblieb eine einheitliche Form des staatlichen Aufkaufs, an die Stelle der früher unterschiedlichen Preise trat ein einheitlicher staatlich festgesetzter Preis. (Leonhard, S. 317 ff.) Die Folge: Entweder zahlte der Staat zu Lasten der industriellen Akkumulation diejenigen Preise, die die Kollektive forderten, oder die Produkte wurden in steigendem Maße privat verkauft, sei es legal oder schwarz.

Chruschtschow hatte sich bereits zu Stalins Lebzeiten „um die Landwirtschaft bemüht“. Nur waren seine Bemühungen damals völlig entgegengesetzter Art gewesen - zumindest formal gesehen. Er wollte die Bauern in landwirtschaftlichen Städten zusammenballen sowie das private Hofland verkleinern und zudem an die Peripherie der Großkolchosen verlegen, um es dort kollektiv zu bearbeiten. Die von Chruschtschow vorgesehenen Agrarstädte waren „kommunistische“ Gigantomanie, und auch die faktische Enteignung des privaten Hoflandes der Bauern hätte den Verhältnissen nicht entsprochen und hätte die Bauern gegen die Sowjetmacht aufgebracht. Ob Chruschtschow letzteres beabsichtigte, ob er sich bei Stalin als „fünfhundertprozentiger Kommunist“ lieb Kind machen wollte oder ob die Vorschläge einfach seiner Großmannssucht entsprachen, mag dahinstehen, jedenfalls brachte Stalin 1951 Chruschtschows Vorschläge zu Fall. (vgl. von Rauch, a.a.O., S. 462; Karuscheit/Schröder, a.a.O., S. 244 f.) Man braucht sich nicht zu wundern, daß jemand, der solche Vorschläge machte, später zum Totengräber der Vergesellschaftung in der sowjetischen Landwirtschaft wurde; Chruschtschows Denken und Handeln wurde weder in dem einen noch in dem andern Fall vom Interesse der Arbeiterklasse und von marxistischen Prinzipien bestimmt.

Seine Agrarpolitik nach Stalins Tod diente wie gesagt dem Ziel, die Bauern als taktische Manövriermasse der neuen herrschenden Klasse zu nutzen. Karuscheit verkennt die Verhältnisse, wenn er als „*Resultat dieser* (der Chruschtschowschen, RM) *Politik (...) ein faktisches Klassengleichgewicht zwischen Bauernschaft (die Sowchosarbeiter mit Privatparzellen eingeschlossen) und Arbeiterklasse*“ konstatiert, um dann weiter festzustellen: „*Keine der beiden Klassen war von nun an in der Lage, der anderen ohne Revolution ihren Willen*

*aufzuzwingen.*“ (Karuscheit/Schröder, S. 267) Die Bauern spielten zwar stets eine wichtige Rolle, doch sie waren keine Klasse, die die Macht hätte ergreifen können. Das weiß auch Karuscheit; er sagt selbst, daß eine „*Klassenherrschaft der russischen Bauernschaft (...) schon aufgrund ihrer Produktionsweise und gesellschaftlichen Stellung*“ nicht möglich war. (ebenda, S. 268) Dann konnte aber die Frage „wer wen“ nicht zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft stehen. Karuscheit und Schröder **übersehen** diejenige Klasse, die die Arbeiterklasse von der Macht verdrängte, und sie übersehen zuvor bereits die Schichten innerhalb der sozialistischen Gesellschaft, aus denen diese Klasse schließlich hervorstieg, sie übersehen den gesamten Gegensatz von oben und unten in der Gesellschaft, den Gegensatz, der sich daraus ergibt, daß die siegreiche Arbeiterklasse die Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft auch innerhalb des staatlichen Sektors nicht von heute auf morgen abschaffen kann.

Stalin hatte diesen Gegensatz zwar gesehen, aber theoretisch nicht richtig gewichtet. Das kann man ihm nicht vorwerfen, denn erstens gab es diesbezüglich kein geschichtliches Material, das er hätte auswerten können, und zweitens zwangen die rückständigen Verhältnisse die handelnden Revolutionäre, in den 30er Jahren einen - gemessen am kommunistischen Ziel - ganz enormen Unterschied von oben und unten zuzulassen. Inmitten des damit verbundenen grandiosen und zugleich höchst widersprüchlichen geschichtlichen Prozesses war es ungeheuer schwer, die Ergebnisse in dieser Hinsicht zutreffend theoretisch zu werten. Heute liegt das geschichtliche Material vollständig vor uns, und zwar auch nach seiner negativen Seite hin, auch der Fäulnisprozeß nach dem Machtverlust der Arbeiterklasse sowie das Ergebnis dieses einige Jahrzehnte währenden Fäulnisprozesses: der Kapitalismus. Heute ist es sehr viel leichter, die klassenmäßigen Triebkräfte der verschiedenen Entwicklungen zu untersuchen, doch viele sind durch ideologische Scheuklappen daran gehindert.

Bei Karuscheit und Schröder liegt der theoretische Grundfehler darin, daß sie als nahezu einzige innergesellschaftliche Triebkraft, die der Entwicklung zum Kommunismus im Wege stand, die Bauernschaft sehen. Die ungeheuer große Bauernschaft, die die siegreiche Arbeiterklasse nach der Oktoberrevolution vorfand, war ohne Zweifel die **wichtigste Besonderheit** der sowjetischen Entwicklung. Soweit es um die Untersuchung dieser Besonderheit geht, sind die Analysen Karuscheits und Schröders größtenteils scharf und wertvoll. Doch da Karuscheit und Schröder ein wichtiges **allgemeines** Problem übersehen, das **jede** proletarische Revolution zu lösen hat, die Beseitigung der überkommenen Arbeitsteilungen in leitende und ausführende Funktionen, wird ihre Darstellung um so falscher, je mehr **dieses** Problem in den Vordergrund trat. Sie können folglich auch nicht

richtig erfassen, wie die **sowjetische Besonderheit** - die rückständigen Produktivkräfte und die zahlenmäßig große Bauernschaft - zu einer Schwächung der Klassenherrschaft des Proletariats führte, indem sie die proletarische Partei zwang, selbst einen mit den Arbeitern relativ wenig verbundenen Apparat zu schaffen und den Angehörigen dieses Apparats große Privilegien bezüglich ihrer Entscheidungskompetenzen und ihres Konsums zuzugestehen. Und sie können daher auch den klassenmäßigen Inhalt des konterrevolutionären Umsturzes nach Stalins Tod nicht erfassen. Da sind sie allerdings nicht die einzigen. Andere wiederum verweisen vorwiegend auf den äußeren Druck des Imperialismus. Dieser spielte ohne Zweifel eine bedeutende Rolle, aber insbesondere dadurch, daß er indirekt auf das Kräfteverhältnis der Klassenkräfte **im Inneren** wirkte, indem sich die Bedingungen für eine Verringerung der Unterschiede von oben und unten durch diesen Druck und besonders durch den Krieg verschlechterten. Die Analyse der Klassenkräfte im Inneren ist der Dreh- und Angelpunkt, wenn man die betreffenden Ereignisse begreifen will, und da wiederum des Kräfteverhältnisses zwischen der Arbeiterklasse und der sich nach und nach gegen sie stellenden leitenden Schicht. Diesen Klassenkräften liegen wiederum die jeweiligen Produktionsverhältnisse zugrunde, die gesellschaftlichen Verhältnisse nämlich, die die Menschen in Bezug auf den Produktionsprozeß zueinander eingehen. (Damit sind die Verhältnisse bezüglich Planung und Leitung der Produktion selbstverständlich eingeschlossen, mehr noch: Gerade die Umwälzung **dieser** Verhältnisse spielt beim Übergang zum Kommunismus eine entscheidende Rolle.) Das Interesse der Arbeiterklasse, im nächsten Anlauf den vollen Sieg zu erringen, nämlich die klassenlose Gesellschaft zu erkämpfen, erfordert das eingehende Studium und die theoretische Verallgemeinerung der geschichtlichen Erfahrungen in eben diesem Sinne.

## 13. Gegensätze innerhalb der neuen herrschenden Klasse

Wir kommen nun zurück zu einer Entwicklungslinie, mit der wir uns zuletzt in Kapitel 9 befaßt haben: dem Kampf zwischen gegensätzlichen Interessengruppierungen innerhalb der neuen herrschenden Klasse. Es waren zwei Hauptgruppierungen, die bis zu einem gewissen Grad gegensätzliche Interessen hatten: Einerseits die Betriebsleiter, die schalten und walten wollten wie Privateigentümer im Kapitalismus, andererseits die Bürokraten des staatlichen Planungs- und Leitungsapparats. Andere Gruppierungen wie Armee, Innenministerium usw. vertraten ebenfalls ihre Sonderinteressen und spielten eine nicht unwichtige Rolle, doch von der ökonomischen Basis, von den Produktionsverhältnissen her betrachtet waren es die zuerst genannten beiden Gruppierungen, die die entscheidende Rolle spielten. Auf die Frage, welche Rolle die Bürokraten innerhalb des **Parteiapparats** spielten, werden wir gesondert zu sprechen kommen.

Wir haben gesehen: Um die Arbeiterklasse vollständig von der Macht zu verdrängen, mußte die neue herrschende Klasse zunächst einmal auf Liberalisierung, auf Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen drängen, und folglich kam der Schicht der Betriebsleiter zunächst einmal die führende Rolle zu. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war der Kongreß der Konstrukteure, Technologen, Fabrikdirektoren und leitenden Ingenieure im April 1955, an dem die höchsten Partei- und Staatsführer teilnahmen und über den eine sowjetische Zeitung unter dem Titel „Die Herren unseres Landes“ berichtete. Ein weiterer Höhepunkt dieser Phase war der Beschluß des Ministerrats vom 9. August 1955 über die Erweiterung der Rechte der Betriebsdirektoren. Es war kein Zufall, daß Chruschtschow in dieser Periode am entschiedensten die Verbrüderung mit Tito suchte, während das Klima zwischen sowjetischen und jugoslawischen Revisionisten später wieder bedeutend abkühlte. (vgl. S. 118 und 127) Wäre dieser Kurs linear weiterverfolgt worden, so hätte die Entwicklung sehr bald zu „Selbstverwaltungs“-Konzepten im Stile des titoistischen Jugoslawien und des „Prager Frühlings“ und damit auf direktem Wege zum Kapitalismus geführt. Die Arbeiterklasse - nicht nur von der Macht verdrängt, sondern auch ihrer marxistisch-leninistischen Vorhutpartei beraubt - war nicht in der Lage, diese Entwicklung zu verhindern, wohl aber der bürokratische Teil der neuen herrschenden Klasse, die Partei- und Staatsadministratoren, deren Funktionen bei einem Übergang zum Kapitalismus überflüssig geworden wären. Sie handelten keineswegs im Interesse der Arbeiterklasse. Im Gegenteil: Gegenüber der Arbeiterklasse hatten

sie mit den liberalen Betriebsleitern gemeinsame Interessen, und deshalb konnten sie innerhalb der herrschenden Klasse ihre Sonderinteressen erst dann offensiv betreiben, als die Machtfrage unwiderruflich zuungunsten der Arbeiterklasse entschieden war.

Im Februar 1956, auf dem 20. Parteitag, war das Klima bereits anders als Mitte 1955. Davon, daß die Betriebsleiter die „Herren des Landes seien“, war keine Rede mehr. Es war zwar von weiteren liberalen Wirtschaftsreformen die Rede: der Verwaltungsapparat sollte weiter reduziert werden, das Rentabilitätsprinzip sollte zur Grundlage der Wirtschaftsleitung gemacht werden, den Betriebsdirektoren und Gewerkschaftsleitern sollten mehr Rechte eingeräumt werden. (vgl. Leonhard, S. 147) Die Verordnung vom August 1955 über die Erweiterung der Rechte der Betriebsleiter wurde jedoch von Chruschtschow gar nicht erwähnt, Bulganin tat sie laut Leonhard mit einer kurzen Bemerkung ab, und allein Perwuchin soll sie besonders hervorgehoben haben. (Leonhard S. 148) Daß der Wind begonnen hatte, sich zu drehen, wird auch aus einer von Enver Hoxha geschilderten Episode deutlich: Im Juni 1956 fand in Moskau eine RGW-Tagung statt; als der polnische Parteichef Ochab sich bei Chruschtschow beschwerte, bestimmte polnische Produkte würden vereinbarungswidrig nicht abgenommen, fuhr Chruschtschow ihn an: „*Wir sollten hier nicht reden wie ein Fabrikdirektor.*“ (vgl. Enver Hoxha, Die Chruschtschowianer, S. 99) Die Konferenz, auf der sich die Fabrikdirektoren als die Herren des Landes hatten feiern lassen, lag gerade erst 14 Monate zurück.

Die beiden sozialökonomischen Faktoren, die der Sozialismus als Krücken benutzt hatte, traten nun als die alleinigen das Wirtschaftsleben regulierenden Kräfte auf: einerseits das Warenelement, andererseits die Staatlichkeit hinsichtlich Planung und Leitung der Produktion. In personeller Hinsicht waren es die beiden oben genannten Hauptgruppierungen innerhalb der neuen herrschenden Klasse, die diese beiden sozialökonomischen Kräfte verkörperten und die in gewisser Weise gegeneinander wirkten. Ihr gemeinsames Klasseninteresse verband sie; es war darauf gerichtet, die Arbeiterklasse von der Machtausübung fernzuhalten, allein über Produktion und Verteilung zu bestimmen und die Bauern als Bündnispartner zu nutzen. Dennoch war diese Klasse inhomogen, gab es innerhalb dieser Klasse erhebliche Interessengegensätze. Die Partei- und Staatsbürokratie wollte die Rücknahme der Staatlichkeit im Wirtschaftsleben an einem bestimmten Punkt beenden, die Betriebsleiter wollten diesen Prozeß fortführen. Zunächst einmal - bis Juni 1957, einem weiteren Wendepunkt, wie wir sogleich sehen werden - betrieben beide Kräfte mehr oder weniger ungehemmt ihre eigene Aktion.

Die Gruppierung um Chruschtschow allerdings versuchte zu diesem Zeitpunkt bereits, jeweils extreme Manifestationen der einen oder anderen Seite zu bremsen, eine gewisse Balance, einen gewissen Interessenausgleich zwischen diesen beiden Seiten herbeizuführen und den revisionistischen Partei-

apparat als materielle Kraft der Herbeiführung einer solchen Balance zu befestigen. Dies zeigte sich sehr deutlich in einem Grundsatzartikel der Prawda am 5. April 1956. Dieser Artikel wies auf „die Notwendigkeit“ hin, „den Kampf gegen zwei schädliche Tendenzen zu führen“. (vgl. Leonhard, S. 210) Zum einen wurden die Grundorganisationen der Partei aufgerufen, „kühn und prinzipiell“ diejenigen zu kritisieren, „die sich nicht von bürokratischen Arbeitsmethoden freigemacht haben“. Damit waren offenbar Vertreter des Staatsapparats gemeint, die sich gegen die Liberalisierungsmaßnahmen stemmten. (Leonhard spricht von „an den alten stalinistischen Praktiken hängenden Apparatschiks“, doch wir haben bereits darauf hingewiesen: **Für Stalin** war und für jeden Marxisten ist die Staatlichkeit in der sozialistischen Wirtschaft eine Krücke zur Förderung der Vergesellschaftung, eine Krücke, die in dem Maße zurückgenommen werden kann und muß, wie die Befestigung der Arbeiterklasse als herrschender Klasse in allen Poren des Wirtschaftslebens voranschreitet. Die Verfolgung der Eigeninteressen von Staatsbürokraten, die auf Verfestigung und Ausbau ihrer Privilegien gerichtet sind, haben mit dieser kommunistischen Zielsetzung und dem ihr zugrundeliegenden proletarischen Klasseninteresse nichts gemeinsam, sondern sind diesem Ziel und diesem Interesse **gerade entgegengesetzt**, doch der gesamte Chor der bürgerlichen Propaganda bezeichnet das Eigeninteresse und die Aktion dieser Staatsbürokraten als „stalinistisch“; ein dem bürgerlichen Interesse dienendes Vorurteil, von dem man sich gründlich lösen muß, wenn man die betreffenden Vorgänge begreifen will.) Zum andern aber wandte sich der Prawda-Artikel vom 5. April 1956 gegen „einzelne, von Fäulnis befallene Elemente“, die versuchten, „Kritik und Selbstkritik zu den verschiedensten verleumderischen Ausfällen und parteifeindlichen Behauptungen zu benutzen“. (Leonhard, ebenda) Das wichtigste von der Prawda hierfür angeführte Beispiel bestand in einer Parteiversammlung der Statistischen Verwaltung in Moskau, die Jaroschenko wegen „provokatorischer parteifeindlicher Erklärungen“ angegriffen, ihn nach Meinung der Prawda aber nicht scharf genug verurteilt hatte. (Leonhard, ebenda) Demagogisch versuchte die Gruppe um Chruschtschow hier den Eindruck zu erwecken, sie würde Stalins Kampf gegen Jaroschenko und dessen liberale, kapitalistische Wirtschaftskonzepte aufgreifen und weiterführen. Dabei ging es ihr allein darum, nachdrücklich ein Zeichen zu setzen, daß man wesentliche Interessen der Staatsbürokratie schützen würde, indem man eine zu weit gehende Liberalisierung, einen zu weit gehenden Abbau der Staatlichkeit bei der Wirtschaftsplanung und -leitung unbedingt verhindern würde.

1956 wurde eine Konferenz über das Wertgesetz durchgeführt, in der führende Ökonomen Stalins Auffassungen über die Notwendigkeit der Einschränkung des Wertgesetzes für falsch erklärten. Das Wertgesetz habe allgemeine Gültigkeit für die Volkswirtschaft. Das war eine Aktion der liberalen Kräfte um die Betriebsleiter.

Im Dezember 1956 beschloß das ZK weitere Maßnahmen zur Dezentralisierung der Wirtschaft. Wichtige wirtschaftliche Kompetenzen wurden an die Wirtschaftsministerien der Unionsrepubliken übergeben. Das war allerdings kein Kompetenzzuwachs für die Betriebsleiter. Auf dem Februar-Plenum des ZK 1957 wurde die Dezember-Reform erneut reformiert. „(...) das Februar-Plenum verkündete die Abschaffung der Wirtschaftsministerien, die Bildung territorialer Wirtschaftseinheiten und die Einrichtung territorial gegliederter Organe, also die völlige Umgestaltung der Wirtschaftsleitung. Auf dem Dezember-Plenum war die Partei kaum erwähnt worden, auf dem Februar-Plenum wurde sie stets zuerst genannt. Kurz gesagt: Auf dem Februar-Plenum war es Chruschtschow gelungen, die Wirtschaftsreform den Händen der Wirtschaftsführer zu entwinden und sie der Leitung und Kontrolle der Partei zu unterstellen.“ (Leonhard, S. 265 f.) In gewisser Weise war die Dezentralisierung durch die Februar-Beschlüsse noch weiter getrieben worden, doch dem sollte dadurch entscheidend entgegengewirkt werden, daß über den Parteiapparat verstärkt zentraler Einfluß auf die Produktion genommen wurde.

Im Frühjahr 1957 wurde intensiv über die Reorganisierung der Wirtschaftsleitung diskutiert. In der Diskussion tauchten Forderungen nach Arbeiterräten in den Betrieben und nach Arbeiterselbstverwaltung in der Industrie auf. Das war nicht etwa eine Aktion des klassenbewußten Proletariats, sondern der liberalen Betriebsleiter, die versuchten, durch Selbstverwaltungs-Demagogie Arbeiter bei ihrem Kampf gegen die staatlichen Apparate vor ihren Karren zu spannen. Die Gruppe um Chruschtschow trat entschieden gegen derartige Vorschläge auf, um den Bestrebungen der Betriebsleiter Grenzen zu setzen. (vgl. Leonhard, S. 267)

*„Unterschiedliche Auffassungen gab es vor allem darüber, ob alle Ministerien aufgelöst oder ob einige bestehen bleiben sollten, wo und wie viele (regionale, RM) Volkswirtschaftsräte zu schaffen seien. Die sowjetischen Funktionäre benahmten sich dabei trotz aller Parteischulung nicht viel anders als Staats- und Wirtschaftsführer irgendeiner anderen Gesellschaftsordnung. Fast alle Minister versuchten krampfhaft nachzuweisen, daß gerade ihr Ministerium unbedingt notwendig sei und daher bestehen bleiben müsse. Die Mitglieder der staatlichen Plankommission traten dafür ein, daß die neugeschaffenen Sownarchose (regionalen Wirtschaftsräte, RM) sich der strengen Aufsicht des Gosplans zu unterwerfen hätten, dagegen forderten die führenden Funktionäre der Unionsrepubliken eine engere Bindung der Sownarchose an die Regierung ihres Bereichs. Die Parteisekretäre in den nichtrussischen Unionsrepubliken wehrten sich verzweifelt gegen eine eventuelle Aufsplitterung ihres Territoriums. Sobald aber einmal eine Aufteilung beschlossen worden war - wie etwa Anfang April 1957 in der Ukraine -, gab es kein Halten mehr. Nun wollte möglichst jeder Bezirk und jedes Gebiet einen eigenen Sownarchose haben.“*

(Leonhard, S. 267 f.)

Man darf bei alledem nicht aus den Augen verlieren, wie stark der staatliche Einfluß noch war und auf welchem realen Terrain die betreffenden Grabenkriege geführt wurden: Den Zustand hinsichtlich der Verteilung von Produktionsmitteln an staatliche Betriebe auch **nach der Februar-Reform** beschreibt Nove wie folgt:

*„Buchstäblich Millionen von Verteilungsscheinen (narjady) werden von verschiedenen Versorgungsämtern in Moskau und in den Republiken herausgegeben. Jeder stellt dem Wesen nach einen Teil des Produktionsplanes des Unternehmens dar, welches das zugeteilte Produkt liefern muß. Aber es bestehen nicht nur viele Versorgungsabteilungen auf verschiedener Ebene, was eine wirksame Zusammenarbeit schwierig macht (z.B. wenn mehrere Produkte einer Fabrik oder Industrie zugeteilt werden sollen), sondern die Versorgungsabteilungen sind seit 1957 organisatorisch von der Planung der Produktion getrennt. Deshalb gibt es zahlreiche Klagen über Störungen in der Versorgung, über Produktionspläne, die mit den Plänen für die Versorgung mit notwendigem Material und Einzelteilen nicht übereinstimmen. Der interessierte Leser kann sich leicht davon überzeugen, wie schwerwiegend dieses Problem ist, wenn er in irgendeiner Reihe von einschlägigen Spezialveröffentlichungen hierüber nachliest. Man liest z.B. über eine Gruppe von Bauten in Kujbysev, die dadurch aufgehalten wurden, daß keine Maschinen geliefert wurden, was wiederum daran lag, daß den Maschinenherstellern in Saratov keine Einzelteile geliefert wurden, was dann weiter verfolgt wurde, bis man entdeckte, daß die Stahlwerke in Cerepovec Stahl von einem Werk liefern sollten, das noch gar nicht fertiggestellt worden war; oder eine Fabrik in Leningrad kann Textilmaschinen nicht fertigstellen, weil ihr Plan noch nicht in den Produktionsplan jener Fabrik einbezogen ist, die eines der notwendigen Einzelteile herstellt. Dieses Mißlingen einer Zusammenarbeit zwischen den ‘Sektorabteilungen des Gosplans der UdSSR und der RSFSR (des Planungsapparats der SU sowie der russischen Republik, RM) und den Maschinenherstellern kommt ziemlich häufig vor’ usw. usw. (Nove zitiert hier aus zwei sowjetischen Wirtschaftszeitungen von 1960 und verweist in einer Fußnote darauf, ähnliche Beispiele könne man in jeder Ausgabe dieser Zeitungen finden, RM.)*

*Das satirische ‘Krokodil’ veröffentlicht häufig sarkastische Kommentare. So verdeutlicht eine Karikatur die Aussage eines Moskauer Parteibeamten, die darin besteht, daß, um Kugellager von der ‘Ersten Staatlichen Moskauer Kugellager-Fabrik’ zu bekommen, die Anfrage der benachbarten Automobilfabrik Lichacev für eine Zuteilung einen weiten Weg gehen muß, und zwar durch 14 Republik- und All-Unions-Snabsbyty (Versorgungs- und Vertriebsorgane, RM) und Planungsorgane (Krokodil v. 30.7.1960).“*

(Nove, Die sowjetische Wirtschaft, S. 230)

Wir können nicht umhin zu wiederholen, was wir auf S. 77 in ähnlichem Zusammenhang sagten: „Nove will hier zeigen, daß ‘das sozialistische System nichts taugt’. Er zeigt etwas ganz anderes. Er zeigt, daß die Staatskrücke

und die Warenkrücke ihre jeweiligen Mängel nur dann gegenseitig abmildern, wenn ein drittes Element führend eingreift, ein sozialökonomisches Element, welches nicht der alten Gesellschaft entlehnt ist, sondern den kommenden Kommunismus verkörpert: die gesellschaftliche Leitung und Kontrolle der Werktätigen, die 'Befestigung der Arbeiterklasse als herrschende Klasse in allen Poren des Wirtschaftslebens'. Diese Klasse, geführt von ihrer Partei, muß gewährleisten, daß die Produktion an den gesellschaftlichen Interessen orientiert wird. Ist diese kommunistische Triebkraft zu schwach, so **multiplizieren sich** (...) die Fäulniserscheinungen, die von der Staatskrücke einerseits und von der Warenkrücke andererseits ausgehen." Nach dem konterrevolutionären Umsturz nach Stalins Tod aber war dieses dritte Element nicht nur schwach, sondern es war beseitigt worden. Trotz gelegentlicher Phrasen der Chruschtschow-Leute und später auch der Breshnewschen Führung, man müsse die Arbeiter zur Leitung heranziehen, diene die Staatsmacht nun dem Ziel, die Arbeiterklasse nachhaltig von jeglicher Leitung der Produktion und überhaupt der Gesellschaft fernzuhalten. Und die „Erfolge“ sprachen für sich, wie die von Nove angeführten Beispiele illustrieren.

Statt der Orientierung am Kommunismus atomisierte sich die sowjetische Gesellschaft in raschem Tempo in vielerlei ihre jeweiligen Interessen verfolgende Gruppen und Individuen. (Bezeichnend ist der in den 70er Jahren aufgekommene Spott, die größte gesellschaftliche Bewegung in der Sowjetunion sei der Datschismus.) Einer solchen Gesellschaft entspricht eigentlich eine bürgerliche Verfaßtheit, in ökonomischer Hinsicht Warenproduktion und unverblümtes Privateigentum, Wertgesetz und Konkurrenz, Kapitalismus. Das war die materielle Schubkraft der liberalen Bestrebungen der Wirtschaftsleiter. In der CSSR, in Polen und Ungarn hätte diese Schubkraft allein von den inneren Faktoren her den Durchbruch erzielt, und nur von außen, seitens der Sowjetunion, wurde das verhindert. In der Sowjetunion selbst waren es innere Faktoren, die den entscheidenden Durchbruch dieser Triebkraft verhinderten. Eine ausführliche Analyse, warum dies so war, würde an dieser Stelle zu weit führen, wir wollen es insoweit bei einigen Stichworten bewenden lassen: Die Staatlichkeit im Wirtschaftsleben hatte in Rußland bereits lange vor der sozialistischen Revolution eine große Rolle gespielt, während z.B. die Tschechoslowakei vor der Revolution ein entwickeltes kapitalistisches Land war und verwurzelte Traditionen in Warenwirtschaft und bürgerlicher Entwicklung hatte. Zum anderen hatte der sowjetische Staat in der Periode der Diktatur des Proletariats großes Ansehen in der Bevölkerung errungen und konnte auch jetzt, in der Periode des revisionistischen Verfalls, von diesem Ansehen noch zehren. (Auf die in dieser Hinsicht höchst widersprüchliche Entwicklung in der DDR werden wir in einer separaten Arbeit eingehen: Unter Ulbricht wurde bei der Liberalisierung der Wirtschaft zunächst recht weit gegangen, während die politische Entwicklung anders

verlief. Später, unter Honecker, wurden auch in der Wirtschaft die hierarchischen Kommandostrukturen wieder ausgebaut.)

Wir haben es also bei der von den Revisionisten geführten Gesellschaft **insoweit** mit einer bürgerlichen Gesellschaft zu tun, als sie in eine Vielzahl von Gruppen und Individuen mit unterschiedlichen Interessen zerfällt, doch die ungestörte bürgerliche Bewegungsform dieser Individuen wird durch hierarchische Machtapparate unterbunden. (Eine derartige gesellschaftliche Struktur beinhaltet notwendigerweise ein vielfältiges Geflecht von Seilschaften.) Dieser Widerspruch führt zur Fäulnis der Gesellschaft in allen Bereichen, einer Fäulnis, die sich von der einem monopolkapitalistischen System innewohnenden Fäulnis noch unterscheidet, einer Fäulnis, die von den meisten Menschen in den von den Revisionisten beherrschten Ländern zunehmend als unerträglich empfunden wurde, und zwar als derart unerträglich, daß die „Freiheiten“ der kapitalistischen Länder zunehmend als Verlockung erschienen. Die Basis dieser Fäulnis liegt in der Ökonomik begründet.

Innerhalb der Machtapparate selbst, die die ungehemmte bürgerliche Bewegung der Gesellschaftsglieder verhinderten, entwickelten sich zunehmend Individualinteressen, die unter den gegebenen Umständen als gesellschaftliche Interessen getarnt werden mußten. So gab es Reibungen zwischen verschiedenen Funktionsebenen des Staatsapparats, und zwar sowohl zwischen verschiedenen Hierarchieebenen (z.B. zentrales Planungsorgan, Unions-Planungsorgan, regionales Planungsorgan, Betrieb) als auch zwischen Gliedern der gleichen Hierarchiestufe (wurden z.B. bei Dezentralisierungsmaßnahmen Ministerien wegrationalisiert, so wurden - wie oben gezeigt - die Maßnahmen als ganze stets von allen begrüßt, doch jedes Ministerium versuchte gerade **seine** Notwendigkeit zu begründen). All die hieraus erwachsenden Machtkämpfe wurden nicht vorwiegend ökonomisch ausgehen (das Wertgesetz fungierte eben vorwiegend **nicht** als Regulator der Produktion), sondern politisch, was hier aber vor allem heißt, daß man Sonderbeziehungen zu einflußreichen Personen nutzte, daß intrigiert wurde, daß Seilschaften gegen Seilschaften kämpften usw. Nicht vorwiegend **sachliche** Abhängigkeiten regelten das gesellschaftliche Leben, sondern vorwiegend **persönliche** Abhängigkeiten. Der Form nach war dies ein Erbe der Diktatur des Proletariats, in der die revolutionäre Arbeiterklasse staatliche, hierarchische Strukturen für den Beginn der Vergesellschaftung genutzt hatte. Nun, nach Wiederherstellung einer Ausbeuterordnung, mußte diese, die **persönliche** Form der Abhängigkeit, als besonders unerträglich erscheinen. Tatsächlich entspricht sie **vorbürgerlichen** Formen der Ausbeutergesellschaft.

Marx: „*Jedes Individuum (der bürgerlichen Gesellschaft, RM) besitzt die gesellschaftliche Macht unter der Form einer Sache. (Marx meint die sachlichen Verhältnisse der Warenproduktion, RM) Raubt der Sache diese gesellschaftliche Macht und ihr müßt sie Personen über die Personen geben. Persönliche Abhängigkeitsver-*

*hältnisse (zuerst ganz naturwüchsig) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit auf sachlicher Abhängigkeit gegründet ist die zweite große Form, worin sich erst ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels (durch den Warenaustausch, RM), der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität, als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe (der Kommunismus, RM).“ (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S. 75) Der Übergang zur dritten Stufe war mit dem Machtverlust der Arbeiterklasse verbaut, doch damit mußte ein System persönlicher Abhängigkeiten auf Basis der relativ entwickelten Produktivkräfte dauerhaft noch unerträglicher erscheinen als bürgerliche Zustände. Rein ökonomisch zeigt sich dies in Erscheinungen von der Art, wie sie Nove in obigem Zitat anführt. Hierarchische Machtapparate sollen die Produktion regeln, doch da diese Apparate ihrerseits in ein unüberschaubares Geflecht vielfältigster Interessen zerfallen, ist diese Regulierung noch schlechter als die durch das blind wirkende Wertgesetz.*

## Machtkampf im Juni 1957

Im Juni 1957 kam es zum entscheidenden Zusammenprall der Kräfte in der Parteiführung, die die verschiedenen Gruppierungen innerhalb der herrschenden Klasse vertraten.

Auf einer Sitzung des Parteipräsidiums (so hieß das Politbüro damals) versuchte eine Gruppierung um Malenkow, Molotow und Kaganowitsch, Chruschtschow als Ersten Sekretär der Partei abzusetzen und zum Landwirtschaftsminister zu degradieren. (Demnach sollte Chruschtschow zum Schaden auch noch den Spott haben: „Wenn du dich schon so um den Maisanbau, dein Spezialthema, bemüht ...“) Diese Gruppierung hatte im Präsidium die Mehrheit. Molotow sollte erster Sekretär des ZK und Malenkow Ministerpräsident werden. Doch während Chruschtschows Anhänger das Gremium mit Dauerreden hingehalten haben sollen (so soll Furzewa sechs Stunden gesprochen haben), flog Marschall Shukows Luftwaffe eilig die Mitglieder des ZK ein; die Sitzung wurde in ein ZK-Plenum umgewandelt, und da hatte Chruschtschow die Mehrheit, weil die Provinzfunktionäre seinen Kurs der Dezentralisierung befürworteten. Ideologe Suslow soll rechtzeitig die Machtverhältnisse gewittert und sich auf die Seite Chruschtschows geschlagen haben. Chruschtschow feierte seinen Sieg, indem er die „partei feindliche Gruppe“ um Molotow, Malenkow und Kaganowitsch feierlich verurteilen ließ. (Shukow, dem Chruschtschow sei-

nen Sieg verdankte, wurde etwas später abgehalftert; Chruschtschow wollte wohl verhindern, daß Shukow unter Berufung auf seine Rolle bei diesem Coup eigene Forderungen stellte, insbesondere Forderungen nach einem stärkeren politischen Gewicht der Armee.)

Die Spitzengremien der Sowjetunion wurden nun grundlegend umgestaltet. Chruschtschow brachte seine Leute in Stellung, während die Anhänger Molotows bzw. Malenkows hinausgesäubert wurden. Interessant ist Leonhards Bewertung dieser Machtverschiebungen. Ihm zufolge hatten Malenkow und Molotow **gegensätzliche** Gruppierungen vertreten, die sich

in ihrer Unzufriedenheit mit Chruschtschows Kurs gegen diesen verbündet haben sollen. Malenkow soll die „Wirtschaftsbürokratie“ vertreten haben, Molotow und Kaganowitsch die „prostalinistischen Kräfte“. Was letzteres betrifft, so ist Leonhards übliche Sprachregelung in Rechnung zu stellen, wonach er die Bürokraten der hierarchischen Apparate als „stalinistisch“ zu bezeichnen pflegte. Soweit Malenkow die „Wirtschaftsbürokraten“ vertreten haben soll, dürfte dieser Ausdruck schief sein; Leonhard meint wohl die nach bürgerlichen Freiheiten drängenden Betriebsleiter und nicht vorwiegend die Bürokraten in den staatlichen Planungsapparaten. Zur Gruppierung um Malenkow gehörte laut Leonhard im übrigen auch eben jener Perwuchin, der auf dem 20. Parteitag als einziger den Beschluß über die Erweiterung der Rechte der Betriebsleiter positiv erwähnt hatte.

Daß Malenkow als führender Vertreter einer liberalen Richtung agierte, erscheint durchaus plausibel: Immerhin war er der erste, der seinerzeit angefangen hatte, Stalin zu attackieren, nämlich auf dem ZK-Plenum im Juni 1953, drei Monate nach Stalins Tod, und zwar insbesondere Stalins Vor-

schläge über die weitere Einschränkung der Ware-Geld-Beziehungen. Malenkov hatte damals auch behauptet, die Politik Stalins sei geeignet gewesen, die Bauern in den Ruin zu treiben. (vgl. S. 112) Leonhard berichtet im Zusammenhang mit den Vorgängen im Juni 1957, Malenkovs Sturz habe unter den Bauern zu Besorgnissen geführt; daher sei Chruschtschow gezwungen gewesen, am 5. Juli, einen Tag nach der Resolution gegen die „parteifeindliche Gruppe“, den Bauern bedeutende Konzessionen zu machen. (Leonhard, S. 282) Das deutet darauf hin, daß Chruschtschow veranlaßt war zu signalisieren, die herrschende Klasse werde ihre Bündnispolitik gegenüber den Bauern auch nach dem Sturz des liberalen Reformers Malenkov nicht ändern.

Was Molotow angeht, so mag fraglich sein, ob er wirklich ein Vertreter der Staatsbürokratie war, wie Leonhard annimmt. Laut Chruschtschow soll er ja seinerzeit zusammen mit ihm und Malenkov die liberalen Reformvorschläge Wosnessenkis befürwortet haben. (vgl. S. 120) Doch die betreffenden Streitigkeiten waren Streitigkeiten innerhalb **einer**, wenn auch sehr inhomogenen, Klasse, und da wechselte wohl so mancher auch mal die Richtung. Auch muß die betreffende Äußerung Chruschtschows keineswegs zutreffen. Welche Position aber Molotow auch immer im Juni 1957 eingenommen haben mag, jedenfalls hatte er bis dahin ohne erkennbaren Widerstand die Intrigen der Führung mitgetragen, die auf den Sturz der Diktatur des Proletariats gerichtet waren.

## 14. „Führende Rolle der Partei“ à la Chruschtschow

Wie auch immer die Rolle der einzelnen Personen zu beurteilen sein mag, das **klassenmäßige Resultat** des Kampfes im Juni 1957 liegt auf der Hand: Die Politik des Ausgleichs, der Balance zwischen den verschiedenen Gruppierungen der herrschenden Klasse wurde fortgeführt. Die Dezentralisierung wurde weitergeführt, sollte aber nicht überspitzt werden, die wesentlichen Interessen der staatlichen Apparate sollten nicht angetastet werden. Der Parteiapparat sollte unbeschadet aller Reformen weiterhin unmittelbaren und fühlbaren Einfluß auf die Wirtschaftsleitung nehmen.

Der revisionistische Parteiapparat war Chruschtschows eigentliche Machtbasis, letzteres war somit eine unmittelbare Absicherung seiner Machtstütze. Doch dürfte diese Orientierung auf die führende Rolle der revisionistischen Partei noch einen tieferen, sozialökonomischen Grund haben. Wollte man die gegensätzlichen Interessen der unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der herrschenden Klasse weiterhin gegeneinander ausbalancieren, so bedurfte es einer materiellen Kraft, die in gewisser Hinsicht von den einzelnen Gruppierungen unabhängig war und sich zugleich aus allen diesen Gruppierungen rekrutierte. Das war der Versuch, mittels einer materiellen Kraft dem Auseinanderdriften der Gesellschaft in verschiedene Gruppierungen entgegenzuwirken. Zugleich brauchte man ideologischen Kitt, der die realen Interessengegensätze in der Gesellschaft und insbesondere auch innerhalb der herrschenden Klasse zuzuleisten sollte. Dieser ideologische Kitt mußte auch zur Abgrenzung gegen den Kapitalismus dienen, zu dem man nicht zurückkehren wollte, um wesentliche Interessen der Staats- und Parteibürokratie nicht zu gefährden. Das war der verfälschte, verstümmelte, im Interesse der neuen herrschenden Klasse zurechtgestutzte „Marxismus-Leninismus“, der freilich nicht den Weg zur kommunistischen Umgestaltung der Gesellschaft im Interesse der Arbeiterklasse wies, sondern zur Machtsicherung der neuen Ausbeuterklasse diente. Dies hatte weiterhin zur Folge, daß auch künftig Sonderinteressen von Gliedern des Staatsapparats nur in maskierter Form, in der Verkleidung des allgemeinen gesellschaftlichen Interesses, vertreten werden konnten und daß Verlogenheit somit zu einem unverzichtbaren Merkmal der Repräsentanten dieser Gesellschaftsordnung wurde. Dies in noch höherem Maße als im Kapitalismus, in dem die Verfolgung von Privatinteressen als legitim gilt. Was nun die revisionistischen **Partei-Ideologen** und Politiker betrifft, so müssen diese erst recht den Eindruck erwecken,

unbehaftet von irgendwelchen Privatinteressen zu sein, und der Parteiapparat als solcher gibt sich als von jeglichen Eigeninteressen freier bloßer Ausdruck des gesamtgesellschaftlichen Interesses bzw. als Vollstrecker der ratio der Geschichte, als Lokomotive, die die Gesellschaft zum Kommunismus zieht. Die „marxistisch-leninistische“ Fassade wurde tatsächlich bis zum letzten Akt gewahrt, bis zu Gorbatschow, der seine Politik des Übergangs zum Kapitalismus als „leninistische Erneuerung“ ausgab.

Gegenüber einer solchen verlogenen Ideologie erscheint die nüchterne Unbefangenheit des offenen Antikommunisten Nove, der die Rolle revisionistischer Parteifunktionäre in der Wirtschaft beschreibt, geradezu erschreckend:

*„Die Parteifunktionäre werden in der Wirtschaft nach ihrer Fähigkeit beurteilt, die Erfüllung von verschiedenen Plänen innerhalb ihres rechtlichen Wirkungsbereiches sicherzustellen. Der Sekretär der Parteigruppe innerhalb des Unternehmens findet sich selbst oft dem Direktor hilflos gegenübergestellt, selbst wenn er handeln möchte, weil der Direktor eines Großbetriebes für gewöhnlich auch ein einflussreiches Parteimitglied ist. Aber sogar der Sekretär des städtischen Parteikomitees (gorkom) oder der oblast'-Parteisekretär (Gebietsparteisekretär, RM) müssen notwendigerweise von ihrem eigenen Wunsch beeinflusst werden, der Partei zu berichten, daß die verschiedenen Schlüsselpläne erfüllt wurden. Für sie gilt, um Dickens anzuführen, '99,9 Prozent - Elend; 100,1 Prozent - Glück'. Es sollte daher niemanden überraschen, zahlreiche Berichte anzutreffen, die die stillschweigende Einwilligung von Parteifunktionären zu verschiedenen Abweichungen (Entstellungen), mit deren Hilfe die Erfüllung des Solls innerhalb einer Betriebsanlage oder eines bestimmten Gebiets erleichtert werden sollte, zum Thema haben.“*

(Nove, S. 205 f.)

Parteifunktionäre halfen also im eigenen Interesse den betreffenden Wirtschaftsleitern, die Gesellschaft zu betrügen, indem tatsachenwidrig der Eindruck von „Planerfüllung“ erweckt wurde. Da die Frage, ob bestimmte Planvorgaben als erfüllt, nicht erfüllt oder übererfüllt galten, weitgehend der Entscheidung staatlicher Gremien unterlag, konnten befreundete Parteifunktionäre verschiedener Stellen und Ebenen einander gegenseitig Gefallen tun und ihren Schützlingen Wohlthaten erweisen, z.B. auch als Super-Tolkachi (Tolkach: vgl. S. 62 f.) agieren, die durch ihre Beziehungen Produkte beschaffen konnten, welche man auf legalem Wege kaum bekommen konnte. So agierten gerade die Parteifunktionäre in den Falten und Ritzen des faulenden Systems, nutzten Beziehungen, legal und illegal, bis hin zu den mafiosen Strukturen und Seilschaften, die unter Breshnew die Gesellschaft mehr und mehr beherrschten.

## 15. Mafiose Strukturen unter Breschnew

In der Breschnew-Ära war der Verfaulungsprozeß so weit fortgeschritten, daß diejenigen Parteifunktionäre, die aufgrund ihrer Machtposition innerhalb der „Vorhutpartei“ die Möglichkeit dazu hatten, die Warenbestände des Staates systematisch ausraubten bzw. staatliche Produktionsmittel für die Herstellung nirgendwo verzeichneter und erfaßter Güter benutzten. Die so privat angeeigneten Güter wurden „hintenrum“ verkauft. (vgl. Waksberg, *Die sowjetische Mafia*, a.a.O., S. 43) Die einflußreichen Funktionäre, einem Mafia-Paten gleich, wußten alles zu beschaffen und jedem, der es sich leisten konnte, zu helfen.

Waksberg, ehemals Journalist in der UdSSR, jetzt Kronzeuge für die „Widernatürlichkeit des Kommunismus“, schildert in seinem Buch u.a. den sogenannten Fisch-Fall, in den ranghöchste sowjetische Funktionäre verwickelt waren:

„Okean war der Name einer Firma, die im ganzen Land Hunderte von Geschäften betrieb; sie verkaufte Meeresfrüchte - nicht nur frischen und gefrorenen Fisch, sondern hauptsächlich gesalzene und geräucherte Produkte, eine von den Russen besonders geschätzte Delikatesse. Und, was noch wichtiger ist, sie verkaufte auch schwarzen und roten Kaviar. Bei alledem handelte es sich um Mangelwaren, die man nicht mehr in den Auslagen der Fischgeschäfte finden konnte. Das Ministerium für Fischwirtschaft der UdSSR verfügte jedoch über erhebliche Reserven und hatte das Recht, die Delikatessen über die Ladenkette der ihm unterstehenden Firma Okean abzusetzen. Unter den akuten Mangelbedingungen wurden Kaviar, Krabben, Stör und Lachs gleichsam zu einer harten Währung - mehr noch, zu einem Schlüssel, mit dem sich alle möglichen Türen öffnen ließen.

*Der Schwindel funktionierte folgendermaßen: Führende Vertreter des Ministeriums trafen eine (natürlich nicht uneigennützig) Vereinbarung, in irgendeiner Stadt eine Okean-Filiale zu eröffnen. Örtliche Funktionäre ernannten (natürlich nicht uneigennützig) das Personal. Die Vertreter des Ministeriums kamen (natürlich nicht uneigennützig) einer (natürlich nicht uneigennützig) Bestellung der örtlichen Funktionäre nach und belieferten deren Geschäft mit zusätzlichen Mengen von Kaviar, Krabben und erlesenen Fischen. Diese Lieferungen erreichten, wie sich versteht, niemals den Ladentisch, sondern wurden fast ausnahmslos von illegalen Zwischenhändlern zum Fünf- oder Sechsfachen des offiziellen Preises losgeschlagen. Etwa ein Drittel dieser Gelder ging an die direkt an der Operation Betei-*

ligten, und zwei Drittel wurden für die Bestechung derjenigen aufgewandt, von denen nicht nur der Schutz der Verbrecher, nicht nur deren Arbeitsplatz, sondern auch deren künftiger Aufstieg abhing.

Dies war also der Schwindel, durch den regelmäßig - und im wesentlichen ohne große Mühe - gewaltige Summen verdient wurden, die das Grundkapital einer illegalen Bank in Sotschi bildeten.

*Es gab viele derartige Banken in verschiedenen Städten, und sie alle konnten - wiederum ohne große Mühe, nur mit einem Federstrich - vom Stellvertretenden Minister für Fischwirtschaft der UdSSR, Rykow, mit 'heißem Geld' versorgt werden.“*

Weiter:

*„Einer (natürlich nicht uneigennütigen) Vereinbarung zufolge wurden Tausende als 'Sprossen in Tomatensauce' oder 'Salzhering' etikettierte Dosen Kaviar an ausländische Handelspartner geschickt. Der Preisunterschied wurde unter einer riesigen Armee von Komplizen aufgeteilt, doch die Summen, sowohl in Rubeln wie in Devisen, waren so gewaltig, daß sie für alle reichten.“*

(Waksberg, S. 12 f.)

Da jeder Posten und jedes Pöstchen in der Sowjethierarchie die Möglichkeit bot, sich zu bereichern, gab es natürlich auch damit einen schwunghaften Handel. Über seine Empörung über diese Praxis stolperte ein Medizinprofessor, der Angst vor der Dummheit und Unfähigkeit der von ihm 'ausgebildeten' Ärzte hatte.

*„Damals war die Praxis, Studenten auf Befehl von oben an 'angesehenen' Instituten aufzunehmen, bereits zu einer Alltäglichkeit geworden, die niemanden mehr verwunderte. 'Angesehene' Institute waren solche, deren Abschluß eine gute Karriere oder ein gutes Einkommen verhieß. (...) Aber damals, Anfang der siebziger Jahre, genügte die richtigen ideologischen Anschauungen und die makellos reine Biographie der Vorfahren schon nicht mehr, um einen Passierschein für den Tempel der Wissenschaft zu bekommen. Die Parteibürokraten machten den Empfehlungsprozeß für die Aufnahme von Abiturienten zu einem illegalen Basar. Jede Empfehlung kostete Geld, und die Gebühr stieg ständig, da sie ja manchmal auch mit Kollegen geteilt werden mußte, die höher auf der Karriereleiter standen.“*

(ebenda, S. 25)

Im Reich der Schattenwirtschaft war alles zur Ware geworden - und, wen wundert's, natürlich auch die Parteimitgliedschaft, von der doch so viel abhing:

*„Alles hing vom Niveau dieser 'freundschaftlichen Beziehungen' (zu einflussreichen Sowjetfunktionären, RM), vom Grad der Vertraulichkeit ab. (...) Zum Beispiel wußte jeder in der Region, wieviel ein Parteiausweis kostete. Hier ist eine Erläuterung am Platze. Obwohl die Armee der 'Parteisoldaten' bei uns 20 Millionen Menschen umfaßte - in keinem Land der Welt hat es je eine solche Armee, ob mit Ideen oder mit Waffen ausgerüstet, gegeben -, war es keineswegs leicht, in die*

heldenhaften Reihen aufgenommen zu werden. Nur Arbeiter, die an der Werkbank standen, und Kolchosmitglieder, die einen Hakenpflug bedienten oder mit einem Trecker fuhren, hatten beim Parteieintritt wenig Mühe, aber sie rissen sich nicht gerade darum. (Hier wird deutlich, daß diese Partei mit den Interessen von Arbeitern und Bauern schon längst nichts mehr zu tun hatte und daß dies auch fast jeder wußte, daß die amtliche Verlogenheit es aber erforderte, ab und zu Vorzeigearbeiter und -bauern als neue Parteimitglieder zu offerieren, was offenbar zunehmend schwieriger wurde, RM.) *Es ist sehr lange her, daß sich jemand aus ideellen Gründen der Partei anschloß. Man tat es allein der Karriere wegen - weshalb denn sonst. (...) Große Schwierigkeiten hatten vor allem Angehörige des Kleinhandels, denn dieses Klasselement galt als nicht erwünscht. (...) Es war unmöglich, ohne Parteiausweis Direktor eines Geschäfts (oder eines Restaurants oder Cafes) oder auch nur Abteilungsleiter zu werden. Da die Aufnahmequote für Mitarbeiter des Kleinhandels sehr niedrig war, zog der Parteieintritt fast automatisch eine Beförderung nach sich. (...)*

*Nach den verschiedenen Aussagen in den Gerichtsakten zu urteilen, betrug die Minimalgebühr für einen Parteiausweis - in jenen Jahren und jener Region - drei- bis dreieinhalbtausend Rubel.“*

(ebenda, S. 41 ff.)

Es handelte sich dabei in der Breschnew-Zeit nicht um vereinzelte Diebereien, sondern um ein ganzes mafioses System, das auf persönlichen Beziehungen und Abhängigkeiten beruhte. Demgegenüber hatte es zu den Zeiten der Diktatur des Proletariats zwar einzelne Diebereien und Mißbräuche seitens einzelner entarteter Funktionäre gegeben, aber eben keine systematische und organisierte illegale Produktion, keinen systematischen illegalen Raub seitens einer Schicht von machthabenden Apparatschiks.

*„Zur Zeit des Stalinschen Totalitarismus (so bezeichnet Waksberg die Zeit der Diktatur des Proletariats, RM) gab es nichts dergleichen. Nun, da die Schrauben gelockert worden sind, hat die Schattenwirtschaft die offizielle Ökonomie wie eine Lawine überrollt. (...) Plötzlich zeigte sich, daß das alte Sprichwort 'Geld macht nicht glücklich' nicht mehr zutrif. Solange sich an die Entlassung vom Arbeitsplatz Lagerhaft und Vernichtung anschlossen, machte Geld in der Tat nicht glücklich, denn schließlich verhiess den Apparatschiks sogar die normale Pensionierung ein bequemes, vom Staat gesichertes Auskommen. Nun aber war das Lager keine Gefahr mehr, nicht einmal für die aus höchsten Parteirängen Ausgestoßenen. (...) Jeder war sich der Unbeständigkeit seiner Position bewußt, doch solange er sein Amt innehatte, konnte er sich mühelos bereichern. Der gesunde Menschenverstand gebot ihm, das Beste aus seiner Position zu machen und sich, vor allem, zu beeilen... So verschmolzen die objektiven Wirtschaftsprozesse mit den Interessen der neuen Klasse (um Milovan Djilas zu zitieren).“*

(ebenda, S. 34 f.)

An dieser Stelle eine Erläuterung: Waksberg hält die Warenwirtschaft, das Streben nach persönlicher Bereicherung für ein „objektives Wirtschaftsgesetz“, gegen das der Sozialismus verstoßen habe. Die Schattenwirtschaft war für ihn Folge eines „wahnsinnigen Experimentes“, eine natürliche und unausweichliche Reaktion auf die subjektive Einmischung in objektive Prozesse, Folge des Sozialismus. In Wirklichkeit war die Schattenwirtschaft und war das gigantische Ausmaß krimineller Umtriebe seitens der sowjetischen Machthaber unausweichliche Folge von etwas ganz anderem: Nämlich davon, daß die Gesellschaft nach dem Sturz der Diktatur der Proletariats insoweit bürgerlich war, als das individuelle Streben nach privatem Vorteil allgemeines Merkmal geworden war, daß dieses Streben aber nicht offen, sondern nur maskiert in Erscheinung treten konnte; davon, daß trotz des in gewisser Hinsicht bürgerlichen Charakters der Gesellschaft im wesentlichen nicht die sachliche Gewalt des Marktes, sondern persönliche Abhängigkeitsverhältnisse die Produktion regulierten.

Waksberg fühlt diesen Widerspruch und wendet sich dem Wesen der Sache nach dagegen, daß die bürgerliche Gesellschaft nach dem Sturz der Diktatur des Proletariats nicht in aller Konsequenz errichtet wurde, sondern in dieser verstümmelten und widersprüchlichen Form. Er kritisiert heftig, daß die durch und durch verlogene Bürokratie dem Privatinteresse nicht freien Lauf ließ, wie das im Kapitalismus der Fall ist, sondern das Privatinteresse nur in deformierter Form zur Betätigung kommen ließ. Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich die Nomenklatura - die leitende und am meisten privilegierte Spitze der neuen herrschenden Klasse - den Gesetzmäßigkeiten der Warenproduktion immer mehr annähern mußte, da es ihnen nur um ihr Privatinteresse ging.

Trotz seines bürgerlichen Standpunkts kommt Waksberg nicht umhin, unfreiwillig bestimmte Vorzüge der Diktatur des Proletariats gegenüber dem mafiosen System unter Breshnew einzuräumen. Den unterschiedlichen gesellschaftlichen Stellenwert der Kriminalität zu Zeiten Stalins und Breshnews stellt er - freilich immer vor dem Hintergrund seines Lamentos über den „Stalinschen Terror“ - wie folgt dar:

*„Ich erinnere mich gut an zwei Episoden aus meinen jüngeren Jahren, wo ich noch als Anwalt arbeitete. In Mittelasien war eine gewöhnliche Gruppe von Dieben (...) entlarvt worden. Bei einem der Verhafteten waren im Keller einer kümmerlichen Lehmhütte Stapel von halbverfaulten, wurmzerfressenen Banknoten gefunden worden, und zwar hunderttausende von Rubeln. Da sich der Genossenschaffer und seine Familie vor der Entdeckung fürchteten, lebten sie in Armut und entsetzlichem Schmutz, fast wie Bettler, während ihr zusammengestohlener Reichtum vermoderte. Ein paar Jahre später stieß ich in Moskau auf eine völlig identische Situation. Man hatte den Direktor einer Schlachtereier verhaftet, dem*

*eine makellose, ja fanatische Bescheidenheit und Ehrlichkeit nachgesagt wurden. Er bestrafte seine Mitarbeiter aufs Schärfste, wenn sie einen Käufer auch nur um eine Kopeke betrogen hatten. Er selbst besuchte nie ein Restaurant, sondern begnügte sich vor den Augen des gesamten Personals zum Mittagessen mit einem dünnen, zu Hause geschmierten Butterbrot und trank dazu wäßrigen Tee aus einer Thermosflasche. (...) Bei der Durchsuchung seines Hauses wurden, in die Wand eingemauert, 240.000 Rubel gefunden. Nach heutiger Kaufkraft waren dies viele, viele Millionen. Alle Scheine waren verfault und konnten nicht einmal bei einer Bank eingezahlt werden. (...) So war es in jener Zeit, in der es zwar Diebe, aber noch keine Mafia gab. Einzelne Diebe oder Grüppchen von ihnen verschleierten ihre Tätigkeit sorgfältig, da sie hinter jedem Busch einen Detektiv vermuteten. In jener sowjetischen Realität konnte man das Geld nirgendwo aufbewahren. (...) Im Laufe der Zeit änderte sich die Situation jedoch dramatisch: Die Kriminellen taten sich mit der Obrigkeit zusammen und verließen sich auf ihren Schutz. Nun brauchte man seine Einnahmen nicht mehr zu verbergen (...). Und das Geld, so sehr es auch an Wert verlieren mochte, konnte in Geschäfte investiert werden; dafür boten sich in der Schattenwirtschaft umfassende Möglichkeiten.“*  
(ebenda, S. 39 f.)

Nach Angaben der Zeitschrift *Sowjetunion heute* 7/1990 betrug das Finanzpotential der Schattenwirtschaft zu diesem Zeitpunkt zwischen 70 und 150 Milliarden Rubel, was fast einem Fünftel des Bruttosozialprodukts entsprach. Zum Beispiel sollen hiernach zu diesem Zeitpunkt die Hälfte der Reparaturen von Schuhen, von Bauten in den Städten, ein Drittel der Reparaturen von Haushaltstechnik und 40 % der Anfertigung von Maßkleidung illegal ausgeführt worden sein. „Die zunehmende Verknappung von Waren fördert die Erweiterung dieses Wirtschaftssektors. In das Vakuum, das sich aus Mangel an allgemein verfügbaren Waren gebildet hat, strömt eine mächtige Welle von illegalen Waren und Leistungen zu völlig überhöhten Preisen. Im Ergebnis muß die Bevölkerung hohe zusätzliche Kosten tragen, die ihr reales, nicht aber ihr statistisches Lebensniveau senken.“ (*Sowjetunion heute*, 7/1990) „Eine enge Verbindung von Schattenwirtschaft und staatlichen Strukturen ist entstanden (...) enge Kontakte von korrumpierten Beamten zur Schattenwirtschaft. (...) Mit der Einbeziehung der Bürokratie bildete sich eine Art Wirtschaftssymbiose heraus.“ (ebenda)

So verschmolz das verfallende revisionistische System mit der illegalen Schattenwirtschaft, die es selbst hervorgebracht hatte.

Folgt aus alledem, daß die Sowjetunion nach der Machtergreifung der Revisionisten ein kapitalistisches Land geworden war? Bevor wir diese Frage voreilig bejahen, sollte uns zunächst zu denken geben, daß die Schattenwirtschaft ja gerade durch die Verknappung von Waren in der offiziellen Wirtschaft hervorgebracht wurde. Warenknappheit ist aber nicht gerade ein Anzeichen für Kapitalismus. „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‘ungeheure

*Warensammlung*’ (...).“ (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 49) Im allgemeinen hat man es im Kapitalismus mit **Überproduktion von Waren** zu tun, gemessen freilich an der durch das niedrige Lohnniveau begrenzten Kaufkraft der arbeitenden Massen. In der revisionistischen Sowjetunion aber brachte die offizielle Wirtschaft **zu wenig Waren** hervor, und erst die unbefriedigte Kaufkraft ermöglichte das sprunghafte Wachsen einer Schattenwirtschaft. Wenden wir uns also der Frage, ob es sich hier wirklich um Kapitalismus handelte, etwas eingehender zu. Die Untersuchung dieser Frage wird uns zunächst wieder in die frühen 60er Jahre zurückführen.

# 16. Die Liberman-Legende

Im September 1962 schlug der sowjetische Ökonom Liberman wirtschaftliche Reformen vor. Sein Artikel erregte sowohl innerhalb als auch außerhalb der Sowjetunion großes Aufsehen. Sowohl manchen bürgerlichen Kommentatoren im Westen als auch manchen revolutionären Kommunisten galten diese Vorschläge Libermans in Verbindung mit den Reformen, die daraufhin tatsächlich durchgeführt wurden, als Beweis für die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion. Selbstverständlich aus jeweils entgegengesetzten Gründen: Die einen vermeldeten hämisch, damit sei bewiesen, wenn man vernünftig wirtschaften wolle, könne man eben nur kapitalistisch wirtschaften. Die anderen, die revolutionären Kommunisten, sahen in der Behauptung der Restauration des Kapitalismus eine besonders konsequente Kritik am Chruschtschowschen und Breshnewschen Revisionismus. So auch diese Zeitung, der ROTE MORGEN, in der Ausgabe vom 18. Dezember 1981. Die KPD hat die Auffassung, damals sei in der Sowjetunion der Kapitalismus restauriert worden, allerdings später zurückgewiesen, beispielsweise im theoretischen Organ *Weg der Partei* 1-2/1992, wo etwa auf Seite 36 festgestellt wird: *„Der Revisionismus (damit sind hier die Gesellschaftsordnungen gemeint, deren politische Spitze die Revisionisten Chruschtschowschen und Breshnewschen Typs bildeten, RM) ist noch kein fertiger Kapitalismus, sondern eine Übergangsgesellschaft, die notwendig im Kapitalismus münden muß. Jedenfalls dann, wenn die Arbeiterklasse nicht zuvor durch eine erneute bewaffnete Revolution die revisionistische Staatsmacht zerschlägt und erneut ihre Klassendiktatur errichtet. Die Bedingungen dafür aber sind (...) im Revisionismus wesentlicher schlechter als im Kapitalismus.“* Doch die Legende, mit den „Liberman-Reformen“ sei in den 60er Jahren der Kapitalismus wiedererrichtet worden, hat sich bis heute mancherorts hartnäckig gehalten, daher wollen wir auf diese Frage etwas ausführlicher eingehen.

Liberman forderte, ein Betrieb solle umso höhere Prämien erhalten, je rentabler er wirtschaftete. *„Das Prinzip besteht erstens darin, daß die Prämie um so höher ist, je rentabler der Betrieb arbeitet. (...) Zweitens besteht das Prinzip darin, daß die Betriebe die Prämien auf der Grundlage einer anteilmäßigen Beteiligung am erzielten Gewinn erhalten: Je höher der vom Werk selbst aufgestellte Plan der Rentabilität ist, um so größer wird die Prämie.“* (Liberman, Plan - Gewinn - Prämie, dokumentiert bei Neumann, Zurück zum Profit, a.a.O., S. 112 ff.) Liberman argumentierte, damit würde der bisherigen Praxis der Betriebe entgegengewirkt, möglichst unrentable und folglich leicht zu erfüllende Pläne zu erreichen, um aufgrund von „Planerfüllung“ Prämien zu kassieren.

1970 konstatierte Liberman, daß die Wirtschaftsreform u.a. erreicht habe, „dem Gewinn den Charakter einer bindenden Kennziffer zur Bewertung und Stimulierung der Leistung eines Unternehmens zu verleihen“. (Liberman, Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus, a.a.O., S. 10)

Stalin hatte in den Ökonomischen Problemen, wie an anderer Stelle bereits zitiert, zu Recht darauf hingewiesen, daß eine sozialistische Wirtschaft sich nicht vorwiegend an der einzelbetrieblichen Rentabilität orientieren kann:

„Völlig falsch ist auch die Behauptung, daß in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung (...) das Wertgesetz angeblich die 'Proportionen' der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie, in denen die Arbeit der Arbeiter nicht den 'nötigen Effekt' zeitigt, nicht geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos rentablen Leichtindustrie eröffnet werden, in denen die Arbeit der Arbeiter einen 'größeren Effekt' zeitigen könnte. (...)

*Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 10 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten (...).*

(SW 15, S. 314 f.)

Zwar spielt die Rentabilität der einzelnen Betriebe im Sozialismus durchaus eine Rolle, zumal die Wirtschaft zugrundegehen müßte, wenn alle Betriebe unrentabel wirtschafteten, doch kann ein für sich unrentabler Betrieb gesamtgesellschaftlich gesehen rentabel sein. Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile. Liberman hatte daher entschieden unrecht, wenn er behauptete: „Was für die Gesellschaft nutzbringend ist, muß auch jedem Betrieb nützlich (er meint: rentabel, d. Verf.) sein.“ (Liberman, Plan - Gewinn - Prämie, a.a.O.) Libermans Konzeption, die Betriebe und ihre Belegschaften vorwiegend gemäß ihrer isoliert betrachteten Rentabilität ökonomisch zu stimulieren, war mit sozialistischem Wirtschaften unvereinbar. Und diese Konzeption wurde tatsächlich auch in die Praxis umgesetzt.

Aber bedeutete das den Übergang zum Kapitalismus?

Liberman ging von der Voraussetzung aus, daß „man den Betrieben nur den geplanten Produktionsumfang, und zwar nach Nomenklatur und Lieferfristen, übergibt.“ (ebenda) „Man“, das sind die staatlichen Planbehörden. „Nomenklatur“, das ist die Benennung, was die Betriebe zu produzieren haben. Die Planbehörden geben den Betrieben also „nur“ vor, was sie in welchen Zeiträumen zu produzieren haben. „Nur“ bezieht sich darauf, daß die Betriebe auf dieser Grundlage über folgendes künftig selbst entscheiden sollten: „Der Plan der Arbeitsproduktivität, der Beschäftigtenzahl, des Arbeitslohnes, der Produktionsselbstkosten, der Akkumulation, der Investitionen (...)“. (Liberman, ebenda) Und: „Soll ein Betrieb ruhig mehr Freiheit in der Verwendung 'seines' Teils des Gewinns haben!“

Und die Preise? Diesbezüglich äußerte sich Liberman 1962 nicht eindeutig. Einerseits sagte er, „die Preise“ sollten „nur zentral“ festgelegt werden. Einige Absätze später aber argumentierte er gegen die Befürchtung, „die Betriebe“ könnten „die Preise für neue Erzeugnisse künstlich hochtreiben“; „die von uns vorgeschlagene Methode“ verhindere in Wirklichkeit gerade das: „Jede zu hohe Festsetzung der Preise für die gelieferten Waren verringert für den Konsumenten die Rentabilität. Dann werden die Verbraucher sehr streng die vom Lieferanten festgesetzten Preise prüfen. Das wird den Volkswirtschaftsräten und der staatlichen Plankommission helfen, keine formale, sondern eine wirksame Kontrolle über die Preisbildung auszuüben.“ (ebenda, Hervorhebung v. RM) Der letzte Satz war reine Demagogie. Bei diesem Verfahren hätten die Plankommission und sonstige staatliche Stellen **keinerlei** Kontrolle über die Preise mehr gehabt. Der Lieferant könnte die Preise festsetzen, doch bei zu hoher Festsetzung würde er auf seinen Produkten sitzenbleiben und müßte folglich beim Preis nachgeben. Mit anderen Worten: Die Preise würden **über den Markt reguliert**. Damit gäbe es dann auch **Konkurrenz** zwischen den Lieferanten, also insbesondere auch zwischen den staatlichen Betrieben. Die Stellung der Betriebe bzw. Betriebsleiter würde sich weitgehend den von Privateigentümern annähern. Die Rentabilität wäre eine Rentabilität im vollen Sinne der Warenproduktion, des Kapitalismus, denn die Gewinne müßten über den Markt realisiert werden. Freilich, Liberman drückte sich zweideutig aus, sprach andererseits von Preiskontrolle durch staatliche Organe. Es sieht so aus, als wäre letzteres nur eine Taktik gewesen, um nicht mit der Tür ins Haus zu fallen, um nicht von Anfang an allzu heftige Proteste der Vertreter des staatlichen Planungs- und Leitungsapparats hervorzurufen. „Hauptsache, wir bringen den Gedanken an Marktpreise mal in die Diskussion, dieser Gedanke wird sich dann schon seinen Weg bahnen“, mag Liberman gedacht haben.

Aber ist es so gekommen? Bekanntlich nicht. Bekanntlich blieb es in den revisionistischen Ländern dabei, daß zumindest das Gros der Preise staatlich festgelegt wurde, und erst in der Phase des unmittelbaren Übergangs zum Kapitalismus wurde dies wesentlich gelockert.

Tatsächlich stieß Liberman bereits 1962 auf heftige Kritik. Die Zeitschrift *Voprosy ekonomiki* brachte in Nr. 11/1962 zwei Artikel, in denen es hieß:

„Nicht vergessen darf man auch die Tendenzen zum Lokalpatriotismus, die manche Republik- und Gebietsfunktionäre, aber auch einzelne Betriebsleiter an den Tag legen. Das führt zu Verstößen gegen die planmäßige Zweckbestimmtheit der Kapitalinvestitionen und Proportionen in der Volkswirtschaft, zur Desorganisation und Lockerung des Planungsprinzips in der Wirtschaft. Würden der Gosplan und die Sownarchose die Planung der Kapitalinvestitionen für die Betriebe einstellen und diese Funktionen den Betrieben übertragen, könnte das ähnliche negative Tendenzen lediglich verschärfen, aber keinesfalls einer besseren Ausnutzung der Kapitalinvestitionsmittel und der Einhaltung der Proportionen in der Entwicklung der Volkswirtschaft förderlich sein.

...

*Stellte man die Planung der Produktionsselbstkosten für die Betriebe ein, würde das zur Schwächung der Aufmerksamkeit diesem grundlegenden ökonomischen Produktionsproblem gegenüber führen. Auf jeden Fall aber würde die Kontrolle der Betriebe in bezug auf die Produktionsauflagen eine Lockerung erfahren. Die durchschnittliche Rentabilitätsnorm würde die Kontrollfunktionen der übergeordneten Organe nicht ersetzen. Bei der Festsetzung der Rentabilitätsnormative wird es immer Streit geben. Die Möglichkeit, bei der Festlegung von Rentabilitätsauflagen hohe Rentabilität zugesprochen zu bekommen, und in Zusammenhang damit die Möglichkeit, daß einzelne Betriebsleiter ihre Reserven verheimlichen, wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, um so weniger, als die Rentabilitätsnormative für eine lange Frist aufgestellt würden.*

*Sogar im kapitalistischen Frankreich (...) ist man bemüht, auf den Betrieb mit Hilfe von Investitionen Einfluß zu nehmen. („Man“, damit ist der Staat der französischen Monopole gemeint, d. Verf.) Bei uns dagegen, in einem sozialistischen Staat, wird vorgeschlagen, den Betrieben die Möglichkeit zu bieten, die Kapitalinvestitionen außerhalb des einheitlichen Planes einzuplanen. Dies wäre in der Tat nichts anderes als ein Verzicht auf die einheitliche Politik der Kapitalinvestitionen, ein Verzicht auf die Planung der strukturellen Verlagerungen und Proportionen in der gesamten Volkswirtschaft.*

Unserer Ansicht nach läßt sich auch die materielltechnische Versorgung nicht durch den Handel mit Produktionsmitteln ersetzen. Für die sozialistische Wirtschaft ist eine solche Methode inakzeptabel. Die Verteilung materieller Ressourcen durch wechselseitige Handelsbeziehungen zwischen Betrieben wird schwerlich gerade jenen Proportionen entsprechen, die zur Lösung der aus dem Volkswirtschaftsplan resultierenden Aufgaben erforderlich sind.“

(zitiert nach Raupach, Geschichte der Sowjetunion, a.a.O., S. 261 f.)

Der letzte Satz ist zweifellos richtig, doch auch das Gerangel der verschiedenen staatlichen Hierarchie-Stränge war nicht in der Lage, die Ori-

entierung der Produktion an gesamtgesellschaftlichen Interessen zu gewährleisten. So sind denn die zitierten Ausführungen - so richtig die Kritik an Liberman für sich genommen war - in hohem Maße mit die Wirklichkeit verschleiender Ideologie durchtränkt, doch zeigen sie eines sehr deutlich: Die Bürokraten der staatlichen Planungs- und Leitungsapparate setzten sich vehement gegen die Vorschläge Libermans zur Wehr. Es gelang ihnen auch, die Realisierung zumindest des größten Teils dieser Vorschläge zu verhindern.

Gewiß, der Gewinn wurde zu „einer bindenden Kennziffer zur Bewertung und Stimulierung der Leistung eines Unternehmens“. Das heißt: Die Zuteilung materieller und finanzieller Mittel durch den Staat an einen Betrieb hing wesentlich davon ab, inwieweit diesem Betrieb Rentabilität attestiert wurde. Doch das war **keine** Rentabilität, die sich über die Realisierung des Warenwerts auf dem Markt beweisen mußte, und folglich mußte der Lieferbetrieb sich auch weiterhin nicht in erster Linie bemühen, in Qualität, Pünktlichkeit usw. die Bedürfnisse des Kunden zu befriedigen, folglich wurde er auch weiterhin nicht über ökonomische Hebel zur Kostensenkung gezwungen, um mit den Angeboten von Konkurrenten mithalten zu können. Rentabilität, Planerfüllung usw. waren nach wie vor überwiegend **keine** objektiven Kategorien, sondern über Rentabilität, Planerfüllung usw. und damit über Prämien und andere Zuteilungen staatlicher Mittel wurde nach wie vor überwiegend von übergeordneten Bürokraten entschieden. Um an dem auf S. 150 f. angeführten Marx-Zitat aus den *Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie* anzuknüpfen: Die Macht der „Sache“ (also eines Werts, der sich über die Konkurrenz auf dem Markt realisieren muß) wurde nicht wiederhergestellt, sondern es blieb bei der Macht von „Personen über Personen“. Dieser Zustand war freilich gegenüber dem Kapitalismus kein Fortschritt mehr, denn diese Macht war ja längst keine proletarische, auf Beseitigung der Klassenunterschiede gerichtete Macht mehr, sondern die Macht einer neuen Ausbeuterklasse, die betreffende Gesellschaftsstruktur entsprach also in gewisser Weise wieder **vorbürgerlichen** Verhältnissen.

Liberman selbst schrieb 1970: „Die Preise werden vom Staat im Interesse der Arbeitenden kontrolliert.“ (Liberman, Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus, S. 71) Die Bezugnahme auf das „Interesse der Arbeitenden“ war reine Ideologie, real aber war, daß Liberman sich zu diesem Zeitpunkt mit der Preisfestsetzung durch die staatlichen Hierarchiestränge abgefunden hatte. Er mußte seine Theorien vorwiegend an den Interessen der staatlichen Planungs- und Leitungsapparate orientieren, sonst hätte er sich nicht als sowjetischer Ökonom halten können.

# 17. War die Sowjetunion kapitalistisch?

Die Behauptung, in der Sowjetunion sei mit der Machtergreifung der Revisionisten der Kapitalismus restauriert worden, verkennt völlig, daß von einer Konkurrenz zwischen den staatlichen Betrieben keine Rede sein konnte, bzw. die Verfechter einer solchen Behauptung versäumen es vollständig, die offenkundige Tatsache des Fehlens dieser Konkurrenz marxistisch zu werten. Mit unmißverständlicher theoretischer Schärfe hatte Marx formuliert:

*„Die freie Konkurrenz ist die Beziehung des Kapitals auf sich selbst als ein andres Kapital, d.h. das reelle Verhalten des Kapitals als Kapitals. (...) die auf das Kapital gegründete Produktion setzt sich nur in ihren adäquaten Formen, sofern und soweit sich die freie Konkurrenz entwickelt, denn sie ist die freie Entwicklung der auf das Kapital gegründeten Produktionsweise (...). Die freie Konkurrenz ist die reelle Entwicklung des Kapitals. Durch sie wird als äußerliche Notwendigkeit für das einzelne Kapital gesetzt, was der Natur des Kapitals entspricht, (der) auf das Kapital gegründeten Produktionsweise, was dem Begriff des Kapitals entspricht. Der wechselseitige Zwang, den in ihr (in der Konkurrenz, RM) die Kapitalien aufeinander, auf die Arbeit etc. ausüben (die Konkurrenz der Arbeiter unter sich ist nur eine andre Form der Konkurrenz der Kapitalien), ist die **freie**, zugleich **reale** Entwicklung des Reichtums als Kapital.“*

(Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S. 543 f., Hervorhebungen von Marx)

Redet man über einen angeblichen Kapitalismus daher, der ohne Konkurrenz existieren könne, so wirft man den Marxschen Begriff des Kapitals und damit den wissenschaftlichen Charakter des Sozialismus über Bord. Wohlgermerkt, hier ist von **ökonomischer** Konkurrenz die Rede. Natürlich gab es zwischen staatlichen Betrieben im Revisionismus insoweit „Konkurrenz“, als jeder versuchte, auf Kosten seiner „Konkurrenten“ möglichst viel Mittel aus dem Staatshaushalt zu bekommen, doch diese „Konkurrenz“ wurde nicht über die **sachliche** Gewalt des Marktes ausgetragen, es war im wesentlichen keine Konkurrenz zwischen Warenproduzenten, sondern sie wurde durch Nutzung **persönlicher** Beziehungen zu einflußreichen Menschen in den Behördenapparaten ausgetragen. Das ist eben gerade **nicht** „reelle Entwicklung des Kapitals“.

*„Begrifflich ist die **Konkurrenz** nichts als die innre **Natur des Kapitals**, seine wesentliche Bestimmung, erscheinend und realisiert als Wechselwirkung der vielen Kapitalien aufeinander, die innre Tendenz (nämlich die Tendenz der Profitmacherei, der Selbstverwertung des Werts, RM) als äußerliche Not-*

wendigkeit. Kapital existiert und kann nur existieren als viele Kapitalien und seine Selbstbestimmung erscheint daher als Wechselwirkung derselben aufeinander.“ (ebenda, S. 317, Hervorhebungen von Marx)

Nämlich: Die Profitmacherei, die Verwertung des Werts ist der **Zweck, die innere Tendenz** der kapitalistischen Produktion, und die Konkurrenz ist der „äußerlich erscheinende“ Stachel, der das innere Zwangsgesetz durchsetzt. Gerade weil dies in den entarteten, ehemals sozialistischen Ländern **fehlte**, kam es dort **nicht** zu Überproduktionskrisen, kam es **nicht** zu einem (gemessen an der zahlungsfähigen Nachfrage) **Überangebot** an Waren, sondern zu einem **Unterangebot**: Geldüberhang bzw. Warenmangel waren chronisch. (Die Rede ist hier von der offiziellen Wirtschaft, nicht von der Schattenwirtschaft.) Im Kapitalismus kann ein solcher Zustand allenfalls vorübergehend bestehen, denn die Preise würden so lange steigen, bis das Warenangebot der Kaufkraft entspricht, doch die Preise bildeten sich in der offiziellen Sowjetwirtschaft ja nicht über den Markt. Der Geldüberhang führte folglich zunehmend dazu, daß man Schwierigkeiten hatte, für das vorhandene Geld Waren zu bekommen, daß man z.B. lange anstehen mußte, um zur Stelle zu sein, wenn mal etwas Besonderes da war. Neben dem offiziellen staatlichen Warenangebot erstarkte ein Schwarzmarkt, auf dem man die in den staatlichen Läden fehlenden Waren kaufen konnte - zu entsprechenden Preisen bzw. gegen Devisen. (Gegen Devisen konnten Angehörige der herrschenden Klasse in bestimmten Läden, den sogenannten intershops, die ansonsten fehlenden Produkte auch legal einkaufen.) Das Wachsen eines illegalen kapitalistischen Schwarzmarktes neben dem offiziellen staatlichen Markt war gerade Ausdruck dessen, daß letzterer **nicht** auf den ökonomischen Gesetzen der Warenproduktion beruhte und folglich auch kein kapitalistischer Markt war.

Die Behauptung, der Machtantritt der Revisionisten sei der „Machtantritt der Bourgeoisie“ gewesen, geht auf Mao Tse-tung zurück, doch in der Hoffnung, den Revisionismus sowjetischer Prägung damit moralisch am Boden zerstört zu haben, konstruieren die Maoisten damit in Wirklichkeit einen „Kapitalismus“, der „die innere Natur des Kapitals, seine wesentliche Bestimmung“ (Marx) abgeworfen hat, mithin einen „Kapitalismus“, der kein Kapitalismus ist. Der zutreffende Hinweis, die Arbeiterklasse werde im Revisionismus ausgebeutet und unterdrückt, macht die Sache nicht besser: Nicht jede Ausbeutergesellschaft ist kapitalistisch.

Man könnte einwenden, auch im monopolistischen Kapitalismus sei die Konkurrenz bis zu einem gewissen Grad ausgeschaltet, und dennoch sei es Kapitalismus. Richtig, doch sie ist eben nur **bis zu einem gewissen Grad** ausgeschaltet, sonst wäre es tatsächlich kein Kapitalismus mehr. Vielfach diktieren die großen Kapitale tatsächlich aufgrund ihrer Monopolstellung, doch zum einen gibt es **zwischen den Monopolen** nach wie vor Konkurrenz im ökonomischen Sinne, und diese spitzt sich sogar enorm zu, und

zweitens basiert das gesamte Wirtschaftsleben auch „unten“ auf der Basis kapitalistischer Konkurrenz, ist der *„Imperialismus und Finanzkapitalismus ein Überbau über dem alten Kapitalismus.“* (Lenin, LW 29, S. 153) *„Nirgendwo in der Welt hat der Monopolkapitalismus ohne freie Konkurrenz in einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen existiert und wird er je existieren.“* (ebenda) *„Der Imperialismus gestaltet in Wirklichkeit den Kapitalismus nicht von Grund aus um, und er kann es auch nicht. Der Imperialismus kompliziert und verschärft die Widersprüche des Kapitalismus, er ‘verknötet’ die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber den Austausch, den Markt, die Konkurrenz, die Krisen (gemeint sind Überproduktionskrisen, RM) usw. beseitigen kann der Imperialismus nicht.“* (LW 24, S. 465, Hervorhebungen von Lenin) Der Imperialismus **ist** Kapitalismus, und zwar Kapitalismus in seinem Verfaulungsstadium; die von den Revisionisten geführten Wirtschaftsordnungen faulten zwar auch, doch sie waren **keine** kapitalistischen Wirtschaftsordnungen, wengleich die Rückkehr zum Kapitalismus ohne neue proletarische Revolution unvermeidlich war: Eine Ausbeuterordnung, die hauptsächlich auf persönlichen Kommandostrukturen beruht, ist gesetzmäßig weniger produktiv als der Kapitalismus und kann sich daher dauerhaft nicht gegen ihn behaupten.

Zwar spielt die Staatlichkeit im Wirtschaftsleben auch im Monopolkapitalismus eine wachsende Rolle: die Monopole nutzen ihren Staat zunehmend, um mit außerökonomischen Mitteln in ihrem Interesse in die Wirtschaft einzugreifen. Insoweit konnte eine gewisse Annäherung zwischen dem staatsmonopolistischen Kapitalismus und den Wirtschaftsordnungen im Machtbereich der Revisionisten festgestellt werden, aber eben nur eine **gewisse Annäherung**. Die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben hatte in letzterem Bereich noch eine andere Qualität.

Dies schließt keineswegs aus, daß die Revisionisten in zunehmendem Maße versuchten, Warenkategorien zur Wirtschaftssteuerung zu nutzen. Die zunehmende Fäulnis, die von der Staatlichkeit ausging, zwang sie zu derartigen Versuchen. Man versuchte erfolglos, mit immer neuen Mischungsverhältnissen von Staatselementen und Warenelementen dem Niedergang entgegenzuwirken. Die vorherrschende Tendenz war aber, daß unter Breshnew die Staatlichkeit in der Wirtschaftsleitung wieder mehr betont wurde als unter Chruschtschow, unter Honecker mehr als unter Ulbricht. Es würde hier zu weit führen, dies im einzelnen darzustellen. Was die DDR betrifft, so werden wir dies bei anderer Gelegenheit tun; es läßt sich sogar mühelos zeigen, daß das Bestreben, das Staatelement gegenüber dem Warenelement zu stärken, gerade der sozialökonomische Inhalt des Sturzes Ulbrichts durch Honecker war. (Und es spricht einiges dafür, daß entsprechendes auch für den Sturz Chruschtschows durch Breshnew gilt.)

In der politischen Ökonomie der Revisionisten wurde sowohl eine Apologie der Ware als auch des Staates als auch der revisionistischen Partei betrie-

ben. Teils läßt sich feststellen, daß bestimmte Ökonomen mehr zu einer Apologie der Ware neigten, andere eher zu einer Apologie des Staates; erstere waren eher mit den Betriebsleitern, letztere eher mit den staatlichen Planungsapparaten verbunden. Die meisten Ökonomen betrieben allerdings schön „ausgewogen“ sowohl eine Apologie der Ware als auch des Staates.

Betrachten wir ein Zitat des sowjetischen Ökonomen Sagainow aus dem Jahr 1975:

„Die Rolle des Führungs- und Leitzentrums für den Wirtschaftsaufbau übernimmt im Sozialismus/Kommunismus die marxistisch-leninistische Partei. Eine besonders wichtige Seite ihrer ökonomischen Politik besteht darin, die Prinzipien, Ziele, Aufgaben, Formen und Methoden der Tätigkeit des Staates im ökonomischen Bereich festzulegen. Die ökonomische Politik stellt den von den Menschen erkannten und im System der Richtlinien der Partei und den ihnen entsprechenden Normativakten formulierten konzentrierten Ausdruck der objektiven ökonomischen Interessen der Gesellschaft (...) dar.“

(Sagainow, Sozialistischer Staat und ökonomische Gesetze, a.a.O., S. 91)

Die Apologie der revisionistischen Partei, begründet von Chruschtschow, wird hier so weit getrieben, daß ihre Führungsrolle sogar für den „Kommunismus“ festgeschrieben wird. Dabei scheut der Autor auch den **offenkundigen** Widerspruch zum Marxismus-Leninismus nicht: Dem Marxismus-Leninismus zufolge repräsentieren Parteien Klassen, und in der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft kann es folglich keine kommunistische Partei mehr geben. - Zum andern wird hier die Apologie des Staates sehr deutlich. Ausschließlich der von der revisionistischen Partei geführte Staat leitet die Wirtschaft, und was dabei rauskommt, hat gefälligst als „Ausdruck der objektiven ökonomischen Interessen der Gesellschaft“ zu gelten. Da die Partei den Staat „im Sozialismus/Kommunismus“ zur Wirtschaftsleitung nutzt, muß man davon ausgehen, daß auch der Staat in Sagainows „Kommunismus“ fortbestehen wird. Auch hier interessiert der Marxismus-Leninismus, demzufolge der Staat beim Übergang zum Kommunismus abstirbt, den revisionistischen Ökonomen weniger als das Schwarze unter dem Fingernagel.

Ein Beispiel für Apologie der Warenwirtschaft findet sich bei dem sowjetischen Politökonom Paschkow:

„Auch die gesamte folgende Praxis hat gezeigt, daß auch im Sozialismus nicht nur für die Kolchosbauernwirtschaft, sondern auch für die Arbeiterklasse der Handel, der Markt, die notwendige Form der wirtschaftlichen Beziehungen ist, und daß die Partei im ersten Stadium der kommunistischen Gesellschaft den Werktätigen auch nichts Besseres als Ersatz für diese Form der Beziehungen anbieten kann, die im Verlaufe von vielen Jahrtausenden durch die Erfahrungen der Menschheit erprobt und überprüft worden ist.“

(Paschkow, Ökonomische Probleme des Sozialismus, S. 195)

Daß der Sozialismus Warenelemente als Krücke nutzen muß, steht außer Zweifel, doch daß „die Partei“ „den Werktätigen“, darunter auch der Arbeiterklasse, schlichtweg **nichts (!) Besseres** als den Markt „anbieten“ kann, das ist eine Bankrotterklärung. Faktisch freilich hat die revisionistische Partei durchaus etwas anderes „angeboten“ als Marktbeziehungen, nämlich staatliche Kommandowirtschaft, wenngleich in der Tat bezweifelt werden muß, ob das für sich genommen, ohne führende Rolle der Arbeiterklasse im Wirtschaftsleben, etwas „Besseres“ war.

An anderer Stelle äußert sich freilich auch ein Paschkow „ausgewogener“: *„In der staatlichen Leitung der sozialistischen Wirtschaft sind die administrativen Methoden eng mit ökonomischen Methoden verbunden, verflochten. In dieser oder jener historischen Entwicklungsperiode der Leitung der Volkswirtschaft könnte man vielleicht davon sprechen, daß eine der beiden Methoden überwiegt. Denn auch ökonomische Methoden der Leitung der Betriebe seitens des Staates setzen entsprechende administrative Maßnahmen des Staates voraus und sind ohne diese nicht möglich.“*

(ebenda, S. 180, Hervorhebung von Paschkow)

Mit „ökonomischen“ Methoden der Wirtschaftsleitung meint Paschkow Ware-Geld-Beziehungen, mit administrativen Methoden staatliche Kommandowirtschaft. Hier wird deutlich, daß die beiden **Krücken**, die die Arbeiterklasse im Sozialismus zur Wirtschaftsleitung noch hatte nutzen müssen, Staatlichkeit und Ware-Geld-Beziehungen, nun verselbständigt wirken. Zugleich wird deutlich, welche dieser beiden Kräfte die erste Geige spielt: die Staatlichkeit. „Auch ökonomische Methoden“ „setzen entsprechende administrative Maßnahmen des Staates“ voraus, sagt Paschkow. Dieser Satz beschreibt eindeutig **keine** kapitalistischen Verhältnisse.

Man könnte fragen, warum es denn überhaupt so wichtig ist, ob die von den Revisionisten beherrschten Wirtschaftsordnungen kapitalistisch waren oder nicht. Ist das entscheidende nicht, daß die Arbeiterklasse ausgebeutet und unterdrückt wurde? Ist die Frage, ob das Kapitalismus war, nicht zu vernachlässigen?

Diese Frage darf **keineswegs** vernachlässigt werden. Zum einen entspricht die Behauptung, die betreffenden Gesellschaftsordnungen seien kapitalistisch gewesen, nicht der Wirklichkeit, man macht sich mit einer derartigen Behauptung also unglaubwürdig und kann die betreffenden Ereignisse nicht erklären, verfällt in idealistische Schemata. Zum anderen ist es aus zwei Gründen notwendig, den klassenmäßigen Inhalt der Staatlichkeit in der Wirtschaftsleitung herauszuarbeiten:

Erstens gibt es auch heute revisionistische Kräfte, die die staatliche Leitung der Wirtschaft als per se fortschrittlich darstellen, auf dieser Grundlage weiterhin als Apologeten der untergegangenen revisionistischen Regimes wirken und damit den Marxismus-Leninismus unter den arbeiten-

den Menschen in Mißkredit bringen. Dem müssen die Kommunisten unter anderem dadurch entgegenzutreten, daß sie den klassenmäßigen Inhalt der betreffenden Prozesse und gesellschaftlichen Formationen aufdecken.

Zweitens entfaltet die Staatlichkeit hinsichtlich der Wirtschaftsleitung bereits im Sozialismus **auch** negative Wirkungen, wenngleich sie dort als Krücke **erforderlich** ist und hauptsächlich fortschrittlich ist. Zur Auswertung der geschichtlichen Erfahrungen aber gehört es auch, die Wirkungen des Staates im Sozialismus **allseitig** zu untersuchen, **auch** nach seiner **negativen** Seite hin, um entsprechende Schlußfolgerungen für die revolutionäre Strategie und Taktik beim Übergang zum Kommunismus zu ziehen. Die negative Seite der staatlichen Leitung der Wirtschaft liegt indessen im Revisionismus sozusagen in reiner, in verabsolutierter Form empirisch vor, jedenfalls ohne fortschrittliches, kommunistisches Element (abgeschwächt allein durch Warenelemente). Dieser Umstand muß für die Analyse der negativen Seite staatlicher Wirtschaftsleitung auch im Sozialismus genutzt werden.

# 18. War die Sowjetunion imperialistisch?

Nun ging und geht die marxistisch-leninistische Weltbewegung allerdings so gut wie einheitlich von der These aus, daß die von Chruschtschow und Breshnew geführte Sowjetunion **imperialistisch** war. Der Imperialismus ist aber nach Lenin ein bestimmtes, nämlich das höchste und letzte, das monopolistische Stadium des Kapitalismus, er ist faulender Kapitalismus, Kapitalismus in seinem Fäulnisstadium. Kann also an der Qualifizierung der Sowjetunion als einer imperialistischen Macht festgehalten werden, wenn wir sagen, daß sie **nicht kapitalistisch** war?

Lenin unterscheidet zwischen einem engen und einem weiten Imperialismus-Begriff. Der erstere ist der, den wir soeben skizziert haben. In **diesem** Sinne war die Sowjetunion **nicht** imperialistisch, da sie nicht kapitalistisch war.

Lenin gibt aber auch einen **weiten** Imperialismus-Begriff:

*„Als aber Napoleon das französische Kaiserreich errichtete und eine ganze Reihe seit langem bestehender, großer, lebensfähiger Nationalstaaten Europas unterjochte, da wurden die nationalen französischen Kriege zu imperialistischen, die nun ihrerseits nationale Befreiungskriege gegen den Imperialismus Napoleons erzeugten.“*

(Lenin, Über die Junius-Broschüre, LW 22, S. 314)

Bekanntlich befand sich Frankreich damals noch nicht in der monopolistischen Periode des Kapitalismus, war also **im engen Sinne nicht** imperialistisch, und dennoch bezeichnet Lenin die von diesem Frankreich geführten Kriege als **imperialistisch**, spricht er vom **Imperialismus Napoleons**.

*„England und Frankreich haben im Siebenjährigen Krieg (1756 - 1763, RM) um Kolonien gekämpft, d.h. einen imperialistischen Krieg geführt (der ebenso auf der Basis der Sklaverei und der Basis des primitiven Kapitalismus wie auf der gegenwärtigen Basis des hochentwickelten Kapitalismus möglich ist).“*

(ebenda, S. 316)

Hier geht Lenin sogar davon aus, daß **im weiten Sinne imperialistische Kriege** auch in der **Sklavenhaltergesellschaft** möglich sind. So waren z.B. die Kriege zwischen den römischen und den karthagischen Sklavenhaltern in diesem weiten Sinne **imperialistisch**. Imperialistisch in diesem **weiten** Sinne sind **alle Kriege und überhaupt alle auf Ausweitung des Machtbereichs über das eigene Land hinaus gerichteten Bestrebungen von Ausbeuterklassen, sofern diese Bestrebungen ausschließlich reaktionären Charakter haben.**

In diesem Sinne war auch die Sowjetunion unter Chruschtschow und Breschnew **imperialistisch**.

Entsprechende Ansätze zeigten sich bereits Ende der 60er Jahre:

*„Im Juli und November 1959 wurden in zwei Unionsrepubliken - Aserbaidshan und Lettland - die Parteiführungen fast vollständig umbesetzt. Hierbei handelte es sich jedoch nicht um die bereits 'üblichen' Umbesetzungen, sondern um Widerstände gegenüber der Russifizierung. Dabei spielte vor allem der Sprachunterricht in nicht-russischen Schulen eine wichtige Rolle. Bis zur Verabschiedung des Gesetzes über die Schulreform galt das Prinzip, in allen Schulen der nicht-russischen Unionsrepubliken **drei** Sprachen zu unterrichten: die Heimatsprache der betreffenden Unionsrepublik, Russisch und eine Fremdsprache. Das Rahmengesetz über die Schulreform sah dagegen vor, den Eltern die Entscheidung zu überlassen, ob sie ihre Kinder in der Nationalsprache unterrichten lassen oder in eine russische Schule schicken wollten. Da viele Eltern - nicht zu unrecht - glaubten, der Unterricht in einer russischen Schule werde ihren Kindern eine zukünftige Karriere erleichtern, bedeutete dies in der Praxis eine **weitere Verdrängung der nichtrussischen Sprachen in der UdSSR**. Mit Ausnahme von Aserbaidshan und Lettland wurde diese Bestimmung in allen Unionsrepubliken durchgesetzt. Lediglich in Aserbaidshan und Lettland blieb das frühere System bestehen, wonach die Kinder ihre Heimatsprache (Aserbaidshanisch bzw. Lettisch), Russisch und eine Fremdsprache zu lernen hatten.“*

(Leonhard, S. 408 f.)

Das Drei-Sprachen-System war Ausdruck von Stalins Nationalitätenpolitik, die darauf gerichtet war, allen Nationalitäten innerhalb der UdSSR Möglichkeiten zu ihrer Entfaltung zu garantieren. Ironischerweise dokumentiert Leonhard, der zwei Seiten später demagogisch über die „*besonders krassen Formen der Russifizierungspolitik Stalins*“ klagt, dies hier unfreiwillig. Ebenso deckt er auf, daß - im Gegensatz zu Stalin - **Chruschtschow** eine Russifizierungspolitik betrieb. Die - mit welchen Mitteln auch immer angestrebte - Unterdrückung nichtrussischer Sprachen war im Keim bereits großrussischer Imperialismus; Imperialismus hier im **weiten** Sinne genommen.

Im Verhältnis zu den anderen Ländern des RGW, des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe, in dem die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder vertreten waren, nahm die sowjetische Politik bald nach Stalins Tod imperialistische Züge an. Pikanterweise wurde „*auf der Moskauer Ratstagung vom Mai 1954 (...) das stalinsche System der wirtschaftlichen Ausbeutung der Satellitenländer kritisiert und eine sinnvolle ökonomische Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ostblockstaaten und der Sowjetunion vorgeschlagen*“. (Leonhard, S. 167) Die sowjetische Führung folgte hier der Taktik des Diebes, der „*Haltet den Dieb!*“ schreit, denn in Wirklichkeit begann sie zu diesem Zeitpunkt das, was sie Stalin vorwarf: die anderen Länder in Satellitenländer zu verwandeln und auszubeuten. Leonhard deckt auch dies unfreiwillig auf. Unfreiwillig insofern, als er in höchsten Tönen lobt, daß die sowjetischen Bera-

ter in den osteuropäischen Ländern nunmehr „nicht als Kontrolleure der sowjetischen Botschaft, sondern als Berater im wahren Sinne des Wortes“ agierten; ihm zufolge „benahmen sie sich äußerst höflich, mischten sich nicht in Detailfragen ein, sondern hatten lediglich die Aufgabe, sich ein allgemeines Bild zu verschaffen, um die Koordinierung der Wirtschaftspläne vorzubereiten.“ (S. 167 f.) Sieh mal einer an: Kaum war Stalin tot, schon benahmen sich die sowjetischen Wirtschaftsberater höflich. Doch danach teilt Leonhard mit:

*„Im Dezember 1955 fand in Budapest die nächste Tagung des Rates statt. Es war die erste Ratstagung außerhalb der Sowjetunion. Das war ein symbolisches Zeichen dafür, daß die sowjetische Ausbeutungspolitik (Leonhard meint: unter Stalin, RM) von neuen Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit abgelöst werden sollte. Der Rat beschloß, die Ostblockstaaten als einheitliches Wirtschaftsgebiet zu behandeln, in dem jedes Land bestimmte Produktionsaufgaben für das ganze Gebiet übernimmt. Polen wurde z.B. Schwerpunktland für Steinkohle, die Sowjetzone (Leonhard meint die DDR, RM) für Braunkohle und Chemie, die Tschechoslowakei für Fahrzeugbau. Auch die einzelnen Zweige der Rüstungsproduktion wurden aufgeteilt. Das System der Spezialisierung und Kooperation, das zu jener Zeit innerhalb der Sowjetunion eingeführt wurde, wurde damit auf den gesamten Ostblock ausgedehnt.*

*Auf dem XX. Parteitag verkündete Chruschtschow offiziell die Verschmelzung der Ostblockwirtschaften: 'Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit schafft aussichtsreiche Möglichkeiten für die beste Ausnutzung der Produktions- und Rohstoffressourcen und verknüpft erfolgreich die Interessen eines Landes mit den Interessen des gesamten sozialistischen Lagers. Heute ist es nicht mehr notwendig, daß jedes sozialistische Land unbedingt alle Zweige der Schwerindustrie entwickelt, wie das die Sowjetunion tun mußte, die lange Zeit das einzige Land des Sozialismus war ... Jetzt, da es einen mächtigen Freundschaftsbund der sozialistischen Länder gibt ... , kann sich jedes europäische Land der Volksdemokratie auf die Entwicklung jener Industriezweige, auf die Produktion jener Güter spezialisieren, für die es die günstigsten natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen besitzt.'“ (Leonhard, S. 168)*

Auf diese Weise machte Chruschtschow die anderen Länder von der Sowjetunion abhängig. Die Sowjetunion sollte die Schlüsselindustrien monopolisieren, die anderen Länder sollten ihre Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen der Sowjetunion entwickeln. Diese Abhängigkeit gab der Sowjetunion wiederum die Möglichkeit, die anderen Länder unter Druck zu setzen. Derartige Bestrebungen müssen mit Fug und Recht als imperialistisch bezeichnet werden, auch wenn in der Sowjetunion kein Monopolkapital herrschte.

Eine eindrucksvolle Schilderung, wie die sowjetischen Führer um Chruschtschow - ganz im Gegensatz zu Stalin - einen derartigen Druck ausübten, gibt Enver Hoxha in seinem Werk *Die Chruschtschowianer*. So versuchte Chruschtschow z.B., Albanien an der Entwicklung einer Schwerindustrie zu hindern. (vgl. Enver Hoxha, *Die Chruschtschowianer*, S. 85) „Wozu braucht

*ihr denn Industrie?“, predigten die sowjetischen Führer. (S. 88) Und: „Macht euch wegen des Brotgetreides keine Sorgen“, erklärte Chruschtschow, „Brotgetreide könnt ihr von uns haben, soviel ihr wollt.“ (S. 86) Später weigerte sich die Chruschtschowsche Führung, Albanien Getreide zu verkaufen, als die albanischen Brotgetreidevorräte nur noch für fünfzehn Tage reichten. Auf diese Weise sollte Albanien das sowjetische Diktat aufgezwungen werden. „Warum sorgt ihr euch um das Brot“, hatte uns Chruschtschow einst gesagt. ‚Baut Zitrusfrüchte an, das Brotgetreide, das Albanien braucht, fressen bei uns die Mäuse in den Speichern.‘ Und als dem albanischen Volk das Brot auszugehen drohte, da fütterte Chruschtschow lieber die Mäuse, als den Albanern etwas zu geben. Für ihn hatten wir nur zwei Möglichkeiten: entweder vor ihm zu Kreuze zu kriechen oder unterzugehen.“ (S. 452) Aber immerhin benahmen sich die sowjetischen Berater in den osteuropäischen Staaten nach Stalins Tod „äußerst höflich“, wie Leonhard hervorhob.*

Später entwickelte Breshnew eine sogenannte Theorie der „beschränkten Souveränität eines sozialistischen Landes“, derzufolge der Kreml die Befugnis hatte, die Schranken der Souveränität der Satellitenländer zu definieren. In Wirklichkeit war das keine Theorie, sondern ein Machtdiktat, denn die Definitionen erfolgten nicht mittels theoretischer Überlegungen, sondern mittels Panzern, wie 1968 in Prag. Unbestreitbar befand sich die Tschechoslowakei zu diesem Zeitpunkt auf dem Weg zum Kapitalismus und ins westliche imperialistische Lager, doch die sowjetische Führung verfolgte alles andere als das Ziel, den Sozialismus zu verteidigen. Zum einen läßt sich der Sozialismus bekanntlich nicht exportieren, zum andern war die Sowjetunion selbst längst nicht mehr sozialistisch. Sie verfolgte in der CSSR nur ihre eigenen Großmachtinteressen.

Der Marxismus-Leninismus geht davon aus, daß jede Nation, sei sie bürgerlich oder sozialistisch, das Recht hat, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. *„Die Nation hat das Recht, über ihr Schicksal frei zu bestimmen. Sie hat das Recht, sich einzurichten, wie es ihr beliebt, wobei sie natürlich nicht den Rechten anderer Nationen Abbruch tun darf. Das ist unbestreitbar.“* (Stalin, Marxismus und nationale Frage, SW 2, S. 285) Das war für Stalin alles andere als eine papierene Phrase, das war ein unverrückbares Prinzip seiner Politik. So kam z.B. für ihn eine militärische Intervention gegen das titoistische Jugoslawien nicht in Betracht. Westliche Beobachter haben behauptet, über diese Frage sei es in der sowjetischen Führung seinerzeit zu einem heftigen Kampf gekommen und Stalin habe sich gegen seine Gegner, die für eine Intervention gewesen seien (hier wurde Shdanow genannt), durchgesetzt. (vgl. von Rauch, Geschichte der Sowjetunion, S. 474) Letzteres mag Spekulation sein, doch wie dem auch immer sei: Stalins Haltung, derzufolge eine militärische Aktion gegen Jugoslawien nicht in Betracht kam, wurde also auch von westlichen Beobachtern hervorgehoben. (Eine solche Aktion wäre in der Tat auch nicht geeignet gewesen, den Übergang Jugo-

slawiens in das kapitalistische Lager zu verhindern.) Stalin kannte keine „Theorie der beschränkten Souveränität“ eines anderen Landes.

Bezeichnend ist auch Breshnews Haltung bei Ulbrichts Sturz. Der Revisionist Ulbricht hatte zweifellos beträchtliche Differenzen zum Revisionisten Breshnew, doch einen Übergang ins Lager des westlichen Imperialismus im Stile Dubceks plante er ganz gewiß nicht. Doch als Honecker Breshnew heimlich aufsuchte, um Stimmung gegen Ulbricht zu machen, äußerte Breshnew: *„Auf irgendwelche Schritte von Walter, die die Einheit des Politbüros, die Einheit der SED betreffen, werden wir von uns aus reagieren. Ich sage Dir ganz offen, es wird ihm auch nicht möglich sein, an uns vorbei zu regieren, unüberlegte Schritte gegen Sie und andere Genossen des Politbüros zu unternehmen. **Wir haben doch Truppen bei Ihnen.** (...) Wir sind schon lange der Auffassung, daß Du nach ihm die Partei leitest... Die Frage ist doch schon entschieden. Er kann noch 2 bis 3 Jahre arbeiten - als Präsident. Es ist sein Alter. Man muß jetzt die Frage lösen. Verstehst Du?“* (vgl. Podewin: Walter Ulbricht, Eine neue Biographie bei Dietz Berlin, a.a.O. S. 425 f., Hervorhebung v. RM) *„Wir haben doch Truppen bei Ihnen.“* Breshnew war nun einmal daran gewöhnt, notfalls mit Truppen einzugreifen, um das eigene Haus zu ordnen - und als „eigenes Haus“ faßte er den sowjetischen Machtbereich auf. Auch der Krieg in Afghanistan gehörte zu dieser Logik. Letzterer freilich schlug gegen diejenigen zurück, die ihn angezettelt hatten. Der Afghanistan-Krieg, der militärisch nicht zu gewinnen war, trug nicht unerheblich zur weiteren Zersetzung der sowjetischen Gesellschaftsordnung bei.

Sicherlich basierten die imperialistischen Bestrebungen der Sowjetunion nicht auf Überproduktion; wie schon gesagt, bestand chronischer Geldüberhang, also Unterproduktion. Vielmehr mußten andere Länder insbesondere auch deshalb ausgeplündert werden, um das Unterangebot an Konsumgütern im eigenen Lande zu mildern. Dieser Imperialismus resultierte aus dem spezifischen Parasitismus der revisionistischen Gesellschaftsordnung, auf deren grundlegendem Widerspruch: der Leitung der Wirtschaft durch staatliche bürokratische Apparate, der Herrschaft von Personen über Personen (im Unterschied zur sachlichen Gewalt der Warenproduktion), die zu den modernen, entwickelten Produktivkräften nicht paßt.

Die staatliche Kommandostruktur der Wirtschaft führte zur zunehmenden **Zentralisierung**. *„Notwendig wird eine verstärkte Konzentration der Produktion. (...) Der Kurs auf die Bildung von Vereinigungen und Kombinatn muß entschlossener gesteuert werden (...).“* (Breshnew, Bericht auf dem 24. Parteitag, Moskau 1971, S. 126) Die Leiter der Schwerindustrie wurden besonders mächtig; sie waren wiederum mit den führenden Militärs eng verbunden. So entwickelte sich unter Breshnew eine Art industriell-militärischer Komplex, und die führenden Militärs spielten eine immer größere politische Rolle, ein Prozeß, der seinerseits die Militarisierung des Landes und imperialistische Zielsetzungen förderte.

Betrachtet man die Dinge oberflächlich, so kann das Primat der Schwerindustrie als Fortsetzung der Stalinschen Politik angesehen werden, und die sowjetischen Revisionisten versuchten trotz aller Angriffe auf Stalin durchaus bis zu einem bestimmten Grad, einen solchen Anschein zu erwecken, um die Autorität, die Stalin innegehabt hatte, für ihre Zwecke zu nutzen. Doch ihre Ziele hatten mit Stalins Zielen nichts gemein. Da die Sowjetunion ein rückständiges Land gewesen war, mußte Stalin den Aufbau der Schwerindustrie mit aller Energie vorantreiben, um die Produktivkräfte für den Sozialismus zu schaffen. Nachdem dies in einer gewaltigen Anstrengung gelungen war, hätte die Arbeiterklasse die Früchte ernten können, indem die Produktivkräfte zur Steigerung der Konsumtionsfähigkeit der Massen hätten dienen können und die Hauptproduktivkraft, die Arbeiterklasse selbst, sich durch Einnahme einer führenden Stellung in allen gesellschaftlichen Bereichen in jeder Hinsicht hätte entwickeln können. Jedoch wurde die Arbeiterklasse der Macht beraubt, der gesellschaftliche Reichtum diente fortan zur parasitären Konsumtion der neuen herrschenden Klasse und zur Festigung ihrer Macht, mit den Produktivkräften wurde Raubbau getrieben.

Breshnew selbst deutete 1971 in seinem Bericht auf dem 24. Parteitag an, **aus welchen Gründen** zu diesem Zeitpunkt der Schwerpunkt auf die Schwerindustrie gelegt wurde. Nach phrasenhaften Bekundungen, *„das hohe Entwicklungstempo der Schwerindustrie“* diene der *„Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus“* und sichere *„die materiellen und technischen Mittel (...) für eine höhere Arbeitsproduktivität“*, kam er zum Kern der Sache: *„(...) weil es ohne Entwicklung der Schwerindustrie unmöglich ist, die Verteidigungsfähigkeit, die die Sicherheit unserer Heimat, die friedliche Arbeit unseres Volkes garantiert, auf dem erforderlichen Stand zu halten. In dieser Hinsicht ist in den fünf Jahren (vor 1971, RM) viel geleistet worden: Die Sowjetarmee ist heute mit allen Arten der modernen Kriegstechnik ausgestattet.“* (Breshnew, Bericht auf dem 24. Parteitag, S. 84 f.)

Zwar hätten auch im Sozialismus die notwendigen Anstrengungen zur militärischen Verteidigung gegen den Imperialismus getroffen werden müssen, die Schwerindustrie hätte aus diesem Grunde, aber auch als weiterhin wichtiges Kettenglied der Volkswirtschaft ihre Bedeutung gehabt. Doch das Wettrüsten mit den USA, das nun einsetzte, orientierte sich keineswegs an der Landesverteidigung, sondern an den Interessen des militärisch-industriellen Komplexes und an den imperialistischen Zielsetzungen der Sowjetunion. Der Krieg in Afghanistan z.B. hatte mit der „Sicherheit unserer Heimat“, von der Breshnew demagogisch sprach, genausoviel zu tun wie die Sicherheit der BRD mit dem Einsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien, nämlich gar nichts.

*„Breshnew garantierte dafür, daß kontinuierlich wenigstens ca. 13 - 14 % des sowjetischen Sozialprodukts für die Rüstung verausgabt, d.h. unproduktiv verwendet wurden. Die ganze Industrie richtete sich nach militärischen Gesichtspunkten aus.“* (Karuscheit/Schröder, S. 270, mit weiteren Nachweisen)

# Die Theorie der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus entsprechend den geschichtlichen Er- fahrungen weiterentwickeln!

Die revisionistische Gesellschaftsordnung war kein Kapitalismus, sondern eine Übergangsgesellschaft zum Kapitalismus. Sie war keine eigenständige sozialökonomische Formation. Übrigens ist ja auch der Sozialismus keine eigenständige sozialökonomische Formation. Er ist eine Gesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus, deren Produktionsverhältnisse sowohl Elemente der alten Gesellschaft als auch des Kommunismus beinhalten, und folglich kann er sich sowohl in Richtung Kommunismus voran- als auch in Richtung Kapitalismus zurückentwickeln. Die von den Revisionisten geführte Gesellschaft hat mit dem Sozialismus der Form nach einiges gemein, doch das dem Sozialismus eigene kommunistische Element innerhalb der Produktionsverhältnisse ist verlorengegangen, und folglich kann sich die Gesellschaft ohne erneuten von der Arbeiterklasse geführten revolutionären Umsturz nicht mehr zum Kommunismus entwickeln. Ohne einen solchen Umsturz kann sich diese Gesellschaft aufgrund ihrer inneren Logik nur zum Kapitalismus entwickeln. Die revisionistischen Regimes sind also nicht kapitalistisch, doch sie sind gegenüber dem Kapitalismus auch nicht fortschrittlich. Sie sind in gewisser Weise noch parasitärer als der Kapitalismus, hemmen die Produktivkräfte noch mehr als die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, und das ist auch der Grund, warum sie in den meisten Ländern untergegangen sind und in den noch verbliebenen keine Perspektive haben. Doch der Sieg des Kapitalismus führte keineswegs zu einer Befreiung der Produktivkräfte in den ehemals revisionistischen Ländern, sondern das Tempo der Fäulnis hat durch den vorübergehenden Sieg des Kapitalismus noch zugenommen. Der Kapitalismus selbst ist auf dem absteigenden Ast, der Verfaulungsprozeß der revisionistischen Länder hatte den der kapitalistischen lediglich ein wenig überholt.

Diese Überlegungen sollen hier nicht weiter ausgeführt werden. Sie sind entwickelt im theoretischen Organ der KPD *Weg der Partei* 1-2/92 „Sind revi-

sionistische Regimes fortschrittlich?“, erhältlich beim Verlag Roter Morgen. Auf diese Ausarbeitung sei daher verwiesen.

Will die Arbeiterklasse der verfaulenden kapitalistischen Ordnung den Todesstoß versetzen, so besteht **eine**, allerdings eine **überaus bedeutende** Voraussetzung dafür darin, daß die Theorie des Sozialismus, der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, auf die Höhe der Zeit gehoben wird, daß die geschichtlichen Erfahrungen ausgewertet und theoretisch verallgemeinert werden. Die KPD arbeitet im Rahmen ihrer - gegenwärtig recht bescheidenen - Möglichkeiten an dieser Aufgabe, und die jetzt zu Ende gehende Artikelserie ist Teil dieser Arbeiten. Wir würden uns freuen, wenn diese Artikel-Serie zu einer Intensivierung der betreffenden Diskussion beitragen könnte, und wir möchten diese Diskussion im ROTEN MORGEN gerne weiter führen. Beiträge hierzu sind uns willkommen.

Wir haben in der vorliegenden Arbeit noch keine systematische analytische Trennung zwischen sowjetischen Besonderheiten einerseits und allgemeinen Erscheinungen und Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus andererseits vorgenommen. Diese analytische Trennung, diese Abstraktion von den sowjetischen Besonderheiten ist jedoch erforderlich, wenn man an der Analyse der allgemeinen Bewegungsgesetze des Sozialismus sowie der Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterklasse auf dem Wege zum Kommunismus weiterarbeiten will. Andererseits müssen dabei auch die Erfahrungen anderer Länder einbezogen und systematisiert werden, wobei für uns in Deutschland die Erfahrungen der DDR natürlich von besonderer Bedeutung sind. Wir stellen uns daher zunächst zwei Aufgaben: Zum einen, aus der hier dargestellten Entwicklung der Sowjetunion Schlüsse allgemeinerer Art zu ziehen, zum zweiten, bezüglich der Entwicklung der DDR in ähnlicher Weise den roten Faden aufzuspüren, wie wir es hier bezüglich der Entwicklung der Sowjetunion getan haben. Der ROTE MORGEN wird die betreffenden Publikationen jeweils nach Erscheinen vorstellen.

Die Ausarbeitung der Theorie der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus ist eine gleichermaßen bedeutende wie umfassende Aufgabe, die im übrigen auch keineswegs allein im nationalen, sondern nur im internationalen Rahmen zufriedenstellend gelöst werden kann. Diese Aufgabe muß schon deshalb mit aller Energie angegangen werden, weil die derzeitige Zerfahrenheit der Arbeiterbewegung nicht zuletzt auch darin wurzelt, daß in der Frage des Sozialismus große Verwirrung herrscht, eine Verwirrung, die von der imperialistischen Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft genutzt wird. Dieser Zustand darf nicht länger hingenommen werden.

1. Ein Artikel aus dem Roten Morgen 24/95 und 1/96
2. Ein kritischer Leserbrief des Genossen Dr. Gossweiler, der sich auf vorgenannten Artikel bezieht
3. Antwort der Redaktion des Roten Morgen



1. Ein Artikel aus dem Roten Morgen  
Nummer 24/95 und 1/96

## Eine Kontroverse über Sozialismus und Revisionismus

oder

### Mit welchen „Verteidigern“ Stalins wir nichts gemeinsam haben

Vor einiger Zeit (17.2.95) brachte die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, die Zeitung des „Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD“, einen Beitrag des führenden DKP-Theoretikers Hans Heinz Holz, in welchem dieser sich positiv über Stalin äußerte. Chruschtschows Angriffe auf Stalin bezeichnete Holz als „kleinbürgerliche Jammertiraden“. Ausdrücklich begrüßte Holz eine vorherige Stellungnahme Kurt Gossweilers zu diesem Thema: *„Es ist gut, daß ein international hoch geachteter Altmeister marxistischer Geschichtsschreibung das Stichwort gegeben hat, diese Diskussion gründlich zu führen.“* Gossweiler war in der DDR als Theoretiker der SED tätig. Heute gehört er der PDS an und gehört zu jenen, die gegen die sozialdemokratische Richtung von Gysi und Co. ankämpfen. Den Redebeitrag, auf den Holz Bezug nimmt, hielt Gossweiler auf einer 1.Mai-Veranstaltung der Partei der Arbeit Belgiens. Nebenbei: Im ersten Satz schließt er sich dem Dank an, den sein Vorredner, „Genosse Karl Eduard von Schnitzler“ (bekannt vom Schwarzen Kanal) den Veranstaltern aussprach. Abgedruckt ist der Redebeitrag im „Streitbaren Materialismus“ Nr. 18, der vom dem „Arbeiterbund“ nahestehenden „Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung“ herausgegeben wird.

Nun war die Haltung zu Stalin eine der großen Streitfragen in der Auseinandersetzung zwischen dem revisionistischen Lager, welches sich ideologisch an der Sowjetunion Chruschtschows und Breshnews orientierte, einerseits und der marxistisch-leninistischen Weltbewegung andererseits. Wenn Theoretiker wie Holz und Gossweiler, die dem erstgenannten Lager angehörten, **heute** entdecken, daß Stalin offenkundig ein bedeutender Führer der kommunistischen und Arbeiterbewegung war, so ist dies also nicht uninteressant. Gossweiler erklärt sogar: „*Der XX. Parteitag (der KPdSU, RM) war eine entscheidende Zäsur in der Geschichte der Sowjetunion, aber auch der ganzen kommunistischen Weltbewegung. Er vollzog den Bruch mit dem Leninismus und den Übergang auf die Position des Revisionismus in entscheidenden Fragen, dies aber unter der Flagge der 'Rückkehr zu Lenin'.*“ (Gossweiler, Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus, a.a.O., S. 43) Genau dies hat die marxistisch-leninistische Weltbewegung, die sich in den 60er und 70er Jahren weltweit ideologisch und organisatorisch von den Revisionisten getrennt hat, ebenfalls vertreten. Diese Erkenntnis war ja gerade der Grund für diesen Bruch, die Erkenntnis nämlich, daß die KPdSU und die mit ihr verbundenen Parteien, darunter die SED und die DKP, die Theorie des Marxismus-Leninismus in entscheidenden Punkten revidiert, also mit dem Marxismus-Leninismus gebrochen hatten und folglich kein taugliches Instrument des proletarischen Klassenkampfes mehr sein konnten, daß folglich neue marxistisch-leninistische Parteien aufgebaut werden mußten.

Und weiter: Gossweiler nimmt ausdrücklich positiven Bezug auf den Kampf der KPChinas und der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Revisionismus. (ebenda S. 62) Genau diese beiden Parteien an der Macht waren es, auf die damals in der ganzen Welt diejenigen Kräfte, die sich gegen den chruschtschowschen Revisionismus stellten, hoffnungsvoll blickten. (Auch wenn sich später herausstellte, daß die Führung der KPChinas andere Ziele als die der chinesischen und internationalen Arbeiterklasse verfolgte, aber das steht auf einem anderen Blatt.)

Bedeutet all dies, daß sich Holz und Gossweiler sowie die von ihnen repräsentierten politischen Kräfte den Positionen der Marxisten-Leninisten annähern, so daß die früheren Streitlinien geklärt sind und die bestehende Spaltung überwunden werden kann? Diese Frage muß ernsthaft geprüft werden, denn es wäre spalterisch und vom Standpunkt der Arbeiterbewegung unverantwortlich, eine Spaltung aufrechtzuerhalten, für die es keinen sachlichen Grund mehr gibt. Und es geht ja nicht nur um Holz und Gossweiler. Mit dem Zusammenbruch der revisionistischen Länder hat es in den revisionistischen Parteien eine Zäsur gegeben: Der größte Teil nähert sich in rasendem Tempo sozialdemokratischen Positionen an (so die PDS-Führung) oder hat die Segel gestrichen, hat sich von der Politik oder jedenfalls von jeglicher Bezugnahme auf den Marxismus verabschiedet. (So hat die DKP

den größten Teil ihrer Mitglieder verloren.) Wir wissen auch, daß viele Genossinnen und Genossen von DKP, kommunistischer Plattform der PDS, Arbeiterbund usw. um marxistisch-leninistische Positionen ringen, und wir streben unsererseits Zusammenarbeit und solidarische Diskussion an.

Der kommunistischen und Arbeiterbewegung würde aber nicht gedient, sondern im Gegenteil schwer geschadet, wenn prinzipielle Meinungsverschiedenheiten verwischt würden. Wir sagen daher gleich vorweg unsere Meinung: Solche Stellungnahmen wie die von Holz oder Gossweiler sind nicht geeignet, die heute bestehende große Unklarheit über die grundlegenden Ziele der Arbeiterbewegung, Sozialismus und Kommunismus, zu beseitigen bzw. einen Beitrag dazu zu leisten. Sie sind im Gegenteil geeignet, die Fragen noch mehr zu verwirren. Und sie zielen unserer Meinung nach darauf ab, weltanschauliche Grundlagen für die Neuformierung einer politischen Kraft zu liefern, die sich auf den Marxismus-Leninismus beruft, diesen jedoch in grundlegenden Fragen revidiert und damit der kommunistischen und Arbeiterbewegung schadet. Diese unsere Auffassung werden wir im folgenden sowie in weiteren Artikeln begründen. (...)

Diese Stellungnahmen werden - dies sei vorweg noch gesagt - zu zeigen versuchen, daß zwischen unserer Verteidigung Stalins und der „Verteidigung“ Stalins durch Holz, Gossweiler und Co. ein Unterschied wie Tag und Nacht existiert; daß Holz, Gossweiler und Co. sich völlig zu Unrecht auf Stalin berufen und mit ihrer Stellungnahme dazu beitragen, die gängigen Vorurteile über Stalin und seine Politik zu verfestigen. Schließlich werden wir einiges zu den materiellen Wurzeln zu sagen haben, die bewirken, daß diese Vorurteile über Stalins Politik derart zählebig sind.

## Gossweilers Märchenstunde: Ulbricht als Vorkämpfer gegen den Revisionismus

Gossweiler sagt: *„An der Spitze des Kampfes gegen die revisionistischen Kräfte standen die KP Chinas unter der Führung von Mao Tse tung und Tschou En lai sowie die Leninisten der KPdSU, am stärksten unterstützt vom Albanien Enver Hoxhas, der DDR und der Tschechoslowakei.“* (ebenda S. 60) *„Als die Chruschtschow-Führung den Bruch mit Albanien und Volkschina durchsetzte, konnte sich die DDR- und SED-Führung der Forderung nicht entziehen, Partei zu ergreifen für die Sowjetführung und gegen die albanischen und chinesischen Genossen.“* (S. 67) Doch sei diese Position der SED-Führung mehr oder weniger formal gewesen. *„Unter der Führung Walter Ulbrichts hat diese Partei ein Maximum des damals möglichen Widerstandes gegen den Revisionismus der Chruschtschow-Clique geleistet und erheblich dazu beigetragen, daß Chruschtschow im Oktober 1964 gestürzt wurde.“* (S. 68) Gossweiler bedauert den „Wechsel zu Honecker“, bescheinigt aber letzterem, er sei ein „von be-

stem Willen erfüllter, aber infolge schwacher Führungsqualitäten leicht auf Abwege zu führender Parteifunktionär“ gewesen. (S. 71) Es kommt also so heraus, daß die SED stets den Kampf gegen den Revisionismus führte, mitunter aber mit gewissen Schwächen. Logischerweise erscheint die Gossweiler-Rede unter dem Titel „*Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus*“.

Nun ist bereits die Darstellung, Enver Hoxha und Ulbricht hätten Hand in Hand gegen den chruschtschowschen Revisionismus gekämpft, gelinde gesagt starker Tobak. Nicht zuletzt aufgrund von Enver Hoxhas Buch *Die Chruschtschowianer* sind die damaligen Auseinandersetzungen, die in der kommunistischen Weltbewegung geführt wurden, teilweise bis in kleinste Einzelheiten hinein bekannt, und Ulbricht erscheint in dieser Darstellung nie anders denn als Bürokrat und Helfershelfer der revisionistischen sowjetischen Führung. Doch halten wir uns hierbei nicht länger auf. Sehen wir lieber zu, was in der DDR selbst geschehen ist. Am Handeln der SED-Führung selbst zeigt sich schließlich am besten, ob sie die Sache der Arbeiterklasse vertreten hat oder gegen die Klasse agierte.

## 17. Juni - reaktionärer Wendepunkt der DDR

Ein Wendepunkt sowohl in der Geschichte der DDR als auch in der Entwicklung der SED war der 17. Juni 1953, und zwar ein reaktionärer Wendepunkt. Und dies nicht etwa in erster Linie deshalb, weil ein konterrevolutionärer Aufstand stattfand. Dieser Aufstand hat die Arbeitermacht nicht zerschlagen, wohl aber hat die Politik der SED sie zerschlagen.

Das eigentlich Schlimme an diesem Aufstand war, daß er von großen Teilen der Arbeiterklasse mitgetragen wurde, wenngleich die Drahtzieher vom Westen aus agierten. Das eigentlich Schlimme war, daß diese Situation erst aufgrund von Fehlern der SED zustandekam. Und das Schlimmste war, daß die SED-Führung aus diesen Fehlern nicht lernte.

„Um beschleunigt den Sozialismus aufzubauen“, hatte die SED-Führung einseitig beschlossen, die Arbeitsnormen heraufzusetzen. Und zwar ohne jede Diskussion mit den Arbeitern. Den Arbeitern stieß es natürlich bitter auf, daß sie im Arbeiter- und Bauernstaat nichts zu sagen hatten. Es kam zu den Streiks und Demonstrationen des 17. Juni, die der Westen zum Versuch der Einverleibung der DDR nutzte. Im Laufe der Ereignisse nahm die SED-Führung die Normerhöhungen zurück. Sie hatte nicht begriffen, daß es gar nicht in erster Linie um die Normerhöhungen ging, sondern um die Art, wie sie durchgesetzt wurden. Die SED hätte vor allem erklären müssen, daß es ein Fehler war, die Normerhöhungen ohne Diskussion mit den Arbeitern zu dekretieren. Aber an dieser selbstherrlichen Form der Leitung von Staat und Gesellschaft wollte man festhalten. Jedenfalls die Gruppe um Ulbricht. Nach außen wurde erklärt, die Regierung habe „das Vertrauen

in die Bevölkerung verloren“. Die Regierung aber wurde von der SED-Spitze geführt. Letztlich erklärte damit die SED, die Arbeiterklasse sei für die Partei da und nicht umgekehrt. **Das ist Revisionismus der Tat!** Ein solches Verhalten einer Parteiführung sagt mehr über deren revisionistischen Charakter als tausend Erklärungen, wie immer diese beschaffen sein mögen.

Es ist heute zu einem Vorurteil der öffentlichen Meinung geworden, ein solches Verhalten einer kommunistischen Partei sei „stalinistisch“. Sehen wir, wie Stalin selbst sich äußerte. Lenin hatte sich völlig zurecht dagegen gewandt, die Diktatur des Proletariats und die Führung durch die kommunistische Partei einander **entgegenzustellen**. Bürokratische Kräfte, nicht zuletzt die Trotzlisten, hatten versucht, dies derart zu verfälschen, daß sie die Diktatur des Proletariats zur **Diktatur der Partei** erklärten. Stalin sagte dazu:

*„Aber diese richtige Feststellung“ (wonach Diktatur des Proletariats und Führung durch die Partei **nicht** entgegengestellt werden dürfen) „geht von der Voraussetzung aus, daß richtige Wechselbeziehungen zwischen der Avantgarde und den Arbeitermassen, zwischen Partei und Klasse vorhanden sind. Sie geht von der Annahme aus, daß die Wechselbeziehungen zwischen Avantgarde und Klasse sozusagen normal, im Rahmen des ‘gegenseitigen Vertrauens’ bleiben.*

Wie aber, wenn die richtigen Wechselbeziehungen zwischen Avantgarde und Klasse, wenn die Beziehungen des ‘gegenseitigen Vertrauens’ zwischen Partei und Klasse gestört sind?

*Wie dann, wenn die Partei selbst beginnt, auf die eine oder die andere Weise sich der Klasse entgegenzustellen, indem sie die Grundlagen der richtigen Wechselbeziehungen zur Klasse, die Grundlagen des ‘gegenseitigen Vertrauens’ verletzt?*

*Sind solche Fälle überhaupt möglich?*

*Ja, sie sind möglich.*

*Sie sind möglich:*

1. **wenn** die Partei beginnt, ihre Autorität in den Massen nicht auf ihre Arbeit und auf das Vertrauen der Massen, sondern auf ihre ‘unbeschränkten’ Rechte zu gründen;
2. **wenn** die Politik der Partei offenkundig unrichtig ist, sie aber ihren Fehler nicht überprüfen und korrigieren will;
3. **wenn** die Politik der Partei im allgemeinen zwar richtig ist, die Massen aber noch nicht bereit sind, sie sich zu eigen zu machen, die Partei jedoch nicht abwarten will oder nicht abzuwarten versteht, um den Massen die Möglichkeit zu geben, sich an Hand ihrer eigenen Erfahrung von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen, sondern versucht, sie den Massen aufzudrängen.“

(Stalin, Zu den Fragen des Leninismus, SW 8, S. 42 f.)

Die Gruppe um Ulbricht aber brachte es fertig, die Arbeiterklasse für die Folgen ihrer eigenen Politik verantwortlich zu machen. Sie brachte es fertig, der Arbeiterklasse nach dem 17. Juni zu verordnen, sie habe jetzt zu

büßen. Schlagartig veränderte sich das Klima in den Betrieben. Sobald ein Kollege, der SED-Mitglied war, auftauchte, verstummte jedes offene Gespräch. Die Masse der Arbeiter sah die SED nicht mehr als ihre Partei an.

Hier ist im Keim bereits angelegt, daß die SED-Führung irgendwann glaubte, ihre Macht nur noch durch flächendeckende Bespitzelung der Bevölkerung halten zu können, selbstverständlich einschließlich der Arbeiterklasse und sogar einschließlich von Grundorganisationen der SED. All dies ist bekannt. Herr von Schnitzler (denn unser Genosse ist er nicht, mag Gossweiler ihn als Genossen betrachten), Herr von Schnitzler erklärte öffentlich, er würde sich für diese flächendeckende Bespitzelung schämen. So etwas dürfe nicht wieder vorkommen. Doch wer kann sich für eine solche moralisierende Erklärung etwas kaufen? Wer flächendeckend bespitzelt, wird wohl seine Gründe haben, sieht die Masse der Menschen offenbar als potentielle Bedrohung an. Dies zeigt gewisse Klassen- und Machtverhältnisse an, die es schonungslos zu untersuchen gilt, anstatt zu moralisieren. Und diese Zustände, die letztlich zum Zusammenbruch der DDR führen mußten, hatten eben bereits in den Ereignissen um den und unmittelbar nach dem 17. Juni tiefe Wurzeln. Eine Parteiführung, die die Arbeiterklasse als ihre Manövriermasse betrachtet, wird ab einem bestimmten Punkt tatsächlich nur noch mittels solcher Methoden herrschen können. Und 1953 war es Ulbricht, der ein solches Verständnis des Verhältnisses von Partei und Klasse praktizierte. Was also kann man sich für den Antirevisionismus von Leuten kaufen, die Ulbricht als antirevisionistischen Kämpfer verehren? Und was ist deren „Bekanntnis zu Stalin“ wert? Sie verleumdete Stalin nur aufs neue, schieben ihm ihre eigene bürokratische, revisionistische Anschauung in die Schuhe, gießen Wasser auf die Mühle der Anti-Stalin-Hetze des Imperialismus.

Gossweiler spielt auf der alten Leier, derzufolge allein (oder doch ganz vorwiegend) der Druck des Imperialismus schuld am Zusammenbruch der DDR sei. Der Druck des Imperialismus, von Beginn bis Ende der DDR systematisch und mit perfiden Mitteln ausgeübt, spielte sicherlich eine Rolle. Doch die DDR wurde schließlich nicht militärisch zerschlagen. Entscheidend für ihren Untergang sind die inneren Klassenverhältnisse, von denen Gossweiler (jedenfalls bezüglich der herrschenden Klasse und ihrer Wechselwirkung zur Arbeiterklasse) nichts wissen will. Dabei wußte es sogar die Stasi, die in einem Bericht vom 8.9.1989 ihren Auftraggebern meldete: *„...entstehe beim Bürger häufig der Eindruck, daß seine eigenen Ideen und Gedanken nicht gefragt seien, er in der DDR überflüssig sei; seine Individualität und sein Handlungsspielraum eingeschränkt wären und sie nicht als mündige Bürger, die über ihre ureigensten Angelegenheiten selbst entscheiden wollen, behandelt würden.“* („Ich liebe euch doch alle“, Befehle und Lageberichte des MfS, a.a.O., S. 146) Und

in einem Bericht vom 8.10.1989 hieß es: „Bei entsprechenden ideologischen Auseinandersetzungen in den Arbeitskollektiven würden viele progressive Kräfte in breitem Umfang mit Diskussionen über die Existenz einer sogenannten Klasse der Privilegierten in der DDR (gemeint sind damit Funktionäre der Partei, Leiter staatlicher und wirtschaftsleitender Organe auf zentraler Ebene bis zu den Kreisen) sowie mit Hinweisen auf die massenhafte Ausbreitung von Schieber- und Spekulantentum konfrontiert. Die dazu in sehr aggressiver Form geführten Diskussionen beinhalten das Argument, diese vorgenannten Personenkreise seien die eigentlichen Nutznießer des Sozialismus.“ (ebenda S. 205)

Es waren nicht einzelne Fehlentscheidungen oder „Mängel der SED im Kampf gegen den Revisionismus“, die zu diesen Zuständen geführt hatten. Es waren die **klassenmäßigen Interessen** der Herrschenden, die eine wachsende Beteiligung immer mehr arbeitender Menschen an staatlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen verhinderten und die Arbeiterklasse schließlich von **jeglicher** Einflußnahme auf solche Entscheidungen **ausschlossen**.

## 2. Leserbrief von Dr. Kurt Gossweiler, 10.6.96

Werte Genossen!

Erst vor einiger Zeit erhielt ich den „Roten Morgen“ Nr. 24/95, in dem Genossin E. Wagner darlegt, daß und weshalb Genossen Eurer Partei mit Leuten wie Hans Heinz Holz und mir nichts gemeinsam haben könnten.

Da ich in der kommunistischen Bewegung in Deutschland nicht gerade ein heuriger Hase bin - Eintritt in die kommunistische Jugendbewegung 1931 -, war ich schon sehr gespannt darauf, wie Genossin Wagner ihr Verdikt begründet.

Sie kommt ja nicht umhin, festzustellen, daß ich in allen Euch wichtigen Fragen - wie etwa der Rolle Stalins, der Einschätzung des XX. Parteitages der KPdSU und Chrustschows, der positiven Beurteilung des Kampfes der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Chrustschow-Revisionismus,- mit Euren Ansichten übereinstimme.

Weshalb könnt Ihr - nach dem Urteil der Genossin Wagner - dennoch mit mir nichts gemein haben? Nehme ich die Begründung der Genossin Wagner, dann offenbar nur deshalb, weil es in den „revisionistischen“ Ländern keine echten Kommunisten geben konnte - wenigstens nicht mehr seit dem 20. Parteitag: „Gossweiler war in der DDR als Theoretiker der SED tätig... Wenn Theoretiker wie Holz und Gossweiler, die dem erstgenannten (revisionistischen) Lager angehörten, heute entdecken, daß Stalin offenkundig ein bedeutender Führer der kommunistischen und Arbeiterbewegung war,...“ Für Genossin Wagner steht also ohne irgendwelche konkreten Kenntnisse fest: wer ein „Theoretiker“ in der „revisionistischen DDR“ war, der muß auch selber Revisionist gewesen sein, und wenn er „heute“ gegen den Revisionismus auftritt, dann kann dahinter nur eine hinterhältige Absicht stecken: „...solche Stellungnahmen... zielen unserer Meinung nach darauf ab, weltanschauliche Grundlagen für die Neuformierung einer politischen Kraft zu liefern, die sich auf den Marxismus-Leninismus beruft, diesen jedoch in den grundlegenden Fragen revidiert und damit der Arbeiterbewegung schadet.“

Da eine Kennzeichnung als „Theoretiker der SED“ zu recht abwegigen Vorstellungen führen kann, will ich diese Rollenbeschreibung konkretisieren: ich habe von 1955 bis 1970 an der Humboldt-Universität als Historiker gearbeitet, Fachgebiet Faschismusforschung, von 1970 bis zur Emeritierung am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften. Meine Bücher sind auch in der BRD bei Pahl-Rugenstein erschienen.

Womit begründet Genossin Wagner ihren schrecklichen Verdacht, ich wollte den Marxismus-Leninismus in „grundlegenden Fragen revidieren“? Dafür genügt ihr, daß ich im Unterschied zur Gruppe „Roter Morgen“ (und auch zur MLPD!) in Walter Ulbricht keinen Erzrevisionisten, sondern einen guten Kommunisten und Kämpfer gegen Chrustschow sehe und in der SED trotz aller Schwächen und Fehler eine Partei, die im Rahmen des ihr Möglichen den ver-

hängnisvollen Einwirkungen der revisionistischen Unterminierung zu widerstehen suchte. Weil Genosse Aust und seine Mitstreiter von diesen verdeckten Auseinandersetzungen nichts bemerkt haben, sondern sich voll und ganz die späteren Einschätzungen der chinesischen und albanischen Genossen zu eigen gemacht haben, muß meine Sicht der Dinge revisionistisch und gefährlich und ich ein Märchenerzähler sein. Da helfen auch keine neuen Erfahrungen, die davon zeugen, daß die wirkliche Konterrevolution erst 1989/90 stattgefunden hat und 1953/56 nur den ersten Schritt - einen keineswegs irreparablen - auf einem langen Weg zur tatsächlichen Liquidierung der sozialistischen Staatsmacht bedeutet hat; die ferner davon zeugen, daß die Prozesse in der BRD gegen die Partei-, Staats- und militärischen Führer der DDR Rache-Prozesse der bürgerlichen Klassenjustiz darstellen gegen Kommunisten, die es gewagt haben, in ihrem Staat die Machtpositionen des deutschen Imperialismus zu schleifen.

Nein, solche Erfahrungen zählen nicht - ihr wißt das ja schon seit 30 Jahren besser, und ein Irrtum ist bei Euch ausgeschlossen; zwar konnte sich ein Stalin, sogar ein Enver Hodsha irren - aber Genosse Aust nicht, und damit auch Ihr nicht. Was 30 Jahre lang unumstritten galt, das hat auch in Zukunft unerschüttert zu bleiben, deshalb: keine Gemeinsamkeit mit denen, die nicht Eures Glaubens sind!

Ihr verweist da auf das Buch von Enver über die Chrustschowianer. Ist Euch da eigentlich nicht der merkwürdige Umstand aufgefallen, daß Enver dort als „ruhmreiche unvergessliche Führer“ Dimitroff, Gottwald, Bierut und Pieck nennt, die man aber, wie jeder weiß, der sich in den damaligen Verhältnissen auskennt, von den anderen, von Enver negativ beurteilten, wie Togliatti, Thorez, Duclos, und Walter Ulbricht nicht trennen kann? Dimitroff, Bierut und Gottwald haben mit Thorez und Togliatti übrigens noch eine andere Gemeinsamkeit: sie sind alle während oder nach einem Besuch in der SU auf bisher ungeklärte Weise plötzlich verstorben. (Mir scheint, Genossin Wagner war etwas zu schnell dabei, die Anklage gegen die Ärzte und deren Rehabilitierung durch Chrustschow nach Stalins Tod in der Chrustschow-Version zu deuten. Sie hat dabei auch erstaunlich viel Vertrauen zu den Mitteilungen der Allilujewa offenbart. - Aber das nur nebenbei.)

Genossin Wagner hält es leider nicht für nötig, sich, bevor sie eine Verurteilung ausspricht, genau zu informieren. Das beginnt schon mit Formalem. Sie behauptet, der Vortrag von mir, auf den sich Genosse Holz bezog, sei der im „Streitbaren Materialismus“ veröffentlichte. Bei etwas genauem Lesen hätte sie bemerken müssen, daß dies falsch ist; der Vortrag, auf den sich Hans Heinz Holz bezog, wurde von mir ein Jahr später, 1994, in Brüssel gehalten und danach in der KAZ, in den Weisseenseer Blättern und noch anderswo veröffentlicht. (Ich lege ein Exemplar dieses Vortrages bei.)

Schwerwiegender ist aber der leichtfertige Umgang mit der Beurteilung von Genossen. Da ich die Genossin Wagner nicht kenne, weiß ich auch

nicht, ob sie im Jahr 1956 bereits politisch aktiv war. Wenn ja, wäre ich sehr neugierig darauf, wie sie damals die Situation in der kommunistischen Bewegung beurteilt hat. Da sie davon ausgeht, ich hätte mich erst „heute“ zu der Erkenntnis durchgerungen, die ich in meinem Vortrag öffentlich gemacht habe, erlaube ich mir, einige Blätter aus meinen Aufzeichnungen aus 1956/57 beizulegen. Vielleicht hilft es ihr zu der Einsicht, daß man sich erst informieren sollte, bevor man urteilt oder gar verurteilt.

Warum schreibe ich Euch das alles? Weil ich es ernst damit meine, daß Kommunisten, wo immer sie heute organisiert sind, keine wichtigere Aufgabe haben, als an der Wiederherstellung einer gemeinsamen marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei in Deutschland mitzuwirken. Eine solche Partei wird auf jeden Fall wiedererstehen. Die Frage ist nur, ob sie noch unter aktiver Beteiligung der jetzt in verschiedenen kommunistischen Gruppen und Parteien organisierten „Altkommunisten“ geschaffen wird, oder ob dies erst das Werk einer neuen, mit den Kämpfern und Streitereien der „Alten“ unbelasteten jungen Generation sein wird. Die Reaktion der Genossin Wagner auf Holz/Gossweiler läßt mich sehr fürchten, daß zumindest jene Kommunisten, die darauf beharren, die einzigen zu sein, die immer und in allen Fragen die allein richtige Position eingenommen haben, außerstande sind - auch wenn sie es noch so sehr wollten -, einen voranbringenden Beitrag zur Erreichung des gemeinsamen Zieles zu leisten. Angesichts der beispiellosen Katastrophe der gesamten kommunistischen Bewegung ist es schmachvoll und lächerlich zugleich, daß die verschiedenen kommunistischen Gruppen, die sich im Wichtigsten und Wesentlichen einig waren - darin nämlich, daß der Tito/Chruschtschowsche Revisionismus den Bruch mit dem Marxismus und der Lehre Lenins bedeutete, und daß der 20. Parteitag der Beginn des Weges war, der - weil er ohne Korrektur immer weiter gegangen wurde, - schließlich in den Untergang geführt hat, daß diese Gruppen ihre alten Sektenstreitigkeiten mit Erbitterung weiterführen und gar nicht bemerken, daß sie damit genau das verhindern, was ihren Erklärungen nach ihr eigentliches Ziel ist und ihre Existenz rechtfertigt. Ich habe mit Aufmerksamkeit Eure Auseinandersetzung mit der MLPD zur Kenntnis genommen; ich stimme Euch da in Vielem zu - aber mir will es scheinen - so sehr weit seid Ihr in puncto Verteidigung des eigenen - verzeiht mir das harte Wort - bornierten Gruppenstandpunktes von der MLPD nicht entfernt. Das bedaure ich zutiefst, weil es unserer gemeinsamen Sache schadet. Es wäre schön und doch schon ein Fortschritt, wenn Ihr und damit auch die Genossin Wagner zu der Einsicht kommen könntet, daß Kommunisten, woher sie auch kommen, mehr Gemeinsames verbindet als sie Unterschiedliches trennt, und wenn Ihr Euch dementsprechend zu den Anderen verhalten würdet, nicht um deren willen, sondern um der Sache willen.

Mit kommunistischem Gruß,  
Kurt Gossweiler

### 3. Antwort der Redaktion des Roten Morgen

Lieber Genosse Gossweiler,

die Artikelserie zur Sowjetunion ist ja auf einige der Fragen, die Du in Deinem Brief aufgeworfen hast, mittlerweile eingegangen, so daß wir unsere Antwort auf bestimmte Punkte beschränken können. Insbesondere geht aus der Sowjetunion-Serie deutlich hervor, daß und aus welchen Gründen wir mit Dir in der Einschätzung des **klassenmäßigen Inhalts** dessen, was unter Chruschtschow und Breshnew in der Sowjetunion geschah, **keineswegs** übereinstimmen.

#### Zur Entwicklung der Sowjetunion nach Stalins Tod

Um diese Differenzen in aller Deutlichkeit herauszuarbeiten, halten wir es für nützlich, einige Passagen aus einer der drei Anlagen zu zitieren, die Du uns mit dem Brief zugeschickt hast, nämlich aus Deinem Brief vom 6.11.1994 an einen Genossen der MLPD. (Wir halten uns für berechtigt, hieraus zu zitieren, da Du uns die Kopie dieses Briefes ja im Rahmen einer öffentlich geführten Auseinandersetzung zugeschickt hast.)

In diesem Brief hältst Du der MLPD vor, ihre (von uns geteilte) Auffassung, daß der Sozialismus nach Stalins Tod beseitigt wurde, würde zu trotzkistischen Positionen führen, denn ein solch grundlegender Umsturz nach Stalins Tod hätte ja nur erfolgen können, wenn die Ursachen dafür bereits vorher gewirkt hätten. Du schreibst: *„Dann wäre aber der Beginn der restaurativen Entwicklung nicht erst beim 20. Parteitag und bei Chruschtschow anzusetzen, sondern schon - wie das die Trotzlisten seit eh und je tun - bei Stalin. Das wollt Ihr nicht, und das zu recht. Aber dadurch geratet Ihr in eine Art Erklärungsnotstand. Den versucht Ihr zu überbrücken mit der Feststellung, Stalin habe **einen** großen Fehler gemacht: er habe die ideologische Arbeit vernachlässigt und nicht stark genug gegen die Bürokratie gekämpft. Damit habe er zugelassen, daß in Gestalt der 'Bürokratie neuen Typs' eine neue Bourgeoisie (!) entstanden sei, die auf dem 20. Parteitag die Macht usurpiert und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion durchgesetzt habe. Seitdem sei die Sowjetunion - und seien alle mit ihr verbündeten Länder des RGW und des Warschauer Paktes - keine sozialistischen Länder mehr gewesen, sondern Staaten eines neuen Typs von Kapitalismus, des 'bürokratischen Kapitalismus' ! Dies ist die Lehre, die Euer Klassiker Willi Dickhut verkündet hat, und die für Euch gewissermaßen das Herzstück Eures besonderen Parteiverständnisses ist. Aber lange vor Willi Dickhut haben die **Trotzlisten** in der 'Sowjetbürokratie' die neue Kapitalistenklasse 'entdeckt'. Die fatalste Konsequenz dieser Eurer Position ist es, daß Ihr dank dieser 'Lehre' in einer Front mit dem Trotzismus und dem Imperialismus im Kampf gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten standet.“* (Hervorhebungen von Dir)

Unserer Meinung nach verquickt einerseits der Standpunkt der MLPD und andererseits Dein Standpunkt in fataler Weise Richtiges mit Falschem, und im Interesse der Sache halten wir es für erforderlich, daß dieser ver-

worrene Kneuel aufgelöst wird. (Denn in einem ganz wesentlichen Punkt sind wir mit Dir einer Meinung: Es ist heute die Hauptaufgabe **aller** Kommunisten, egal wo sie organisiert sind, für die Schaffung einer einheitlichen, starken Kommunistischen Partei zu kämpfen! Diese muß allerdings auf **klaren marxistisch-leninistischen Positionen** stehen und alle Verfälschungen des Marxismus zurückweisen.)

In Deinem Brief an einen Genossen der MLPD legst Du im weiteren überzeugend dar, warum die Auffassung der MLPD, in der Sowjetunion sei der Kapitalismus restauriert worden, falsch ist. Auf diesen Punkt gehen wir hier nicht näher ein, weil wir mit Dir hier im wesentlichen übereinstimmen und unsere Auffassungen hierzu in der Artikelserie dargelegt haben. Allerdings sind wir - ebenso wie die MLPD - der Auffassung, daß die Arbeiterklasse der Sowjetunion vollständig von der Macht verdrängt war, daß die Macht von einer neuen Ausbeuterklasse ausgeübt wurde (auch wenn wir diese Klasse in anderer Weise sozialökonomisch bestimmen, als es die MLPD tut; genauer: sie tut es gar nicht, sondern agiert nur mit Schlagworten). Wenn allerdings eine solche Klasse unmittelbar nach Stalins Tod die Macht ergreifen konnte, so folgt hieraus logisch, daß für die Möglichkeit einer solchen Machtergreifung **bereits zu Stalins Lebzeiten sozialökonomische Wurzeln bestanden haben müssen**. Dieser Meinung sind wir allerdings, und diese sozialökonomischen Wurzeln haben wir in der Artikelserie herauszuarbeiten versucht. Daraus folgt jedoch keineswegs, daß Stalin „schuld“ war, und schon gar nicht kann man diese Fragen lösen, indem man den „einen großen Fehler“ herausfindet, den Stalin angeblich gemacht haben soll (und der nach den neueren Auffassungen der MLPD letztlich darauf hinausläuft, daß Stalin sich damals nicht die heutige - idealistische - „Lehre“ der MLPD „von der Denkweise“ zu eigen gemacht hat). Überhaupt war Stalin nicht der liebe Gott, der Schöpfer von allem, was es damals in der Sowjetunion gab, sondern er war ein Revolutionär, der unter ganz bestimmten Umständen kämpfte, der auf die Veränderung dieser Umstände einen gewissen, begrenzten Einfluß hatte, aber mehr auch nicht (und dieser Einfluß war mitunter verdammt klein). Vor allem ist der Sozialismus eine Gesellschaft, die Elemente des Kommunismus **und** Elemente der alten Gesellschaft **vereint** - eine höchst widersprüchliche Einheit! Diese Widersprüche werden erst mit Beseitigung aller Reste von Klassenunterschieden vollständig aufgelöst sein, im Kommunismus.

Die MLPD **und** Du folgen also in diesem Punkt **der gleichen falschen Voraussetzung**, nämlich: „Wenn die sozialökonomischen Wurzeln des Untergangs der Diktatur des Proletariats bereits zu Lebzeiten Stalins bestanden, ist Stalin an diesem Untergang schuld.“ Ihr (nämlich die MLPD einerseits, Du andererseits) wendet diese falsche Formel nur unterschiedlich an. Die MLPD: „Ja, diese sozialökonomischen Wurzeln bestanden, und zwar deshalb, weil Stalin den großen Fehler machte, die Lehre von der Denkweise nicht zu entwickeln und anzuwenden.“ Du: „Nein, Stalin kann nicht schuld sein, und folglich können die sozial-

ökonomischen Wurzeln des Untergangs des Sozialismus zu Stalins Lebzeiten noch nicht bestanden haben.“ **Beide** Argumentationsschemata gehen also von der gleichen falschen Voraussetzung aus und kommen zu falschen, wenn auch unterschiedlichen Ergebnissen. Wir sollten es aber lieber mit Lenin halten: „*Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozial-ökonomischen Formationen in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein.*“ (Lenin, Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, LW 30, S. 91) Anstatt lebensfremde Schemata aufzustellen, sollten wir uns lieber darauf konzentrieren, das mittlerweile vorliegende geschichtliche Material zu nutzen, um eben diesen Kampf und die verschiedenen sozialökonomischen Triebkräfte, die diesen Kampf bestimmen, zu studieren.

Wie gesagt sind wir - bei allen Differenzen - mit der MLPD in einem wichtigen Punkt gleicher Meinung, daß nämlich die Arbeiterklasse nach Stalins Tod ihre Macht verlor, daß damit der kommunistische Keim verlorenging, daß eine neue Ausbeuterklasse (wie immer man diese bestimmen mag) die Macht ergriffen hatte. Dein Vorwurf, eine solche Auffassung sei tendenziell trotzkistisch, ist daher auch an uns gerichtet. (Das dürfte ja auch zumindest ein Grund sein, warum Du uns Deinen Brief an einen Genossen der MLPD als Anlage mitgeschickt hast.) Gehen wir also darauf ein.

Zunächst einmal hat Trotzki die Sowjetunion unseres Wissens zu keinem Zeitpunkt als kapitalistisch bezeichnet, und auch die späteren Trotzlisten haben das bis heute nicht getan. (Eine Ausnahme bildet **eine** trotzkistische Strömung, vgl. Tony Cliff, Staatskapitalismus in Rußland, Frankfurt/Main 1975. Cliff muß sich allerdings gegen den „Vorwurf“ seitens anderer Trotzlisten verteidigen, er breche mit der „trotzkistischen Orthodoxie“.) Trotzki und die Trotzlisten haben sich allerdings ausgiebig über eine angebliche „bürokratische Deformation der Arbeitermacht“ ausgelassen, und zwar **sowohl** in Bezug auf die Stalin-Zeit als auch (was die späteren Trotzlisten betrifft) auf die Zeiten Chruschtschows und Breshneps. Da war Trotzki, den Stalin zu Recht einmal als den „Patriarch der Bürokraten“ bezeichnet hatte, gerade der Richtige! Trotzki war derjenige, der den Bürokratismus auf die Spitze treiben wollte; so wollte er bekanntlich 1920/21 die Gewerkschaften „durchrütteln“ und die Produktion nach militärischen Grundsätzen leiten. Sein späteres Geschrei über „Bürokratismus“ war reine Demagogie.

Folgt daraus, daß es keinen Bürokratismus und - allgemeiner gesprochen - keine sozialökonomischen Muttermale der alten Gesellschaft gegeben hätte? Selbstverständlich hat es sie gegeben. Lenin und Stalin haben z.B. immer wieder über Bürokratismus gesprochen und dagegen gekämpft. Deine Konstrukti-

on, man gerate in die Nähe des Trotzismus, wenn man über sozialökonomische Überreste der alten Gesellschaft **in** der sozialistischen Sowjetunion spreche, Überreste, die ihrerseits zum Untergang des Sozialismus führen konnten und auch geführt haben, diese Konstruktion hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

Du brauchst diese Konstruktion für die Behauptung, der Sozialismus könne mit Chruschtschows Machtergreifung nicht beseitigt worden sein. In Deinem Brief an einen Genossen der MLPD sagst Du: *„Wenn ich das für möglich halten soll, dann muß ich entweder an Wunder glauben, oder aber ich muß annehmen, daß der Sozialismus vor dem 20. Parteitag bereits so unterminiert war, daß er quasi über Nacht ohne jedwede konterrevolutionäre Gewaltanwendung weggepusht werden konnte.“* Und das kann Deiner Ansicht nach nicht sein. Freilich, ganz ohne konterrevolutionäre Gewaltanwendung ging es tatsächlich **nicht** ab, wie wir in der Sowjetunion-Serie auch gezeigt haben. Doch für den Sturz einer Klasse durch eine andere war es relativ wenig offene Gewaltanwendung, das stimmt. Für einen solchen Umsturz mußte der Boden bereits vorher bereitet worden sein, und genau das ist auch geschehen, wie wir in der Sowjetunion-Serie gezeigt haben. Der Sozialismus **war** zum Zeitpunkt von Stalins Tod bereits in hohem Maße unterminiert.

Nebenbei: Wir haben bezüglich der sogenannten Ärzteverschwörung keineswegs die Chruschtschow-Version übernommen, wie Du behauptest, sondern haben die Vermutung geäußert, daß die Chruschtschow-Leute Stalin der Ärzte seines Vertrauens berauben wollten, um ihn ermorden zu können. Das läßt sich freilich nicht beweisen. Unbestreitbare Tatsache ist aber, daß **keineswegs Chruschtschow** die Meldung herausgab, daß das Geständnis der Ärzte mit illegalen Vernehmungsmethoden erpreßt worden war, sondern **Berija**, nämlich durch Kommuniké des Ministeriums des Innern, abgedruckt in der Prawda am 4. April 1953. Alles spricht dafür, daß Chruschtschow und seine Kumpane durch diese Erklärung unter Druck gerieten, denn - was auch immer mit den Ärzten gewesen sein mag: Jedenfalls hatten Chruschtschow und Co. den Staatsapparat wohl nicht zu knapp mit verbrecherischen Methoden für ihre Zwecke genutzt. Die scheinbare Verselbständigung des Staatsapparats bereits vor Stalins Tod - die in Wirklichkeit Ausdruck des heftigen Kampfes entgegengesetzter Klassenkräfte war - ist gerade ein weiteres Anzeichen dafür, daß die Diktatur des Proletariats zu diesem Zeitpunkt schon sehr geschwächt war und die leitende Schicht danach strebte, sich zur Klasse zu emanzipieren und die Macht zu ergreifen.

Kommen wir zurück zu Deinem Vorwurf, man gerate in die Nähe des Trotzismus, wenn man in Bezug auf die Sowjetunion von der Machtergreifung einer neuen Ausbeuterklasse spreche. In Wirklichkeit leugnen gerade die Trotzisten - in scharfem Gegensatz zu uns - den Klassencharakter der revisionistischen Sowjetunion, indem sie ihr den Charakter einer (wenn auch noch so „bürokratisierten“) **Arbeitermacht** zusprechen. Der Begriff des Bürokratismus wird dabei von den Trotzisten **jedes Klasseninhalts beraubt**. So bezeichnet

Mandel die „Bürokratie“ ausdrücklich als eine von mehreren „Gruppen (...), die keine Klassen sind, die keine Wurzeln im Produktionsprozeß haben“. (Mandel, Ernest, Die Bürokratie, Frankfurt/Main 1976, S. 7, Hervorhebung v. RM) Der Chefideologe der „4. Internationale“ bestreitet also nicht nur (was an sich ja noch richtig wäre) den **kapitalistischen** Charakter der Sowjetunion unter Chruschtschow und Breshnew, sondern er leugnet auch jeden Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung unter Chruschtschow und Breshnew mit sozialökonomischen Triebkräften, die der alten, kapitalistischen Gesellschaft entstammten, er will diese sozialökonomischen Triebkräfte dem Blick entziehen. Insbesondere wollen die Trotzlisten verschleiern, daß die **Produktionsverhältnisse** derart beschaffen waren, daß die Arbeiterklasse jeglicher Möglichkeit der Leitung der Produktion beraubt war, daß eine andere Klasse über die Arbeitskraft verfügte und sich die Produkte aneignete. Damit betreiben die Trotzlisten eine **Apologie der von den Revisionisten geführten Gesellschaftsordnung**, und das ist denn auch der Inhalt der trotzkistischen Theorie von den „deformierten, bürokratisierten Arbeiterstaaten“.

Nun wollen wir keineswegs eine billige Retourkutsche landen, und uns ist durchaus klar, daß Du mit den Trotzlisten zu Recht nichts gemein haben willst. Dennoch: Führt die Logik Deiner Argumentation Dich nicht entgegen Deinem Willen in die gleiche Ecke? In Deinem Brief an einen MLPD-Genossen schreibst Du: *„Um zu zerstören, was in 36 Jahren aufgebaut worden war, brauchten die Konterrevolutionäre von Chruschtschow bis Gorbatschow 38 Jahre. Diese 38 Jahre waren angefüllt mit einem erbitterten, unaufhörlichen Kampf zwischen den Revisionisten auf der einen, den Verteidigern der marxistisch-leninistischen Positionen auf der anderen Seite.“* Freilich, auch Deiner Auffassung nach hatten Revisionisten die Macht ergriffen, die Stellung der Arbeiterklasse war aber Deiner Version zufolge so stark, daß diese Revisionisten 38 Jahre brauchten, um die wirkliche Konterrevolution mühsam vorzubereiten, nämlich, wie Du schreibst, *„durch den Prozeß der Unterminierung der Grundlagen des Sozialismus und der Denaturierung der sozialistischen Lebensweise. Erst nachdem dieser Prozeß den Sozialismus bis zur Unkenntlichkeit entstellt hatte, konnte der Angriff mit dem Ziel seiner völligen Zerstörung eröffnet werden. Das geschah dann unter dem Banner der 'Perestroika'.“* Bis dahin hätte folglich der Sozialismus existiert, und da dieser - worüber wir uns ja wohl einig sind - ohne Diktatur des Proletariats nicht bestehen kann, hätte auch die Arbeitermacht bis dahin fortexistiert, wenn auch in „unterminierter und denaturierter Form“. Gleich eine solche Theorie nicht der trotzkistischen Theorie von der „bürokratisierten und deformierten Arbeitermacht“? Ist Deine Konstruktion einer Diktatur des Proletariats mit Revisionisten an der Macht nicht absurd?

Wie Deine uns in Kopie übersandten Aufzeichnungen aus 1956/57 zeigen (die wir vorher allerdings nicht kennen konnten, da sie unseres Wissens nicht veröffentlicht sind), stehst Du nicht erst heute in Gegnerschaft zu Chruschtschow, sondern bereits 1956, und hast Du auch damals schon dar-

an festgehalten, daß Stalin ein bedeutender Führer der kommunistischen und Arbeiterbewegung war. Das ehrt Dich. Dennoch steht Deine Auffassung über die Motive der Chruschtschowschen und Breshnewschen Revisionisten unserer Meinung nach in krassem Gegensatz zur Realität. Du gehst tatsächlich davon aus, daß sie unmittelbare und bewußte Agenten der westlichen Imperialisten waren, daß ihr bewußtes Ziel der Niedergang der Sowjetunion als staatlicher Macht war. In Deinem Brief an einen Genossen der MLPD schreibst Du: *„Wer sich offen als Feind dieser (der sozialistischen, RM) Ordnung und als Befürworter einer Rückkehr zum Kapitalismus zu erkennen gegeben hätte, den hätten die einfachen Menschen sofort den Sicherheitsorganen übergeben. Dessen waren sich die Feinde der Sowjetmacht in den imperialistischen Metropolen genau so **bewußt wie ihre als Kommunisten getarnten Partner in der Sowjetunion.**“* (Hervorhebung v. RM) Deshalb mußten sie Deiner Meinung nach *„ganz behutsam und Schritt für Schritt“*, in jeder Phase aber **höchst bewußt** vorgehen, die Staatsmacht der Sowjetunion also **höchst bewußt untergraben**. Sie hätten die Macht also nicht für sich selbst bzw. für ihre Klasse ausgeübt, sondern einzig und allein als Statthalter der westlichen Imperialisten, und zwar mit dem Ziel, die eigene Macht zu untergraben und letztlich zu stürzen.

Nun verfügte aber die Nomenklatura-Kaste über ungeheure Macht und ungeheuren Reichtum. Sie wären bescheuert gewesen, dies alles nicht nur - in diametralem Gegensatz zu der ihnen eigenen Mentalität! - bewußt aufs Spiel zu setzen, sondern sogar eine höchst raffinierte Strategie und Taktik zu verfolgen, um diese gesellschaftliche Stellung loszuwerden. Irgendwelche Soldzahlungen des Imperialismus brauchten diese Leute ganz gewiß nicht; was Konsum angeht, konnten sie sich einfach nehmen, was sie wollten. (Und nebenbei: Offenbar hast Du keine Vorstellung davon, was die „einfachen Menschen“ in der Sowjetunion, aber auch in der DDR, zu diesem Zeitpunkt „von den Sicherheitsorganen“ hielten; mit diesen „Organen“ wollte man so wenig wie möglich zu tun haben, und zwar aus guten Gründen.)

Wozu diese Konstruktionen? Sie dienen Dir dazu, an der Theorie einer (wenn auch noch so „denaturierten“ und „unterminierten“) sozialistischen Ordnung festzuhalten. Sie dienen objektiv dazu, von den **Klasseninteressen** der Chruschtschow, Breshnew und Konsorten abzulenken sowie von der Analyse der Produktionsverhältnisse, die diese Klasseninteressen hervorbrachten.

Deine Apologie der revisionistischen Herrschaft führt Dich schließlich auch dazu, die imperialistischen Militäraktionen der Sowjetunion zu verteidigen. (Imperialistisch hier im **weiten** Sinne, wie in der Artikelserie dargelegt.) So hältst Du dem MLPD-Genossen in besagtem Brief bezüglich der Militäraktion in der CSSR 1968 vor: *„Wie sieht es nun mit Breshnews angeblichem ‘unbarmherzigen Zuschlagen’ aus? Falscher als Ihr es tut, kann seine Rolle kaum beschrieben werden. Er, einst Chruschtschows engster Vertrauter, war in Wahrheit der Schutzpatron der einheimischen und auswärtigen Revisionisten; er hat*

*überhaupt nicht daran gedacht, den Prager 'Reformern' Hindernisse in den Weg zu legen. Umgekehrt: er hat, so lange es irgend ging, verhindert, daß ihnen schon früher das Handwerk gelegt wurde. Und selbst nachdem er dem Druck der leninistischen Kräfte in der eigenen Partei und der KPC sowie anderer Bruderländer schließlich doch nachgeben und dem Eingreifen an jenem 21. August 1968 zustimmen mußte, hielt er weiterhin seine Hand über die Smrkovsky, Sik, Goldstücker und den ihnen willfährigen 1. Sekretär Dubcek und verhinderte, daß sie ihrer Ämter enthoben wurden. Es war ausschließlich den gesunden leninistischen Kräften im eigenen Land und der KPC zu verdanken, wenn schließlich nach monatelangem Ringen auf einem ZK-Plenum im April 1969 Dubcek endlich abgelöst werden konnte.“* (Hervorhebungen v. RM)

Man muß schon sagen: Deiner Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Breshnew hatte seine „Mit-Agenten“ in der CSSR zu ihrem Treiben ermuntert, doch die „gesunden leninistischen Kräfte“ zwangen ihn gegen seinen Willen zur Militäraktion! Wir glauben kaum, daß Du mit derartigen abenteuerlichen Phantasien viele Menschen für den Kommunismus gewinnen kannst, doch Du kannst damit sicherlich in der ohnehin schon schwierigen Situation Menschen davon „überzeugen“, daß Kommunisten Spinner seien, die sich die Fakten nach ihren Wunschvorstellungen zusammensammeln.

Darüber, daß Dubcek und Co. die CSSR mit Riesenschritten zum Kapitalismus und ins Lager des westlichen Imperialismus trieben, darüber sind wir durchaus gleicher Meinung. (Wir haben das in der Sowjetunion-Serie dargelegt.) Über den Charakter der Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt sind wir zwar grundverschiedener Meinung, doch darüber brauchen wir **an dieser Stelle** gar nicht zu streiten. Selbst unterstellt, sie wäre sozialistisch gewesen: Hätte sie dann das Recht zum militärischen Eingreifen gehabt? Die Entwicklung der CSSR, wie sehr auch vom westlichen Ausland gewünscht und gefördert, basierte in erster Linie **auf inneren Faktoren**. Lenin und Stalin hatten konsequent am Recht einer jeden Nation auf Selbstbestimmung festgehalten; es können also kaum „leninistische Kräfte“ gewesen sein, die den Einmarsch durchsetzten. Und daß man Revolutionen nicht exportieren kann, ist für Leninisten hinreichend bekannt. Wer trat demagogisch für den „Export der Revolution“ ein? Bekanntlich Trotzki.

In diesem Zusammenhang eine kleine Episode am Rande. Zu Beginn der militärischen Agression der Sowjetunion in Afghanistan demonstrierte die „Trotzkistische Liga Deutschlands“ in einigen Städten der BRD unter der Losung: „Wir schützen die Sowjetunion!“ Die offenen Antikommunisten hatten gut lachen.

## Zur Frage der Schaffung einer einheitlichen Kommunistischen Partei in Deutschland

Es handelt sich also keineswegs darum, daß es heute „verschiedene kommunistische Gruppen“ gibt, „die sich im Wichtigsten und Wesentlichen einig

waren - darin nämlich, daß der Tito/Chruschtschowsche Revisionismus den Bruch mit dem Marxismus und der Lehre Lenins bedeutete, und daß der 20. Parteitag der Beginn des Weges war, der - weil er ohne Korrektur immer weiter gegangen wurde - schließlich in den Untergang geführt hat“, wie Du schreibst. Es handelt sich keineswegs darum, daß trotz dieser angeblich grundsätzlichen Einigkeit in den angeblich wichtigsten Fragen diese Gruppen nur deshalb nicht zusammenkommen, weil sie „ihre alten Sektenstreitigkeiten mit Erbitterung weiterführen“, wie Du weiter meinst. Das ist unserer Meinung nach aus verschiedenen Gründen falsch.

Erstens sind die von Dir aufgezählten Fragen für uns nicht die wichtigsten. Die wichtigsten beziehen sich nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Gegenwart, den aktuellen Klassenkampf, und auf die Zukunft, auf die Frage, welche Gesellschaft in Deutschland erkämpft werden soll.

Zweitens haben die von Dir aufgeführten Fragen zwar auch für die Gegenwart und Zukunft durchaus große Bedeutung, doch besteht hier z.B. zwischen Dir und uns durchaus keine Einigkeit, wie wir gezeigt haben.

Drittens waren die betreffenden Differenzen auch in der Vergangenheit weder in der BRD noch in der DDR einfach nur Sektenstreitigkeiten. Während Du z.B. die gesellschaftliche Ordnung in der DDR grundsätzlich bejaht und unterstützt hast und heute noch bejahst, kämpften unsere Genossen der illegalen Sektion DDR der KPD für die Wiedererrichtung des Sozialismus, wurden von der Stasi verfolgt, von den Gerichten bestraft und wanderten z.T. für mehrere Jahre ins Gefängnis. Du magst das nun beurteilen, wie Du willst, aber bloße „Sektenstreitigkeiten“ waren das wohl kaum.

Wir sind trotz alledem nicht der Meinung, daß wir mit Dir „nichts gemeinsam haben“. Die betreffende Formulierung im RM 24/95 war eine Überspitzung, das räumen wir hiermit selbstkritisch ein. Richtig wäre es allerdings gewesen, zu sagen: „Mit einer solchen 'Verteidigung' Stalins haben wir nichts gemeinsam.“ Eine solche „Verteidigung“ Stalins ist in Wirklichkeit ein neuer **Angriff auf Stalin**, schiebt Stalin nämlich die Verbrechen der Chruschtschowschen und Breshnewschen Revisionisten in die Schuhe und befestigt die ohnehin schon außerordentlich tief sitzenden Vorurteile der öffentlichen Meinung noch weiter. Das heißt allerdings nicht, daß Menschen, die dies aus ideologischen Irrtümern heraus tun, grundsätzlich nichts Fortschrittliches tun könnten.

Tatsächlich wissen wir, daß Du für die kommunistische und Arbeiterbewegung Nützliches geleistet hast. So haben wir z.B. im RM 15/96 auf Deine Arbeit zur Verschwörung vom 20. Juli 1944 hingewiesen. Wir sind auch der Meinung, daß in den Fragen, wo wir grundlegend unterschiedlicher Auffassung sind, solidarische Diskussion am Platze ist. Allerdings meinen wir nach wie vor, daß Deine Auffassungen zur Entwicklung in der Sowjetunion und der DDR objektiv eine Apologie des Revisionismus darstellen.

Dies wiederum können und wollen wir Dir nicht vorwerfen. Du hattest in der gesellschaftlichen Ordnung der DDR eine bestimmte Stellung inne, und wir können als Materialisten schließlich niemandem vorwerfen, daß sein Bewußtsein durch sein gesellschaftliches Sein bestimmt wird bzw. wurde. Freilich gibt die marxistische Theorie jedem grundsätzlich die Möglichkeit, eigene ideologische Scheuklappen zu erkennen und zu beseitigen. Wir wissen aber, daß es sehr schwierig ist, Lebenslügen über Bord zu werfen, die jahrzehntelang mit dem eigenen gesellschaftlichen Sein einhergegangen sind. Dennoch ist dies erforderlich, wenn man die kommunistische Bewegung voranbringen will.

Wir sind unsererseits bereit, auch mit Organisationen eine offene, aber solidarische Diskussion zu führen, zu denen jahrzehntelang gewissermaßen ein feindseliges Verhältnis bestand. Aus eben diesem Grunde haben wir uns z.B. im RM 9/1992 mit einem Offenen Brief zu deren „Thesenentwurf“ an die **DKP** gewandt. Wir haben dort in den Fragen des Imperialismus, des Sozialismus und des aktuellen Klassenkampfes herausgearbeitet, wo wir mit dem „Thesenentwurf“ übereinstimmten und wo wir Differenzen hatten, und wir haben abschließend geschrieben: *„Genossinnen und Genossen der DKP! Wir haben Euch sowohl unsere Übereinstimmung mit zentralen Aussagen der ‘Thesen’ als auch unsere Kritik an zentralen Aussagen mitgeteilt. Was die Kritik betrifft, so war diese offen und in manchen Punkten sicher hart, aber solidarisch. Natürlich werdet Ihr viele Kritiken nicht teilen können, wir bitten Euch aber, Euch ernsthaft damit auseinanderzusetzen. Was uns betrifft, so sind wir sehr daran interessiert, mit Euch offen und solidarisch zu diskutieren und gemeinsam mit Euch zu kämpfen - gegen den Klassenfeind, gegen den Imperialismus! Zum einen gilt es, all diejenigen Kräfte zu einen, die gegen das Kapital praktische Kampfschritte ergreifen wollen. Darüberhinaus besteht unserer Meinung nach heute die Aufgabe, all diejenigen Kräfte in einer starken kommunistischen Partei zu einen, die den Imperialismus zerschlagen und den Sozialismus, die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, erkämpfen wollen.“*

Wir bedauern, daß wir hierauf nie eine Antwort erhalten haben. Unser damaliges Angebot zur Zusammenarbeit und Diskussion besteht aber auch heute noch; nicht nur an die DKP, sondern an alle Organisationen, die sich am Marxismus-Leninismus orientieren wollen.

## Andere Fragen

Damit haben wir auf die meisten Fragen, die Du in Deinem Brief angesprochen hast, geantwortet. Einige wenige sind übrig geblieben. Wir wollen im folgenden auf sie eingehen.

1. Daß mehrere Führer der kommunistischen Weltbewegung in Moskau oder kurz nach einem Besuch in Moskau auf ungeklärte Weise gestorben sind, ist uns nicht entgangen. Auch wir vermuten, daß die Chruschtschow-Leute

- hier mitunter „nachgeholfen“ haben. Beweisen kann man es freilich nicht mehr. Allerdings verstehen wir nicht, wie Du solche hervorragenden Kommunisten wie z.B. Dimitroff und Gottwald mit Togliatti, dem Vorläufer des Euro“kommunismus“, also einer letztlich sozialdemokratischen Ideologie, auf eine Stufe stellen kannst.
- 2.. Du hast recht mit dem Hinweis, daß Dein Vortrag, auf den Genosse Holz sich bezog, Deine am 1. Mai 1994 in Brüssel gehaltene Rede ist und nicht Dein am 2. Mai 1993 in Brüssel gehaltenes Referat, wie wir in RM 24/95 fälschlich sagten. Das ist, wie Du selbst sagst, ein formaler Fehler. An den von uns gezogenen politischen Schlußfolgerungen ändert das nichts. Genosse Holz dürfte ja zumindest im wesentlichen die von Dir am 2. Mai 1993 entwickelten, von uns kritisierten Positionen teilen. Die grundsätzlich gleiche Position hatte er jedenfalls bereits in seinem Buch *Niederlage und Zukunft des Sozialismus*, Essen 1991, eingenommen. Mit den in diesem Buch vertretenen Positionen des Genossen Holz haben wir uns z.B. in RM 2/96 kritisch auseinandergesetzt, aber auch bereits in *Weg der Partei* 1-2/92, S. 21 f.
  3. Es stimmt nicht, daß Du und wir in der „positiven Beurteilung des Kampfes der KP Chinas“ übereinstimmen, wie Du schreibst. **Wir** beurteilen den Kampf der KP Chinas gegen den Chruschtschow-Revisionismus nicht so ohne weiteres als positiv. Dieser Kampf hat zwar damals objektiv eine positive Rolle gespielt, doch zeigte sich später, daß die chinesische Führung selbst nicht auf marxistischen Positionen stand und daß sie klassenfremde Zielsetzungen verfolgte.
  4. Du irrst Dich, wenn Du meinst, wir würden von uns denken, daß wir uns nie irren. Eine solche Meinung haben wir von uns nicht. Wäre es so, dann müßten wir auch die Dialektik über den Haufen werfen. Das wäre betrüblich, denn bislang hat sich die Dialektik immer als richtig erwiesen. Wir möchten nicht auf sie verzichten.

Beispielsweise haben wir, wie in der Sowjetunion-Serie dargelegt, früher die Auffassung vertreten, die revisionistische Sowjetunion sei kapitalistisch gewesen. Das war ein Irrtum. Überhaupt war unsere frühere Auffassung des Prozesses der revisionistischen Entartung aus unserer heutigen Sicht sehr oberflächlich. In unserem Theoretischen Organ *Weg der Partei* 1-2/92, S. 93 f. sagten wir hierzu u.a.:

*„Die schweren Mängel in unserer theoretischen Arbeit zeigen sich beispielsweise bei der Analyse des Revisionismus; im großen und ganzen bestand diese darin, daß man bestrebt war, die marxistisch-leninistischen Begriffe gegen revisionistische Verfälschungen zu verteidigen und andererseits nachzuweisen, daß die Verhältnisse in den revisionistischen Ländern alles andere als sozialistisch waren. Das erste aber bleibt auf der begrifflichen Ebene stehen, und auf dieser Ebene kann man den Revisionismus nicht wirklich begreifen. Man kann ihn nur begreifen, wenn man die Entwicklungslinien im realen Leben aufdeckt, die dazu führen. Das zweite aber, die empirische Betrachtung*

*der revisionistischen Realität (gemeint: der Realität in den von den Revisionisten geführten Ländern, RM) ist keine theoretische Analyse; aus dieser Betrachtung geht das Wesen des Revisionismus und des Übergangs zum Revisionismus, seine Wurzeln in den realen Verhältnissen, ebenfalls nicht hervor.*

*Mit alledem waren wir aber langezeit zufrieden, betrachteten es als 'prinzipienfeste Verteidigung' des Marxismus-Leninismus. Man muß zugeben, daß manche bürgerliche und revisionistische Theoretiker weitaus größere Anstrengungen unternahmen, die Realität zu untersuchen und theoretische Schlussfolgerungen zu ziehen. Natürlich waren und sind ihre Schlussfolgerungen zum einen falsch und schaden zum anderen dem proletarischen Klassenkampf. Das heißt aber nicht, daß diese Schlussfolgerungen keinen Erkenntniswert hätten. Im Gegenteil: Die Dialektik **zwingt** die (offenen und versteckten) Gegner des Marxismus, die Lücken aufzudecken, die die Analyse seitens der Marxisten aufweist; diese Lücken in der Analyse seitens der Marxisten-Leninisten rechnen sie dann dem Marxismus-Leninismus zu, behaupten, dieser sei als Methode zur Erkenntnis der Welt untauglich. Sind die Marxisten auf der Höhe der Zeit, so drehen sie den Spieß um: Sie nutzen diesen Umstand, untersuchen die Theorien der Gegner daraufhin, wo diese Fehler und Lücken in der eigenen Analyse aufdecken, und bemühen sich dann, die Fehler zu beseitigen, die Lücken zu schließen. All das, was die Gegner an richtiger Analyse zu bieten haben, muß in die eigene Theorie aufgenommen und verarbeitet werden; auf dieser Grundlage kann dann der 'Rest', der ideologische Inhalt der Schlüsse der Gegner, wirklich überzeugend aufgedeckt werden, d.h. er kann **inhaltlich** als Apologie (Rechtfertigungsideologie) des Imperialismus und Revisionismus entlarvt werden, nicht durch formales Aufkleben von Etiketten.*

*Ein solches dialektisches Verständnis der Auseinandersetzung mit gegnerischen Auffassungen ist das einzig richtige, das einzige für Marxisten annehmbare Verständnis. Dieses Verständnis war uns aber zutiefst fremd.“*

„Zutiefst fremd“. Eine schonungslosere Selbstkritik kann man sich wohl kaum vorstellen. Es hat uns nicht unbedingt nur Freude gemacht, derartige Mängel bei uns konstatieren zu müssen. Aber es hat uns genutzt; wir glauben, daß die soeben beschriebene marxistische Methode in der Sowjetunionserie mit einem gewissen Erfolg angewandt wurde.

Wir bitten Dich, Genosse Gossweiler, unsere Polemik nicht als unsolidarisch aufzufassen. Wir wissen es zu werten, wenn ein Genosse seit 1931 in der kommunistischen Bewegung steht. Wir denken aber, daß Du Dich mit Deinen Auffassungen über die gesellschaftliche Realität in der revisionistischen Sowjetunion und der DDR gründlich verrannt hast, und wir möchten Dir wünschen, diese Fehler ebenfalls korrigieren zu können. Hier wäre es sicher von Nutzen, einmal vorurteilsfrei zur Kenntnis zu nehmen, wie einfache Menschen - auch wenn sie keine Kommunisten sind - diese Zeit erlebt haben.

Mit kommunistischen Grüßen

RM-Redaktion

## Literatur

- MEW: Marx-Engels-Werke, Dietz Verlag
- Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Dietz Verlag, Berlin 1974
- LW: Lenin-Werke, Dietz Verlag
- Lenin, Bemerkungen zu Bucharins „Ökonomik der Übergangsperiode“, Ausgabe Verlag Theoretischer Kampf (VTK), Frankfurt/Gelsenkirchen 1981
- SW: Stalin-Werke, Band 1-13, Dietz Verlag; Band 14 und 15, Verlag Roter Morgen
- Allilujewa, Swetlana: Zwanzig Briefe an einen Freund, Lizenzausgabe Bertelsmann (ohne Angabe des Erscheinungsjahrs; nach Angabe von Allilujewa 1963 verfaßt)
- Borin, Max/ Ploggen, Vera: Management und Selbstverwaltung in der CSSR, Bürokratie und Widerstand, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1970
- Breshnew, Leonid: Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 30. März 1971, Moskau 1971
- Chruschtschow erinnert sich, Die authentischen Memoiren, nach der amerikanischen Ausgabe (Hsg. Strobe Talbott), rororo Hamburg 1992
- Cliff, Tony, Staatskapitalismus in Rußland, Hsg.: SAG, Frankfurt/Main 1975
- Der Fall Berija, Protokoll einer Abrechnung, Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953, Stenographischer Bericht, Hsg.: Viktor Knoll und Lothar Kölm, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1993
- Die Geheimrede Chruschtschows, Über den Personenkult und seine Folgen, Dietz Verlag Berlin 1990
- Gossweiler, Kurt, Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus, in: Streitbarer Materialismus Nr. 18, Juni 1994
- Holmberg, Nils, Friedliche Konterrevolution, Oberbaumverlag, Berlin 1974
- Holz, Hans Heinz, Niederlage und Zukunft des Sozialismus, Neue-Impulse-Verlag, Edition Marxistische Blätter, Essen 1991
- Hoxha, Enver, Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Erstattet auf dem 7. Parteitag der PAA 1. November 1976, Verlag Roter Morgen, Dortmund 1977
- Hoxha, Enver, Die Chruschtschowianer, Tirana 1980
- Hoxha, Enver, Die jugoslawische „Selbstverwaltung“ - kapitalistische Theorie und Praxis, in: Albanien heute 1/1979

- Hoxha, Enver, Die proletarische Demokratie - wahre Demokratie, in: Weg der Partei, Theoretisches Organ der KPD 5/1978
- Hoxha, Enver, Die Titoisten, Tirana 1983
- Hoxha, Nexhmije, Einige grundlegende Fragen der revolutionären Politik der Partei der Arbeit Albaniens zur Entfaltung des Klassenkampfes, Tirana 1977
- „Ich liebe euch doch alle...“, Befehle und Lageberichte des MfS, BasisDruck Verlag, Berlin 1990
- Karuscheit, Heiner, Über die Klassenkämpfe zwischen Proletariat und Bauernschaft, den roten Faden in der sowjetischen Entwicklung, in: Aufsätze zur Diskussion Nr. 62, 1996
- Karuscheit, Heiner/ Schröder, Alfred, Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus, Aufsätze über die Klassenkräfte an den Wendepunkten der russisch-sowjetischen Geschichte, Verlag Theoretischer Kampf (VTK), Gelsenkirchen 1993
- Leonhard, Wolfgang, Kreml ohne Stalin, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M. 1959
- Lieberman, Evsej, Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus. Ein Versuch über die Stimulierung der gesellschaftlichen Produktion, edition suhrkamp, Frankfurt/Main 1974
- Lieberman, Plan - Gewinn - Prämie, in der DDR veröffentlichte deutsche Übersetzung in: Presse der Sowjetunion 22.9.1962, Abdruck in: Neumann, Philipp, Zurück zum Profit, Zur Entwicklung des Revisionismus in der DDR, Oberbaumverlag, Berlin 1973
- Malenkow, Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des Zentralkomitees der KPdSU(B), 5. Oktober 1952, Moskau 1952
- Mandel, Ernest, Die Bürokratie, ISP-Verlag, Frankfurt/Main 1976
- Mandel, Ernest, Marxistische Wirtschaftstheorie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1971
- Medwedew, Havemann, Steffen u.a., Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, edition suhrkamp, Frankfurt/Main 1977
- Nove, Alec, Die sowjetische Wirtschaft, Rheinische Verlags-Anstalt Wiesbaden (ohne Angabe eines Erscheinungsjahrs, britische Erstveröffentlichung aber wohl Ende 1961)
- Paschkow, A.I., Ökonomische Probleme des Sozialismus, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1974
- Podewin, Norbert: Walter Ulbricht, Eine neue Biographie bei dietz berlin, Berlin 1995
- Politische Ökonomie, Lehrbuch, Dietz Verlag, Berlin 1955

- von Rauch, Georg, Geschichte der Sowjetunion, Kröner Verlag, Stuttgart 1977
- Raupach, Hans, Geschichte der Sowjetwirtschaft, Rowohlt, Hamburg 1964
- Revolutionary Democracy, Hsg.: Vijay Singh, Delhi, Nr. 1, April 1995
- Sagainow, L.I., Sozialistischer Staat und ökonomische Gesetze, Staatsverlag der DDR, Berlin 1978
- Schirdewan, Karl, Aufstand gegen Ulbricht, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1995
- Shdanow, A., Abänderungen am Statut der KPdSU(B), Bericht auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) am 18. März 1939, Dietz Verlag, Berlin 1950
- Varga, Eugen, Der Konflikt zwischen der Sowjetunion und China, in: Streitbarer Materialismus Nr. 19, 1994
- Waksberg, Arkadi, Die sowjetische Mafia, München 1992
- Weg der Partei, Theoretisches Organ der KPD, 1-2/1992: Sind revisionistische Regimes fortschrittlich?, und: Parteiaufbau und Kampf gegen den modernen Revisionismus
- Wissenschaftliche Konferenz über das marxistisch-leninistische theoretische Denken der Partei der Arbeit Albaniens und des Genossen Enver Hoxha, 3.-4. Oktober 1983, Tirana 1983
- Wittfogel, Karl August, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Malik-Verlag, Wien 1924